REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 340 · 11.3.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 45 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Cengiz Altun ermordet
2. Langer Atem (Prozeß gegen Ralf und Knud)
3. Die Militarisierung der ökologischen Frage: Das Konzept "Grünhelme"
4. "Die deutsche Linke muß anerkennen, nunmehr Opposition in einer Großmacht zu sein." Interview mit Moishe Postone
5. Moishe Postone zur Theorie des Antisemitismus
6. Frauen auf der Flucht. Frauenspezifische Fluchtgründe und bundesdeutsches Asylrecht - Susanne Hübel
7. "Was würde wohl Europäern passieren, wenn sie Moscheen besetzen würden?" Zur Beendigung der Kirchenbesetzung in Norderstedt
8. TU-Berlin bleibt weiter besetzt (Flüchtlinge in der TU)
9. Asyl in Verbannung. Menschenrecht zwischen kapitalistischer Verwertungslogik und staatlichem Herrschaftsinteresse - Olaf Deibler
10. Nordirland: Zurück in die Siebziger? von Dietrich Schulze-Marmeling
11. Auslieferungsurteil gegen irischen Republikaner - der
12. Alle EG-Staaten sind gleich, aber einige sind gleicher
13. Kurzer Prozeß mit Flüchtlingen. Westeuropäische Blockbildung
14. Jugoslawien: Selbstverwaltungssozialismus versus Weltmarktintegration
15. Die Politik der Guerilla Kolumbiens. Geschichte, Hintergründe und aktuelle Entwicklungen (Teil 2)
16. Im Irrgarten des Alltags (Rezension von Kai Ehlers "Sowjetunion. Mit Gewalt zur Demokratie?) Von Andreas Skrypietz
17. "... ein Waffenstillstand ist möglich ..." Interview mit Eduardo Marino
18. Mit einer Solibrigade auf Cuba. Ein Mitglied berichtet
19. Israel auf Friedenssuche
20. Italien vor den Wahlen: Avanti popolo - nach rechts
21. Eine seltsam friedliche Intervention. Wem dienen die UNO-"Friedenstruppen" in der Westsahara?
22. Freiheit für alle politischen Gefangenen. (Dokumentation der Erklärungen von Günter Sonnenberg und von Martina Bick u.a.)
23. "Skrupellose Hetze, Verleumdung und Terror." Mordprozeß gegen zwei alte Antifaschisten in Hamburg
24. Bülowplatz (Ossietzky, Mielke und die KPD) - Carl von Ossietzky
25. Gesetz zur (Mit-)Organisierung der Kriminalität. Kurz-Stellungnahme zum OrgKG-Entwurf - Rolf Gössner
26. Atomwaffen weltweit. Eine Übersicht über die internationale Zusammenarbeit
27. Nachgedanken zum Golfkrieg. Eine Sammelrezension aktuell gebliebener Publikationen
28. Ein wahrhaffte und erschröckliche Geschicht. Der Streit um Eislers Faust-Entwurf (DDR-Kulturpolitik Teil 1) - Knut Mellenthin
29. Neue Filme. Ein erster Bericht von der Berlinale
30. Selbstauflösung einer RZ-Gruppe. Neues Papier und alte Stellungnahmen
31. Vom Elend des Anti-Rassismus des "Ökonomismus" oder: Die Linken im Büßerhemd
32. Grüne Metastasis - Jürgen Reents
33. Der närrische Präsident
34. Quelldatei 25.htm
35. Quelldatei 33.htm
36. Quelldatei 34.htm
37. LeserInnenbriefe
38. "Für eine Handvoll Dollars.."
39. Quelldatei 38.htm

40. Quelldatei antifa.htm
41. Quelldatei frauen.htm
42. Quelldatei ira.htm
43. Quelldatei kurt.htm
44. Quelldatei mussawi.htm
45. Quelldatei vorsp.htm

1. Cengiz Altun ermordet

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/cengiz1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:cengiz1

Am Montag dem 24. Februar wurde in Batman (Türkei-Kurdistan) der 24-jährige Cengiz Altun, Student und Journalist bei "Yeni ülke" auf dem Weg zur Arbeit erschossen. Genau eine Woche zuvor, am 17. Februar, war in Diyarbakir Hali Güngen, der für die Wochenzeitschrift "2000e dogru" arbeitete, erschossen worden. Beide Journalisten recherchierten und schrieben über die Aktivitäten und Hintermänner der Kontra-Guerilla, die - gedeckt durch die Staatsorgane - im letzten halben Jahr mehr als fünfzig Menschen vor allem aus den Reihen der kurdischen Opposition ermordet hat. Am 27. Februar wurde in Silvan der Sanitäter Seyhmus Akinci erschossen. Er war mit Journalisten der "2000e dogru" verabredet, um ihnen Informationen über die "Hizbollah", einen Ableger der Kontra-Guerilla, zu geben.

Cengiz wußte, daß er seinen Beruf in ständiger Lebensgefahr ausübte. Im Juli letzten Jahres, als er nach der Beerdigung des ebenfalls von Kontra-Guerilla ermordeten HEP-Vorsitzenden Vedat Aydin festgenommen und auf dem Polizeipräsidium in Batman tagelang brutal gefoltert wurde, drohten ihm die folternden Polizisten, wobei sie ihm die Pistole in den Mund hielten: "Wenn Du weiterhin für die Zeitung ("yeni ülke") arbeitest, werden wir Dich umbringen.`` Im Oktober 1991, nachdem Cengiz mehrere namentlich gekennzeichnete Artikel über die Kontra-Guerilla veröffentlicht hatte, wurde er in der Gendarmeriewache von Gercüs erneut gefoltert und mit dem Tode bedroht.

Wie auch Halit Güngen hatte er enthüllt, daß sich die Kontra-Guerilla in den islamischen kurdischen Regionen unter dem Deckmantel der "Hizbollah" organisierte, um auf diese Weise einen Keil zwischen Religiöse und Anhänger der PKK zu treiben bzw. diese gegeneinander aufzuhetzen. Artikel in "2000e dogru" und "yeni ülke" konnten jedoch aufdecken, daß die sogenannten "Hizbollah-Anhänger" auf Polizeigelände ausgebildet wurden und die Bomben aus dem staatlichen Rüstungskonzern MKE stammten.

Beginnend mit Bombenanschlägen gegen Aktivisten und Büros der Menschenrechtsvereine in den kurdischen Städten, der Ermordung beliebter Oppositionspolitiker, verging in den letzten Monaten keine Woche ohne neue Todesnachrichten. In keinem dieser "undurchsichtigen" Mordfälle, wie sie von Staatsseite bezeichnet werden, wurde bislang ein Täter ermittelt. Welch Wunder, bilden diese doch eine Parallelorganisation innerhalb der staatlichen Repressionsorgane. Cengiz ist nicht der einzige, der zuerst von "offiziellen" (Polizisten oder Militärs) bedroht und danach von der Kontra-Guerilla ermordet wird. Die enge Zusammenarbeit ist für niemanden ein Geheimnis. In den letzten Wochen richtete sich der Terror nicht mehr in erster Linie gegen bekannte Oppositionelle sondern traf scheinbar ungezielt "jedermann". "Wir sind nicht mehr in der Lage, die Mordfälle aufzulisten," schrieb der Menschenrechtsvereinsvorsitzende von Van, Yavuz Binbay, kürzlich in einem Brief. Parallel dazu erreichte auch der Terror der offiziellen "Sicherheitsorgane" ein neues Ausmaß: Am 24. und 25. Dezember wurde in Kulp und Lice von Soldaten auf unbewaffnete und friedliche Trauerzüge geschossen und 10 Menschen ermordet. Im Februar ereigneten sich in Mardin und Siirt zwei ähnliche Massaker. "Offensichtlich soll das kurdische Volk durch derartige Massaker zu einem verfrühten Volksaufstand provoziert werden" erklärte Hatip Dicle, ehemaliger Vorsitzender des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir und jetzt Abgeordneter im türkischen Parlament.

Trotz von der HEP initiierten Waffenstillstandsvorschlägen setzt der türkische Staat weiter auf Zuspitzung: gleichzeitig mit Truppenverlegungen begann die türkische Luftwaffe bereits mit Bombardierungen in der Cudi-Region. Für die nächsten Wochen steht der kurdischen Bevölkerung eine harte Prüfung, wenn nicht weitere Massaker bevor.

Auf die Frage einer deutschen Delegation, wie er den ständigen Druck psychisch verkrafte, hatte Cengiz im August letzten Jahres geantwortet: "Wir leben ohnehin ständig in Angst. Wenn das so weitergeht, wird es zwangsläufig zum Aufstand kommen."

nm

2. Langer Atem (Prozeß gegen Ralf und Knud)

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:41

Ein Zwischenbericht

Der Prozeß gegen Ralf und Knud vor dem Itzehoer Landgericht geht mittlerweile in die siebte Woche - und ein Ende ist noch nicht in Sicht.

Seit dem Paukenschlag zu Beginn - der Freilassung der beiden - zeichnet sich deutlich ab, daß für dieses Verfahren ein langer Atem gefordert ist, denn nur wenig scheint sich bisher zu bewegen: die VerteidigerInnen stellen Anträge, das Gericht zieht sich zur Beratung zurück, es vertagt sich ...

Tatsächlich aber spielte sich hinter der Fassade juristischen Fachvokabulars eine Auseinandersetzung ab, die den weiteren Gang des Prozesses entscheidend beeinflußt hat. Im Kern ging es bei allen bisherigen Vorträgen der Verteidigung darum, einerseits den politischen Charakter der Anklage und andererseits das Konstrukt von LKA und Staatsanwaltschaft zum Thema zu machen. Das die Staatsanwältin Roitsch von Almelo und ihr Kollege Partett davon nichts wissen wollen, überrascht nicht. Doch auch Richter Selbmann gab mit seinen Entscheidungen zu verstehen, daß es ihm fernliegt, seiner Freilassungsentscheidung weitere ernsthafte Schritte, die sich gegen die Anklage richten müßten, folgen zu lassen: er lehnte regelmäßig ab.

Doch zunächst verlasen Knud und Ralf am dritten Verhandlungstag, dem 10.2., ihre Erklärung zur Prozeßeröffnung, in der ihre Einschätzung über die Entstehung und den politischen Hintergrund dieses Verfahrens deutlich wurde (1). Mit ziemlicher Sicherheit war dies der einzige Moment im ganzen Prozeß (außer vielleicht noch im darauffolgenden Einstellungsantrag der Verteidigung), in dem tatsächlich einmal alle Gesichtspunkte zur Sprache kamen, die seit mittlerweile fast acht Monaten das Geschehen gegen die beiden ausmachen:

- die haltlose Konstruierung des Vorwurfs, sie hätten einen Zug zum Entgleisen bringen wollen; die Art und Weise, wie LKA-Fahnder Behauptungen in die Welt gesetzt haben und wie diese von Staatsanwältin und HaftrichterInnen willig aufgegriffen wurden;

- der Zusammenhang zum jahrelangen und immer wieder auch erfolgreichen Widerstand gegen die Umstrukturierung des hamburger Schanzenviertels;

- aber auch die Entwicklung eines immer differenzierteren Repressionsapparates, die Arbeitsweise von polizeilichen Sondereinheiten, die längst die Grenze zu Geheimdiensten überschritten haben.

Die Art und Weise, wie mit dem ausführlich begründeten Einstellungsantrag der Verteidigung (2) umgegangen wurde, machte deutlich, daß das Gericht sich für all diese Aspekte nicht interessiert. In dem Antrag wurde nicht nur die Haltlosigkeit des Vorwurfs gegen Knud und Ralf und damit auch des Verfahrens dargelegt, sondern vor allem auch hergeleitet, warum ein Prozeß auch dann politisch sein kann - so wie in diesem Fall -, wenn es nicht um "klassische" politische "Delikte" geht.

Davon wollte die Staatsanwältin selbstverständlich gar nichts wissen und beklagte sich lediglich darüber, daß sie noch immer nicht ihre Anklage habe verlesen können.

Nachdem das Gericht am fünften Prozeßtag, dem 24.2., den Antrag erwartungsgemäß abgelehnt hatte, die Anklageschrift - unter erheblichem Murren und anderen Mißfallenskundgebungen der ZuhörerInnen - verlesen worden war, versuchten die AnwältInnen mit ersten Beweisanträgen, Licht ins Dunkel der staatlichen Konstruktionen zu bringen. Es solle ein Wahrnehmungsforscher bei den Aussagen der vier Hamburger LKA-Zeugen hinzugezogen werden. Dieser Antrag wurde von der Verteidigung damit begründet, daß es notwendig sei, die Aussagen der vier Staatsschützer auf mögliche Fehlerquellen zu kontrollieren, sein Ziel war es, zunächst deutlich zu machen, daß Bullenaussagen über Personen keinen anderen Wert haben, als die Aussagen jedes anderen Menschen. Im Zentrum stand jedoch eine längere Abhandlung zum Problem des Wiedererkennens. Immerhin hatten die Hamburger LKAler ja behauptet, Ralf und Knud aus 375 Meter Entfernung zweifelsfrei erkannt zu haben: "an Statur und Kleidung". Die Sicherheit, mit der sie dies sagen, läßt erstaunen. Umso wichtiger, so die AnwältInnen, ist es, zu untersuchen, welche Faktoren bei diesem "Wiedererkennungserlebnis" eine Rolle gespielt habe. Ein Ausflug in neuere Erkenntnisse der

Wahrnehmungsforschung, die v.a. in angelsächsischen Ländern viel entwickelter ist als hierzulande (dort hatte man erkannt, welche große Rolle das irrtümliche Identifizieren bei Fehlurteilen spielt), ergab die Information, daß es einen fundamentalen Unterschied zwischen dem objektiven, sozusagen wissenschaftlichen "Identifizieren" und dem "Wiedererkennen" gibt. Während sich das erste an rational nachvollziehbaren Eigenarten und Besonderheiten der betreffenden Personen festmacht (wozu "Kleidung und Statur" nicht gehören), ist das zweite eher ein subjektiver Akt, mehr eine Theorie darüber, was ein Mensch gesehen hat.

Dieses Wiedererkennen hängt aber ganz wesentlich von den Prägungen ab, die der betreffende Mensch sich vor dem Moment des Wiedererkennens angeeignet hat.

Damit gewinnt der Antrag seine besondere Bedeutung für diesen Prozeß: es mittlerweile nur zu bekannt, welche "Prägungen" die Hamburger Bullen in Bezug auf Linke mit ich herumtragen.

Anders gesagt: der Gedanke liegt nahe, daß die Bullen des LKA, deren einzige Aufgabe es ist, Linken hinterherzuhecheln, die Teil des Einsatzkonzeptes waren, das "deutlich machen (wollte), wer im Schanzenviertel das Sagen hat" (Innensenator Hackmann), Ralf und Knud sehen mußten, weil sie die beiden sehen wollten.

Der bisher letzte Prozeßtag brachte, neben den Ablehnungen der VerteidigerInnenanträge, den ersten Auftritt der LKA-Bullen. Nicht wiederzuerkennen seien sie gewesen, so Ralf und Knud nach ihrem Erscheinen. Für jedeN ProzeßbesucherIn offensichtlich hatte der hamburger Staatsschutz tief in die Requisitenkiste gegriffen: Bärte, Haarteile, Schminke - das Vermummungsverbot war glatt unterlaufen worden ... Aussagen zur Sache brauchten sie noch nicht zu machen, da es mal wieder Mittagszeit war und der Verhandlungstag damit beendet.

Bis jetzt also scheint es so zu sein, daß trotz aller Bemühungen der Verteidigung das Gericht gewillt ist, zwar einen liberalen Ton an den Tag zu legen, es in der Sache jedoch eindeutig alles verhindert, was zu einer Aufdeckung des Konstrukts beitragen könnte.

Außerhalb des Gerichtssaals wird weniger Wert auf eine solche Strategie der Imagepflege gelegt: Noch immer ist während der Verhandlungen das Gericht von ca. 50 schwerbewaffneten Polizisten besetzt, noch immer gibt es für den größten Teil der ProzeßbesucherInnen keine Möglichkeit, in den Saal zu gelangen und immer wieder mal werden vor den Türen einlaßbegehrende Menschen mit Gewalt zurückgedrängt.

In den nächsten Wochen wird es sich zeigen, wie weit das Gericht und die Staatsanwaltschaft mit ihren Konzepten Erfolg haben. Dies wird nicht zuletzt auch daran hängen, ob es noch einmal gelingt, den politischen Druck zu entfalten, der mit dazu beigetragen hat, daß Ralf und Knud nicht in aller Stille abgeurteilt werden konnten.

Wir machen Lügen Beine!

kla./Gruppe K, Hamburg

Anmerkungen:

1) Der Erklärung von Ralf und Knud ist dokumentiert in "spreng-sätze" 2.

2) Der Einstellungsantrag der Verteidigung ist zusammengefaßt in "spreng-sätze" 3

Kommt zum Prozeß!

Die nächsten Prozeßtage:

Immer Montags um 9 Uhr 30

Landgericht Itzehoe, Breitenburger Straße

Treffpunkt in Hamburg: 7 Uhr 30, Sternschanze.

Informationen über:

Infobüro Ralf und Knud, c/o Schwarzmarkt, Paulinenstraße 15a, 2000 Hamburg 36.

Telefon: 040/316542. Fax: 040/3194581

Spendenkonto:

Rechtsanwalt Beuth, Hamburger Sparkasse, BLZ: 200 505 50, Kontonr.: 1250/124029, Anderkonto Ralf & Knud

Lest, verteilt und abonniert

"spreng-sätze"

(Infos und Hintergründe zum Prozeß gegen Ralf und Knud)

Mittlerweile ist die Nummer 3 erschienen, aber das Geld alle. Deshalb ist es notwendig, daß sich alle Gruppen, die diese Zeitung unterstützen wollen, dringend melden, Geld spenden, Abos übernehmen ...

Bestellungen (nur gegen Vorkasse) über:

Info-Büro im Schwarzmarkt (s.o.)

Bezahlung nur auf folgendes Konto:

K. Dreyer, Hamburger Sparkasse,

BLZ: 20050550

Konto: 1228/122386

Stichwort "Zeitung!"

3. Die Militarisierung der ökologischen Frage: Das Konzept "Grünhelme"

Von der HERRschenden Notwendigkeit, "unsere" ökologische Sicherheit militärisch durchzusetzen: Das Konzept "Grünhelme".

Rubrik: Umweltpolitik; Militarismus; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:24

"Bei den traditionellen Bedrohungen wissen wir, was zu tun ist. Als Saddam Hussein in Kuwait einmarschierte, haben wir entschlossen und in Windeseile große Kräfte mobilisiert. Ist überhaupt der politische Wille vorhanden, in ähnlicher Weise gegen diese neuen (ökologischen, d. Verf.) Gefahren mobil zu machen?" (Dr. Gwyn Prims, Globales Sicherheitsprogramm, Universität Cambridge)

In dem folgenden Beitrag soll ein Aspekt herrschender "Umweltpolitik" näher dargestellt werden, der unserer Einschätzung nach relativ unbekannt ist, zunehmend aber an Bedeutung gewinnen wird und daher dringend einer linken Gegenöffentlichkeit bedarf: Es ist das Konzept der Militarisierung der ökologischen Frage, d.h. der Aufstellung sogenannten "Grünhelm"-Truppen im Rahmen der UNO (oder anderer internationaler Institutionen). Die Herstellung einer linken Gegenöffentlichkeit zu diesem Konzept ist um so dringender, da absehbar ist, daß im Rahmen der propagandistischen Vorbereitung und Begleitung der UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" in Rio de Janeiro im Juni 1992 die BRD-Öffentlichkeit von einer Medien-Lawine überrollt zu werden droht, die die Etablierung Öko-imperialistischer Strukturen ideologisch vorbereiten will.

Schon 1969 - also noch vor der Veröffentlichung des ersten Berichtes des Club of Rome "Grenzen des Wachstums" - setzte die NATO einen Umweltausschuß ein, der die Aufgabe hatte, die strategische Bedeutung globaler ökologischer Zerstörungen herauszuarbeiten. Herausgekommen sind dabei folgende bemerkenswerte Überlegungen: "Es steht außer Frage, daß wir uns in einer (ökologischen, d. Verf.) Krise befinden, die sich letzten Endes als genauso ernst erweisen vermag wie die Frage von Krieg und Frieden." Darum müsse die NATO "bei der Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt einen bedeutsamen Beitrag leisten." Und weiter wird festgestellt: "Für die Verschlechterung und den Verfall der Umwelt und der Ökologie und die damit verbundenen sozialen Erschütterungen, die für die etablierte Ordnung in den entwickelten Ländern vielleicht die ernstesten Bedrohungen darstellen, gibt es in der Menschheitsgeschichte kein Vorbild." Daraus schließen die NATO-Strategen, daß Umweltfragen zu "Angelegenheiten von globalem Interesse werden." (aus einem NATO-Strategie-Papier aus dem Jahre 1971 (!!), zitiert in der FR v. 29.5.89) Der NATO-Einschätzung folgend, bestand für die herrschenden politischen Kräfte damit - wie es im polit-technokratischen Vokabular heißt - Handlungsbedarf, mit dem Ziel, die prognostizierte Gefahr für den "Bestand der etablierten Ordnung in den entwickelten Ländern" abzuwehren.

Das zentrale Stichwort zur Legitimation militärischer Gewalt ist das der "globalen ökologischen Sicherheit", die es zu verteidigen gilt. Im Originalton hört sich dies wie folgt an:

"Ohne Zweifel spielen Umweltfaktoren eine wichtige, ja sehr wichtige Rolle bei der gesamten Sicherheitsproblematik. Man braucht sich nur die Auswirkungen von Bodenerosion, Dürre oder grenzüberschreitender Umweltverschmutzung vor Augen zu führen - da hat man schon die potentiellen Konfliktquellen, wie es sie auch in der Vergangenheit gegeben hat. Ja, Umweltfaktoren sind sehr wichtig und werden wohl im Hinblick auf die globale Sicherheit zunehmend an Bedeutung gewinnen." (Sir Julian Oswald, Admiral bei der Royal Navy, GB)

Oder: "Früher hielten wir Amerikaner die Umweltbelastung für ein räumlich begrenztes Problem, das nur die unmittelbare Umgebung oder Wohngegend des Einzelnen betraf. Doch in den letzten zwanzig Jahren haben wir begriffen, daß sie nicht nur eine regionale oder nationale, sondern eine grenzüberschreitende Herausforderung darstellt. Folglich hat sich unser bisher militärisch geprägtes Feindbild erweitert und schließt nun die Bedrohung der Umwelt und der Weltwirtschaft mit ein." (Henry Hetch, Generalleutnant bei der US-Army)

(Beide Zitate sind entnommen aus der Fernseh-Produktion des WDR: "In Zukunft ... Superbomber und giftige Wale. Umweltpolitik als Sicherheitspolitik der Zukunft." Ausgestrahlt am 12.7.91)

Politische Bahnbrecher für das Konzept "Grünhelme" finden sich in der BRD in allen etablierten politischen Parteien, aber auch in der Wissenschaft und - dies ist von zentraler Bedeutung - in der Atom-Lobby. Für die CDU spielt BRD-Umweltminister Töpfer die Rolle der Gallionsfigur. Auf dem 43. Landesparteitag der saarländischen CDU z.B. sprach sich Töpfer für die Bildung einer ökologischen Eingreiftruppe der Vereinten Nationen aus. Diese solle weltweit gegen "die neue Aggression über Umweltverstöße" einschreiten. (taz v. 27.5.91) Ähnlich äußerte sich Töpfer auch im WDR am 8.6.91: Grünhelme sollten überall dort eingreifen, wo Verbrechen an der Natur begangen werden. In der FDP ist es BRD-Außenminister Genscher, der in das "Grünhelm"-Horn bläst. Im Juli 91 erklärte Genscher in einer Grundsatzrede - "Zukunft Europa" - die er anläßlich eines politischen Besuches in Portugal hielt, daß sich europäische Einheiten an der Aufstellung gemeinsamer Grünhelm-Verbände im Rahmen der UNO beteiligen sollten, die die Aufgabe hätten, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen. (FR v. 13.7.91) Jüngste politische Initiative in diese Richtung ist Genschers Forderung auf der zweiten Außenministerkonferenz der KSZE in Prag im Januar 92, im Rahmen der KSZE "Grünhelm"-Einheiten zu formieren, die für die "Sicherung unserer (!!, d. Verf.) natürlichen Lebensgrundlagen" zu sorgen hätten. (FR v. 31.1.92)

Aber auch in der Sozialdemokratie und bei den Grünen wird der "Grünhelm"-Ansatz politisch vorangetrieben. So fordert Freimut Duve (SPD) die Einschränkung der Souveränität nationaler Staaten, wenn "die Übernationalität von Umweltproblemen (Wasser, Klima) nicht respektiert wird". Zur Durchsetzung solle der "Weltknüppel" eingesetzt werden. Als Bonbon für darüber möglicherweise empörte linke Sozialdemokraten bietet Duve an, daß in diese Drohung alle Staaten der Welt einbezogen seien und damit "in der neuen Rechtsordnung der Welt auch die Supermächte nicht mehr souverän seien". (Es darf spekuliert werden, ob Duve nun ein realitätsblinder Phantast oder doch nur ein bösartiger Betrüger ist -- allemal steht er mit diesen Worten in schlechter Tradition sozialdemokratischer Märchenerzähler.) Mit einer ähnlichen Argumentationsstruktur plädiert auch Michael Müller, sich fortschrittlich gebender und ökologisch profilierender "Klima-Experte" der SPD, für die Schaffung von Strukturen, die eine "ökologische Weltinnenpolitik" durchsetzen können. Notwendig dafür sei ein "neues Souveränitätsverständnis und ein partieller Verzicht auf nationale Rechte, sowie eine Verbesserung der Qualität und Effizienz internationaler Institutionen". Geschaffen werden müsse ein "ständiger Rat für Umwelt und Entwicklung, der mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet ist", sowie die "verbindliche Festlegung wirkungsvoller Sanktionsmechanismen" bei Verstößen gegen UN-Umwelt-Konventionen. Auch bei Müller muß mensch nicht lange auf das sozialdemokratische Bonbon warten, denn die von ihm geforderte Erweiterung imperialistischer Machtpolitik wird im Zusammenhang mit der Forderung nach einer "gleichberechtigten Mitsprache" aller Länder und einer "Demokratisierung" internationaler Institutionen, sowie einer "reformerischen Gestaltung der Industriegesellschaft" offeriert. (Jahrbuch Ökologie, hrsg. vom Beck-Verlag, Januar 1992) Bei den Grünen wird der "Grünhelm"-Ansatz in gewohnt brutal-offener Weise von dem Beton-Realo Udo Knapp formuliert. Seine These: Der Welt-Norden sei im angeblichen gemeinsamem Interesse der Weltbevölkerung zur "ökologischen Vorherrschaft verpflichtet". Der Norden müsse sich zu einer für die Menschen aus dem Süden nicht erreichbaren "Festung" formieren, um aus dieser Position heraus "eine gemeinsame ökologische Außenpolitik" umzusetzen. Der Norden sei dabei "angehalten, jedwede finanzielle, ökologische und politische Anstrengung zu unternehmen, die den Weltsüden zur unabdingbaren Kooperation bewegen kann. Ein wichtiger Schritt zu dieser Zusammenarbeit (!!, d. Verf.) wäre es, ein internationales ökologisches Gewaltmonopol einzurichten. Es müßte auf der Basis eines internationalen Umweltrechtes ausgeübt werden. Das wäre notwendig zur Legitimation, ... (um) internationale Umweltverbrecher wirksam bekämpfen" zu können. (natur 2/92. Die Tatsache, daß die Fachzeitschrift "natur" Knapps ökoimperialistische Visionen veröffentlicht, ist ein bedenklicher Hinweis auf die Akzeptanz dieses Ansatzes innerhalb der Umweltbewegung.)

Ein letzter Hinweis darauf, daß das Konzept "Grünhelme" auch innerhalb der etablierten Wissenschaft diskutiert wird, soll noch angeführt sein. Der Professor für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin und Vorsitzende des Kuratoriums der deutschen Umweltstiftung, Udo Ernst Simonis, fordert im bereits erwähnten Jahrbuch Ökologie des Beck-Verlages: "Die UN - und damit UNEP (Umwelt-Programm der Vereinten Nationen, d. Verf.) - sollten weiter gestärkt, über Grünhelme müßte jetzt ... entschieden werden."

All die genannten politischen Erklärungen stehen in inhaltlicher Übereinstimmung mit einem Strategie-Papier, das 1988 von der Kernforschungsanlage (KFA) Jülich veröffentlicht worden ist. Darin heißt es: Notwendig sei die Etablierung einer "Ökologischen Weltinnenpolitik" unter der Herrschaft eines "Weltregimes". Dieses "Weltregime" müsse stark genug sein, "durch Machtpolitik auf die außerhalb des Regimes stehenden Staaten

einzuwirken, um sie zu Vermeidungsmaßnahmen zu bewegen. (...) Staaten wie China, aber auch Indien, potentielle Großmächte des 21. Jahrhunderts und auf die Nutzung fossiler Energien ... ausgerichtet, können von den Supermächten nicht ohne ein hohes Maß an Konfliktbereitschaft durch die Sanktionsspannen der Macht zu durchgreifenden, sie wirtschaftlich schwer belastenden Vermeidungsmaßnahmen gedrängt werden. Aus ihrer Interessenposition heraus könnten solche Länder, wie andere Staaten mit reichen Kohlenwasserstoffvorräten oder die großen Tropenwaldbesitzer (Brasilien, Zaire, Indonesien) auch, der ihnen nahegelegten Vermeidungsstrategie (von ökologischen Schäden, d. Verf.) eine Blockierungsmacht entgegenstellen, um die Bildung eines umfassenden Regimes zu verhindern. (...) Die nationale und die internationale Politik könnte vor einer schwierigen Wahl stehen: Die zumindest ansatzweise antizipierbaren Konflikte im Rahmen einer Vermeidungsstrategie auszutragen (Sprich: Krieg zu führen gegen sog. Umwelt-Verbrecher, d. Verf.) oder gänzlich unvorhersehbare Konflikte in einer mit einem neuen Klima konfrontierten Welt zu riskieren." (aus: Sassin/Jäger/Jill u.a., Das Klimaproblem zwischen Naturwissenschaft und Politik, hrsg. v. KFA Jülich, Oktober 1988) Schon die Wortwahl der letztgenannten Alternative, vor allem aber die Erfahrung mit der real praktizierten Politik der herrschenden politischen Kräfte während des Golfkrieges 1991 geben eindeutig Antwort auf die Frage, in welche Richtung die internationale "Umwelt-Politik" gelenkt wird.

Das Konzept "Grünhelme" bringt den imperialistischen Charakter herrschender Umweltpolitik auf den Punkt. Der Ansatzpunkt für die Abwendung der katastrophalen Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre sind in diesem Konzept nicht die verursachenden, zerstörerischen, aber profitträchtigen industriellen Produktionsanlagen im "Norden" - oder ist etwa vorstellbar, daß "Grünhelme" in den USA, in Westeuropa oder in Japan zum Einsatz kämen? Nein, Ansatzpunkt und im Fadenkreuz der Militärs ist wieder einmal der "Süden", dessen industrielle Entwicklung verhindert werden muß.

Ideologisch überbaut wird das Konzept "Grünhelme" durch die Neuauflage der alten "Wir sitzen alle in einem Boot"-Ideologie - jetzt auf globalem Niveau -, durch die Behauptung technologischer Überlegenheit der industrialisierten Staaten und durch die Betonung der "Bevölkerungsexplosion" als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der "ökologischen Krise".

Die herrschende Ideologie greift die Parole von der "Einen Welt" auf, die von Menschen geprägt wurde, die damit ihr solidarisches Verhältnis zu den verelendeten Menschen in der sog. "3. Welt" ausdrücken wollten, und benutzt sie zur Rechtfertigung ihrer "ökologischen Weltinnenpolitik". Da ist dann auf einmal die Rede von einer neuen "Umweltpartnerschaft zwischen Nord und Süd" (Bundesumweltminister Töpfer) - eine Partnerschaft allerdings, die real eine durch ökonomische Erpressung und militärische Drohung zusammengehaltene Zwangsehe zu werden droht, in der der eine "Partner" den anderen "Partner" fortgesetzt gnadenlos mörderisch auspreßt - auspreßt durch den politischen und ökonomischen Druck zur Rückzahlung angeblicher Schulden und durch den rücksichtslos gierigen Raubbau an den in der sog. "3. Welt" vorhandenen Rohstoffen zu ungerecht betrügerischen Weltmarktpreisen.

Es wird weiterhin behauptet, daß wir alle - gemeint ist damit die Weltbevölkerung - gleich betroffen von der globalen ökologischen "Krise" seien, um daran anschließend zu fordern, daß wir darum auch alle zusammen an der Lösung des Problems arbeiten müßten, und letztlich darauf zu verweisen, daß nur die führenden Industriestaaten über die technologischen und ökonomischen Möglichkeiten verfügen würden, der ökologischen "Krise" HERR zu werden. Damit schließt sich der Argumentationskreis, um rechtfertigen zu können, daß die ökologische "Krise" unter Beibehaltung der etablierten weltweiten Herrschaftsstrukturen gelöst werden muß.

Ebenfalls auf der ideologischen Ebene wird die Bevölkerungsexplosion in der sog. "3. Welt" als Ursache und Ansatzpunkt zur Lösung der ökologischen "Krise" ins Bewußtesein gebracht. Auf einem Gastvortrag, den E. U. v. Weizsäcker, zwischen 1984 und 1991 Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik und jetzt Präsident des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie, an der Bergischen Universität mit dem sinnigen Titel "Überwindung der Dinosauriermentalität" hielt, wurde dieser von einem seriösen, beschlipsten und beanzugten Herrn mittleren Alters gefragt, ob wir uns nicht die Frage stellen müßten, ob wir denn überhaupt noch weiteren Menschen in der 3. Welt Lebensraum bieten könnten. Die Antwort des Herrn v. Weizsäcker: "Ja, in der Tat, die Bevölkerungsexplosion ist eines der größten Umweltprobleme."

Weizsäcker befindet sich mit dieser, die Tatsachen vollkommen verdrehenden Ursachenbestimmung in trauter Übereinstimmung mit einem Bericht, den der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) im Herbst 1991 veröffentlichte. In diesem heißt es, die Überbevölkerung der Welt sei Hauptursache für die Probleme der Umweltzerstörung. Und: "Das Bevölkerungswachstum hat höchst nachteilige Folgen für die Umwelt." (FR v. 25.10.91) Auch in der Umweltbewegung wird diese Argumentationslinie vertreten. Hubert Weinzierl, Vorsitzender des BUND, erklärte im September 1989: "Nur wenn die Hauptsorge der Menschheit, die Eindämmung des Überbevölkerungsstromes, gewährleistet ist, wird es einen Sinn haben und wird eine Aussicht bestehen, an einer durchaus verbesserungsfähigen Umwelt zu bauen, unsere Zivilisationslandschaft zu gestalten, daß sie wert bleibt, Heimat genannt zu werden." (Kampagnen-Heft 1992 des BUKO). Vor diesem ideologischen Hintergrund ist es dann auch kein Zufall mehr, wenn in dem Bericht des Nationalen Komitees zur Vorbereitung der UNCED in Brasilien lediglich von einer "Mitschuld der Industriestaaten an der Zerstörung der Umwelt" die Rede ist (FR v. 29.2.92)

Die UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" wird voraussichtlich ein weiterer Schritt hin zur Durchsetzung eines (dann auch ökologisch legitimierten) "Weltregimes" (KFA Jülich) unter der Herrschaft der G7-Staaten sein. Es scheint so zu sein, als könne dieser Prozeß nur durch die Konkurrenz der G7-Staaten untereinander (z.B. verweigert die US-Regierung bis heute verbindliche Co2-Reduktionszusagen) oder durch "starke" "3. Welt"-Staaten (z.B. China, Indien oder Brasilien) blockiert werden. In der Vorbereitung und der Begleitung der UNCED ist jedoch allemal mit einer ideologischen Offensive herrschender öko-imperialiatischer "Umweltpolitik" zu rechnen. Es ist die Aufgabe linker Öffentlichkeit, daß dies nicht widerspruchsfrei geschehen kann. Dabei muß es darum gehen, Bewußtsein dafür zu schaffen, daß, so richtig und notwendig internationale Abkommen zur Abwendung unabsehbarer ökologischer Katastrophen weltweit sind, dennoch eine Teilnahme an oder der konstruktive Dialog im Rahmen der UN-Konferenz abzulehnen ist, weil die Konferenz unter dem imperialistischen Diktat der G7-Staaten steht und nur die bestehenden weltweiten Herrschaftsverhältnisse auch auf das Gebiet der Ökologie auszudehnen versucht wird. Für die verelendeten Menschen in der sog. "3. Welt" kann dies nur zu einer Verlängerung und Vertiefung ihrer katastrophalen Lebenssituation führen.

Autonome Ökologie-Arbeitsgruppe

Wuppertal, Februar 92

P.S.: Für InteressentInnen können wir eine Info-Sammlung zur UNCED-Konferenz verschicken. Kontakt: Autonome Ökologie-Arbeitsgruppe, c/o Infoladen, Brunnenstr.41, 5600 Wuppertal 1, oder Tel.: 0202/310677 (Andreas).

4. "Die deutsche Linke muß anerkennen, nunmehr Opposition in einer Großmacht zu sein." Interview mit Moishe Postone

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Westdeutsche Linke allgemein; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:16

Moishe Postone arbeitet als Soziologe an der University of Chicago. Zwischen 1972 und 1982 lebte er in Frankfurt/M. und war dort insbesondere mit Fragen der Marxschen Theorie sowie fortschrittlichen Ansätzen jüdischer Politik befasst. In Zirkeln der radikalen Linken gehört Postone seit einiger Zeit insbesondere aufgrund seiner Antisemitismus-Theorie zu einem der viel gelesenen Autoren. Im Januar dieses Jahres hatten wir am Rande einer Tagung des Hamburger Instituts für Sozialforschung die Gelegenheit, uns mit Moishe über die Situation der deutschen Linken, den Golfkrieg, das deutsche Verständnis von "nationaler Selbstbestimmung" sowie über Grundannahmen seiner Antisemitismus- Theorie zu unterhalten. Der zuletzt genannte Gesprächsteil basiert auf dem Postone-Aufsatz "Antisemitismus und Nationalsozialismus", dessen Grundaussagen in dem nebenstehenden Artikel zusammengefaßt wurden. FragestellerInnen waren cl., ju. und max.

AK: Nach Bitburg hast Du in Deinem "Offenen Brief" an die bundesdeutsche Linke geschrieben, es gebe hierzulande nur zwei Möglichkeiten: Die vollständige Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit, oder den dauerhaften Bruch ...

Moishe Postone: "Dauerhafter Bruch" ist eine unglückliche Übersetzung. Es gibt keinen einmaligen, endgültigen Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Sie sitzt zu tief und erfordert eine ständige Selbstreflexion, was natürlich anstrengend ist.

Seit 1985 ist die Entwicklung jedoch ganz anders verlaufen. Die Rechte hatte während der 80er Jahre versucht, ihre Hegemonie wiederzugewinnen, indem sie deutsche Vergangenheit positiv besetzt hat - Bitburg, Historikerstreit, die Frage nach einer deutschen historischen Identität. Auf diese bedeutsame kulturpolitische Offensive hat die bundesdeutsche Linke nicht ausreichend geantwortet. Sie hatte nicht begriffen, was auf dem Spiel stand. Ein Mangel an Selbstreflexion ist auch in den Reaktionen auf den Golfkrieg zutage getreten. Ich war nicht hier, ich kenne nicht die ganze Bandbreite an Postitionen. Es kann sein, daß mein Blick verzerrt ist. Aber wenn es zutrifft, daß sich Deutsche mit den Einwohnern Bagdads identifiziert hatten und unmittelbar angegriffen fühlten, dann wurden damit nach meiner Auffassung verdrängte Schuldgefühle ausagiert. Es gab während der Demonstrationen Transparente, die hatten die nationalistische Parole aus Leipzig ("Wir sind ein Volk") in "Wir sind ein Volk gegen den Krieg" transformiert und dadurch die Nation in ihrer Opposition zur NATO wiederhergestellt.

Ich hatte eine andere Wahrnehmung. Ab einem bestimmten Zeitpunkt sind nach Meinungsumfragen 80% hierzulande für den Krieg eingetreten. Die Bundesregierung war ab einem bestimmten Zeitpunkt bemüht, die Stimmung in diese Richtung zu schüren ...

Ich rede vom Bewußtsein der Gruppen, die ein solches Transparent getragen haben. Ich will nicht behaupten, daß ihre Parole empirisch stimmt. Das war nur als Beispiel gedacht. Was mich hauptsächlich beschäftigt: Die Linke war nicht in der Lage, die Frage der deutschen Macht zu problematisieren. Nach 1985 habe ich mit Freunden und Bekannten, hauptsächlich in Frankfurt, darüber gesprochen, daß Deutschland wieder eine Großmacht wird. Sag' das bloß nicht, wurde mir erwidert. Dieser Gedanke war ihnen so unangenehm, sie wollten das nicht hören.

Welche Art der Auseinandersetzung forderst Du? Es gibt die Forderung, die Opposition müsse endlich ebenfalls in Großmachtkategorien denken, um deutsche Politik zu beeinflussen.

Man muß unterscheiden zwischen Positionen, die sich Großmachtkategorien zu eigen machen, und Positionen, die einfach anerkennen, nunmehr Opposition in einer Großmacht zu sein. Der Charakter der Oppositionspolitik hat sich gegenüber den 60er Jahren notwendigerweise verändert.

Inwiefern?

Die amerikanische Opposition beschäftigt sich hauptsächlich mit amerikanischer Politik. Die deutsche Opposition beschäftigt sich hauptsächlich mit - amerikanischer Politik. Das meinte ich.

Antinationale Politik während des Golfkriegs

Man sollte sich nicht täuschen: Daß die Bundesregierung im Golfkrieg das Bündnis mit den USA betonte, bedeutet noch lange nicht, daß eine linke Opposition sich erlauben kann, einen nationalistischen Standpunkt in dem Glauben einzunehmen, er sei oppositionell. Was empirisch als oppositionell erscheint, ist es nicht unbedingt auch politisch. Z.B. fand ich Vorschläge sehr bedenklich, daß Deutsche eine Menschenkette zwischen der Kriegsallianz und den irakischen Truppen bilden sollten. Nicht nur, weil es unrealistisch ist, sondern weil es den Inhalt vermittelt, Deutschland müsse wegen seiner Vergangenheit nun besonders moralisch sein. Dahinter steckt ein sehr altes, nationalistisches Muster: Wir Deutschen sind eigentlich anders, idealistischer.

Hätte die BRD-Linke den Krieg unterstützen sollen?

Das will ich damit nicht sagen. Ich rede vom Charakter der Opposition. Die Frage, ob die deutschen Linken für oder gegen den Krieg waren, ist weniger wichtig, als die Frage, wie sie dafür oder dagegen waren. Die Herausbildung einer Opposition gegen die sich entwickelnde Großmacht ist ein Lernprozeß. Es kommt darauf an, ob die Argumentationen einen Beitrag zu diesem Lernprozeß geleistet haben.

Worauf hätte hierzulande eine antinationale Kritik des Golfkrieges basieren sollen?

Ich denke, der Golfkrieg hätte von den Linken als ein Moment der Selbstreflexion genutzt werden sollen. Er stellte frühere politische Deutungsmuster der Linken in Frage. Die traditionell antiimperialistische Haltung war bemüht, die jeweilige politische Gegenkraft zu unterstützen. Beim Golfkrieg wurde zwar gesagt: Wir sind nicht für Saddam Hussein. Aber das Problem wurde nicht konsequent durchdacht: Was heißt es, wenn sich ein durchaus imperialistischer Krieg gegen einen Lokalfaschisten richtet? Das ist ein Dilemma, das reflektiert werden mußte. Es war nicht einfach zu klären, welche eigenen Handlungen richtig waren, sondern es kam zunächst darauf an, diese zwei Seiten zur Sprache bringen. Daß das Baath-Regime in Bagdad eine faschistische Regierung darstellt, bedeutet nicht, daß George Bush einen antifaschistischen Krieg geführt hat. Wer andererseits über das Regime Saddam Husseins schweigt, impliziert damit, es sei von dieser Seite irgendwie doch ein antiimperialistischer Krieg gewesen - und das war es nicht.

Für uns als BRD-Linke kam als besonderes Dilemma hinzu, daß einerseits das Ausbleiben einer adäquaten Reaktion auf die Beschießung Israels mit Scud- Raketen, die mit deutschem Giftgas hätten gefüllt sein können, die Frage des hierzulande verwurzelten Antisemitismus aufgeworfen hat. Und daß andererseits u.a. für deutsche Militaristen die israelische Bedrohung ein Vorwand war, die Bundeswehr erstmals seit 1945 gegebenenfalls wieder als Interventionsarmee einzusetzen.

"Fast niemand hat die jüdische Befindlichkeit nachempfunden"

Man muß zwei Begriffe auseinanderhalten: Empathie und Identifikation. Gäbe es in Deutschland den geringsten Grad an Empathie, hätte man doch wahrnehmen müssen, daß dieser Krieg und seine Vorgeschichte für sehr viele Juden ein extremes Trauma darstellte. Nicht nur, weil Israel mit Raketen beschossen wurde. Sondern auch, weil dieser Krieg ein Jahr nach der deutschen Wiedervereinigung stattgefunden hat, die für viele Juden ein großes emotionelles Problem darstellt. Und schließlich hatte Saddam Hussein schon vor dem Krieg zum ersten Mal seit 1967 die Frage der Existenz Israels auf die Tagesordnung gesetzt. Jeder weiß oder sollte wissen, daß es bei der Frage nach der Existenz Israels nicht nur um die Existenz eines Staates geht, wie z.B. die Frage nach der Existenz der ehemaligen DDR als zweiter "deutscher" Staat, sondern daß es dabei auch um das Leben der Menschen dort geht. Den Juden ist das klar. Aber viele Linke tun so, als verstünden sie das nicht. Zum Trauma hat weiter beigetragen, daß Israel auf die Raketenangriffe nicht reagieren durfte. Damit war - ich spreche jetzt auf einer psychischen Ebene - das Trauma verbunden, wieder, wie in der Vergangenheit, passiv die Bedrohung abwarten zu müssen. Aber fast niemand in der deutschen Linken hat diese jüdische Befindlichkeit nachempfunden. Eine solche Empathie wäre durchaus möglich gewesen, ohne daraus die Unterstützung einer bestimmten Politik abzuleiten.

Es geht keinesfalls darum, ein Bekenntnis zu Amerika abzugeben. Es geht auch nicht darum, ob sich Positionen als antizionistisch definieren. Es geht um die politischen Inhalte von Argumentationslinien. Man

kann durchaus eine antizionistische Politik betreiben, die nicht mit der unter der bundesdeutschen Linken weit verbreiteten tiefemotionellen Abwehr gegenüber dem Wort Zionismus behaftet ist. Für einige ist bekanntlich der Zionismus das Schlimmste was es gibt. Sie malen Bilder, die eine seltsame Mischung sind aus althergebrachten antisemitischen Motiven und der Vorstellung, daß die Juden sich wie die Nazis verhalten. So können diese Leute zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Man trifft die ältere Generation, und setzt gleichzeitig ihre Ideologie fort. Eine perfekte Konstruktion. Viele in Deutschland, die dachten, sie hätten mit der NS-Vergangenheit gebrochen, haben manchmal hinter ihrem eigenen Rücken Elemente der NS-Vergangenheit verlängert. Das ist eine Tragödie.

Siehst Du Verbindungen zwischen antiamerikanischen und antisemitischen Denkmustern? Z.B. im Kontext eines romantischen Antikapitalismus?

Es gibt tatsächlich eine Form des Antiamerikanismus, die antisemitischen Vorstellungen ähnlich ist. Wenn antikapitalistisch bloß im Sinne von "antikommerziell" verstanden wird, liegt eine grundlegende Verwechslung zwischen einer Kapitalismuskritik und einer Zirkulationskritik vor. Zuweilen wird in Bezug auf die USA ein Gegensatz reproduziert, der früher als Gegensatz zwischen der "Heldennation" Deutschland und der "Krämernation" England virulent gewesen ist. Solcher Antiamerikanismus ist nicht gleich Antisemitismus, konvergiert aber mit antisemitischen Vorstellungen.

Selbstbestimmung

Von Dan Diner stammt das Wort, man könne als Linker in Deutschland die Nation nur für den Preis positiv besetzen, daß der Nationalsozialismus vergessen gemacht wird. Wer die deutschen Verbrechen in Rechnung stelle, könne den Begriff "Nation" hierzulande nur negativ besetzen.

Das ist vielleicht überspitzt formuliert, enthält aber eine wichtige Wahrheit: Solange diese Nation ethnisch definiert wird, wird sie sich nicht in politischen Auseinandersetzungen grundlegend neu definieren. Dafür läßt die ethnische Definition keinen Spielraum. Gerade deshalb ist es wichtig, sich in Deutschland für ein Einwanderungsgesetz einzusetzen. Dies würde auf praktischer Ebene eine neue Definition von Nation beinhalten.

Eine auch im Rahmen der Tagung "Kann sich die deutsche Geschichte wiederholen?" vertretene Position besagt, daß ein derartiges Gesetz und auch die Beseitigung des Deutschtum-Paragraphens aus dem Grundgesetz abgelehnt werden müsse, weil die deutschen ideologischen Dämone, die latent noch vorhanden seien, durch derartige "Überforderungen" nicht zum Leben erweckt werden dürften ...

Ich bin mit dieser Position nicht einverstanden. Ich glaube zwar auch, daß diese Dämone existieren. Aber sie sind da, und werden nicht von allein verschwinden. Es kommt darauf an, sich mit ihnen auseinanderzusetzen! Ich habe über die "Philo-Ausländerbewegung" des letzten Herbstes gelesen. Manches fand ich sehr bedenklich. Dem Ausländerhaß mit scheinbarer Ausländerliebe begegnen zu wollen, ist einfach verlogen. Man sollte die Ausländer nicht für so dumm verkaufen. Ihre Situation ist eine Frage des Rechts, nicht der Liebe. Zweitens hilft es auch nichts, das ganze deutsche Volk als dumm und stumpfsinnig darzustellen. Das ist provozierend und für den politischen Kampf untauglich. Sich zu schämen, Deutscher zu sein, kann ich gefühlsmäßig nachvollziehen, aber es ist kein politischer Standpunkt.

Zu den historisch besetzten Chiffren deutscher Aggressionspolitik gehört die Formel von der "nationalen Selbstbestimmung". Ist es notwendig, zwischen dem US-amerikanischen und dem deutschen Verständnis von "Selbstbestimmung" zu differenzieren?

Man muß den Begriff der Selbstbestimmung differenzieren - er kann sehr Verschiedenes bedeuten. Traditionell hat die deutsche Politik "Selbstbestimmung" immer ethnisch verstanden. In Bezug auf die Region zwischen Deutschland und Rußland ist die Politik der ethnischen "Selbstbestimmung" ein Vehikel gewesen, deutsche Herrschaft zu realisieren. In den USA definiert sich die Nation nicht ethnisch, sondern allein über die Staatsbürgerschaft.

Ist es theoretisch plausibel, einen fundamentalen Gegensatz aufzumachen zwischen einer ethnisch-völkisch definierten Nation und einer Nation der Staatsbürger? Ich denke dabei an Aussagen der "Dialektik der Aufklärung", bereits diese staatsbürgerlich definierte Gleichheit, die immer nur Gleichheit angesichts eines Souveräns sein könne, sei auf dem Sprunge, in völkische Gemeinschaftsbildung umzuschlagen. Selbst dieser

humane, auf Freiheit und Gleichheit gegründete Nationenbegriff trüge dann die Tendenz zur Barbarei bereits in sich.

Mir scheint das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes, wenn das Volk politisch definiert ist, in eine andere Richtung zu weisen, als ein ethnisches "Selbstbestimmungsrecht des Volkes". Auch dieses Volk kann, wie Du sagst, sich als Scheingemeinschaft betrachten und sich in eine derartige Richtung entwickeln. Aber diese Entwicklung ist nach meiner Ansicht mit dem politischen Begriff von Volk nicht notwendig verbunden. Beim ethnischen Begriff sehe ich fast keine andere Perspektive. Der Begriff von "Volk" in Deutschland ist eigentlich ein vorpolitischer Begriff, während "people", ein politischer Begriff ist, der schwer zu naturalisieren ist. Die Frage nach dem politischen und gesellschaftlichen Inhalt von Selbstbestimmung ist somit diskutierbar. Aber es kann sein, daß selbst diese Unterscheidung nicht ausreichend ist.

Nationalsozialismus und Antisemitismus

Du hattest bereits in den 70er Jahren den Text "Nationalsozialismus und Antisemitismus" geschrieben. Es ist sehr auffällig, daß der Text zwar in der BRD veröffentlicht wurde, daß die westdeutsche Linke das Diskussionsangebot aber fast vollständig ignorierte. Erst seit ein, zwei Jahren findet er eine gewisse Resonanz. Warum diese Verzögerung? Liegt es an der starken Dominanz des Marxismus-Leninismus? Am nichtvorhandenen Verhältnis der Linken zur deutschen Vergangenheit, die Du ja kritisiertest?

Ich kann hier nur Vermutungen anstellen. Einmal paßt der Ansatz überhaupt nicht in jene funktionalistische Form des Marxismus, welche nichtfunktionalistisches Denken gar nicht verstehen kann. Zweitens fielen die späten 70er Jahre schon in eine Zeit, in der große Teile der Linken meinten, sich vom Marxismus überhaupt abseilen zu sollen. An meinem Versuch, marxsche Kategorien zu benutzen, hatten diese kein Interesse. Drittens gilt der Antisemitismus für viele als irrelevant. Ob unter Marxisten oder Nichtmarxisten - er ist kein Thema. Antisemitismus gilt höchstens als ein Manöver, die Arbeiterklasse zu spalten. In Frankfurt hatte der Text doch Diskussionen ausgelöst, die sich aber nicht schriftlich niedergeschlagen haben. Was ist nach Deiner Auffassung der Grund?

Ich denke, es hängt mit einer großen Theoriemüdigkeit, um nicht zu sagen, Theoriefeindlichkeit, zusammen. Theorie wurde sehr verkürzt als Anleitung zum Handeln begriffen. Sie wurde fast immer abgewiesen, wenn sich keine neue Kampagne damit betreiben oder begründen ließ. Das aktuelle Interesse hängt wohl damit zusammen, daß ein Teil der deutschen Linken sich heute verstärkt damit beschäftigt, wo sie überhaupt herkommt und in welchem Land sie lebt ...

Ich habe noch eine Frage zur Rezeption Deines Textes. In der Debatte wird zuweilen der Vorwurf erhoben, es ginge Dir nicht darum, zu begreifen, warum das, sondern was 1933 durchgebrochen ist. Dem Vorwurf zufolge wird hier eine Abstraktionsebene eingenommen, die zu universal argumentiere, als daß konkrete historische Erscheinungen noch auf den Begriff gebracht werden könnten. Deine Argumentationsweise laufe insofern auf linken Strukturalismus hinaus.

Das ist seltsam. Es ist, als ob man Marxsche Kategorien wie Ware und Kapital als Erklärungsmuster kritisieren würde, weil sie nicht den Unterschied zwischen deutschem und japanischem Imperialismus erklären. Wenn es modernen Antisemitismus nur in Deutschland gegeben hätte, würde ich den Vorwurf verstehen. Aber der Antisemitismus hatte zwischen 1880 und 1945 ganz Europa im Griff. Die ganze Zeitspanne kann man als ein antisemitisches Zeitalter betrachten. Dies stellt die lineare Entwicklungsvorstellung des Liberalismus, bzw. des Marxismus der 2. Internationale vollständig in Frage. Der Antisemitismus wurde als vorkapitalistische Form verstanden. Plötzlich taucht er aber nochmal auf und wurde sehr stark. Und er verbreitet sich in den meisten kapitalistischen Ländern. Es gibt Unterschiede ...

... z.B. Rußland?

... dort war der Antisemitismus sehr stark. Es gab seit 1881 große Pogrome. Ein Großteil der Juden in Amerika verließ Rußland damals aufgrund dieser Pogrome.

Obwohl dort 1880 der Kapitalismus noch nicht voll entwickelt war ...

Man sollte Rußland nicht einfach als vorkapitalistisch definieren. Es gab schon die Wirkungen des kapitalistischen Weltsystems auf dieses Land. 1880 bildeten sich mit dem russischen Antisemitismus zugleich antisemitische Parteien in Frankreich, Österreich und Deutschland.

Natürlich ist es richtig, die Frage der Ausbreitung des Antisemitismus auch spezifisch anzugehen. Wieso gibt es einige wenige kapitalistische Länder, in denen zwar antijüdische Vorurteile existieren, nicht aber das Bild von der jüdischen Weltverschwörung, das den modernen Antisemitismus auszeichnet, so etwa in den USA, in England und in den Niederlanden, während Frankreich ebenso antisemitisch gewesen ist wie Deutschland? Ich habe in einer Fußnote des erwähnten Aufsatzes hierzu eine Vermutung formuliert: Vielleicht gibt es einen Zusammenhang zwischen den frühkapitalistischen Phasen jener Länder und den späteren Formen des Antisemitismus. In England, Holland und den USA wurde die kapitalistische Rationalisierung über den Markt verwirklicht. In Frankreich und Deutschland erfolgte sie hingegen über den Staat, d.h. auf einer konkreteren Ebene. Und genau in diesen Ländern erschienen später die gesellschaftlichen Prozesse, die mit dem industriellen Kapitalismus verbunden sind, mysteriös und bedrohlich. Diese Prozesse wurden dann als Machenschaften der Juden gesehen. Jene sogenannten "liberalen" Länder, die am frühesten und über den Markt kapitalisiert wurden, weisen weniger Antisemitismus auf, als die anderen.

In Deinen Untersuchungen wird der Antisemitismus unmittelbar aus den Widersprüchen der kapitalistischen Ordnung abgeleitet. Da die Juden die undurchschaubare, abstrakte Kapitalherrschaft personifizierten, stand Auschwitz demnach für die Scheinumwälzung der bestehenden Gesellschaftsformation. Ist die kapitalistische Ökonomie der einzige Bedingungsfaktor für Antisemitismus? Speist sich die massenhafte Barbarei, z.B. der eugenisch begründete Massenmord, nicht auch aus anderen Quellen?

Zunächst sind Kapital und Ware für mich keine ökonomischen Begriffe. Ich betrachte diese marxschen Kategorien als Formen strukturierter Praxis - genau wie ein Ethnologe in einer anderen Gesellschaft Kategorien ihrer Handlungen herauszubekommen sucht. Die NS-Eugenik verstand sich nicht als Barbarei, sondern als ein Gipfel der Wissenschaft. Man muß das ernstnehmen. Aus der Tätersicht war die Eugenik eine Sozialutopie. Man glaubte, eine heile Welt schaffen zu können. Das Modell war die Tierzucht. Wenn man schnellere Pferde züchten konnte, warum dann nicht auch "klügere", "gesündere", "anständigere" Menschen. Zweitens liegen der Eugenik wie dem Antisemitismus biologistisches Denken zugrunde. Das führt zu der Frage, warum die Europäer mitten im 19. Jahrhundert begonnen haben, biologistisch zu denken? Viele meinen, dies sei eine atavistische Denkform. Tatsächlich aber wurde um die Jahrhundertwende dem Klassendenken das Rassedenken als moderner und wissenschaftlicher gegenübergestellt. Aber man muß diese biologistischen Denkformen - Rassismus, Antisemitismus, Eugenik - differenziert sehen. Zwar stimmt es natürlich, daß die Nazis damit begonnen haben, sogenanntes "minderwertiges Leben" auszurotten. Aber das gehörte nicht zum wesentlichen Kern ihrer Ideologie. Als die Kirche sagte, hört mit der Euthanasie auf, wurde damit aufgehört. Es ist undenkbar, daß die Deutschen am Ende des Krieges, als sie alle Transportmittel brauchten, die ihnen zur Verfügung standen, weiterhin Geisteskranke transportiert hätten. Dies aber machten sie mit den Juden. Deshalb muß man versuchen zu verstehen: Was hat sie dazu getrieben? Woher kam die Kraft dieser antisemitischen Vorstellungen?

Allein aus einem verzerrten Antikapitalismus?

Was sonst?

Ich bin überfragt. Welche Rolle könnten psychologische Kategorien spielen; kollektive Aggressionszwänge, Destruktionsenergien?

Wenn man psychologische Kategorien benutzt, muß man sie auch historisch einordnen - sonst wäre vernichtender Antisemitismus transhistorisch, und das ist er nicht. Leute wie Adorno, Horkheimer, Marcuse usw. versuchten gerade, psychologische Kategorien so zu historisieren, daß sie in einen Zusammenhang mit Kapitalkategorien gestellt werden können.

Muß man sich nicht freimachen von der Vorstellung, es müsse eine Art Rebellion gewesen sein, die irgendwo berechtigt war aber nur das falsche Objekt getroffen hat?

Im Gegenteil. Wenn ich sage, es war eine Revolte, so will ich damit nicht sagen, daß es berechtigt oder gut war. Es geht darum, eine Bewegung zu begreifen. Man kann nicht verneinen, daß sich der Nationalsozialismus

selbst als Revolution betrachtet hat - genau wie auch der italienische Faschismus, obwohl sie ganz verschieden waren. Die funktionalistische Theorie der orthodoxen Marxisten kann dieses Moment der Revolte nicht begreifen. Die Nationalsozialisten haben sich als Kämpfer empfunden, als Revolutionäre. Es gibt einen hervorragenden Film von Marcel Ophüls: La chagrin et la pitié. Er hat darin einen französischen Adeligen aus Clermont-Ferrand interviewt, der vor Stalingrad an der Seite der Deutschen gekämpft hatte. Ophüls fragte ihn nach seinen Motiven. Er habe, so seine Antwort, als junger Mann die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft unausstehlich gefunden. Wegen seiner Klassenzugehörigkeit sei es ihm jedoch unmöglich gewesen, der Kommunistischen Partei beizutreten. In der deutschen orthodox-marxistischen Rezeption des Faschismus wurde diese Moment ausgeklammert. Natürlich spielte auch das Großkapital eine Rolle - einverstanden. Aber man kann Nationalsozialismus nicht verstehen, wenn man die Nazis nicht zugleich auch als Bewegung begreift. Und ich meine, daß eine vom Kapital durchgeführte Umwälzung des gesamten sozialen Gefüges dieser Bewegung zugrunde gelegen hat. "Antikapitalismus" heißt nicht, daß man irgendwo einen Bonzen haßt, sondern es ist der Versuch, eine Welt zu verstehen. Plötzlich war die Währung nichts mehr wert, plötzlich gab es Arbeitslosigkeit und Überproduktion. Die Nazis haben gedacht, sie würden die Welt retten.

Es gab aber kein Spurenelement von Protest oder Widerstand gegen das kapitalistische Wesen in Nazideutschland ...

Ich habe weder behauptet, daß die Nationalsozialisten bewußte Antikapitalisten waren, noch daß sich ihre Revolte gegen das Wesen des Kapitalismus gerichtet hat. Sondern ich habe versucht aufzuzeigen, daß diese Revolte gegen Erscheinungsformen des Kapitalismus gerichtet war und daß man ihr Weltbild anhand der Kategorien der Marxschen Kapitalismuskritik erklären kann.

Du sprachst heute Vormittag von Kapitalismuskritik ...

... die finde ich nach wie vor aktuell ...

... was verstehst Du darunter? In welchen Punkten darf nach Deiner Ansicht die postkapitalistische Gesellschaft hinter Errungenschaften des Liberalismus nicht zurückfallen?

Es gilt, die Umbruchsituation, in der wir uns befinden, zu erklären. Mit dem Marxismus-Leninismus muß man brechen, mit der Marxschen Kritik aber nicht. Der Standpunkt der Kritik kann kein räumlicher sein: Es kann nicht das Vaterland aller Werktätigen sein, es kann nicht ein anderer (deutscher) Staat sein, es kann nicht die 3. Welt oder die Armut dort sein. Der Standpunkt der Kritik kann nur zeitlich sein, bezogen auf die Immanenz der kapitalistischen Entwicklung. So verstanden kann der Kapitalbegriff die geschichtliche Lage immer noch wesentlich besser erläutern, als Modernisierungstheorien oder der leere Begriff der Industriegesellschaft, der einfach nur eine Beschreibung ist. Der Kapitalbegriff erfaßt eine dynamische Entwicklung, der Industriebegriff nicht. Um dies zu leisten, muß man einen Kapitalbegriff entwickeln, der sich nicht hauptsächlich auf Formen des 19. Jahrhunderts begrenzt. Im Zentrum dieses Kapitalbegriffs dürfen nicht Markt und Privateigentum stehen, sondern die Form der Arbeit und die Form der Vergesellschaftung. Daran zu arbeiten ist eine große Aufgabe.

Moishe, wir danken Dir für das Gespräch.

5. Moishe Postone zur Theorie des Antisemitismus

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:17

Bereits 1979 veröffentlichte Moishe Postone ein Essay zur Analyse des modernen Antisemitismus (1). Eine Beschäftigung mit jenem Element nationalsozialistischer Realität sei, stellt Postone darin vorweg, Voraussetzung eines adäquaten Herangehens an die deutsche Vergangenheit: "Keine Analyse des Nationalsozialismus, die nicht die Ausrottung des europäischen Judentums erklären kann, wird ihm gerecht." Postone kritisiert, in Westdeutschland habe die Linke wie die Rechte Antisemitismus als bloßes Vorurteil definiert, und den Holocaust außerhalb einer sozio-ökonomischen Analyse des Nationalsozialismus behandelt. Konservativen und Liberalen sei es darum gegangen, mit der Kritik an der Verfolgung der Juden einen angeblich totalen Bruch zwischen dem 3. Reich und der BRD zu betonen, die Linke dagegen habe die Tendenz entwickelt, "den Nationalsozialismus als bloße Spielart des Kapitalismus zu begreifen". Die Tatsache, daß sich der Nationalsozialismus in dessen eigener Sprache als "Revolte" begriff, sei aus einer solchen Reduktion ebensowenig erklärbar, wie die Haltung "ideologischer Mission", die bei Nationalsozialisten festzustellen sei, und die sie zu einer Vernichtung der Juden "um der Vernichtung willen", ohne jede funktionelle Bedeutung, veranlaßt habe.

Postone sieht das linke Ungenügen in einem traditionell reduzierten "Marxismus" begründet. Er hebt hervor, insbesondere das "Kapital" dürfe nicht als Analyse einer eigenen, isolierten Sphäre der "Ökonomie" verstanden werden. Marx suche in Begriffen wie "Ware", "Wert" und "Kapital" ökonomische Zusammenhänge stets als Ausdruck gesellschaftlicher Beziehungen zu definieren, und aus der Verfaßtheit dieser gesellschaftlichen Beziehung werde nach Marx die Entstehung bestimmter Ideologien erklärbar. Marx' Begriffe standen demnach stets für die Analyse gesellschaftlicher Wirklichkeit und für erkenntnistheoretische Analyse zugleich. Postone bezieht sich insbesondere auf die Warenanalyse, an der Marx jenen Zusammenhang, der dem ganzen "Kapital" zugrundeliege, explizit gemacht habe. Marx analysierte, wie im Kapitalismus die in der Ware vorzufindende Einheit von Tauschwert und Gebrauchswert aufgetrennt wird in Geld und Ware. Der Gebrauchswert erscheint nicht mehr als aus Arbeit entstandene gesellschaftliche Kategorie, sondern ausschließlich als dem Ding "Ware" quasi natürlich anhaftende Eigenschaft. Gleichzeitig stelle sich "das Geld als einziger Ort des Wertes dar, als Manifestation des ganz und gar Abstrakten anstatt als entäußerte Erscheinungsform der Wertseite der Ware selbst". Gesellschaftliche Beziehungen treten nur noch im solcherart isolierten "Abstrakten" in Erscheinung, und auch dort wird ihre gesellschaftliche und historische Bedingtheit verschleiert, indem auch sie z.B. im Geld verdinglicht werden, oder indem ökonomischen Zusammenhängen der Charakter ewiger Naturgesetze zugeschrieben wird. Jene Struktur entfremdeter gesellschaftlicher Beziehung ist dem Kapitalismus eigen, und wurde von Marx auf den Begriff des "Warenfetisch" gebracht, der, so Postone, "in der Unterscheidung zwischen dem Wesen der kapitalistischen Verhältnisse und ihren Erscheinungsformen gründet."

Postone untersucht, wie die von Marx analysierten, dem Kapitalismus eigenen falschen Wahrnehmungsformen sich fortentwickelten. Die Antinomie (2) zwischen "Abstraktem" und "Konkretem" sieht er im Gegensatz positivistischer und romantischer Denkweisen reproduziert. Zur Analyse des Antisemitismus widmet er sich der näheren Analyse romantischer Denkweisen, "die ihrem Selbstverständnis nach antibürgerlich sind, in Wirklichkeit jedoch das Konkrete hypostasieren (3) und damit innerhalb der Antinomie gesellschaftlicher Beziehungen verharren." Solche Denkformen - die bei Frühsozialisten, Anarchisten und z.B. auch bei Proudhon anzutreffen seien - tendierten dazu, Kapitalismus im isoliert wahrgenommen Abstrakten abzulehnen, z.B., indem Geld als "Wurzel allen Übels" begriffen werde. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft im 19. Jahrhundert sieht Postone Veränderungen jener Denkformen einhergehen, die auf die wachsende Bedeutung des Kapitals zurückzuführen sei. Kapital sei bei Marx als "selbstverwertender Wert" charakterisiert, als die "unaufhörliche rastlose Selbstvermehrung des Wertes", und jenes ihm innewohnende dynamische Element, so Postone, habe in Denkformen des späten 19. Jahrhundert Eingang gefunden. An die Stelle einfacher Dinge oder mechanischer Bilder, in denen der Fetisch ursprünglich wahrgenommen wurde, seien zunehmend organische Prozesse, biologische Hypostasierungen getreten. So könne nun, anstelle der Ware, der ganze materielle Produktionsprozeß insgesamt als konkret, "gesund" und "natürlich" begriffen werden. Er erscheint als dem übergeordneten organischen Träger, der Gemeinschaft, der Rasse, dem Volk,

zugehörig. Demgegenüber werde allein die isolierte abstrakte Seite des Kapitalismus, beispielsweise im Finanz- oder Zinskapital, als alleiniger Träger aller negativen Entwicklungen betrachtet.

Postone definiert Antisemitismus als eine besondere Form des so entstandenen "romantischen" Antikapitalismus, in der auch noch die abstrakte Seite naturalisiert, personalisiert wahrgenommen wird: Im Juden. "Es handelt sich dabei" betont Postone, "nicht um die bloße Wahrnehmung der Juden als Träger von Geld - wie im traditionellen Antisemitismus; vielmehr werden sie für ökonomische Krisen verantwortlich gemacht und mit gesellschaftlichen Umstrukturierungen und Umbrüchen identifiziert, die mit der raschen Industrialisierung einhergehen: explosive Verstädterung, der Untergang von traditionellen sozialen Klassen und Schichten, das Aufkommen eines großen, in zunehmendem Maße sich organisierenden industriellen Proletariats und so weiter." Postone wendet sich damit vehement gegen das weitverbreitete Bild, im Antisemitismus hätten die Nationalsozialisten einer unmodernen, eigentlich dem Feudalismus zuzuordnenden Ideologie angehangen. Die Erklärung des Nationalsozialismus als Revolte gegen die Moderne könne nicht erklären, warum er sich nicht gegen das Industriekapital gewandt habe. Nicht nur "Blut und Boden", sondern ebenso die Maschine sei durch den NS als "konkret" und als positiver Ausdruck der Volksgemeinschaft verherrlicht worden.

Seine Thesen sieht Postone in verschiedenen Beobachtungen am Antisemitismus der NS-Zeit fundiert: Juden wurden nicht als "Untermenschen" betrachtet, sondern als übermächtige Gefahr. Die Nationalsozialisten gaben der These von der "Weltverschwörung" der Juden, die systematisch die verschiedensten modernen Entwicklungen determiniere, umfassenden Erklärungscharakter. Auch umschrieben sie die Andersartigkeit der Juden "mit Attributen wie mysteriöse Unfaßbarkeit, Abstraktheit und Allgemeinheit".

Als eigentliche "deutsche Revolution", folgert Postone aus seinen Ausführungen, müsse nicht die Machtergreifung von 1933 begriffen werden, sondern die antisemitische Vernichtungspolitik. Auschwitz sei dem Nationalsozialismus die "groteske arische ‚antikapitalistische' Negation" der modernen kapitalistischen Fabrik gewesen. Ist die Fabrik der Ort, der Profit, also Tauschwert, produzieren soll, und der dazu den Umweg über die Produktion von Gebrauchswert zu gehen hat, sollte Auschwitz dem Ziel dienen, das Konkrete vom Abstrakten zu befreien: "Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung, das heißt, die ‚Maske' der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was sie ‚wirklich' sind: Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktion auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln, jedoch auch zu versuchen, die letzten Reste des konkreten gegenständlichen ‚Gebrauchswerts' abzuschöpfen: Kleider, Gold, Haare, Seife."

Be, Gruppe K Hamburg

Anmerkungen:

1) Moishe Postone veröffentlichte den Aufsatz "Antisemitismus und Nationalsozialismus" im Juni 1979 in der Frankfurter StudentInnenzeitung "Diskus", und in englischer Fassung in "New German Critique". Der Text erschien in gegenüber "Diskus" sprachlich leicht veränderter Form auch in "Autonomie" Nr. 14, Oktober 1979. Der Aufsatz reflektierte in einem ersten Teil die Aufnahme des "Holocaust"-Filmes in der Bundesrepublik, und diskutierte in diesem Kontext Antisemitismus in der BRD. Er enthielt als zweiten Teil Postones theoretischen Erklärungsansatz für modernen Antisemitismus. Dieser zweite Teil des Beitrags - der allein hier in der Folge referiert werden soll - erschien in überarbeiteter Form unter dem Titel "Die Logik des Antisemitismus" in Merkur I, 36. Jahrgang, Stuttgart 1982. Diese Textfassung wurde in den von Dan Diner herausgegebenen Sammelband "Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz", Frankfurt a.M. 1988, übernommen, und in der Sommernummer 1991 der Freiburger "Kritik und Krise" (ISF) erneut dokumentiert. Eine Zusammenfassung des Beitrags, und die Diskussion einiger daraus erwachsender Konsequenzen wurde von Bettina Hoeltje im zweiten Reader der Radikalen Linken veröffentlicht ("Zu einigen Problemen der linken Analyse des deutschen Faschismus", in: "'Deutschland? Nie wieder!'. Kongreß der Radikalen Linken", Frankfurt a.M. 1990). Die Nullnummer der "Bahama-News" (Zirkular der Gruppe K), Mai 91, dokumentierte den Text aus Diskus 1979.

2) Entgegensetzung, Wahrnehmung als verbindungslosem Gegensatz

3) hypostasieren: verselbständigen, vergegenständlichen, personifizieren

6. Frauen auf der Flucht. Frauenspezifische Fluchtgründe und bundesdeutsches Asylrecht

Autor: Susanne Hübel · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:08

Wir veröffentlichen im folgenden einen Vortrag von Susanne Hübel. Sie hielt diesen Vortrag im Rahmen der Tübinger Aktionswochen gegen "500 Jahre Kolonialismus - EG-Binnenmarkt." Die Autorin hat in Tübingen und Kalifornien Völkerkunde und Kulturwissenschaften mit dem Schwerpunkt der Frauen- und Minderheitenforschung studiert. Sie arbeitet seit 1991 als Bildungsreferentin bei der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes e.V., wo sie sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Flüchtlingsfrauen und Frauen in Lateinamerika beschäftigt.

Die Hauptgruppe der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder, die sich innerhalb der Länder des Trikont auf der Flucht befinden und meist in Nachbarländern Aufnahme finden. Zahlreiche Frauen haben neben politischen und anderen Motiven auch frauenspezifische Fluchtgründe. Nur ein kleiner Prozentsatz gelangt nach Europa wo der Hürdenlauf durch bundesdeutsche Gerichte beginnt, in denen Frauen meist umsonst um eine Anerkennung ihrer persönlichen Fluchtgründe kämpfen. Doch es gibt verschiedene Gesetzesinitiativen und Forderungen, die auf eine Besserstellung von Frauen im Asylverfahren abzielen. Bei einem Blick auf die vorhandene Literatur zum Thema Flüchtlingsfrauen läßt sich erst seit kurzem eine Zunahme der Publikationen beobachten. Seit einigen Jahren greifen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und politische Institutionen das Thema vermehrt auf und versuchen eine größere Öffentlichkeit und konkrete Verbesserungen für Flüchtlingsfrauen zu erreichen.

Allgemeine Einführung - Frauen auf der Flucht

Auf der Welt befinden sich 14 bis 15 Mio. Menschen auf der Flucht. Nach Angaben des UNHCR bilden Frauen weltweit die Mehrheit unter den Flüchtlingen. Insgesamt sind über drei Viertel der Flüchtlinge in Afrika, Asien und Lateinamerika Frauen und Kinder. In einzelnen Ländern sind über 90% der Flüchtlingsbevölkerung Frauen und Kinder. Dies ist besonders in Regionen der Fall, wo Bürgerkriege, die Verfolgung ethnischer Gruppen, Naturkatastrophen und Hungersnöte zu Massenfluchtbewegungen führen. Die meisten fliehen aus ländlichen Gebieten.(1)

Die Flucht gestaltet sich für zahlreiche Frauen äußerst schwierig, weil sie meist zum ersten Mal auf sich allein gestellt sind - ohne den Rückhalt der Großfamilie - und für sich und ihre Kinder sorgen müssen. Sie sind schutzlos, da ihr Familienverband sie entweder verfolgt oder verstoßen hat, oder die Familiengemeinschaft aufgrund staatlicher, religiöser oder rassischer Verfolgung auseinandergebrochen ist. Meist sind dann die Frauen als einzige Ernährerinnen ihrer Kinder übrig. Die Flucht aus den Gefahrengebieten dauert lange und ist durch die Suche nach Nahrung, Wasser und mangelnde medizinische Versorgung erschwert. Meistens schaffen es die Frauen gerade noch, die Grenze eines Nachbarlandes zu erreichen, wofür sie unterwegs einen hohen Preis bezahlen müssen denn Frauen auf der Flucht sind in besonders starkem Maß sexueller Gewalt ausgeliefert. Immer wieder berichten Flüchtlingsfrauen von sexuellen Übergriffen, Mißhandlungen und Vergewaltigungen.(2)

Von der Grenze werden die Flüchtlinge direkt in ein Aufnahmelager gebracht, wo sie je nach Politik des Aufnahmelandes teilweise Bildungsangebote wahrnehmen oder sogar ein Stück Land bestellen können. Wenn das Gastland jedoch die Integration der Flüchtlinge zu verhindern versucht, müssen die Frauen oft jahrelang ohne Arbeit und Einkommen im Zeltlager leben und die Kinder erhalten keine oder nur eine geringe Schulbildung. Alleinstehende Frauen haben eher die Möglichkeit in die Städte weiterzuwandern, wo ihnen oft nur der Schwarzhandel und die Prostitution als Einkommensquellen bleiben.(3)

Welches sind nun die Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingsfrauen in Afrika, Asien, Lateinamerika? In Pakistan zum Beispiel befindet sich immer noch die größte Flüchtlingsgruppe der Welt. Circa 3 Mio. Afghanen leben in 350 Lagern, zu drei Vierteln Frauen und Kinder. Eritreische und äthiopische Frauen flüchteten zu Hunderttausenden vor Bombardierungen ihrer Dörfer und Städte in den Sudan. Südsudanesinnen fliehen wiederum nach Äthiopien und 700.000 Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet Ogaden, das in einen Folgekrieg der kolonialen Grenzziehung verwickelt war, leben immer noch in Somalia.(4) Mehr als hunderttausend

gualtemaltekische und salvadorianische Flüchtlinge leben in grenznahen Lagern im Süden Mexikos, mehrheitlich Frauen, deren Männer von den Militärs getötet wurden, mit ihren Kindern. Sehr viele dieser Frauen wurden von Soldaten vergewaltigt, als diese sich angeblich auf der Suche nach ihren Männern befanden.(5)

In der Türkei befinden sich zur Zeit mehr als eine halbe Million iranischer Flüchtlinge, meist als Touristen "getarnt". Der Mehrheit der Flüchtlinge, die in ihre Nachbarländer gelangen, wird vom UNHCR die offizielle Anerkennung verweigert, was ihren Status sehr unsicher macht. Die IranerInnen fühlen sich im Nachbarland Türkei "wie in der Falle", bzw. "wie in der Vorhölle". Bundesdeutsche Delegationen berichten, daß sich besonders bei alleinstehenden und alleinerziehenden Frauen eine zunehmende psychische und materielle Verelendung zeigt.(6)

Beispiel: Afghanische Flüchtlingsfrauen in Pakistan: Die Stellung der afghanischen Frauen in den Lagern hat sich durch die Flucht radikal verschlechtert. Dies ist teilweise motiviert durch die sozio-kulturelle Entwurzelung die das Flüchtlingsschicksal mit sich bringt. Die Männer fordern von den Frauen eine besonders rigide Bewahrung kulturell- religiöser Traditionen. Frauen und Mädchen, die früher nicht verschleiert waren, müssen ihr Gesicht jetzt vollständig verhüllen. "Die Macht der fundamentalistischen Parteien ist groß," sagt Wahidah, ein Mädchen das in Kabul noch Miniröcke getragen hat. "Es ist lebensgefährlich, wenn wir uns nicht so kleiden und verhalten, wie sie es wollen." Arbeitslose Männer wachen besonders streng über die Tugend der Frauen und Mädchen. Anhänger des fundamentalistischen Islam schüren dieses Verhalten, und ihre Parteien finden immer mehr Anhänger unter den Männern. Nach deren Ideologie sollen die Frauen im Haus bleiben, dem Mann vollständig gehorchen, ihm sexuell zur Verfügung stehen und möglichst viele Kinder gebären. Die Fundamentalisten sprechen Morddrohungen aus, wenn Frauen und Mädchen außerhalb des Hauses zur Arbeit gehen. Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel gilt für Frauen als unschicklich. Jede unabhängige Bewegung der Frauen, zum Beispiel der Gang zur Gesundheitsstation, wird argwöhnisch beäugt und teilweise verboten.(7)

Nur wenige Flüchtlingsfrauen gelangen nach Europa. Wenn die Großfamilie Geld zusammenlegt, um einem Familienmitglied die Flucht zu ermöglichen, ist dies meist für einen Mann. Ehefrauen, die zurückbleiben, warten oft jahrelang auf eine Nachricht ihrer Männer.(8)

In der Bundesrepublik hat jedoch in den letzten Jahren ein Wandel stattgefunden. Immer mehr Frauen, alleine oder mit Kindern, beantragen eigenständig Asyl. Ihre Zahl wird statistisch nicht gesondert erfaßt. Schätzungen besagen jedoch, daß ca. 30 % aller Asylsuchenden weiblich sind.

II.Frauenspezifische Fluchtgründe: Frauen sind doppelt verfolgt

Die frauenspezifische Verfolgung hängt unmittelbar mit der gesellschaftlichen Rolle der Frau zusammen. In zahlreichen Ländern der Welt sind Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen den Männern untergeordnet und generell in ihrer persönlichen Entfaltung eingeschränkt. Die Frau kann jedoch durch ihre Gebärfähigkeit, meist über die Geburt von Söhnen, einen gewissen Status erlangen. Die Bewahrung ihrer Ehre, d.h.der Jungfräulichkeit vor der Heirat und absoluten Treue gegenüber dem Ehemann, ist ein Gut, dessen Verlust die ganze Familie trifft. Die männlichen Familienmitglieder haben die Pflicht, über die Ehre der weiblichen Angehörigen zu wachen, gelingt ihnen das nicht, sind sie in ihrem Ansehen schwer getroffen und müssen den Verstoß sühnen.(10)

Die Verfolgung von Frauen ist oftmals eine doppelte. Sie sind aus vielfachen Gründen zur Flucht gezwungen. Sie werden verfolgt, gefoltert und bestraft, weil sie selbst oder ihre Angehörigen politisch aktiv waren. Sie werden aber auch aus sexistischen Gründen verfolgt, weil sie sich den für Frauen in patriarchalen Gesellschaften geltenden kulturellen oder gesellschaftlichen Normen nicht anpassen wollen.(11)

Bestimmte Formen von Menschenrechtsverletzungen richten sich speziell gegen Frauen

Wenn schwangere Frauen unmenschlichen Haftbedingungen ausgesetzt sind, gefoltert werden und wenn ihnen jegliche medizinische Versorgung verweigert wird, leben sie unter der ständigen Bedrohung, das Kind zu verlieren oder dauerhaft unfruchtbar zu werden. Sexueller Mißbrauch und Vergewaltigung durch Soldaten, Polizei, paramilitärische Gruppen, gegnerische ethnische oder religiöse Gruppen oder eigene Familienangehörige zielen darauf, den Frauen männliche Macht zu demonstrieren. Sie werden für den

Ausbruch aus der traditionellen weiblichen Rolle bestraft indem ihnen schwere seelische und körperliche Schmerzen zugefügt werden. Die Integrität, Persönlichkeit und das Selbstwertgefühl der Frau sollen nachhaltig zerstört werden. Das Ziel ist es einerseits, politisch aktive Frauen auf die Rolle des Sexualobjektes zu reduzieren, ihnen ihre Würde abzusprechen und ihnen männliche Macht zu demonstrieren. Andererseits sollen mittelbar männliche Familienangehörige verletzt werden, da ihnen gezeigt wird, daß sie nicht in der Lage, sind "ihre Frauen" zu schützen.(12)

Nacktes Gefangenhalten, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung wird in einigen Ländern als alltägliche Form der Folter zur systematischen Zerstörung der weiblichen Persönlichkeit und zur Erpressung von Aussagen eingesetzt. So zum Beispiel in El Salvador, Indien, Pakistan, Iran, Myanmar - das ehemalige Birma, Kolumbien, Peru, Israel, Syrien, Südafrika.

Das traumatische Erlebnis einer Vergewaltigung verfolgt die Opfer oftmals lebenslang. Viele Frauen, die in der Haft, auf der Straße, in ihrer eigenen Familie vergewaltigt wurden, sind nicht in der Lage über ihre Erlebnisse zu sprechen. In zahlreichen Kulturen wird der Frau die alleinige Schuld an dem Erlebten zugesprochen, sie wird durch das soziale Umfeld und die eigene Familie sozial geächtet und diskriminiert. Staatliche Stellen bleiben bei der Verfolgung der Täter untätig, und die Frauen stehen oftmals unter der Drohung schweigen zu müssen.

Iran: In islamischen Ländern gilt zunehmend eine einseitige Auslegung des Koran zum Nachteil der Frauen. Sie sind vollständig der Gewalt ihrer Väter und später der Ehemänner ausgeliefert. Ohne deren Zustimmung dürfen sie weder eine Ausbildung machen, arbeiten, reisen, noch überhaupt das Haus verlassen. Frauen sind strengen Kleidungsvorschriften unterworfen. Verweigern sie das Tragen des schweren, dunklen Körperschleiers, droht ihnen im Iran die Todesstrafe.(13)

Zahlreiche Frauen werden von ihren Familien verfolgt und getötet, weil sie sich weigern, den von den Eltern ausgewählten Mann zu heiraten; oder weil die Verwandten nur den leisen Verdacht haben sie könnte ihre Jungfräulichkeit verloren haben. Generell kann schlimmste Verfolgung alle Frauen treffen, die einen Lebensentwurf leben wollen, der (wie z.B. bei homosexuellen Frauen) von der Norm abweicht. Die Verfolgung von Frauen wird zwar oft von der eigenen Familie vorgenommen, sie ist aber staatlich sanktioniert. Die Rechtsstellung der Frauen in allen Ländern, die das islamische Recht, die Scharia, zum Staatsrecht erhoben haben, ist sehr schlecht. Das Heiratsalter von Mädchen wurde auf neun Jahre gesenkt. Ein Mann kann bis zu vier Frauen heiraten und daneben unbegrenzt viele sogenannte "Ehen auf Zeit" gegen Bezahlung eingehen. Nach einer Scheidung, die nur auf Wunsch des Mannes erfolgen kann, geht das Sorgerecht für die Kinder auf den Vater über. Mord wird als Privatangelegenheit zwischen der Familie des Täters und des Opfers angesehen und kann entweder mit Blutrache oder dem Zahlen eines Blutgeldes beigelegt werden. Dabei ist zu beachten, daß für eine Frau nur halbsoviel Blutgeld bezahlt wird. Die Zeugenaussage einer Frau gilt generell nur halb, bei Mord überhaupt nicht. Einen Mord den nur Frauen beobachtet haben ist nicht beweisbar. Im Iran werden auch Steinigungen bei Unzucht ausgeführt. Eine Frau wird bis zur Brust, ein Mann bis zur Hüfte eingegraben, und dann möglichst langsam und qualvoll durch Steinwürfe getötet. Da eine Jungfrau nach dem Koran ins Paradies kommt, wird eine zum Tode verurteilte unverheiratete Frau vor ihrer Hinrichtung zwangsverheiratet und dann vergewaltigt.(14)

Irak: Im Nachbarland Irak wurde kürzlich die Tötung von als untreu angesehenen Ehefrauen straffrei gestellt. Einzige Bedingung war, daß die Tötung durch männliche Angehörige im Haus des Ehemannes oder der Eltern stattfindet.

Sri Lanka: Singhalesische Soldaten, die bei Hausdurchsuchungen und Razzien tamilische Frauen alleine antreffen, vergewaltigen diese oftmals. Tamilinnen werden unbekleidet gefangengehalten und sexuell mißbraucht. Das Schicksal tamilischer Frauen ist besonders schwer durch die Tatsache, daß eine Vergewaltigung als ihre eigene Schuld angesehen wird. Es ist eine Schande für die Familie, die sie nur durch Selbstmord löschen kann.

Türkei: Verfolgt werden Mitglieder politischer Oppositionsgruppen, Angehörige bestimmter religiöser Gruppen (z.B. syrisch-orthodoxe ChristInnen) und die kurdische Minderheit. Nach Angaben von ai werden zahlreiche Frauen in Geiselfunktion inhaftiert und gefoltert, um durch sie den Aufenthaltsort eines Gesuchten

herauszufinden. Sterilisationen und Elektroschocks werden durchgeführt mit dem Ziel, die Gebärfähigkeit der Frauen zu treffen, Vergewaltigungen vor den Augen der Männer sollen Geständnisse erpressen.(15)

All diese Beispiele machen deutlich, daß Frauen zusätzlich zu der auch für Männer geltenden körperlichen und seelischen Verfolgung Opfer sexueller Gewalt und der Diskriminierung und kulturellen Unterdrückung als Frauen werden. Diese Gewalt wird von den Opfern als moralische Schande empfunden, erzeugt Druck und macht die Opfer erpreßbar.

Bundesdeutsche Gerichtsentscheidungen zu frauenspezifischen Asylgründen

In Westeuropa stellen Frauen gerade noch ein Drittel aller Asylsuchenden, wovon die überwältigende Mehrheit abgewiesen wird. Es stellt sich die Frage: Gilt das Asylrecht auch für Frauen? Das bundesdeutsche Recht auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes besagt: "Politisch Verfolgte genießen Asyl". Nach Aussage des Bundesverwaltungsgerichts, das als oberste Instanz über Asylangelegenheiten entscheidet, gehören dazu im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention Verfolgte aufgrund ihrer "Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe", nicht aber "aufgrund ihres Geschlechts."(17)

Frauenspezifische Fluchtgründe, wie Vergewaltigung, sexuelle Folter, Kindesentführung, Verstoßung oder Tötungsabsicht der eigenen Familie, Zwangsverheiratung etc. werden vor bundesdeutschen Gerichten meist nicht als Asylgrund anerkannt. Einzelne Gerichte gingen sogar so weit, ihren Entscheidungen das islamische Recht zugrunde zu legen. Die Begründung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg hierzu lautet, daß der Iran als fundamentalistischer, islamischer Staat "nicht an dem weltanschaulichen Neutralitäts- und Toleranzgebot des Grundgesetzes gemessen werden kann" (Urteil v.18.3.1988). Die Widersprüchlichkeit der Gerichtsentscheidungen zur Lage der Menschenrechte im Iran wird deutlich, wenn man ein anderes Urteil desselben Gerichts betrachtet, in dem das iranische "Regime als rachsüchtig und unversöhnlich" bezeichnet wird "das Gegner mit völkerrechtswidrigen Handlungen verfolgt."(18)

Andere bundesdeutsche Gerichte argumentieren, daß es sich bisher noch nicht feststellen ließe, mit welcher Motivation Revolutionswächter gegen Frauen vorgehen, die gegen Kleidervorschriften verstoßen. Asylanträge iranischer Frauen, die gegen Kleidervorschriften verstoßen haben, wurden fast durchweg abgelehnt. Diese Repression verletze zwar die Menschenrechte, gefährde aber nicht ernsthaft Leib und Leben, argumentieren die Gerichte. Doch auch die wirtschaftliche und berufliche Existenzgrundlage, die körperliche und psychische Gesundheit sowie die Freizügigkeit gehören zu den Rechtsgütern, die das Asylrecht schützt.(19)

Die bundesdeutsche Rechtsprechung mißt hier Menschenrechte mit zweierlei Maß. Einerseits wird das iranische Regime als Unrechtsregime gebrandmarkt, das gegen das Völkerrecht verstößt, andererseits werden Menschenrechtsverletzungen an Frauen als innerstaatliches Recht eines islamischen Staats akzeptiert und verharmlost. Beim Bundesamt für Asylangelegenheiten herrscht die Auffassung, daß das bundesdeutsche Wertesystem nicht zur Grundlage der Beurteilung der Normen und Werte anderer Länder gemacht werden soll. Menschenrechte werden somit als teilbar definiert, die in allen großen Menschenrechtskonventionen als schützenswert genannten gleichen Grundrechte beider Geschlechter sollen anscheinend nur für europäische Frauen gelten.(20)

Asylbegehren tamilischer Frauen, die sexuelle Gewalt als Verfolgungsgrund nannten, wurden abgelehnt, da diese Gewalt entweder Folge allgemeiner Kriminalität oder des bürgerkriegsähnlichen ethnischen Konfliktes zwischen Singhalesen und Tamilen in Sri Lanka sei. Bürgerkrieg und Kriminalität gelten in der BRD nicht als "allgmeine Unglückssituation" und sind damit nicht asylrelevant.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin prüfte ausdrücklich die Frage, ob sexuelle Verfolgung nicht dadurch politisch werde, daß der Staat den Opfern keinen Schutz gewähre. Das wurde vom (männlich besetzten) Gericht deshalb verneint, weil die Frauen "aufgrund ihrer hinduistisch- tamilischen Erziehung häufig von einer Anzeige absehen und daher staatlichen Schutz gar nicht in Anspruch nehmen."

Die Urteile zeigen, daß es in der Rechtsprechung zur geschlechtsspezifischen Verfolgung noch wenig Einigkeit gibt. Auch juristische Handbücher und Kommentare greifen das Thema teilweise nicht oder nur oberflächlich auf. Daß geschlechtsspezifische Maßnahmen eine Gefahr für Leib und Leben darstellen können, ist unstrittig. Unklar ist in der bundesdeutschen Asylrechtsprechung inwieweit diese Unterdrückung politischen Charakter hat. Allzu oft wird sie als unpolitische Folter und Folge allgemeiner Kriminalität interpretiert.(21)

Es gibt allerdings auch erfreuliche Entscheidungen einzelner Gerichte. So hat das Verwaltungsgericht Wiesbaden in mehreren Urteilen entschieden, daß iranische Frauen, die sich dem Schleierzwang nicht unterwerfen, mit Wahrscheinlichkeit im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention als "Angehörige einer bestimmten sozialen Gruppe" zu sehen sind.(22)

Verfahrenstechnische Probleme

Ein Problem, das bei der Anhörung von Frauen im Asylverfahren häufig auftritt ist, daß sie sexuelle Verfolgung und Gewalt, der sie ausgesetzt waren, aus Angst, Scham oder Unwissenheit erst gar nicht erwähnen. Sie sind es nicht gewohnt, vor den männlichen Anhörern und Dolmetschern, teilweise ist auch der Ehemann dabei, über diese Erlebnisse zu sprechen. Sie haben Angst vor den sozialen Konsequenzen einer solchen Aussage, die über die Dolmetscher in der Flüchtlingsgemeinde bekannt werden könnte. Wenn Frauen sich erst bei der zweiten Anhörung durchringen, etwas über ihre sexuelle Verfolgung zu sagen, wird das als "gesteigertes Vorbringen" als unglaubwürdig eingeschätzt.(23)

Da das Vorbringen frauenspezifischer Fluchtgründe sehr wenig Erfolg in Asylverfahren bringt, ist das Erlittene noch einmal auszusprechen sinnlos. Oft werden eigene Gründe der Frauen nicht beachtet oder ganz oberflächlich abgehandelt. Deshalb stützen sich viele Frauen auf die Fluchtgründe des Ehemannes und werden, falls dieser abgelehnt werden sollte, mit abgelehnt. So leisten Frauen oftmals politische Arbeit im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Rolle. Oft ist das Hintergrundsarbeit wie z.B. die Aufrechterhaltung von Armenküchen der Gewerkschaften, Wachehalten bei Sitzungen oder Unterstützertätigkeiten mit Essen, Waschen, Schreibarbeiten u.ä. für politisch aktive Männer. Diese Arbeit wird nicht als politische Arbeit anerkannt, deshalb ist es kein Asylgrund, obwohl Frauen für diese Tätigkeit genauso unerbittlich verfolgt werden wie politisch aktive Männer. Durch Druck von Frauengruppen und eine größere Öffentlichkeit für die Probleme von Flüchtlingsfrauen gab es schon einzelne konkrete Verbesserungen. Asylbewerberinnen können bei der Anhörung nach einer Dolmetscherin und Anhörerin verlangen. Mit der zunehmenden Beachtung frauenspezifischer Fluchtgründe besteht Hoffnung auf eine weitere Sensibilisierung in diesem Bereich.(24)

Das neue Ausländergesetz

Der Visumszwang zur Einreise in europäische Länder macht diese Einreise fast unmöglich. Der Visumszwang hat für Frauen besonders krasse Konsequenzen, da sie meist keine eigenen Pässe besitzen, sondern bei ihren Ehemännern/ Vätern oder Brüder miteingetragen sind. Das Visum muß schon bei der deutschen Botschaft im Heimatland beantragt werden und kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Wenn es möglich ist, daß Besucher nicht mehr zurückkommen, wird das Visum verweigert. Wenn bei einer Rückkehr in die Heimat "Abschiebungshindernisse" vorliegen sollten, z.B. Gefahr für Leib und Leben, wird erst gar kein Ausreisevisum erteilt. Leben die Menschen erst einmal hier, besteht durch etliche unterschiedliche Aufenthaltskategorien eine ständige Unsicherheit, wie lange der Aufenthalt dauert. Abgelehnte AsylbewerberInnen können z.B. eine Aufenthaltsbefugnis bekommen, was bedeutet, daß sie aus humanitären Gründen (reine Ermessenssache) für einen gewissen Zeitraum bleiben können. Bei Trennung/ Scheidung/ Tod des Ehemanns muß die Familie mit der Ausweisung rechnen.

Frauen von anerkannten Asylbewerbern verfügen wie andere Ausländerinnen auch nur über ein vom Status ihres Mannes abgeleitetes Aufenthaltsrecht. In den ersten drei Jahren bekommen sie keine Arbeitserlaubnis. Bei einer Trennung vom Mann erlischt das Recht, da die Frauen nur zur Wahrung der Familiengemeinschaft hier sein dürfen. Nach drei Jahren haben Frauen zwar ein eigenes Aufenthaltsrecht, aber nur wenn sie kein Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe beziehen. So kann eine Flucht ins Frauenhaus, da mit dem Bezug von Sozialhilfe verbunden, die Ausweisung nach sich ziehen. Diese Aufenthaltsunsicherheit zwingt viele Frauen, Gewalttätigkeit und Mißhandlung durch ihre Ehemänner zu ertragen. Den Frauen bleibt dann nur die Wahl zwischen Ausweisung und Gewalt in der Ehe.(25)

III. Politische Initiativen zur Verbesserung der Lage asylsuchender Frauen

Es stellt sich die entscheidende Frage, inwieweit frauenspezifische Verfolgung politischen Charakter hat. Hierbei handelt es sich um einen wertausfüllungsbedürftigen Rechtsbegriff. Man könnte, so die Juristin J.Fischer-Fritsch, Beraterin der Grünen im badenwürttembergischen Landtag, durchaus so argumentieren, "daß alle Staaten rechtlich dafür einzustehen haben, daß frauenspezifische Verfolgung unterbleibt". So würden staatlich geduldete Übergriffe auf Frauen immer eine politische Verfolgung bedeuten.(26)

Geschlechtsspezifische Verfolgung wird dadurch zur politischen Verfolgung, daß die Verfolger "gezielt mit dem Herausgreifen von Frauen, unter Ausnutzung ihrer gesellschaftlichen Rolle, eine mißliebige Gruppe treffen: bei einer politischen ‚Mitläuferin` die politische Opposition, bei einer Tamilin zum Beispiel die gesamte Volksgruppe, bei einer Geiselnahme die Familie."(27)

Das Bundesverwaltungsgericht schließt, wie oben genannt, frauenspezifische Verfolgung sogar von seiner Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention aus. Aber obwohl das Geschlecht in der GFK nicht ausdrücklich genannt ist, ist dennoch eine geschlechtsspezifische Diskriminierung aufgrund Art.3, Abs. 3 des Grundgesetzes verboten und als Grundrecht auch auf das Asylrecht anzuwenden. Die in der GFK genannten Aufzählungen sind überdies nur als Hilfskonstruktionen zu betrachten, der Begriff "soziale Gruppe" dient als Sammelbegriff.(28)

Das Europaparlament reagierte 1984 als erstes politisches Gremium auf die Schutzbedürfnisse von geschlechtsspezifisch Verfolgten. Es sprach die Empfehlung an die EG-Staaten aus, Frauen Asyl zu gewähren, welche aufgrund der Übertretung moralischer oder ethischer Regeln ihrer Gesellschaft Opfer grausamer und unmenschlicher Behandlung werden. Diese Frauen sollten im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention als "Angehörige einer bestimmten sozialen Gruppe" gesehen werden. In der Bundesrepublik gab es zum internationalen Frauentag 1988 erstmals eine gemeinsam vorgelegte Große Anfrage der weiblichen Abgeordneten aller vier Parteien zur frauenspezifischen Verfolgung. Die Bundesregierung wies in der Antwort jede Verantwortung von sich und verwies darauf, daß die Entscheidung einzig bei den örtlichen Behörden und Gerichten liege. Allein in der Frage des humanitären Bleiberechts können PolitikerInnen in den Petitionsverfahren der Landtage frauenspezifische Fluchtgründe würdigen und entsprechende Entscheidungen treffen. Innenministerium und Ausländerämter gehen bei Petitionsverfahren generell davon aus, daß abgelehnte AsylbewerberInnen generell abzuschieben sind. Nur in seltenen Ausnahmefällen soll eine Duldung gewährt werden.(29)

Nur wenn im Asylverfahren die soziale Stellung der Frauen in ihrer Herkunftsgesellschaft und die speziell für sie geltenden Normen berücksichtigt werden, kann ihr Asylantrag sachgerecht bewertet werden. Die Politologin und ai-Expertin Margit Gottstein führt aus, daß sexuelle Gewalt kein zufällig gewähltes Mittel der Verfolgung ist. Sie zielt darauf ab, die Frauen, die Regeln übertreten, auf ihre traditionelle Rolle zurückzuwerfen. Außerdem werden Frauen indirekt dadurch verfolgt, daß sie infolge des sexuellen Mißbrauchs geächtet und verstoßen oder getötet werden. Dies trifft auch ihre Familie oder Gruppe, der es nicht gelingt "ihre Frauen" zu schützen.(30)

Susanne Hübel

Anmerkungen:

1) Vey 1987: 40

2) EPK 1990: 7

3) ebda.

4) Von den insgesamt 767.700 Flüchtlingen im Sudan sind 350.000 ÄthiopierInnen und EritreerInnen. 1989 gab es 383.000 Flüchtlinge aus dem Südsudan in Äthiopien. Quelle: EPK 1990:8f

5) EPK 1990:12

6) Schuckar 1988:293

7) EPK 1990:3f

8) ebda :7

9) Gebauer 1988:120

10) Gebauer 1988:121. Diese Rolle der Frau trifft besonders auf islamische Länder wie Iran, Irak, Türkei, Afghanistan, Ägypten, Algerien etc. zu, aber auch auf die hinduistische Kultur Indiens, Sri Lankas und zahlreiche Staaten Lateinamerikas.

11) vergleiche amnesty international 1991:7

12) Gebauer 1988:121

13) Frankfurter Rundschau, 17.8.91; Die tageszeitung 17.8.91

14) Die Scharia, das islamische Rechtssystem aus der Zeit des Propheten Mohammed, ist zugeschnitten auf die Gesellschaftsform der nomadischen Stammesgesellschaft des 6. Jahrhunderts n.Chr.. Die Scharia diente dem Iran und anderen islamischen Ländern seit jeher als Gesetzesgrundlage, neu ist nur die buchstabengetreue Auslegung und Ausführung ihrer Bestimmungen. Quelle: Hoffman-Walbek 1988:80-83

15) Gebauer 1988:122

16) Fischer-Fritsch 1990:2, EPK 1990:10

17) Gebauer 1988:122

18) Gebauer 1988:126

19) Gottstein 1989:15; Fischer-Fritsch 1990:4

20) Gebauer 1988:125f

21) Gebauer 1988:127

22) Urteile des VG Wiesbaden v. 6.2.1987; 8.5.1984; 28.1.1985 zit. in Gebauer 1988:127

23) Fischer-Fritsch 1990:5

24) Gebauer 1988:128. Es gibt im Moment bei den Gerichten 20% weibliche Dolmetscher und 30% Anhörerinnen.

25) Anonyma: "Rassismus, Sexismus und das neue Ausländergesetz", Thesenpapier1991

26) Fischer-Fritsch 1990:3. Dieser Antrag wurde von CDU und FDP abgelehnt.

27) Gebauer 1988:127

28) Gebauer 1988:128

29) Fischer-Fritsch 1990:8

30) Gottstein 1989:15

7. "Was würde wohl Europäern passieren, wenn sie Moscheen besetzen würden?" Zur Beendigung der Kirchenbesetzung in Norderstedt

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:36

Am 19.2. verließen die letzten Flüchtlinge und UnterstützerInnen die Schalomkirche in Norderstedt. Sie haben sich dem Druck beugen müssen, der seitens der Landesregierung ausgeübt wurde. Die nach 100 Tagen der Besetzung verbliebenen 15 Flüchtlinge hatten am 8.2. einen Hungerstreik, das aus ihrer Sicht letzte Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen, begonnen, nachdem sich monatelang nichts bewegt hatte. Mit dem Auszug aus der Kirche waren sie einer Räumung zuvorgekommen, die durch die Strafanzeige des Kirchenvorstandes vom vorherigen Tag kurz bevorstand. Einige Beschädigungen in der Kirche wurden als willkommener Anlaß benutzt, um in den folgenden Tagen in den Medien eine herbe Hetzkampagne gegen die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen zu veranstalten. Die Flüchtlinge sind zunächst untergetaucht und versuchen von dort aus, wie tausende andere auch, ihre Asylverfahren zu betreiben.

Hungerstreik

Zum Jahresbeginn war bei den BesetzerInnen in Norderstedt sowie den meisten verbliebenen UnterstützerInnen wegen der Haltung der SPD-Landesregierung Schleswig-Holsteins, die sich das Problem offensichtlich durch "Aussitzen" vom Hals schaffen wollte, zunächst einmal die Luft raus. Ständige Schikanen von Mitgliedern des Schalomer Kirchenvorstandes, namentlich Pastor Frenz, zermürbten die BesetzerInnen zusätzlich. Dennoch war bei vielen immer noch der Wille da, nicht klein beizugeben. Bei der Diskussion über die weiteren Perspektiven des Kampfes entschieden sich die Flüchtlinge letztendlich für einen Hungerstreik in Verbindung mit dem Versuch, durch Aktionen und Demos noch einmal Öffentlichkeit für ihre Forderungen zu schaffen.

Die Flüchtlinge sahen den Hungerstreik als das letzte ihnen verbliebene Mittel an und begannen ihn am 8.2. unter den Forderungen: "Das Recht, in Schleswig-Holstein zu bleiben; Stoppt das unfaire Asylschnellverfahren; Stoppt die Abschiebung". Die Aufnahme der letzten beiden Forderungen war dem Umstand geschuldet, daß die zuständigen Behörden angekündigt hatten, die Asylverfahren der BesetzerInnen im Schnellgang durchzuziehen. Die Behörden hatten mit dieser Ankündigung prompt auf eine entsprechende Forderung des Sozialministers von Schleswig-Holstein, Jansen (SPD), reagiert.

Ein Angebot und ein "Angebot"

Eine Reihe von Soliaktionen (wie die Besetzung der SPD-Parteibüros in Kiel und Rendsburg) sowie kleinere Demos in verschiedenen norddeutschen Städten begleiteten den Hungerstreik. Ungefähr zeitgleich, am 14.2., wurde ein Angebot von einer Arbeitsgruppe der Synode der Nordelbischen Kirche, unter Beteiligung u.a. des Propstes des Kirchenkreises Stormarn, an den Kirchenvorstand der Schalomgemeinde übermittelt. Darin bot der Kirchenkreis Stormarn ein Haus als Unterkunft für 12 bis 15 Flüchtlinge bis zum 30.6.92 an. Außerdem wurde eine Besuchsregelung und Betreuung durch Mitglieder des Diakonischen Werkes vorgeschlagen. Der Schalomvorstand konnte und wollte aber offenbar nur noch als Büttel der Staatsgewalt reagieren. Der Vorschlag wurde in Form eines Ultimatums aufgenommen und mit weiteren Bedingungen versehen: Die UnterstützerInnen sollten nicht geduldet werden; eine zusätzliche zeitliche Beschränkung des Aufenthalts bis zum Abschluß des Verwaltungsverfahrens (angesichts der angedrohten Schnellverfahren!). Für den Fall der Ablehnung dieses Vorschlags wurde die Zwangsräumung angekündigt. Die Flüchtlinge konnten dieses "Angebot" nicht akzeptieren. Es wäre ein Akt der Unterwerfung gewesen. Letztlich zielten beide, das Angebot und das "Angebot" nur darauf ab, den Kampf der Flüchtlinge aus der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen. Die Flüchtlinge machten deutlich, daß sie bei Rücknahme des Ultimatums und der Zusage des Wohnrechts bis zum Ende des gesamten Asylverfahrens bereit wären, in das angebotene Haus zu ziehen. Darüberhinaus lehnten sie ein Kontaktverbot mit den UnterstützerInnen ab.

Über ihre Entscheidung wurde mit den Flüchtlingen aber schon nicht mehr diskutiert. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob der Kirchenvorstand diese Haltung allein zu verantworten hat oder in Absprache mit Vertretern

der Landesregierung. Jedenfalls verhalf der Kirchenvorstand damit der Staatsraison endgültig zum Durchbruch und stellte schließlich Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch. Dieser Strategie der Eskalation war nicht mehr beizukommen. Von Stunde zu Stunde wurde bei den BesetzerInnen mit einem Bulleneinsatz gerechnet. Die Presse erging sich in Mutmaßungen, ob eine "Schlacht" zu erwarten sei. Die Flüchtlinge und UnterstützerInnen, angesichts des Ultimatums zahlreicher erschienen als in den Wochen zuvor, kamen mit ihrem Auszug aus der Kirche der Räumung zuvor. Dem Staat blieb damit die Nagelprobe erspart, einen größeren Polizeieinsatz gegen Menschen, die Zuflucht in der Kirche suchen, durchzuführen. Aber angesichts des gesundheitlichen Zustandes der Flüchtlinge, der unwägbaren Gefahren für sie durch einen Polizeieinsatz, und angesichts dessen, daß es praktisch keine politischen Handlungsmöglichkeiten mehr gab, war die Entscheidung klug und richtig.

Eine autonome "Aktion"

Nachdem die BesetzerInnen weg waren, wurden einige Zerstörungen und gesprühte Parolen entdeckt. Selbst dem Kirchenvorstand war klar, daß die Flüchtlinge nichts damit zu tun hatten. In einer Erklärung bekennen sich autonome UnterstützerInnen zu dieser abschließenden "Aktion". Sie führen eine Reihe von durchaus nachvollziehbaren Gründen gegen das Verhalten der Kirche an, speziell das der Schalomgemeinde. Sie erklären dann: "Die Kirche (...) hat sich eindeutig auf die Seite der Herrschenden gestellt, so wie sie es seit Jahrhunderten macht. So ist es mittlerweile BRD-weit durchgesetzt, daß Kirchen nicht mehr als Zufluchtsräume für Flüchtlinge zur Verfügung stehen." Soweit können wir noch folgen. In einer anderen Erklärung aber kommt wieder das ganze Elend zum tragen: "Insofern waren die Verwüstungen in der Kirche für uns ein Ausdruck unserer Wut, die rausmußte, um die Zeit in der Kirche erträglicher zu machen. Trotzdem ist es bedauerlich, daß wir mit dieser abschließenden Aktion den direkt Verantwortlichen für den institutionellen Terror gegen Flüchtlinge nicht annähernd soviel schaden konnten, wie wir mit dieser abschließenden Aktion hoffentlich der Kirche geschadet haben ...".

Daß es mit dem Helfershelfer der Landesregierung, der Schalomkirche, an sich keinen verkehrten getroffen hat, ist klar. Aber diese "Aktion" war in dieser Situation absoluter Blödsinn, obwohl die politisch angegebenen Gründe teilweise nachvollziehbar sind. Mit dieser "Aktion" ist vor allem den Flüchtlingen geschadet worden, ein möglicher positiver Widerhall in Teilen der noch nicht staatstragenden Öffentlichkeit, auch wegen des klugen Unterlaufens der Eskalationsstrategie des Staates und seines verlängerten Armes, der Schalomkirche, auf jeden Fall ins Gegenteil verkehrt worden. Und das war absehbar! Eine "Selbstkritik" gibt es somit auch nur in der zweiseitigen Erklärung zu dieser "Aktion" in sechs Zeilen im Nachtrag: "Wir haben einen Fehler gemacht, wir waren zu ungeduldig und haben unsere Aktion zeitlich zu nah an das Verlassen der Kirche durch die Flüchtlinge gelegt. Dadurch war es möglich, unsere rein autonome Aktion mit den Flüchtlingen in Verbindung zu bringen. Wir hätten einige Tage warten sollen. Wir möchten uns bei den Flüchtlingen für unsere Ungeduld und Ungenauigkeit entschuldigen."

Hätten sie doch nur geschwiegen!

"Asylanten und Autonome terrorisieren friedliche Kirchengemeinde"

Den Medien und den politisch Verantwortlichen kam diese Gedankenlosigkeit für ihre Abrechnung mit den kämpfenden Flüchtlingen gerade recht. Der größte Teil hätte es wohl auch sonst getan, aber so ist es ihnen leicht gemacht worden.

Da war vom "Ausbruch unbeschreiblicher Zerstörungswut" die Rede, von "Verwüstungen" und ähnlichem mehr. Im Stürmerstil, der allerdings in diesem Land zunehmend zur Normalität wird, äußerte sich der Staatssekretär im Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern, Volker Pollehn:

"In gleicher widerlicher Manier, wie Asylbewerber und Unterstützer seinerzeit in Greifswald einen Überfall als Grund zur Flucht inszenierten, haben sie sich in Norderstedt als das verabschiedet, was sie wirklich sind: rücksichtslose beziehungsweise verführte Straftäter" (HA, 21.2.) Und auch die TAZ hatte nichts dringlicheres zu schreiben als: "Die UnterstützerInnen haben die Räumlichkeiten der Christen in unbeschreiblichem Zustand hinterlassen." (TAZ, 20.2.) Unbeschreiblich scheint der Zustand dieses TAZ-Schreiberlings zu sein. Im Vergleich mit dem Zustand vieler Flüchtlingsunterkünfte nach rassistischen Angriffen wirkte die Kirche geradezu renoviert.

Der Kampf der Flüchtlinge, der Widerstand gegen eine unmenschliche Asylpolitik, der Kampf für das Bleiberecht aller Menschen wird so auch im Nachhinein als politisch und moralisch verwerflich denunziert, werden Opfer zu Tätern gemacht. Diejenigen dagegen, die monatelang mitgeholfen haben, die Staatsraison durchzusetzen, letztlich auch mit staatlicher Gewalt, werden zu bedauernswerten Opfern hochstilisiert. Dies hat in Deutschland eine lange Tradition. Aber die Unverfrorenheit, mit der esjedes mal wieder inszeniert wird, überrascht einen doch gelegentlich.

Abschiebung verhindern!

Polizei und Staatsschutz versuchen zur Zeit, trotz gegenteiliger Beteuerungen, der Flüchtlinge und deren UnterstützerInnen habhaft zu werden. Der oben erwähnte Volker Pollehn sprach sich für eine strafrechtliche Verfolgung und Abschiebung der Flüchtlinge aus.

"Wir werden jede rechtliche Möglichkeit ausschöpfen, alle bis zuletzt in die Affäre verstrickten Flüchtlinge auszuweisen" (HA, 21.2.). Auch im gnadenlosen Verfolgen hat dieses Land eine Tradition. Darum ist es besonders wichtig, diese Menschen, die offen und selbstbewußt für ihre und die Rechte aller Flüchtlinge eingetreten sind, gegen Kriminalisierung und Diskriminierung zu verteidigen und deren drohende Abschiebung zu verhindern.

Gegen verschiedene UnterstützerInnen laufen Ermittlungsverfahren, weitere werden mit Sicherheit angestrebt. Diesem Versuch, antirassistischen Widerstand zu kriminalisieren, muß solidarisch und entschieden von uns begegnet werden.

Derweil betreiben die Flüchtlinge ihre Asylverfahren von ihren jetzigen Aufenthaltsorten aus, sie treffen sich weiterhin und vertreten ihre Forderungen auf öffentlichen Veranstaltungen.

Gegen die Zwangsverteilung

Der mehr als fünfmonatige Kampf hatte am 12.9.91 mit der Besetzung der Anscharkirche in Neumünster begonnen. Die damals 82 Flüchtlinge verweigerten sich damit der ihnen zugedachten Zwangsverteilung in die Ex-DDR. Die Gruppe bestand aus Menschen der verschiedensten Nationalitäten (Irak, Türkei, Kurdistan, Indien, Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Algerien, Pakistan, Zaire, Angola). Nach wochenlanger Zermürbungstaktik des dortigen Kirchenvorstandes und der SPD-Landesregierung von Schleswig-Holstein willigten die Flüchtlinge am 28.10., angesichts konkreter Räumungsdrohungen, schließlich darin ein, nach Zusicherung einiger Garantien, u.a. ihre Sicherheit vor rassistischen Angriffen betreffend, nach Greifswald zu gehen. Kaum angekommen, zeigte sich, daß die ihnen gemachten Zusagen nicht im mindesten eingehalten wurden. Trotzdem blieben sie zunächst dort. Nachdem die Unterkunft in Greifswald nach einem Fußballspiel von 200 Hooligans angegriffen wurde, floh die Gruppe mit der Unterstützung zur Hilfe gerufener deutscher FreundInnen zurück in die Anscharkirche. Diese hatte ihnen, im Falle eines Angriffs, die Wiederaufnahme zugesagt. Was so eine Zusage wert ist, zeigte sich schnell. Nach einer Krisensitzung von Kirchenvorstand und VertreterInnen der Landesregierung wurde ihnen quasi der Stuhl vor die Kirchentür gesetzt.

Die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen beschlossen daraufhin, in die Schalomkirche nach Norderstedt zu gehen, um einen dringend notwendigen Aufenthaltsort für ihren weiteren Kampf zu bekommen. Nein zu Zwangsverteilung der Flüchtlinge! Nein zu Sammellagern und gesellschaftlicher Isolation! Freie Wahl des Aufenthaltsortes! Bleiberecht für alle Flüchtlinge!, lauteten einige ihrer Forderungen. Die Schalomkirche in Norderstedt wurde gewählt, auch in Absprache mit ihr, weil die Gemeinde von sich ein Bild zeichnete, was sie erklärtermaßen solidarisch mit den Verfolgten und Unterdrückten sein ließ, nicht zuletzt auch wegen ihres Pastors Helmut Frenz.

Der Staat, seine Raison und seine Kirche

Die Flucht aus Greifswald und der Umzug wurde begleitet mit einer Hetzkampagne in den Medien und durch die politisch Verantwortlichen. Die rassistischen Angriffe in Greifswald wurden von dem Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Diederich (CDU), als von den UnterstützerInnen und den Flüchtlingen selbstinszeniert dargestellt. Die Flüchtlinge wurden zur Manövriermasse obskurer linksradikaler Kräfte erklärt. Schließlich bewies eine wüste Beschimpfung der "autonomen UnterstützerInnen" - bis hin zu RAF-Andeutungen wegen der Veröffentlichung von Erklärungen der Flüchtlinge im Angehörigen-Info -, warum die Medien ihren Titel, die "4. Gewalt", zu Recht tragen.

Von Anfang an hatte die SPD-Landesregierung deutlich gemacht, daß sie keinen Millimeter nachgeben würde. Insbesondere der SPD-"Linke" Jansen fiel durch markige Erklärungen auf. Demnach würde jedwedes Nachgeben gegenüber den kämpfenden Flüchtlingen eine Einbruchstelle im harten Kurs bedeuten, die den reibungslosen Ablauf der deutschen Asylpolitik (gemeint ist Abschiebepolitik) behindern könnte. Womöglich könnte der Kampf der Flüchtlinge NachahmerInnen finden, und dies galt es im Namen der rassistischen Staatsraison auf jeden Fall zu verhindern.

Ihr folgte dann auch die Schalomkirche und ihr Pastor Frenz. Die anfänglichen Hoffnungen der Flüchtlinge und UnterstützerInnen zerstoben schnell. Richteten sich die ersten Erklärungen des Kirchenvorstandes noch vorsichtig auch an die "sture" Landesregierung, die mit ihrer Haltung eine "humanitäre Lösung" des Problems erschwere, knickte die Gemeinde rasch ein. Sie verhielt sich landesüblich staatstragend, als sie festgestellt hatte, daß die Landesregierung hart bleiben würde. Vorzuwerfen ist der Schalomkirche insbesondere, daß sie sich zum Büttel der Landesregierung hat machen lassen. Dahinter konnte sich Jansen mit seiner harten Linie bis fast zum Schluß der politischen Auseinandersetzung verstecken.

"Was würde wohl Europäern passieren, wenn sie Moscheen besetzen würden?"

Nach und nach erlagen eine Reihe der kämpfenden Flüchtlinge der ständigen Zermürbung und dem zunehmenden Druck und kamen der Weisung der Landesregierung, nach Mecklenburg-Vorpommern zu gehen, nach. Fast alle von ihnen berichteten in der Folgezeit über schlimme, z.T. menschenunwürdige Zustände in den, zumeist von der Schalomgemeinde vermittelten, Unterkünften. Zwei der Flüchtlinge kehrten nach Norderstedt zurück, nachdem sie nur einen Tag, nachdem sie Pastor Frenz eilfertig nach Schwerin transportiert hatte, von Faschisten angegriffen wurden und mit knapper Not entkommen konnten.

In einer Presseerklärung über die Weihnachtstage machte Jansen nochmals deutlich: "Damit dies für alle in dieser Frage Beteiligten klar ist: es gibt bei mir keinen Ansatzpunkt dafür, den Kirchenbesetzern in Norderstedt gegenüber nachzugeben (...) Was die verbliebene Gruppe von 25 Asylbewerbern jetzt aber gemeinsam mit autonomem Unterstützern und einigen VertreterInnen der GRÜNEN (das haben die sich nun wirklich nicht verdient, Anm. d. A.) in der Schalom-Kirche in Norderstedt praktiziert, das wird (...) nicht hingenommen."

Und dann fährt er, ganz der Fachmann für europäische und christliche Kultur, fort: "Was würde wohl Europäern passieren, wenn sie Moscheen besetzen würden?" Was will der Mann uns damit sagen? Will er uns seinen Rassismus vorführen oder nur seine schlechten Geografiekenntnisse? (Wo bitteschön liegen denn Länder wie Bulgarien und Jugoslawien?) "Wenn wir in Norderstedt nachgeben, ist zu befürchten, daß Kirchenbesetzungen zunehmend dazu benutzt werden, den Staat zu Entscheidungen zu zwingen, deren Inhalte die Kirchenbesetzer bestimmen." Er habe erneut die zuständigen Behörden aufgefordert, zügig über die Anträge der Norderstedter Kirchenbesetzer zu entscheiden und für eine schnelle Rechtskraft der Bescheide zu sorgen. Um dann, angesichts von durchschnittlich nicht mal 5% Anerkennungsquote, zynisch festzustellen: "Wer danach als politisch verfolgt anerkannt ist, kann sich in der Bundesrepublik Deutschland frei bewegen und insofern dann auch in Schleswig-Holstein bleiben." Jansen wies selbstverständlich auch darauf hin, daß alle (anderen) Norderstedter Kirchenbesetzer nach Abschluß ihrer Verfahren mit einer sofortigen und konsequenten "Rückführung" in ihre Herkunftsländer rechnen müssen.

Die Tür bleibt verschlossen

Der rassistische Konsens hat sich durchgesetzt. Daß die CDU-Landesregierung hart bleiben würde, war klar. Daß die SPD-Landesregierung mit ihrer harten Linie ihren Beitrag dazu leisten würde, kann eigentlich nur noch Menschen verwundern, die nicht mitbekommen haben, daß die SPD ganz wesentlich daran beteiligt ist, die rassistische und nationalistische Entwicklung in diesem Land voranzutreiben (siehe Kasten).

Interessanter scheint die Entwicklung der Kirche zu sein. Sowohl die Anscharkirche als auch die Schalomkirche haben sich in einem Konflikt zwischen diesem kompromißlosen Staat und Flüchtlingen, die einen offensiven Kampf führen, letztlich klar auf die Seite des Staates gestellt. Dabei wurde mehrmals deutlich, daß auf Aus- und Zusagen (z.B. die Ablehnung einer polizeilichen Räumung betreffend) sich sonst gern integer darstellender Kirchenmenschen nichts gegeben werden konnte. In diesem Konflikt war mehr gefordert als ein paar gute Worte für "arme Negerkinder" und "Brot für die Welt". Auch Pastor Frenz, bisher zu den in diesem Land wenigen Menschen zählend, die sich auch mal mit den Staatsgewaltigen anlegten, hat in diesem Konflikt die Staatsseite gewählt. Daß er bei der entscheidenden Eskalation gerade in El Salvador weilte, ersparte ihm

selbst den Schritt, mit der Staatsgewalt das "Problem zu lösen". Bei seiner Rückkehr war die Kirche jedenfalls "flüchtlingsfrei" und "besenrein". Daß er auch in Zukunft zu vergessen ist, machte er schon deutlich: "Was hier geschehen ist, werde ich nie mehr hinnehmen. Wenn jemals wieder eine solche Gruppe vor unserer Tür steht, bleibt die fest verschlossen." (HA, 3.2.)

Demokratische Öffentlichkeit - Gibt's die?

Auch für die sogenannte demokratische Öffentlichkeit muß festgestellt werden, daß sie sich dem rassistischen Konsens in diesem Land zunehmend weniger entgegenstellt. Die meisten, die dazu gerechnet werden, glänzten über die fünf Monate vorwiegend durch Abwesenheit oder sehr zögerliches Auftreten. So wäre es zum Beispiel für den Konflikt mit der Schalomkirche sehr wichtig gewesen, wenn sich die Solidarische Kirche, deren Mitglied Pastor Frenz ist, frühzeitiger eingemischt hätte und zwar gegen die politisch Verantwortlichen. Die Gewerkschaften waren, bis auf einzelne Linke, völlig abstinent. Wenn es mit einigen Mühen gelang, den einen oder die andere dieser Öffentlichkeit in Bewegung zu bringen, dann wurde oft ein Gutteil der Zeit damit verbracht, über die Einstellung der UnterstützerInnen vor Ort oder der Flüchtlinge zu lamentieren. Nichts und niemand hätte die Demokraten und Liberalen aber daran gehindert, eigenständige Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen und mit Nachdruck zu verfolgen. Stattdessen mußte mensch sich als Begründung für eine humanitäre Initiative zur Beendigung des Kampfes vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein Aussagen wie: "Die Flüchtlinge sind am Ende, die Kirche ist am Ende und die Landesregierung ist am Ende" anhören. Wer kaum noch bereit ist, gegen den rassistischen Konsens anzugehen, braucht sich nicht zu wundern, daß es selbst für humanitäre Lösungen keinen Spielraum mehr gibt.

Aber nach dem Ende des Kampfes sind sie wieder voll da: Mitglieder der IG Medien, GEW, IG Metall, ÖTV, HBV, DPG und der GRÜNEN sowie der Rom & Cinti Union und des Arbeitskreises Ausländerpolitik Neumünster haben in einer gemeinsamen Erklärung die "Provokationen in der Schalomkirche verurteilt und der Gemeinde ihre Unterstützung zugesichert" (lt. TAZ, 21.2.).

Aber nur nicht zu doll!

Eine politische Besonderheit des Kampfes der Norderstedter Flüchtlinge bestand darin, den Kampf um ihre politischen Forderungen aufzunehmen und dabei zu wissen, daß die Durchsetzung dieser Forderungen angesichts des rassistischen Grundkonsenses in dieser Gesellschaft, der Rolle der SPD in Schleswig-Holstein und der Haltung der Nordelbischen Kirche unwahrscheinlich war. Sie verstanden sich im Verlauf der Besetzungen als politische Menschen, die einen aussichtslosen Kampf eröffnen in einem Land, das ihnen so oder so keine Möglichkeit läßt, hier menschlich leben zu können. Bei einer Anerkennungsquote von nicht mal 5% (bei etlichen Nationalitäten liegt sie sogar bei Null), bei der ständigen Verschärfung des Asylrechts und der bundesweiten Abschiebepraxis - die Überlebensmöglichkeit in der Illegalität vor Augen, die für Tausende von Flüchtlingen schon Realität ist - verändert sich die Sichtweise, was mensch zu verlieren hat.

Hieraus erklärt sich unseres Erachtens auch die Abstinenz und Zurückhaltung vieler Demokraten und Linker. Da mußte häufiger das berufsmäßige "Krisenmanagement" zurückstehen, sonst so klug scheinende Ratschläge wurden oft lange von den Flüchtlingen erwogen und häufiger auch abgelehnt. Die gutmeinenden AntirassistInnen beklagten nicht selten die "Unklugheit" oder das "taktische Ungeschick" der Flüchtlinge. Sie müssen sich fragen lassen, inwieweit ihre individuellen Hilfsangebote und Kompromißlösungen nicht allzuoft der Beendigung des politischen Kampfes Vorschub leisteten. Dieser Kampf bot für die deutschen Linken auch die Chance, ihre eigenen Vorstellungen vom Widerstand gegen die rassistische Politik in diesem Land zu hinterfragen und zu überprüfen. Genutzt haben sie nur wenige.

Die UnterstützerInnen

Die aktiv den Kampf unterstützenden Menschen waren vorwiegend Linksradikale, darunter viele ImmigrantInnen. Über die autonomen UnterstützerInnen wurde vielfach gemeckert. Aber es bleibt vor allem erstmal festzustellen, daß sie von Anfang an zur richtigen Zeit am richtigen Ort waren, um die Flüchtlinge in ihrem Kampf zu unterstützen. Sie haben in diesem Kampf Fehler gemacht, aber auch viel gelernt. Über ihre Erfahrungen, Diskussionen und hierüber veränderte Positionen lohnt es sich, sich auseinanderzusetzen. Dies gelingt hoffentlich in einem der nächsten AKs.

Als eine wichtige Kritik bleibt, daß es ihnen und den Flüchtlingen zu lange nicht gelungen ist, den eigentlichen Gegner, die politisch Verantwortlichen, in den Vordergrund zu stellen. Zu lange wurde sich an der Schalomkirche abgearbeitet, sicherlich "begünstigt" durch die ständigen Schikanen der Kirche. Zur abschließenden "Aktion" wurde schon weiter oben Stellung bezogen.

Die restlichen Linksradikalen waren im wesentlichen über Einzelinitiativen vertreten. Organisiert gab es außer einigen Gruppen in Schleswig-Holstein nur wenig, nimmt mensch die Aktivitäten des Antirassistischen Plenums, der Widerstandsinitiative gegen Rassismus und die organisierten Nachtwachen einmal aus. Warum dies so war, wäre nochmal eine eigene Nachbetrachtung wert.

Eine entscheidende Rolle für diesen Kampf stellten die Aktivitäten der ImmigrantInnen dar. Sie unterstützten die politischen Forderungen der Flüchtlinge am kompromißlosesten, sie leisteten einen wesentlichen Teil der organisatorischen Arbeit.

Daß gerade sie von den Medien völlig verschwiegen und auch öfters aus der Wahrnehmung der demokratischen und linken Öffentlichkeit ausgeblendet wurden, ist auch ein Indiz für einen weitverbreiteten Rassismus.

Schlußbemerkung

Der Präzedenzfall, den die politisch Verantwortlichen verhindern wollten, ist trotzdem geschaffen worden. Die SPD hat nur begrenzt Grund zum Abfeiern ihrer harten Linie. Die Flüchtlinge haben monatelang einen in Deutschland bisher beispiellosen Kampf - erstmalig organisierter Widerstand gegen die Zwangsverteilung als Teil der Asylrechtspraxis - geführt. Norderstedt hat brisante Fragen aktualisiert: die rassistische Asylgesetzgebung und Abschiebepraxis, die seit Jahren praktizierte Zwangsverteilung von Flüchtlingen, die Existenz von Tausenden illegal hier lebenden Menschen.

Für uns stellt sich erneut die Frage, mit welchen Mitteln und mit wem überhaupt eine Veränderung der rassistischen Struktur dieser Gesellschaft der Deutschen erreicht werden kann.

bs; in, ZF / Gruppe K, Hamburg

Am 2.3. hat in Schleswig-Holstein eine auf zwei Stunden anberaumte Zählung der 11.000 Flüchtlinge des Landes stattgefunden. Auf Anordnung von Sozialminister Günther Jansen sollten sich alle bei "ihren" Kommunen melden. Dort sollte, wie es hieß, geprüft werden, ob durch Mehrfachmeldungen Mißbrauch bei der Sozialhilfe betrieben wird. Lt. Jansen handelt es sich um bisher rund 100 Fälle (nach TAZ v. 3.3.). Mit dieser Schikaneaktion hat die SPD für einen weiteren Höhepunkt bei der Vorantreibung der rassistischen Maßnahmen gesorgt. Nach Einrichtung von Sammellagern, der Durchsetzung der Zwangsverteilung (u.a. gerade mit harter Linie im Norderstedt-Konflikt) und der Aushandlung der Asyl-Schnellverfahren (6-Wochen-Frist) scheint es kein Halten mehr zu geben, das Asylrecht so auszuhöhlen, daß eine Grundgesetzänderung überflüssig wird. Aber auch diesbezüglich verstummen die Stimmen nicht. Gerade erst wurde Georg Kronawitter, SPD-Oberbürgermeister von München, vom CSU-Generalsekretär Huber für seinen "klaren Blick" gelobt, weil er eine Quotierung für nach Deutschland fliehende politisch Verfolgte fordert. Auch der SPD-Berufsrechte und Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe sprach sich für eine Verfassungsänderung aus.

Die SPD bleibt also in der rassistischen Stimmungsmache voll am Ball. Dabei ist interessant, daß die SPD Schleswig-Holstein noch 1988 in ihrem Wahlprogramm die "Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften und Gemeinschaftsverpflegung und die Liberalisierung der Aufenthaltsregelung für Asylbewerber" forderte.

Damals versprach sich die SPD noch die Gewinnung des einen oder anderen liberalen Wählers, heute dagegen wird Wahlkampf nach dem Motto betrieben: So leicht lassen wir rechts von uns keine Partei zu.

8. TU-Berlin bleibt weiter besetzt (Flüchtlinge in der TU)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:39

Während sich die Ereignisse in Norderstedt zugespitzt haben und die dort untergebrachten Flüchtlinge sich nur durch Flucht der polizeilichen Räumung entziehen konnten, scheint sich in Berlin gar nichts zu bewegen. Jedenfalls haben die Flüchtlinge und UnterstützerInnen dort nicht die Probleme mit dem Wirt, wie die Norderstedter Flüchtlinge sie hatten. Im Gegensatz zur fortschrittlichen Schalom-Gemeinde mit ihrem Internationalismuspfarrer hat das vorsichtig liberale TU-Präsidium mit dem Vizepräsidenten Steinmüller an der Spitze seit Monaten Verständnis und Vermittlungsbereitschaft signalisiert, statt mit der Polizei zu drohen. Steinmüller hat sich inzwischen beim Senat so unbeliebt gemacht, daß der parteilose aber um so reaktionärere Innensenator Heckelmann Gespräche mit ihm generell ablehnt und ihn an den für ihn zuständigen Wissenschaftssenator verweist.

Von einem Erfolg ihrer Bemühungen sind die Flüchtlinge und das sie unterstützende antirassistische Zentrum weiter entfernt denn je. In den ersten Wochen nach der Besetzung am 24.10.91 war noch größere Solidarität innerhalb der Linken und ein beachtliches Medienecho zu verzeichnen. Seit dem Jahreswechsel läßt beides merklich nach und das, obwohl die TU-BesetzerInnen immer wieder mit spektakulären Aktionen aufwarten: Besetzung der SPD-Geschäftsstelle im Januar, eine antirassistische Demonstration mit 3000 Teilnehmern -- vorwiegend aus dem immigrantischen Spektrum, am 8.2.91 und zuletzt die Besetzung des Sitzungsvorraums im Berliner Roten Rathaus während einer Senatskonferenz am 18.2. durch 60 Flüchtlingsfrauen und UnterstützerInnen, die mit der polizeilichen Räumung endete. Die Haltung des Senats bleibt davon unbeeindruckt immer die alte: Keine Gesamtlösung, höchstens Einzelfallentscheidungen nach dem Härteprinzip. Die Mehrheit soll nach Brandenburg zurück, die wenigen, die man unter Umständen aufzunehmen bereit ist, sollen auf die Berliner Flüchtlingsquote angerechnet werden. Die Gespräche, die VertreterInnen der Flüchtlinge und UnterstützerInnen inzwischen mit Diepgen und einem SPD-Unterhändler geführt haben, konnten daran nichts ändern. Innensenator Heckelmann ist zur Aufnahme von Gesprächen überhaupt erst bereit, wenn ihm eine Namensliste aller in der TU befindlichen Flüchtlinge ausgehändigt wird. Der rot-schwarze Senat hat also, anders als die Landesregierung in Schleswig-Holstein, keinen unmittelbaren Anlaß zur Eskalation. Er hat aber gleichwohl von Anfang an klar gemacht, daß er sich um keinen Zentimeter bewegen werde. Die Regierung spielt auf Zeit und scheint auf die politische Isolation und individuelle Zermürbung der BesetzerInnen zu setzen. Die Drohung mit der harten Hand wäre derzeit eher geeignet, einen neuen Solidarisierungsschub mit dem TU-Projekt auszulösen, als durch Untätigkeit zu versuchen, die ganze Geschichte vergessen zu machen und darauf zu spekulieren, in Bälde großmütig die Kapitulation der Demoralisierten entgegennehmen zu können.

Die Situation in den elf besetzten Seminarräumen, in denen nach wie vor ca. 100 Flüchtlinge auf engstem Raum leben müssen, hat sich in den über vier Monaten seit der Besetzung eher verschlechtert. Frust und Resignation breiten sich aus, die Abwartestrategie des Senats zeitigt erste Erfolge. Die täglichen Aktivitäten gehen unverdrossen weiter: Spenden sammeln, bzw. zu Informationsgesprächen mit Interessierten (etwa in Schulen) zu gehen und um etwas mehr Solidarität kämpfen.

Für das antirassistische Zentrum stellt sich die Lage gleich doppelt prekär dar. Das, was die Gruppe am allerwenigsten wollte, ausschließlich eine Sozialarbeiterfunktion innezuhaben, wird zunehmend Realität, von den nicht-reformistischen Inhalten, die sie über die TU-Besetzung transportieren wollte, die Forderungen nach offenen Grenzen und Bleiberecht für alle, läßt sich immer weniger vermitteln. Der Kampf konzentriert sich auf die Forderung nach freier Wahl des Aufenthalts, was hier konkret heißt, Bleiberecht in Berlin für die Dauer des Asylverfahrens. Doch nicht einmal diese Minimalforderung hat Aussicht auf Erfolg. Der Berliner Senat der Ende September 1991 eine Ausnahmeregelung für die aus Hoyerswerda geflohene Flüchtlingsgruppe getroffen hatte, will keinen zweiten Präzedenzfall schaffen. Diese Gewißheit zwingt Flüchtlinge und UnterstützerInnen, wenigstens einem halben Kompromiß zuzustimmen. Sei es von der Gesamtlösung für die ganze Gruppe abzulassen und einem Einzelfallpaket zuzustimmen, das wenigstens allen das Bleiberecht in Berlin gewährt, oder ein Angebot zu akzeptieren, daß als neuen Aufenthaltsort zwar Brandenburg festschreibt,

aber dafür möglichst nahe an Berlin liegt. Immerhin endet der Berliner S-Bahnring in Brandenburg und die Flüchtlingsunterkunft Fürstenwalde etwa ist fast noch ein Vorort von Berlin. Diese zweite Möglichkeit wurde Ende Februar von Kirchenvertretern mit Brandenburger Regierungsstellen ausgehandelt und würde von ungefähr der Hälfte der Flüchtlinge akzeptiert werden. Der Haken an der Sache wurde schon wenig später deutlich: Das Angebot ist überhaupt nicht realisierbar. Die Aufnahmekapazitäten Brandenburgs sind mindestens im Berliner Umland restlos ausgelastet; die favorisierte Unterkunft Fürstenwalde beispielsweise ist zu 50% überbelegt. Bis Ende April sei mit keiner Besserung zu rechnen, läßt die Regierung des Landes Brandenburgs wissen.

Das Groteske an solchen Verlautbarungen liegt darin, daß sie den TU-BesetzerInnen nahelegen, weiterzumachen, weil der Staat derzeit keine Alternative hat. Die TU Berlin könnte so klammheimlich als Übergangsheim für Flüchtlinge legalisiert werden; ein Standort,d mit dem fest gerechnet wird. Diese Tendenz konnte auch in Berlin ausgemacht werden, wo das DRK und andere Stellen schon mehrfach Flüchtlinge zur Beratung und in mindestens zwei Fällen auch zur vorübergehenden Unterbringung an die TU weitergeschickt haben. Und die TU ist zweifellos das billigste Flüchtlingsheim der Stadt: Personalkosten: Null, Unterhaltskosten: Null, Sozialhilfe: Null, Miete und Innenausstattung: Null.

Doch wem soll diese merkwürdige Situation angelastet werden? Den Flüchtlingen, die sich zur zweiten Flucht gezwungen sahen und für ihren Aufenthalt in Berlin kämpfen, wohl kaum. Sie versuchen ihre unmittelbaren Interessen durchzusetzen und dazu brauchen sie eben einen Standort. Das Antirassistische Zentrum hat es mit einer Doppelstrategie versucht, die den eigenen politischen Anspruch mit den realpolitischen Interessen der Flüchtlinge unter einen Hut bringen sollte. Also die Unterbringung der Flüchtlinge in Berlin als Gruppe durchzusetzen, ohne daß sie auf die Aufnahmequote angerechnet werden, verbunden mit dem Versuch, eine breitere Agitationsbasis gegen den herrschenden Rassismus und die staatliche Ausländerpolitik zu schaffen, um so die Politik der geschlossenen Grenzen prinzipiell angreifen zu können. Dieser Ansatz war nur insoweit erfolgversprechend, wie es gelingen würde, breitere Resonanz für beide Ziele zu erreichen und die Diskussion über den linksradikalen Innenkreis hinaus in die fortschrittlicheren Teile der Gesellschaft hinein auszudehnen. Die erregten Reaktionen nach Hoyerswerda ließen diese Hoffnung kurzfristig als teilweise wirklichkeitsnah erscheinen. Spätestens zum Jahreswechsel wurde jedoch deutlich, daß die staatliche Ausländerpolitik nicht nur die Mehrheit in diesem Land hinter sich hat, sondern mit einem fast schon 99% Zuspruch rechnen kann. Das Projekt TU war spätestens mit dieser Erkenntnis fast ganz auf Realpolitik festgelegt. Weitergehende Forderungen sind deshalb nicht begraben worden, artikulieren sich aber fast ausschließlich dort, wo sie tendenziell eh' schon geteilt werden, in der radikalen Linken, zuletzt auf der Demonstration vom 8. Februar.

Was in Hamburg nach dem Ende der Norderstedter Kirchenbesetzung dringend geleistet werden muß, wird sich auch in Berlin nicht vermeiden lassen: Eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Perspektiven eines praktischen antirassistischen Politikansatzes an Hand der aktuellen Erfahrungen.

In Berlin wird der Kampf der TU-BesetzerInnen weitergehen, bis eine halbwegs akzeptable Lösung gefunden ist, bzw. der Senat sich für eine Lösung nach Norderstedter Vorbild entscheidet. Die Rückkehr des lange erkrankten TU-Präsidenten könnte schon bald zu einer härteren Gangart der TU führen, als die von seinem Vize in Vertretung durchgehaltene Duldung, bis hin zum Ruf nach der Polizei. Eine andere Möglichkeit wäre eine Dienstanweisung des zuständigen Wissenschaftssenators an die Leitung der TU, die Besetzung nicht länger zu dulden.

jw./Westberlin, Gruppe K

9. Asyl in Verbannung. Menschenrecht zwischen kapitalistischer Verwertungslogik und staatlichem Herrschaftsinteresse

Ein Menschenrecht zwischen kapitalistischer Verwertungslogik und staatlichem Herrschaftsinteresse

Autor: Olaf Deibler · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/02a.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:02a

Dieser Artikel soll einen umfassenden Überblick über die Asylpolitik der BRD geben. Dabei wird ihre extreme Verschärfung seit der Konstituierung des Grundrechtsartikels 16 bis zur heutigen Praxis auf den verschiedenen staatlichen Ebenen nachgezeichnet.

Vorab eine Bemerkung: Es geht nicht um bundesdeutsche ImmigrantInnenpolitik (offiziell: "Ausländerpolitik") allgemein, sondern speziell um die Asyl- bzw. Flüchtlingspolitik. Der Grund hierfür liegt in der herrschenden Politik, die bekanntlich auf eben jenem Unterschied basiert. Diese Trennung in Flüchtlinge einerseits und Einwandernde andererseits ist unsinnig, sind doch die Motive derjenigen Menschen, die ihre Heimat verlassen, meist sehr vielfältig und in ihrem Charakter weder eindeutig zu bestimmen noch gar zu bewerten. Die Kategorien Flucht = Zwangsemigration und Einwanderung = freiwillige Emigration taugen da nichts. Sie dienen der Selektion und Isolierung der ImmigrantInnen, um sie gegeneinander ausspielen zu können. Dieses Prinzip des "Teile und Herrsche" gilt es zu bekämpfen!

Konstituierung und Inhalt des Artikel 16 Grundgesetz

Am 6. Juni 1949 nahm das Plenum des Parlamentarischen Rates mit klarer Mehrheit den Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 in das Grundgesetz auf: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Damit wurde - bar aller Vorbehalte und Einschränkungen - ein subjektives Recht begründet, so daß kein Mensch an der Grenze oder im Inland, Flughäfen eingeschlossen, zurückgewiesen und/oder abgeschoben werden darf, der sich auf das Grundrecht auf Asyl beruft.

Anerkannte Asylsuchende, offiziell "Asylberechtigte" genannt, erhalten außerdem einen rechtlich gesicherten Aufenthalts-Status.

Die sog. Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), 1951 ratifiziert, enthält demgegenüber lediglich ein Verbot für Staaten, diejenigen Personen, die "aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung" aus ihrem Heimatland geflohen sind, zurückzuweisen und abzuschieben.

Versuchen Flüchtlinge aber, über einen anderen Staat in die BRD zu gelangen, können sie von den bundesdeutschen GrenzbeamtInnen abserviert werden. Mit der Behauptung, sie seien in dem durchreisten sog. Drittland nicht verfolgt worden, kann der Schutz dieses Völkerrechts mit seinem Prinzip des "non-refoulement" abgesprochen und die Einreise in die BRD verweigert werden. Zudem erhalten Geflohene, die unter die GFK fallen, eine bloße - rechtlose - "Duldung", was nichts anderes als ein Vollzugsstopp der Abschiebung heißt, mithin ein Leben unter permanenter Unsicherheit.

Das Grundrecht auf Asyl im Ausländergesetz 1965

Mit der Verabschiedung des Ausländergesetzes am 28.4.1965 wurde auch das Anerkennungsverfahren in Sachen Asyl geregelt. Demnach prüfte bis 1980 ein dreiköpfiger Ausschuß des Zirndorfer "Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" (im folgenden: Bundesamt), ob den Asylbegehren stattgegeben wird. Gegen einen ablehnenden Bescheid war Widerspruch möglich. Bei erneuter Ablehnung konnte das Verwaltungsgericht Ansbach angerufen werden, in dessen Zuständigkeitsbereich Zirndorf liegt. Der Weg ging über (höchstens) drei Instanzen.

Gegen die Asylentscheidung des Bundesamts konnte und kann der "Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten" auch heute noch Rechtsmittel einlegen, um für eine "einheitliche Verwaltungspraxis" zu sorgen. Wie diese Praxis aussehen soll, ergibt sich aus seiner Stellung als weisungsgebundener Beamter des

Bundesinnenministers: Berufung beantragt dieser Herr nur dann, wenn AsylbewerberInnen anerkannt werden. Einsprüche legt er z.B. grundsätzlich bei anerkannten ChristInnen aus der Türkei, AfghanInnen, TamilInnen und AngolanerInnen ein. (1) (Die solcherart - und durch krasse personelle Unterbesetzung des Bundesamts - verlängerten Asylverfahren dienen gleichzeitig dazu, eine Beschleunigung der Verfahren zu fordern.)

Der Staat besitzt also ein Monopol darauf, festzustellen, wer denn überhaupt "politisch verfolgt" ist. Den staatlichen Gewalten liegt es aber logischerweise fern, die "außenpolitischen Interessen der BRD zu beeinträchtigen". Deshalb spielen die nach der Staatsraison ausgerichteten Zweckmäßigkeiten eine maßgebliche Rolle bei der Entscheidungsfindung. In der Regel orientieren sich die Staatsbediensteten dabei an Botschaftsberichten und Länderanalysen des Auswärtigen Amts.

Der Wendepunkt der Asylpolitik

Kamen in den 50er und 60er Jahren Menschen aus Osteuropa, um in der BRD Asyl zu suchen, waren es seit 1972 zunehmend Verfolgte aus dem Trikont: erst PalästinserInnen und LibanesInnen, dann Pakistani und InderInnen, dann Flüchtlinge aus der Türkei, dem Iran, Afghanistan und Sri Lanka - allesamt Staaten, in denen entweder Krieg, Bürgerkrieg oder blutige (Militär-) Diktaturen herrsch(t)en.

Gleichzeitig stieg die Zahl der AsylbewerberInnen. 1977 flüchteten erstmals über 10.000 Menschen in die Bundesrepublik; 1980 waren es dann erstmals über 100.000. (2) Das war Grund genug, mit einem ersten "Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens" 1978 eine neue Asylpolitik einzuleiten, die sich in einer Kette von Gesetzes- und Verfahrensverschärfungen bis heute fortsetzt.

Bollwerk Bundesrepublik

Wie es sich für einen anständigen Rechtsstaat gehört, legalisieren Gesetze nachträglich die illegale Praxis. Das war bei der Abschottung der bundesdeutschen Grenzen nicht anders. Bereits 1977 ermächtigte das Bundesinneministerium die Grenzbehörden, sich Asylsuchende auf gänzlich unbürokratische Art und Weise vom Hals zu schaffen, indem Menschen an der Grenze nach dem Gusto der Uniformierten an der Einreise gehindert wurden. (3)

Als das Bundesverfassungsgericht fünf Jahre später den Erlaß für grundgesetzwidrig erklärte, hatten die GesetzgeberInnen mit einem entsprechenden Paragraphen im sog. Asylverfahrensgesetz für Abhilfe gesorgt. Gemäß diesem Gesetzeswerk, das die Ausführungsbestimmungen des Artikel 16 GG regelt, können die Staatsbediensteten an den Schlagbäumen ein dort gestelltes Asylgesuch als "unbeachtlich" einstufen, wenn sie der Ansicht sind, "daß der Ausländer bereits in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher war." (4) Den Flüchtlingen wird der Zutritt ins Bundesgebiet verwehrt. Im neuen Asylverfahrensgesetz 1991 wurde zusätzlich verankert, daß auch in Fällen die Einreise zu verweigern ist, "wenn offensichtlich ist, daß er (der/die Asylsuchende; Anm. O.D.) sich vor seiner Einreise in den Geltungsbereich dieses Gesetzes länger als drei Monate in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft, Österreich, der Schweiz, Schweden oder Norwegen aufgehalten hat." (5) Mit anderen Worten: Flüchtlingen, die in Etappen die BRD erreichen (Wie denn sonst? Per Direktflug?), wird so die Einreise und die Inanspruchnahme des Grundrechts auf Asyl pauschal verweigert.

Abgesehen davon, daß es ebenso anmaßend wie unmöglich ist, die Frage zu beantworten, ob Flüchtlinge bereits in einem "Drittland" Schutz gefunden haben; abgesehen davon, daß dies die völlig inkompetenten Grenzbehörden zu prüfen haben; abgesehen schließlich auch davon, daß die Prüfung in einem Blitzverfahren über die Bühne gebracht wird: Die Entscheidung über die Asylberechtigung und damit über das Schicksal von Menschen ist so in eine rechtliche Grauzone ohne ZeugInnen verlagert worden, die dem Staat alle Macht, dem Flüchtling keine Chance läßt: Er/sie wird einfach an der Grenze bzw. am Flughafen vom Bundesgrenzschutz (BGS) zurückgewiesen.

Informationen über die praktische Verwirklichung dieser Regelung gelangen nur in spektakulären Fällen an die Öffentlichkeit. Etwa im Juli 1986, als der BGS in Helmstedt über 400 AsylbewerberInnen abwies. Er ignorierte dabei Aussagen über politische Verfolgungen und fälschte die dargelegten Begründungen, um die Asylbegehren niederzuschlagen. (6)

Mit den massenhaften Grenzabweisungen, die den Flüchtlingen den Rechtsweg verbauen, wurde 1982 noch unter der sozialliberalen Regierung das subjektive Grundrecht auf Asyl ins Jenseits befördert. Die 124.000

Menschen, die 1988 an der Grenze der BRD abgewiesen wurden (7), lassen die ungefähren Dimensionen dieser gesetzlichen Maßnahme erahnen.

Im vergangenen Sommer verordnete Bundesinnenminister Schäuble eine Massierung der Militärpräsenz an der ostdeutschen Grenze. Er erwägt nun, mittels Aufklärungs- und Transporthubschraubern "eine unmittelbare Zurückschiebung von Deutschland auf dem Luftweg" vorzunehmen! (8) Um einen Asylantrag überhaupt stellen zu können, müssen Flüchtlinge erst einmal das Territorium der BRD, zumindest seine Außengrenzen bzw. seine Flughäfen, erreichen. An eben dieser banalen Tatsache setzten die staatlichen Eliten an, um das Asylrecht ganz ohne Grundgesetzänderung auszuhebeln.

Einführung der Visumpflicht

Die schon 1980 im Bundestag und -rat verabschiedete Visumpflicht hat sich hierbei als das wirksamste Mittel erwiesen. Zunächst begrenzt auf die - wie könnte es anders sein? - Hauptfluchtländer Türkei, Iran, Indien, Bangladesch, Sri Lanka, Afghanistan und Äthiopien, wurde es 1989 auf weitere 14 Staaten des Trikont ausgedehnt. Seit dem neuen Ausländergesetz 1991 besteht eine Sichtvermerkspflicht für generell alle Staaten (10) mit Ausnahme der EFTA-Staaten. (11) Sie betrifft nun auch Minderjährige, so daß es Eltern verwehrt bleibt, wenigstens ihre Kinder vor Krieg oder Bürgerkrieg zu retten.

Um Beförderungsunternehmen (vor allem Fluggesellschaften) an die Kandare zu nehmen, untersagt das Bundesinnenministerium seit ein paar Jahren den Transport von Personen in die BRD, die nicht im Besitz gültiger Pässe und (Transit-)Visa sind. Im neuen Ausländergesetz werden dafür Geldstrafen bis zu 5.000 DM angedroht. (12) Beförderungsunternehmen sind außerdem verpflichtet, Flüchtlinge, die sie ohne die erforderlichen Papiere in die Bundesrepublik transportiert haben und die innerhalb von drei Jahren ausgewiesen werden, aus dem gelobten Land Deutschland zu verfrachten. (13) Damit bei den Paß- und Visakontrollen auch wirklich nichts schiefgeht, wird seit Jahren der BGS in Staaten wie Sri Lanka, Nigeria, Ghana oder dem Sudan eingesetzt. Die GrenzschützerInnen schlüpfen dabei auch in die Uniformen der Fluggesellschaft Lufthansa und statten sich mit deren Ausweisen aus. (14)

Doch damit die Sichtvermerkspflicht greifen konnte, mußte ein letztes Hindernis, genauer: ein Schlupfloch, aus der Welt geschafft werden. Es handelte sich um das "Berliner Loch", durch das Verfolgte auch ohne gültige Reisedokumente über Ost-Berlin in die BRD gelangen konnten. Im Sommer 1986 war es soweit: Mit Kreditzusagen für Projekte und einem Abkommen über Umweltschutz und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit kaufte die Bundesregierung die Staats-Gerontokratie der DDR auf. Seit dem 1. Oktober 1986 war nun auch dieser Fluchtweg abgeschnitten, über den noch in der ersten Hälfte desselben Jahres mehr als die Hälfte aller AsylbewerberInnen (meist IranerInnen, LibanesInnen und PalästinenserInnen) eingereist waren. (15)

CDU und SPD stritten sich nach Abschluß des Abkommens darüber, wer diese "bedeutende Entlastung in der Asylproblematik", so der damalige SPD-Kanzlerkandidat Rau, auf dem Gewissen hätte. Ob es nun Schäuble als Kanzleramtsminister oder Bahr war - der "Erfolg" stellte sich unverzüglich ein: Wurden z.B. 1986 über 21.000 Asylanträge von IranerInnen gestellt, waren es 1987 keine 7.000 mehr. (16) Auch Willy Brandt habe sich seinerzeit als politischer Flüchtling nicht einfach eine Flugkarte kaufen können, bemühte sich der SPD-Pressesprecher in einem geschmackvollen Vergleich.

Die Visumpflicht stellt die Flüchtlinge vor schier unüberwindbare Barrieren: Erstens laufen Verfolgte Gefahr, beim Aufsuchen der Auslandsvertretungen, die für die Visumerteilung zuständig sind, beobachtet und verhaftet zu werden. Denn in vielen Fällen wird der Zugang zu den Konsulaten und Botschaften überwacht. Zweitens vergrößert sich aufgrund der Wartezeit die Gefahr, geschnappt zu werden.

Drittens erteilen die Auslandsvertretungen nur dann ein Visum, wenn die Betreffenden ein noch längere Zeit geltendes Reisedokument vorweisen können. Ein schlechter Witz: "Welche Diktatur", fragte Bahman Nirumand in einem offenen Brief an den Bundespräsidenten, "würde seinen Feinden Reisedokumente ausstellen und sie legal aus dem Land reisen lassen?" (17)

Viertens legen die deutschen Botschaften, wie amnesty international beklagt, "häufig strengere Maßstäbe" an als das Bundesamt oder die Verwaltungsgerichte bei ihrer Einschätzung über die Asylberechtigung. (18) Nach dem neuen Ausländergesetz können sogar Visumanträge, die in Botschaften eines sog. Drittlandes gestellt

werden, pauschal abgelehnt werden, weil dann angeblich keine unmittelbare Gefahr der physischen Existenzvernichtung besteht.

Das aktuelle Ausländergesetz sorgt noch für eine weitere Errungenschaft: Auslandsvertretungen brauchen die Verweigerung der Visa nicht einmal mehr zu begründen, geschweige denn eine Rechtsbehelfsbelehrung zu erteilen. (19) Daß sich die Sichtvermerks-Plicht gegen politisch Verfolgte richtet, gestand die Bundesregierung bei der Einführung in entwaffnender Offenheit selbst ein: "Der Visumzwang ist eine schmerzliche Maßnahme gegen diejenigen", verkündete Andreas von Schoeler, damaliger parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium und heutiger OB in Frankfurt, "denen der Weg in die Bundesrepublik dadurch erschwert oder häufig unmöglich gemacht wird, obwohl sie politisch verfolgt sind." (20)

Den Flüchtlingen aus dem Trikont bleibt angesichts der vollzogenen Abschottung der Grenzen nur noch die kleine Chance, mit gefälschten Papieren illegal in die Bundesrepublik zu gelangen. Die teure Fluchthilfe können sich aber meist nur Menschen aus wohlhabenden Schichten leisten. Sie geraten in Abhängigkeit von Fälschern und Schlepperorganisationen, was sie hinterher den Vorwurf des Mißbrauchs und der Lüge aussetzt.

Gerade mal einem Fünftel aller Asylsuchenden gelingt es, legal in die BRD einzureisen - ein schlagender Beweis für die (tödliche) Konsequenz von Visumzwang und Abweisungen an den Grenzen der Bundesrepublik. (21) Mit der Umfunktionalisierung der deutschen Auslandsvertretungen in vorgelagerte Grenzbollwerke qua Sichtvermerkspflicht hat sich der bundesrepublikanische Staat also ein überaus wirksames Instrument zugelegt, um Verfolgten von vornherein die Inanspruchnahme des Asylrechts zu verwehren. Die Generalermächtigung für die Grenzbehörden, Flüchtlinge mit "unbeachtlichen" Asylgesuchen an den Grenzen abzuweisen, sorgt zusätzlich dafür, daß das Grundrecht auf Asyl - angesichts geschlossener Grenzen - ohne Substanz bleibt.

Kurzer Prozeß mit AsylbewerberInnen

1978 wurde die zentrale Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts (VG) Ansbach aufgehoben und die verwaltungsgerichtlichen Verfahren fortan auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet. Gleichzeitig verkürzten die GesetzgeberInnen seitdem schrittweise und systematisch den Rechtsweg der Anerkennungsverfahren von Asylgesuchen. Die Chance, als Asylberechtigte(r) durchzukommen, sank im gleichen Zuge rapide. Das Recht auf persönliche Anhörung sowie das Widerspruchsverfahren vor dem Bundesamt entfielen ersatzlos. (22) Die Entscheidungsbefugnis des Bundesamtes wurde von einem dreiköpfigen Ausschuß auf EinzelbeamtInnen übertragen. (23) Seit 1987 dürfen Flüchtlinge keine sog. Nachfluchtgründe mehr geltend machen. Diejenigen, die z.B. wegen ihrer Asylantragstellung selbst oder aufgrund politischer Aktivitäten in der BRD befürchten, in ihren Heimatländern später verfolgt zu werden, sind demnach abzulehnen. (24)

Im 1982 geschaffenen Asylverfahrensgesetz kürzten die Herrschenden den Rechtsweg radikal durch ein Eilverfahren für alle als "unbeachtlich" oder "offensichtlich unbegründet" abgelehnten Asylanträge: Demnach kann schon die Ausländerbehörde, für die Entgegennahme der im Inland gestellten Asylbegehren zuständig, diese als "unbeachtlich" einstufen, wenn die Geflohenen nach ihrem Gutdünken bereits in einem anderen Staat Schutz gefunden hatten. (25) Die derart ausgewiesenen Flüchtlinge haben dann nur noch die Möglichkeit, innerhalb von vier Wochen vor dem Verwaltungsgericht zu klagen. Der Haken: Wollen die Flüchtlinge nicht vorher abgeschoben werden, müssen sie parallel einen "Antrag auf aufschiebende Wirkung" stellen, für den allerdings eine Ein-Wochen-Frist gilt. (26) In dieser Zeit müssen sie von der Möglichkeit dieser "Verbundklage" erfahren, dann eine(n) DolmetscherIn aufsuchen und schließlich eine Rechtsanwältin bzw. einen Rechtsanwalt finden, der/die die Klage übernimmt. Für AsylbewerberInnen, die in der ersten Woche ihrer Ankunft mit erdrückend vielen praktischen Dingen und psychischen Belastungen konfrontiert sind, nahezu eine Unmöglichkeit. Gelingt es den Geflohenen doch, die Frist einzuhalten, wird in einem Eilverfahren geprüft, ob der Antrag an das Bundesamt weitergeleitet wird.

So wie die Grenzorgane Abweisungsbefugnisse von Flüchtlingen mit "unbeachtlichen" Anträgen an der Grenze erhielten (s.o.), haben die ebenfalls völlig inkompetenten Ausländerbehörden Ausweisungs-und Abschiebungsbefugnisse! Allein durch dieses Monopol der Grenz- und Ausländerbehörden, die bei der Entgegennahme die Asylgesuche in "beachtliche" und "unbeachtliche" selektieren, verkehrt sich der Regelfall

des normalen, vor dem Bundesamt und den Verwaltungsgerichten stattfindenden Verfahrens in einen Sonderfall; Sonderfälle - "zur Beschleunigung" - werden zum Normalfall.

Hält das Bundesamt einen Antrag für "offensichtlich unbegründet", steht dem Flüchtling ebenfalls nur das soeben beschriebene Eilverfahren offen, um die Entscheidung über die Weiterleitung an die Verwaltungsgerichte (von eben diesen) prüfen zu lassen. (27) Wie leichtfertig diese Einschätzung erfolgt, schildert amnesty international: Nachdem der Antrag eines Flüchtlings aus Sierra Leone "vom VG Düsseldorf als `offensichtlich unbegründet' abgelehnt worden war, wurde er in seine Heimat abgeschoben - und dort bei seiner Ankunft verhaftet. Wie örtliche Mitarbeiter eines Wohlfahrtverbandes aus der BRD berichteten, soll er wenige Tage später in der Haft infolge von Mißhandlungen gestorben sein." (28)

Bei Ablehnung der Eilanträge, sofern sie überhaupt gestellt werden konnten, ergreift die Ausländerbehörde "aufenthaltsbeendende Maßnahmen". Weisen zuguterletzt die Richter an den Verwaltungsgerichten die Klagen der Asylbegehrenden als "offensichtlich unbegründet" zurück, entfällt das Recht auf Berufung.

"Die Massen der Verfahren", berichtet der Vorsitzende Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof, Günter Renner, von seinen Erfahrungen, werden "in kürzester Zeit abgewickelt", so daß das Tempo "schwindelerregend" sei. (29) Da kann es schon mal passieren, daß Urteile vor dem Gerichtsprozeß feststehen. Ein Asylsuchender aus Kurdistan bekam die ablehnende Entscheidung durch Zufall vor seiner Anhörung zu Gesicht. (Das vorgefertigte Urteil war versehentlich in die Akten geraten, in die sein Anwalt einsehen durfte.) In der Begründung machte der Flüchtling während des Prozesses, der noch gar nicht stattgefunden hatte, einen denkbar schlechten Eindruck: "Der Kläger muß es sich selbst zurechnen lassen, wenn er nur schriftlich irgendwelche Behauptungen vorträgt und das Gericht dadurch keine hinreichende Gewißheit von der Glaubwürdigkeit des Klägers gewinnen kann." (30) KollegInnen verteidigten die ertappten RichterInnen: "Das ist doch das übliche Verfahren." (31)

Mit alldem ist das Repertoire der Abschneidung des Rechtswegs keineswegs ausgeschöpft. Das Asylverfahrensgesetz erlaubt sogar ein regelrechtes Blitzverfahren, in dem innerhalb einer Woche nach Asylantragstellung das Bundesamt über die Asylberechtigung bestimmen kann, ohne daß der Flüchtling überhaupt gehört werden muß und ein(e) AnwältIn zur Beratung zugelassen wird! "In diesen Fällen", heißt es in dem Gesetzeswerk, "brauchen der Ausländer und sein Bevollmächtigter nicht geladen zu werden." (32) Daß der Prozeß einfach ohne Anhörung des Flüchtlings und Rechtsberatung stattfindet, ist gängige Praxis in der BRD geworden, wofür viele Bundesländer (wieder) sog. zentrale Anlaufstellen für AsylbewerberInnen errichtet haben.

Diese verbreiteten Blitzverfahren sollen nun, das ist das Ergebnis der Vereinbarungen von CDU/CSU, FDP und SPD vom Oktober 1991, bundesweit und bundeseinheitlich konsequent angewandt werden. Dafür richten alle Bundesländer mehrere zentrale Sammellager ein, in denen Hunderte von Flüchtlingen konzentriert werden. Ab Januar 1992 sollen innerhalb von nur sechs Wochen alle Asylsuchenden mit "offensichtlich unbegründeten" Anträgen durch das Anerkennungsverfahren gepeitscht werden: zwei Wochen Verwaltungsverfahren (Bundesamt); eine Woche Rechtsmittelfrist; zwei Wochen gerichtliches Schnellstverfahren; eine Woche Ausweisung und Abschiebung. (33)

Die Verwaltungs- und Gerichtsverfahren - Nadelöhr des Asylrechts

Das Grundrecht "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" gibt in seiner Unbeschränktheit keinerlei Erklärung des Begriffs der "politischen" Verfolgung vor. Infolgedessen wurde es in der Wirklichkeit unweigerlich zu einem sog. Richterrecht: Der materielle Gehalt des Artikel 16 hängt nach Antragstellung ausschließlich von der (Definitions)Macht der Judikative ab. Ihre Maßstäbe bestimmen die Auslegung des Asylrechts - sowohl vor den Gerichten selbst als auch (indirekt) vor dem Bundesamt.

Die Instanz der obersten GesetzeshüterInnen, das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), verstand es von Anfang an, das Menschenrecht auf Asyl durch wechselnde Grundrechtslehren zurechtzustutzen. 1957 zog des BVerwG zur Definition von politischer Verfolgung den Kriterienkatalog der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) heran. Damit sind seither Bürgerkrieg und Krieg, Bedrohung und Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen, Hunger und Elend und nicht zuletzt Sexismus für den bundesdeutschen Staat keine legitimen Gründe, um Asyl zu gewähren. (34)

Auf der Suche nach einem "objektiveren" (?) Kriterium als dem der "begründeten Furcht" gemäß der GFK gelangte das BVerwG 1977 zu einer Entscheidung, die zur herrschenden Lehre avancierte: "Maßgebend dafür, ob die befürchtete Verfolgung eine politische ist, sind die Gründe, aus denen der Verfolgerstaat die von Asylsuchenden befürchtete Verfolgung betreibt." (35) Die veränderte Auslegung bewirkte zweierlei: Zum einen wird Verfolgungen, die der "Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung" eines Staates dienen, pauschal ihr politischer Charakter abgesprochen. Was für ein Staat sich mit welchen Mitteln gegen die Bevölkerung absichert, interessiert die Dritte Gewalt der BRD in keiner Weise. Unterdrückung aus Staatsschutz Gründen gelten per se als legitim und fallen deswegen in den Bereich des normalen Strafrechts.

Zum anderen, zweite Konsequenz des Urteils des BVerwG, muß der Flüchtling nicht nur seine Verfolgung beweisen, sondern zugleich, daß deren Ursache politischen Charakter besaß - praktisch eine Unmöglichkeit! Letzlich entscheidend sind nun nicht mehr die persönlichen Aussagen der einzelnen AsylbewerberInnen; vielmehr geben Einschätzungen der politischen Verhältnisse in den Heimatländern der Geflohenen durch die Behörden und Gerichte den Ausschlag bei der Asylgewährung. Staatliche Instanzen wie etwa das Auswärtige Amt, auf deren Informationen sich Justiz und Bundesamt bei ihrer Entscheidungsfindung letzlich stützen, erhalten größeren Einfluß. Das Schicksal der Geflüchteten wird somit noch stärker an diplomatische, militär- und wirtschaftspolitische Erwägungen gekettet.

Die Umsetzung der seit 1977 herrschenden Lehre des BVerwG spiegelt sich in bizarren Urteils- und Entscheidungsbegründungen wider, deren Auswirkungen blutig sind. In einem Urteil von 1989 verfügte das BVerwG: "Allein die Gefahr, daß einem Ausländer in seinem Heimatland wegen Wehrdienstverweigerung die Todesstrafe droht, begründet keinen Anspruch auf Asyl." (36) Zum selben Thema führte der VGH Mannheim aus: "Von asylrechtlicher Bedeutung wäre dies (die Todesstrafe, O.D.) nur dann, wenn die Strafe als solche übermäßig hart und unerträglich und unter jedem denkbaren Gesichtspunkt schlechthin unangemessen zur Ahndung des in Rede stehenden Verstoßes (der Kriegsdienstverweigerung! Anm. O.D.) wäre. Es kommt hinzu, daß es hier um die Ahndung eines Verhaltens geht, das einen kriegsführenden Staat in seiner staatstragenden Struktur zu erschüttern besonders geeignet ist." (37)

Die Ablehnung mehrerer von Folter bedrohter bzw. gefolterter KurdInnen begründete das BVerwG 1986 damit, daß "die Ursache für ihre schlechte Behandlung", gemeint ist die Folter (!), nicht "ihre Gesinnung oder Volkstum, sondern ihre weit geringere Neigung (ist), sich auf diese Mechanismen (der Folter! O.D.) in der Polizeihaft einzustellen und sich ihnen durch ein Geständnis, durch Weitergabe von Informationen oder durch die Unterwerfung unter militärische Disziplinanforderungen zu entziehen." (38) Mit anderen Worten: Weil die Folter in türkischer Haft üblich ist, um Aussagen oder politischen Gehorsam zu erzwingen, ist der Häftling eben selbst schuld, wenn er sich der Polizei nicht unterwirft und deswegen gefoltert wird.

Folter, das stellte das BVerwG in einem Urteil 1983 unmißverständlich klar, begründe keinen Asylanspruch, soweit sie nicht "über das hinausgehe, was die Bewohner des Heimatstaates aufgrund des dort herrschenden Systems allgemein hinzunehmen haben"! (39) Das heißt, Flucht vor Folter-Regimen sind mitnichten ein berechtigter Asylgrund - im Gegenteil: diese Staaten erhalten von den HüterInnen des Rechtsstaats einen Folter-Bonus.

Asylbegehren von TamilInnen werden ebenfalls bedenkenlos abschlägig beschieden: "Selbst wenn das Militär aufgrund seiner Stärke und Ausrüstung in der Lage sein sollte", so formulierte es das Bundesamt in einer Begründung, "nicht nur die gesamte tamilische Bevölkerung im Norden zu disziplinieren, niederzuhalten oder schlimmstenfalls sogar zu vernichten - mit oder ohne Billigung der Staatsführung -, darf nicht verkannt werden, daß in der den Aktionen zugrundeliegenden Terroristenbekämpfung ein legitimes Ziel liegt." (40) Hier rechtfertigt das Bundesamt in Unmenschen-Manier die Verfolgung ethnischer Minderheiten bis hin zum Völkermord!

Neben dem Abstellen auf die VerfolgerInnen-Motivation engte das Bundesverwaltungsgericht keine drei Jahre später in einem Urteil aus dem Jahre 1980 den Zugang zur Asylberechtigung ein weiteres Mal drastisch ein: "In der Rechtsprechung des BVerwG", so berufen sich die RichterInnen darin auf sich selbst, "ist geklärt, daß ein Asylanspruch nur besteht, wenn der Asylbewerber für seine Person die aus Tatsachen begründete Furcht wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung hegen muß ... Hieraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Volkstumsgruppe allenfalls eine gewisse Vermutung für die erforderliche eigene

Verfolgung begründen kann, niemals jedoch für sich bereits zur Asylanerkennung führt ..." (41) Indem das BVerwG die Betonung auf die individuelle, persönliche Verfolgung legt, erkennt es eine sog. Kollektivverfolgung nicht mehr als hinreichenden Asylgrund an. Der Beweis, der von Asylsuchenden verlangt wird, ist wohl kaum zu erbringen. Denn eine verlangte Konkretisierung der persönlichen Gefahr über die Kollektiv-Verfolgung hinaus, die ja - per definitionem - die Gefährdung aus einer Gruppenmitgliedschaft ableitet, ist schlicht unmöglich. Die Anonymität der einzelnen Verfolgten ist gerade ihr Kennzeichen. Oder sollen beispielsweise KurdInnen und TamilInnen ein individuell ausgestelltes Todesurteil, vom Verfolgerstaat unterschrieben und persönlich ausgehändigt, den Asylinstanzen unter die Nase reiben? Asylsuchende Jüdinnen und Juden, die dem deutschen Faschismus entflohen, wären vom bundesdeutschen Nachfolgestaat wohl abgewiesen worden ...

Der Schulterschluß mit Regimen aus anderen Ländern, den die obersten RichterInnen mit der gesamten Asyl-Rechtsprechung vollzogen, offenbart einmal mehr, wie groß doch das Verständnis der Staatseliten untereinander ist, wenn es um Fragen ihrer Herrschaftssicherung geht!

Asylsuchende Frauen in der BRD

Die große Mehrheit der weltweit zig Millionen Flüchtlinge sind Frauen. Trotzdem, und das ist bezeichnend, liegt ihr Anteil an denen, die in der BRD um Asyl nachsuchen, lediglich zwischen 20 und 35%. (42) Für sie fangen die Schwierigkeiten bereits bei der Antragstellung an: Erstens steht - bei von Ehegatten gemeinsam gestellten Asylgesuchen - die Verfolgungsgeschichte des Mannes ganz selbstverständlich im Mittelpunkt. Die Aussagen der Frauen haben sich meist auf Ergänzungen zu beschränken; eigenständige Fluchtmotive stellen sie nur in seltenen Fällen dar. Zweitens haben Frauen, die aufgrund geschlechtsspezifischer Verfolgung flohen, begründete Furcht und verständliche Hemmungen, ihre erfahrenen Demütigungen und Unterdrückungen, noch dazu vor anonymen und männlichen Beamten, zu schildern.

Während des Anerkennungsverfahrens sehen sich die geflohenen Frauen vor weitere Hindernisse gestellt: "Die Asylbehörden orientieren sich an einer stereotypischen Vorstellung der männlichen politisch aktiven Betätigung", berichtet Chong-Sook Kang, "also an einem Heldenbild mit den entsprechenden Profilierungen als Voraussetzung für die Anerkennung als politisch Verfolgte." (43) Frauen, die zumeist Basis-Aktivistinnen waren, weil Kaderpositionen in den patriarchalen politischen Organisationen von Männern besetzt gehalten werden, haben es schwer, von den staatlichen Behörden und Gerichten als asylberechtigt anerkannt zu werden. In deren (männlichen) Augen sind sie bloße Mitläuferinnen, obwohl sie ebenso verfolgt waren bzw. sind. Wie schon eingangs erwähnt, ist geschlechtsspezifische/sexistische Verfolgung nach geltender Rechtsprechung für einen Asylanspruch unerheblich. Wenn Frauen sich weigern, repressive gesellschaftliche Normen bzw. Gesetze (Zwangsheirat, Schleierzwang etc.) zu befolgen, oder im Rahmen einer militärischen Strategie zur Unterdrückung anderer Ethnien massenhaft vergewaltigt werden, begründet das aus Sicht der BRD keinen legitimen Asylgrund. "Die Anwendung sexueller Gewalt", so das Oberverwaltungsgericht Münster in einem Urteil 1986, "wird als allgemeine Verfolgung im Rahmen von Bürgerkriegen charakterisiert und gilt damit nicht als asylbegründend". (44)

Wie sich das Patriarchat gegenseitig und weltweit die Hände reicht - darüber gibt eine (unter vielen) Entscheidungen des Bundesamts Auskunft. Es bügelte das Asylgesuch einer iranischen Lehrerin, die wegen Verstoßes gegen die Regeln der Geschlechtertrennung ausgepeitscht worden war, schroff ab: "Auch wenn sie die Auspeitschung als äußerst demütigend empfunden hat, stellt diese Maßnahme dennoch keine individuelle politische Verfolgung im Sinne des Grundgesetzes dar. Vielmehr handelt es sich um eine Maßnahme, die zur Aufrechterhaltung der islamischen Ordnung ergriffen wurde und in dieser oder ähnlicher Weise jede Person getroffen hätte, die eines vergleichbaren Vergehens beschuldigt worden wäre." (45)

Das Ergebnis der zähen Bemühungen der Rechtsprechung kann sich in den amtlichen Statistiken sehen lassen. Die Anerkennungsquote für AsylbewerberInnen, vor zwei Dekaden noch zwischen 56% und 86% gelegen, sank konstant von über 36% (1984) auf gerade mal 3% (1990). (46) Der prozentuale Anteil der "asylberechtigten" Frauen liegt aus o.g. Gründen noch darunter. Diese Zahlen belegen nach Ansicht des Innenministeriums, "daß das Grundrecht auf Asyl gegenwärtig massenweise verletzt wird und für einen ungebremsten Zustrom von Ausländern mißbraucht wird." (47)

Selbst der Leiter des "Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge", Norbert v. Nieding, gesteht ein, daß die Verschärfungen des Verfahrensrechts und die Entwicklung in der Rechtsprechung für die äußerst geringe Zahl "Asylberechtigter" verantwortlich sind. (48) Anders ist auch nicht zu erklären, weshalb trotz unveränderter politischer Situation z.B. die Anerkennungsrate für ÄthiopierInnen von 76% (1984) auf 10% (1987) oder die von TamilInnen gar auf 0,1% (1989) absackte. (49)

Der gläserne Flüchtling

Gleich bei der Antragstellung bei der dafür zuständigen Ausländerbehörde werden die persönlichen Angaben aller Flüchtlinge erhoben und an das berüchtigte Ausländerzentralregister (AZR) weitergeleitet. Diese beim Berliner Bundesverwaltungsamt eingerichtete und unter Fachaufsicht des Bundesinnenministeriums stehende Datensammlung enthält weit über 100 Mio. Informationen von über 10 Mio. "AusländerInnen". Spezielle Regelungen über Funktion, Arbeitsweise oder gar so etwas ähnliches wie Datenschutz gibt es nicht. (50)

Im Mai 1990 beschloß die Innenministerkonferenz der Länder, von sämtlichen AsylbewerberInnen Finger- und Händeabdrücke an das Bundeskriminalamt weiterzuleiten. (51) Mangels Personal beschränkte sich die Praxis der Ausländerbehörden bisher auf bestimmte Nationalitäten. Die jüngsten Asylvereinbarungen von CDU/CSU, FDP und SPD vom Oktober 1991 sehen ab 1992 vor, generell alle Flüchtlinge einer solchen erkennungsdienstlichen Behandlung zu unterwerfen. Eine automatische Fingerabdruck-Speicherung (AFIS) wird eigens eingeführt. Die Abdrücke werden in der Datei der Straftäter und Strafverdächtigen, INPOL, gespeichert. (52)

Der Bundesinnenminister bestimmt per Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, daß die Melde- und Paßämter, Justiz-, Polizei- und Ordnungsbehörden bis hin zu den Arbeits-, Sozial-und Jugendämtern "ohne Ersuchen den Ausländerbehörden personenbezogene Daten von Ausländern, Amtshandlungen und sonstige Maßnahmen gegenüber Ausländern mitzuteilen haben", wenn sie deren Aufgabenerfüllung dienen. (53) Mit dieser Gummi- und Generalklausel wird jede einzelne Behörde und jedeR einzelne BeamtIn der staatlichen Exekutivgewalt zum Spitzel gegen die ImmigrantInnen eingesetzt.

Abschiebungen - staatliche Zwangsdeportationen

Bisher war die Praxis, Menschen gegen ihren Willen in ihre Heimatländer abzuschieben, von Bundesland zu Bundesland verschieden. Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg gelten dabei als besonders skrupellos. Doch mit dem Ausländergesetz von 1991 werden nun alle Länder vom Bundesinnenministerium an die Kandare genommen: Landesweite Abschiebestopps für bestimmte Flüchtlingsgruppen bzw. für Geflohene aus bestimmten Staaten, per Regierungserlaß und Behördenpraxis bisher üblich, dürfen nur noch mit bundesministeriellem Einvernehmen länger als sechs Monate gelten. (54) Das hatte z.B. zur Konsequenz, daß die Duldungen für Flüchtlinge aus Sri Lanka, Äthiopien, Kurdistan, Afghanistan, aus dem Iran und Libanon am 30.6.1991 ausliefen und deshalb Zehntausende von plötzlicher Abschiebung bedroht sind. Massive Proteste erwirkten eine Stichtagsregelung des BIM: Alle bis Ende 1988 Eingereisten erhalten eine Aufenthaltserlaubnis. Den später in die BRD Geflohenen droht hingegen ab Anfang 1992 die massenhafte Abschiebung. (55)

Im neuen Ausländergesetz wurde außerdem der völkerrechtliche Schutz vor Abschiebung durch zwei unscheinbare Wörter erheblich ausgehöhlt. Soll z.B. die Europäische Menschenrechtskonvention u.a. Geflohene vor groben Menschenrechtsverletzungen und Gefahren für Leib und Leben bewahren, muß nach dem aktuellen bundesrepublikanischen Machwerk eine "erhebliche konkrete" Gefahr nachgewiesen werden. (56) Bürgerkrieg oder Krieg reichen der staatlichen Exekutive aufgrund ihres "allgemeinen Charakters", weil sie also alle dort Lebenden treffen, keineswegs aus. Auch von Folter Bedrohte sind gezwungen, eine "konkrete" Gefahr glaubhaft zu machen. Da diese verlangte Konkretion tatsächlich kaum zu erbringen ist, hat die (endlich) von der BRD ratifizierte UN-Antifolterkonvention lediglich den Wert eines Glaubensbekenntnisses.

Selbstverständlich ist das (Völker-)Recht die eine Sache. Die andere ist die Wirklichkeit im Dickicht und Dunkel der Verwaltungspraxis. Da werden entweder Flüchtlinge von der Ausländerbehörde einfach für unglaubwürdig gehalten, oder aber es werden drohende Verfolgungen schlicht geleugnet.

Einzelne "Fälle", die in letzter Zeit (durch Zufall oder günstige Umstände) publik wurden, illustrieren die menschenverachtenden Abschiebungen:

- Am 5.2.1991 wurde ein Albaner aus dem Kosovo abgeschoben - vier Tage später starb er an den Folgen der schweren Mißhandlungen durch die serbische Polizei in Kacinik. (57)

- Im Oktober 1990 wurde eine türkische Familie in München in ein Flugzeug nach Istanbul gesetzt. Gleich am Flughafen wurden die Eltern verhaftet. Der Ehemann durchstand eine 24stündige Folter. (58)

- Am 19. März 1991 schob die Ausländerbehörde in Karlsruhe wie üblich Roma nach Jugoslawien ab. Bei der "Entgegennahme" an der Grenze durch jugoslawische Behörden wurde ein Roma totgeprügelt - ein "Unfall", wie die jugoslawische Verwaltung mitteilte. (59)

- Die bayerische Landesregierung schob während des Golf-Kriegs zwei Angehörige einer kurdischen Familie in ihre Heimat ab - in die Stadt Nusaybin, die aufgrund der Bombardements der türkischen und irakischen Luftwaffe beinahe menschenleer war. (60)

Ob AlbanerInnen aus dem Kosovo, Oppositionelle aus dem Iran, KurdInnen aus der Türkei oder Roma aus Osteuropa - über systematische Menschenrechtsverletzungen und politische Verfolgung setzen sich die Regierungen und staatlichen Behörden machtbewußt hinweg. Unzähligen Menschen bleibt nur noch das Abtauchen in die Illegalität, ein Leben ohne Perspektive, um schließlich doch irgendwann aufgegriffen zu werden. Ganz souverän kalkuliert die Staatsgewalt mit Folteropfern und Menschenleben - zwecks Abschreckung und Säuberung ...

Olaf Deibler

Anmerkungen:

1) vgl. amnesty international (Sektion BRD), Schutz für politisch Verfolgte, Köln 1986, S.11f.

2) vgl. ai, a.a.O., S.14f.

3) vgl. Zahlen dok. in: ai, a.a.O., S.16f.

4) Rainer Hammerschmidt, Manfred Lontke, Flüchtlingspolitik in der BRD, in: Schwarzer Faden Nr. 35, 2/90, S. 20

5) § 9 Absatz 1 Satz 1 im neuen Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) 1991, dok. in: Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1991, Teil I, S. 869f.

6) § 9 Absatz 1 Satz 1 AsylVfG, a.a.O.

7) Der Spiegel Nr. 33/11.8.1986

8) n. Angaben des BMI, in: Spiegel Nr. 11; 13.3.1989

9) Eckhard Voss, Beim Bau der Mauer, in: konkret 9/91, S. 14

10) § 3 Absatz 3 Ausländergesetz (AuslG) 1990, dok. in: Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1990, Teil I, S. 1354f.

11) Die EFTA-Staaten (EFTA = Europäisches Freihandelsabkommen) sind die zwölf EG-Staaten plus Österreich, Schweiz, Norwegen, Schweden, Finnland und Island

12) § 74 Absatz 1 und 2 AuslG, a.a.O.

13) § 73 Absatz 2 AuslG, a.a.O.

14) Die Tageszeitung (taz) vom 4.9.1990

15) taz vom 20.9.1986; Spiegel Nr. 39, 22.9.1986, S. 22f.

16) Monika Schuckar, Flüchtlingsfrauen aus dem Iran unter bundesdeutschen Asylbedingungen vor dem Hintergrund frauenspezifischer Fluchtmotive, in: Abraham Ashkenasi (Hg.), Das weltweite Flüchtlingsproblem, Bremen 1988, S. 294

17) dok. in: Heiko Kauffmann (Hg.), Kein Asyl bei den Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1986, S. 79f.

18) amnesty international, a.a.O., S. 79

19) § 66 Absatz 2 AuslG., a.a.O.

20) zit. n. Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, S. 18.539

21) n. Angaben des bayer. Innenministers Stoiber, in: Spiegel Nr. 45/1990

22) § 12 Absatz 8 AsylVfG, a.a.O.

23) § 4 Absatz 3 AsylVfG, a.a.O.

24) § 1a AsylVfG, a.a.O.

25) § 8 Absatz 5 in Verbindung mit § 7 Absatz 2 u. 3 AsylVfG, a.a.O.

26) § 10 Absatz 3 AsylVfG, a.a.O.

27) § 11 Absatz 1 u. 2 AsylVfG, a.a.O.

28) amnesty international, a.a.O., S. 21

29) zit. n. Die Zeit Nr. 37, 7.9.1990, S. 18

30) ebenda

31) ebenda

32) § 12 Absatz 3 AsylVfG, a.a.O.

33) taz vom 11.10.1991, FR vom 11.10.1991

34) Alfons Söllner, Westdeutsche Asylpolitik, in: A. Ashkenasi (Hg.), a.a.O., S. 204

35) zit. n. Söllner, a.a.O., S. 206

36) zit. n. graswurzelrevolution Nr. 141, Februar 1990

37) ebenda

38) zit. n. Thomä-Venske, Vortrag vor dem Kirchenkreis Zehlendorf, dok. in: FR vom 9.3.1989

39) zit. n. Söllner, a.a.O., S. 208

40) zit. n. Anm. 38

41) zit. n. Söllner, a.a.O., S. 209

42) vgl. Kathrin Eckhart, ...am besten unsichtbar..., in: Dritte Welt 8-9/1991, S. 38

43) Chang-Sook Kang, Wenn Frauen flüchten..., in: Festung Europa, blätter des iz3w Nr. 169, November 1990, S. 24f. Zur Problematik auch: Margit Gottstein, Frauenspezifische Verfolgung und ihre Anerkennung als politische Verfolgung im Asylverfahren, in: A. Ashkenasi (Hg.), a.a.O., S. 274f.

44) zit. n. K. Eckhart, a.a.O.,

45) zit. in: iz3w, Nr. 169, Nov. 1990, S. 25

46) siehe Anm. 1 und Wolfgang Schuth, Asyl in der Zitadelle, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1991

47) zit. n. Anm. 38

48) Roland Schilling, Die Abschaffung des Asylrechts: Zum Widerspruch von Territorialstaat und Menschenrecht, in: A. Ashkenasi (Hg.), a.a.O., S. 238

49) siehe Anm. 46

50) vgl. Franz Scheuerer, Immigranten und Flüchtlinge - die gläsernen Menschen, in: Vorsicht Volkszählung!, Köln 1987, S. 171f.

51) FR und taz vom 22.10.1991

52) ebenda

53) § 76 Absatz 5 AuslG, a.a.O.

54) § 54 AuslG, a.a.O.

55) vgl. ai-Info, September 1991, S. 4f.

56) § 53 Absatz 6 AuslG, a.a.O.

57) ID Asyl, 5/91, S. 25

58) taz vom 13.10.1990

59) AK 329, 8.4.1991

60) taz 28.1.1991

10. Nordirland: Zurück in die Siebziger? von Dietrich Schulze-Marmeling

Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:23

Nordirland ist wieder in den Schlagzeilen. Nicht nur, weil sich Ende Januar der berühmt-berüchtigte "Bloody Sunday" von Derry, eines der wichtigsten Daten in der jüngeren nordirischen Geschichte, zum zwanzigsten Male jährte. Damals erschossen britische Fallschirmjäger 14 katholische Bürgerrechtler, was die Sympathien für die IRA enorm anschwellen ließ. Es ist vor allem die drastische Zunahme sektiererischer Morde, die das neuerliche Interesse der Medien weckt. Der Krieg in Nordirland, wie wir ihn kennen und "lieben": als blutigen und anachronistischen Religionskrieg. Trotzdem soll nicht verschwiegen werden, daß es auch rühmliche Ausnahmen von der Regel gibt: die "Frankfurter Rundschau" beispielsweise (Peter Nonnenmacher); und sicherlich auch die "TAZ" (Ralf Sotscheck). Der folgende Artikel versucht, den Verlauf der jüngsten Eskalation sektiererischer und anderweitig motivierter Gewalt zu skizzieren und den Hintergrund dieser Entwicklung zu erhellen.

1991: Das Jahr des sektiererischen Mordes

Für 1991 weist die Konfliktstatistik 94 Tote aus, die höchste Zahl seit 1981 (101), dem Jahr des legendären republikanischen Hungerstreiks, und 1982 (97). Obgleich die IRA ihre Kampagne intensivierte, war sie für die Steigerungsrate nur bedingt verantwortlich. Die Intensivierung des "armed struggle" manifestierte sich - wie bereits im Vorjahr - vorrangig in Bombenanschlägen auf "ökonomische Ziele" wie Operationen auf dem britischen "mainland". So kamen 1991 in Nordirland weniger Soldaten und Polizisten ums Leben als in jedem anderen Jahr seit 1970. Die überwiegende Mehrzahl der Konfliktopfer waren Zivilisten bzw. sogenannte "soft targets". Neu war indes, daß die loyalistische "killing rate" mit der der IRA erstmals Schritt halten konnte. In der Vergangenheit war es stets die IRA gewesen, die jährlich für den größten Prozentsatz an Konflikttoten verantwortlich zeichnete: Die kriegerische Auseinandersetzung fand hauptsächlich zwischen der republikanischen Guerilla und den offiziellen "Sicherheitskräften" statt, und die IRA war die einzige der paramilitärischen Organisationen, die sich mit der Britischen Armee, der nordirischen Polizei/RUC und dem UDR (einer nordirischen Einheit der Armee) militärisch maß. Die Auseinandersetzung mit den protestantischen/loyalistischen Paramilitärs (UDA/UFF, UVF/PAF) war dagegen eher ein Nebenschauplatz; ein seitens der IRA höchst ungeliebter noch dazu.

Generell läßt sich für den bisherigen Konfliktverlauf (seit 1969) konstatieren, daß die loyalistischen Paras ihre Kampagne vorrangig gegen katholische Zivilisten richteten, während sich die IRA auf das Personal der "Sicherheitskräfte" konzentrierte. Deshalb korrespondierte die große Zahl loyalistischer Attacken im vergangenen Jahr mit einer drastischen Zunahme sektiererischer "killings". (Als "sektiererisch" werden solche "killings" charakterisiert, die allein die Zugehörigkeit des Opfers zur anderen "community" zur Basis haben.)

Die sektiererische Ausrichtung verfolgt den Zweck, innerhalb der katholischen/nationalistischen Bevölkerungsgruppe Angst und Panik zu verbreiten (da jeder Katholik - es sei denn, er bekennt sich offen zum Unionismus - als "legitimes Ziel" betrachtet wird), und soll sie zur Abkehr von nationalistischen/republikanischen Aspiration und zur Anerkennung des Status quo nötigen.

Die IRA hat diese Konfliktebene bislang eher abgelehnt, da sie von der Auseinandersetzung mit dem "Hauptfeind" - dem britischen Imperialismus - ablenke und die Rezeption des Konflikts durch die internationale Öffentlichkeit als einen Religionskrieg zwischen Katholiken und Protestanten befördere, in welchem der britischen Regierung und ihrem Gewaltapparat lediglich die Rolle des bedauernswerten "Pig in the middle" zufällt. Tatsächlich hat in Zeiten sektiererischer Offensiven der loyalistischen Paras der "reine" Republikanismus - betont säkular und bar jeglichen sektiererischen Empfindens - kaum eine Chance. Verzerrungen und Abweichungen sind kaum zu vermeiden.

Auch die aktuelle Eskalation wird von einem Großteil der Medien als sektiererisches "tit for tat" dargestellt. Montags töten die Protestanten einen Katholiken, woraufhin dienstags die Katholiken Vergeltung üben etc. Eine nähere Betrachtung der Konfliktstatistik relativiert dieses simple Bild jedoch zumindest: Im Zeitraum 1. Januar bis 30. November 1991 wurden in Nordirland 55 Menschen getötet, die nicht Mitglieder der "Sicherheitskräfte" waren oder von diesen erschossen wurden. 38 waren Katholiken, 17 Protestanten. Von den

38 Katholiken waren wiederum mindestens 30 eindeutig als Zivilisten zu charakterisieren. Vier Opfern wurden gewisse Verbindungen zur IRA nachgesagt, vier weitere waren profilierte Aktivisten Sinn Féins. Keines der 38 Opfer war IRA-Mitglied. Alle Attentate wurden von der UDA/UFF, UVF/PAF oder einer bis dahin nicht bekannten "Retaliation Group" (Retaliation = Vergeltung) ausgeführt. Bezüglich letzterer ist von Interesse, daß diese nicht republikanische Attentate gegen protestantische Zivilisten vergalt, sondern erschossene Polizisten und Soldaten rächte. Wahrscheinlich handelt es sich bei dieser Formation nur um eine weitere Agentur der offiziellen "Sicherheitskräfte" für den schmutzigeren Part ihrer Kriegsführung.

Von den 17 protestantischen Opfern wurde eines von den loyalistischen Paras selbst erschossen, die es für einen Katholiken hielten. (Im November erschoß die UVF drei Arbeiter beim Verlassen einer Fabrik in Lisburn. Einer der Arbeiter war Protestant. Die UVF entschuldigte sich später für den Tod des protestantischen Opfers ...) 14 der Protestanten wurden Opfer der IRA, die 13 von ihnen der Mitgliedschaft bei den loyalistischen Paras und Mittäterschaft bei sektiererischen Morden beschuldigte.

Inwieweit die Behauptungen der IRA zutreffen, läßt sich für unsereins kaum definitiv ausmachen. Bei einigen der Opfer - wie etwa dem ehemaligen UDA-Führer oder dem loyalistischen Gefangenen auf Freigang - scheint die Sache klar zu sein; bei anderen bleibt ein Fragezeichen. Des weiteren tötete die IRA ein Mitglied des sektiererischen Orangeisten-Ordens, was sich etwa auf dem gleichen Niveau wie die Attentate gegen Sinn Féin-Aktivisten bewegt. Zwei Protestanten wurden von der IPLO getötet, einer obskuren, pseudo-republikanischen Splittergruppe mit stark sektiererischer Schlagseite. Eines der Opfer war Reservist der britischen Marine, das andere Zivilist. Im letzteren Fall handelte es sich eindeutig um eine sektiererische Tat.

Bemerkenswert ist des weiteren, daß die IRA erst zurückschlug, als die loyalistischen Paras bereits 14 Katholiken auf dem Gewissen hatten.

Das - um die IRA nicht völlig freizusprechen - ungleich sektiererischere Vorgehen der protestantischen Paras wird auch aus der Form ihrer Operationen ersichtlich. Um nur einige Beispiele zu nennen: Im März stürzen UVF-Mitglieder in eine ("katholische") Bar in Cappagh und erschießen vier der anwesenden Gäste; im gleichen Monat erschießt die UVF zwei Mädchen, die in einem jener mobilen Lebensmittel-Shops arbeiten, wie sie für die infrastrukturell schwachen katholischen "working class"-Viertel typisch sind - ein zur Hilfe eilender Anwohner wird ebenfalls getötet; im November werfen UDA/UFF-Mitglieder im Belfaster Fußballstadion "Windsor Park" eine Handgranate in die Menge der Cliftonville F.C.-Fans (ein Fußballklub aus dem katholischen/nationalistischen Teil Nord-Belfasts). Vergleichbare Aktionen der IRA gibt es für das Jahr 1991 nicht zu berichten. Lediglich die IPLO agierte auf diesem Niveau, wenngleich bei weitem nicht so häufig wie die loyalistischen Paras, was allerdings wohl weniger auf politisches Bewußtsein als auf einen Mangel an militärischen Kapazitäten zurückzuführen war. (Im - von der obigen Statistik noch nicht erfaßten - Monat Dezember ermordete die IPLO drei Protestanten durch Attacken, die eindeutig sektiererischen Charakters waren. So feuerte die IPLO wahllos in eine protestantische/loyalistische Bar, wobei zwei Gäste ums Leben kamen. Am Gesamtbild für das Jahr 1991 änderten die IPLO-Attacken indes kaum etwas, da auch die loyalistischen Paras im Dezember aktiv blieben.)

Militarisierung der republikanischen und loyalistischen Strategien

Verglichen mit den 70ern und der aktuellen Situation waren die Jahre 1978 bis 1987 seitens der IRA eher von "Zurückhaltung" geprägt. Die IRA war zwar stets und überall präsent, aber trotzdem entsprach ihr Vorgehen eher einer "low level campaign". Dieser lag die Einschätzung von einem längeren, bis ins nächste Jahrtausend hineinreichenden Abnutzungskrieg ("war of attrition") zugrunde, der einen sparsameren Umgang mit den eigenen Kräften und den Aufbau einer politischen Front erforderte. Der Aufbau und die Konsolidierung Sinn Féins als republikanische Wahlpartei rückte mehr und mehr in den Vordergrund, wenngleich stets beteuert wurde, daß das "scharfe Schwert" und "Standbein" der republikanischen Strategie unverändert die IRA sei. Tatsächlich haben sich alle Theorien - ob von rechts oder von links vorgetragen -, die allein schon in der Wahlbeteiligung Sinn Féins den Anfang vom Ende des "bewaffneten Kampfes" erblickten, als bodenlos erwiesen, da sie die Bedeutung und Hartnäckigkeit der "physical force"-Tradition in der Republikanischen Bewegung unterschätzten.

Die EG-Wahlen von 1984 signalisierten erstmals, daß dem Sinn-Féin-Wachstum objektive Grenzen gesetzt sind und an ein Überholen der SDLP, der moderat-nationalistischen und sozialdemokratischen Konkurrenzpartei, zumindest kurz- und mittelfristig nicht zu denken ist. Seit Sinn Féins erstem Wahlgang (1982) wählt ca. ein gutes Drittel der katholischen/nationalistischen community - mal etwas mehr, mal etwas weniger - den politischen Arm der IRA. Sinn Féin ist viel zu sehr eine "working class"-Partei, und die klassenmäßige Aufsplitterung der katholischen/nationalistischen "community" ist zu weit fortgeschritten. Sinn Féin ist heute - trotz aller nationalistischer Rhetorik - eine Klassenpartei. Andererseits hat sich das Sinn-Féin-Potential als erstaunlich stabil erwiesen. Erst kürzlich konnte die Partei bei Nachwahlen zu den Lokalparlamenten in Magherafelt und Belfast überraschende Erfolge feiern, bei denen ihr zweifelsohne die sektiererische Mordkampagne der Loyalisten entgegenkam. Seither stellt Sinn Féin im Belfaster Stadtrat die stärkste Fraktion der Katholiken/Nationalisten und die zweitstärkste Fraktion überhaupt. Unpopuläre Operationen und "Eigentore" der IRA führten zwar zu einer Vertiefung des Grabens zwischen dem moderat-nationalistischen und dem radikal-republikanischen Lager, irritierten die Wählerschaft Sinn Féins indes nur bedingt.

Vorerst gescheitert ist die Strategie, mittels einer Dynamisierung der politischen Verhältnisse in der Republik Irland die Stagnation im britisch besetzten Norden aufzubrechen. Sinn Féin ist es nicht gelungen, den Süden unter radikal-republikanischem Vorzeichen zu mobilisieren und als unterstützendes Gewicht in die Auseinandersetzung einzubringen. Die Entkoppelung der Bewußtseinslagen beiderseits der Grenze ist weiter fortgeschritten. Um dieses Ziel zu erreichen, hatte man sich vom südirischen Teil des republikanischen "abstentionism"-Prinzips verabschiedet (d.h. Nichteinnahme gewonnener Sitze in den Parlamenten von London und Dublin). Parallel dazu versprach die IRA die Anpassung ihrer Kampagne an die Erfordernisse antiimperialistischer Massenpolitik. Die "selective strategy" galt als Versuch, die militärische Kampagne zu popularisieren und ein Auftreten von Widersprüchen zwischen dieser und dem Bemühen Sinn Féins, eine breite gesamtirische Front zu formieren, tunlichst zu vermeiden. Doch schon bald zeigte sich, daß die IRA auf weniger populäre Operationen nicht gänzlich verzichten konnte. Ohne daß ihr Inkrafttreten jemals erkennbar wurde, wurde die "selective strategy" mittlerweile stillschweigend suspendiert. Mit dem Ausbleiben von politischen Erfolgen im Süden, wo Sinn Féin nur eine marginale Rolle spielt - im übrigen entgegen den Befürchtungen, wie sie das dortige Establishment noch Mitte der 80er hegte - und dem Wachstumsstopp im Norden bzw. der Konsolidierung des dortigen Wählerpotentials sah sich die IRA nicht länger zur Zurückhaltung genötigt.

Der Zustand des republikanischen Wählerpotentials und der republikanischen Massenpolitik ist jedoch nur ein Bestimmungsfaktor für die neuerliche Militarisierung republikanischer Strategie. Des weiteren sind zu nennen: zunehmende Frustration auf dem britischen "mainland", die sich mit jeder Terrormeldung aus der Provinz zu verstärken scheint; das Scheitern der Brooke-Initiative, das ein Vakuum hinterließ, was die Paramilitärs - die republikanischen wie die loyalistischen - umgehend auszufüllen wußten; Ratlosigkeit und Lethargie bei einem wachsenden Teil der protestantischen/unionistischen "community". Last but not least: die Frustration innerhalb der "Sicherheitskräfte" selbst.

Hinzu kommt noch, daß der konstitutionelle Nationalismus à la SDLP weitgehend verbraucht zu sein scheint, was allerdings nicht bedeuten muß, daß Sinn Féin hiervon beim nächsten Wahlgang profitiert. Denn nichtsdestotrotz werden viele Katholiken die SDLP-Strategie als die einzig akzeptable - weil gewaltfrei und auf Konsens orientierend - betrachten, unabhängig von deren Erfolgschancen. Die traditionellen Verbündeten der SDLP befinden sich auf dem Rückzug, was für die SDLP nicht ohne finanzielle Folgen bleiben kann. Das Dubliner Establishment hat die britische Präsenz im Norden längst als auch im eigenen Interesse liegend anerkannt. Einem pfleglichen Auskommen mit London wird dementsprechend ungleich mehr Bedeutung beigemessen als dem Wohlergehen der SDLP. Die Befürchtung, die politische Stärke der Republikanischen Bewegung könnte irgendwann auch auf den Süden durchschlagen, hat sich vorerst als unbegründet erwiesen. Von daher reduziert sich die "gesamtirische" Dimension der Dubliner Nordirlandpolitik zusehends auf eine enge Kooperation mit London bei der Sicherung der Grenze gegenüber der IRA. (Als die britische Armee im Januar ihre Festungen entlang der Fernmanagh/Monaghan-Grenze ausbaute, schickte die irische Regierung 700 Soldaten an den Grenzabschnitt, um von südirischem Boden ausgehende IRA-Attacken zu verhindern.)

In diesem Milieu setzt die Republikanische Bewegung wieder stärker auf die militärische Karte. Und die Entwicklung der politischen Debatte scheint ihr recht zu geben: Obgleich die Republikanische Bewegung an

der Wahlurne stagniert, wird über ihre Einbeziehung in zukünftige Gesprächsinitiativen so viel diskutiert wie seit den ersten Sinn-Féin-Erfolgen nicht mehr.

Gleichzeitig wird in Militär- und Polizeikreisen immer lauter über die Wiedereinführung der Internierung nachgedacht, was der IRA nur recht sein kann. (Die Militarisierung des Konfliktes und Eskalation der Gewalt wird von allen Seiten betrieben, und es war nicht die IRA, die damit begann.) Die Internierung würde die gegenwärtige "Sicherheitskrise" nur weiter verschärfen, ihr neuerliches Scheitern - d.h. Eskalation anstatt Eindämmung der Gewalt, ergänzt durch einen Mangel an realitätstüchtigen Vorstellungen von einer politischen Lösung - die Frustration auf dem "mainland" und innerhalb der "Sicherheitskräfte" weiter verstärken.

Es ist keineswegs auszuschließen, daß die IRA nicht mehr auf einen langen "war of attrition" orientiert, sondern vielmehr den Zeitpunkt gekommen sieht, zum entscheidenden Schlag auszuholen. Die Tür scheint einen Spalt weit geöffnet zu sein, und die IRA offensichtlich gewillt, sie aus den Angeln zu heben. Hierzu passen auch Sinn Féins rührige Bemühungen um eine Intervention internationaler Institutionen (UNO und EG). Letzteres verweist auf einen weiteren Aspekt, nämlich den internationalen Kontext, in dem sich die nordirische Gewalteskalation derzeit vollzieht. Angesichts der Delegitimierung, die Nachkriegsgrenzen bzw. diverse Staatengebilde seit dem Ende des "Kalten Krieges" erfahren, erscheint auch das Nordirlandproblem in einem neuen Licht, obwohl es mit dem West-Ost-Gegensatz kaum etwas zu tun hatte. Europa ist in Bewegung, und die IRA betrachtet dies möglicherweise als eine gute Gelegenheit, ihr Anliegen mit Nachdruck auf die internationale Tagesordnung zu setzen, bevor die "Neue Ordnung" sich endgültig konstituiert hat.

Die Intensivierung der Kampagne der protestantischen/loyalistischen Paramilitärs hatte sich ebenfalls bereits vor dem Jahr 1991 abgezeichnet. Zu einem ersten Anschwellen sektiererischer Morde an katholischen Zivilisten kam es nach der Unterzeichnung des angloirischen Abkommens. Zudem gerieten die unionistischen/loyalistischen Politiker zusehends unter den Druck der Paramilitärs, obwohl einige von ihnen es bestens verstanden, sie für ihre eigenen Zwecke einzuspannen. In den Jahren 1978 bis 1989 erfolgte schließlich ein personeller Austausch an den Spitzen von UVF und UDA (letztere erfreut sich unverändert eines legalen Status, obwohl sie für den Tod von mehreren hundert katholischen Zivilisten verantwortlich ist!). Die alte, teilweise in Korruption verstrickte und militärisch behäbige Führung wich einer jüngeren Generation, die sich professioneller, entschlossener und extremistischer präsentierte. Hatte in den Jahren zuvor noch die Überlegung an Boden gewonnen, daß die erfolgreiche Zerschlagung der IRA eine partielle Überwindung der sektiererischen Polarisierung voraussetze (zugunsten einer sogenannten "Ulster-Identität", die allerdings faktisch eine "protestantische" ist), so ist nun wieder mehr unverbrämtes Sektierertum angesagt. Dank eines Deals mit dem südafrikanischen Apartheidstaat konnten die loyalistischen Paras ihr Waffenarsenal erheblich aufstocken und modernisieren. Des weiteren manifestiert sich in der Intensivierung der loyalistischen Kampagne eine Frustration über das "Versagen" und die "Halbherzigkeit" der offiziellen "Sicherheitspolitik".

Vor allem aber hat in den letzten Jahren die immer schon existierende Kollaboration zwischen der Armee und der Polizei und den loyalistischen Paras drastisch zugenommen. Erst kürzlich enthüllte die Affäre um den ehemaligen Chef des UDA-Geheimdienstes, der zugleich ein Agent der Armee war, daß die "Sicherheitskräfte" in mehreren Fällen über die bevorstehende Ermordung katholischer Zivilisten informiert waren, ohne deshalb einzugreifen. Zum Teil dürfte die Kollaboration den Segen höherer Stellen besitzen, zum Teil ist sie aber auch das Produkt autonomen Gebahrens innerhalb der "Sicherheitskräfte" (Stichwort "Frustration"; zudem ist bezüglich der Polizei und des UDR zu beachten, daß die Mehrheit ihrer Mitglieder das anglo-irische Abkommen nicht weniger vehement ablehnten als die unionistischen/loyalistischen Politiker und die Paras).

Offensichtlich hat sich zwischen den offiziellen "Sicherheitskräften" und den Paras die folgende Arbeitsteilung etabliert: Die "Sicherheitskräfte" betreiben im Rahmen ihrer "shoot to kill"-Politik (s.u.) die Exekution von Katholiken, die definitiv IRA-Mitglieder sind; die Loyalisten verlegen sich auf das Killen von IRA-Verdächtigen und -Sympathisanten, Sinn-Féin-Politikern und profilierten Ärgernissen wie etwa dem Rechtsanwalt Finuance und völlig unbeteiligten katholischen Zivilisten. Sie übernehmen damit in der militärischen Kampagne des britischen Staats solche Aufgaben, mit denen dieser - aus Reputationsgründen - nicht allzu eng assoziiert werden will.

1992: Die Eskalation hält an

Seit Beginn des Jahres 1992 ist die Gewalt in Nordirland weiter eskaliert. Bis zum 17. Februar registrierte die Konfliktstatistik bereits 32 Tote.

Zunächst setzten die loyalistischen Paramilitärs ihre Kampagne fort, bevor die IRA am 17. Januar acht Arbeiter bei Teebane Cross (Grafschaft Tyrone), die auf einer Armee-Basis arbeiteten, in die Luft sprengte. Alle Opfer waren Protestanten, was für sich genommen noch nicht ausreicht, ein sektiererisches Motiv zu unterstellen. In der Regel sind es "protestantische" Firmen, die für die "Sicherheitskräfte" arbeiten, und ihre Leitungen (wie ihre Kunden) sind sehr darauf bedacht, nur "loyale" und "zuverlässige" Arbeitskräfte zu führen. Da Katholiken als potentielle IRA-Zuträger gelten, besteht ihre Belegschaft folglich überwiegend aus Protestanten. Mit anderen Worten: Wenn die IRA "Kollaborateure" zu legitimen Zielen erklärt, dann trifft dies ebenso zwangsläufig primär Protestanten wie ihre Kampagne gegen die nordirischen "Sicherheitskräfte". Entsprechend las sich die IRA-Erklärung zur Teebane-Cross-Aktion wie "business as usual".

Tatsächlich ist die IRA-Kampagne gegen sogenannte "Kollaborateure" - "einfache Arbeiter" wie Firmenbesitzer - alles andere als neu, sondern bereits seit Jahren ein wichtiges Element ihrer Kriegsführung. Und trotzdem war Teebane Cross ein Novum, denn in dieser Massivität hatte die IRA gegen "Kollaborateure" noch nie zugeschlagen. Eine sektiererische Rezeption konnte da nicht ausbleiben und war vermutlich auch intendiert. Denn über den Aspekt der Einschüchterung von "Kollaborateuren" hinaus bewirkte Teebane Cross zusätzlich nicht nur eine weitere Verschärfung der "Sicherheitskrise". Massiver konnte man kaum demonstrieren, daß die "Sicherheitskräfte" für die Sicherheit ihrer Zuarbeiter nicht garantieren können. Aber ebenso drängte sich ein Vergleich mit dem Massaker von Whitecross 1976 auf. Damals ermordete eine ominöse "South Armagh Republican Action Force" zehn protestantische Insassen eines Kleinbusses, die sich auf dem Weg zur Arbeit befanden. Die Opfer fielen nicht in die Kategorie "Kollaborateure". Ein elfter Insasse blieb verschont, weil er Katholik war, womit das Massaker erkennbar sektiererischen Charakters war und wohl auch sein sollte. Wer sich hinter der bis dahin völlig unbekannten "South Armagh Republican Action Force" verbarg, ließ sich nie ausmachen. Die IRA lehnte seinerzeit jede Verantwortung für das Massaker ab, distanzierte sich jedoch nicht. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß zu jener Zeit im "Provoland" von South Armagh eine gut ausgerüstete republikanische Guerillaorganisation existierte, die völlig unabhängig von der Provisional IRA operierte. Vermutlich handelte es sich bei den Tätern sehr wohl um IRA-Mitglieder, die jedoch ohne die Zustimmung ihrer Führung operierten und deshalb ein anderes Etikett benutzten. Dem Massaker war eine sektiererische Mordkampagne der loyalistischen Paramilitärs vorausgegangen (erst am Vortag waren nördlich von Whitecross fünf Katholiken ermordet worden), und Whitecross sollte der anderen Seite wohl verdeutlichen, daß auch die protestantische Bevölkerungsgruppe - insbesondere in Gegenden wie South Armagh - verwundbar ist, weshalb es im gegenseitigen Interesse sei, die sektiererische Kriegsführung einzustellen. Gut möglich, daß die IRA nun mit Teebane Cross gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen wollte. Aber während 1976 das Kalkül weitgehend aufging, war dieses Mal - aufgrund des anderen Charakters der heutigen Führungen von UDA und UVF - nicht damit zu rechnen.

Am 4. Februar betrat ein Mitglied einer "Anti-Terror-Einheit" der RUC das Belfaster Sinn-Féin-Hauptquartier und erschoß im Warteraum der Beratungsstelle den Türwächter und zwei weitere Katholiken. Anschließend fuhr der Ordnungshüter an den Lough Neagh, wo er die Mordwaffe auf sich selbst richtete. Es war nicht der erste Fall von Selbstmord innerhalb der RUC: Allein zwischen 1976 und 1986 sollen sich 35 RUC-Beamte das Leben genommen haben, wobei es sich bei dieser Zahl auch nur um die publik gewordenen Fälle handelt. 1986 richtete die RUC deshalb eine hausinterne "Occupational Health Unit" ein, die seither von ca. 2.000 Beamten - d.h. einem guten Siebtel der Streitmacht - kontaktiert wurde.

Einige Tage später ermordete die UDA in einem Süd-Belfaster Wettbüro fünf Katholiken. Die IRA und Sinn-Féin-Präsident Gerry Adams riefen dazu auf, von Vergeltungsaktionen Abstand zu nehmen. Adams: "Ich möchte jede Organisation, die das Geschehene zum Anlaß nimmt, Vergeltung zu üben, ausdrücklich warnen, daß derartige Aktionen in einem Kampf, der sich als republikanisch bezeichnet, keinen Platz haben. Ich fordere alle, die auf entsprechende Leute Einfluß haben, dazu auf, diesen unmißverständlich klar zu machen, daß Nationalisten und Republikaner sektiererische Attacken ablehnen." Völlig anders vernahm sich hingegen der Pressesprecher der Paisley-Partei DUP, Sammy Wilson, nach dem Teebane-Cross-Attentat. Die Bitte eines Belfaster SDLP-Abgeordneten, die loyalistischen Paramilitärs öffentlich zum Vergeltungsverzicht aufzufordern, beschied der "demokratische" Politiker abschlägig. Stattdessen bezichtigte er 75% der katholischen

"community" der Mitverantwortung für Teebane Cross, was die SDLP als Aufforderung zur Ermordung unbeteiligter Zivilisten interpretierte.

Adams Statement war nicht zuletzt an die IPLO und deren Umfeld adressiert, die es dann auch nicht lassen konnte, einen 17jährigen Protestanten zu ermorden. (Bereits seit Jahren reduziert sich die "Politik" der IPLO bzw. der alten INLA, aus der diese Organisation hervorging, darauf, demonstrativ das Gegenteil von dem zu praktizieren, was die IRA gerade als Strategie propagiert. Andere Leitlinien lassen sich beim besten Willen nicht ausmachen. Offensichtlich erhofft sich die IPLO von dieser Politik, die zuweilen geradezu groteske Züge annimmt, "oppositionelle Elemente" innerhalb der Republikanischen Bewegung auf ihre Seite zu ziehen. Im konkreten Fall würde es sich um solche Elemente handeln, die den antisektiererischen Charakter des republikanischen Katechismus nicht verstanden haben.)

Einige Tage nach dem UDA-Massaker schlugen auch noch die "Sicherheitskräfte" zu, als das SAS (eine Sondereinheit der Britischen Armee) im Dorf Coalisland (Mid-Ulster) in einer typischen "shoot to kill"-Operation vier IRA-Mitglieder erschoß. ("Shoot to kill" bedeutet, daß die "Sicherheitskräfte" keine Anstalten machen, observierte Verdächtige festzunehmen, sondern sie auf der Stelle exekutieren. Der Zweck solcher Operationen lautet, tatsächlichen und potentiellen IRA-Aktivisten zu demonstrieren, daß auf Mitgliedschaft in dieser Organisation die Todesstrafe steht.)

Die Antwort auf Teebane Cross trug alle Züge einer koordinierten Aktion; das Muster hierzu wurde bereits in den vergangenen vier Jahren wiederholt praktiziert - erstmals nach einem Anschlag der IRA auf einen Bus mit Soldaten bei Ballygawley/Grafschaft Tyrone (August 1988), bei dem acht der Insassen ums Leben kamen. Einer spektakulären IRA-Aktion folgt das Geschrei loyalistischer Politiker, die die physische Liquidierung des radikalen Republikanismus bzw. den "totalen Krieg" fordern. Anschließend kommt es zu einer größeren "shoot to kill"-Operation der "Sicherheitskräfte" gegen die IRA und zu "Vergeltungsaktionen" der loyalistischen Paras gegen katholische Zivilisten. Die "shoot to kill"-Politik richtet sich einseitig gegen republikanische Paramilitärs. So waren 68 der 70 Opfer derartiger Operationen in den vergangenen 10 Jahren Katholiken. Hingegen bleiben spektakuläre Anschläge der Loyalisten stets ungesühnt.

Zurück in die 70er?

Die britische Regierung hat auf die (von ihr selbst maßgeblich mitbetriebene) Eskalation der Gewalt mit der Entsendung weiterer Truppen geantwortet. Britische Armee und UDR zusammengenommen, patrouillieren z.Zt. über 18.000 Soldaten auf den Straßen Nordirlands, so viele wie seit den frühen 70ern nicht mehr. Allein in Belfast befinden sich 4.000 Soldaten im Einsatz. Dazu kommen noch die über 13.000 Polizisten der RUC. Wohlgemerkt: Wir sprechen hier über ein Land, das weniger Einwohner hat als Hamburg.

Die Diskussion über die Wiedereinführung der Internierung, die neuen Berichte über Folterungen im berüchtigten Verhörzentrum Castlereagh und weitere eklatante Menschenrechtsverletzungen, die Amnesty International, Helsinki Watch wie den Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen auf den Plan riefen, die sektiererischen Morde und die Bomben in den Stadtzentren komplettieren den Eindruck einer Rückkehr zu den "wilden 70ern". Sogar eine Friedensbewegung hat sich formiert, die allerdings unter ähnlichen Glaubwürdigkeitsdefiziten leidet und ebensowenig die Ursachen der Gewalt thematisiert, wie seinerzeit die "Peace People" der späteren Nobelpreisträgerinnen Betty Williams und Mairead Corrigan.

Indes: Die Geschichte wiederholt sich nicht. Und wenn sie es doch tut, dann nur als Farce. Exakt dies läßt hoffen.

11. Auslieferungsurteil gegen irischen Republikaner

Autor: der · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:02

Trotz Krieg in Nordirland:

Auslieferungsurteil gegen irischen Republikaner

Von Rote Hilfe Westberlin

Der Ire Gerard Hanratty darf nach einem Beschluß des Oberlandesgericht München vom November 1991 an Großbritannien ausgeliefert werden. Hanratty steht zur Zeit mit seinem Landsmann McGeough vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, wo er wegen verschiedener Delikte im Zusammenhang mit IRA-Anschlägen in der BRD angeklagt ist. Großbritannien begehrt seine Auslieferung wegen einen Vorfalls 1984 in Belfast. Damals war Hanratty mit drei weiteren Personen in einem PKW festgenommen worden, in dem sich mehrere Waffen befanden. Der britische Auslieferungshaftbefehl lautet auf "Waffenbesitz in der Absicht, terroristische Anschläge zu verüben oder zu ermöglichen".

Die Bedeutung des Urteils für das Auslieferungsrecht

a) Politisches Delikt oder kriminelle Handlung?

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung während des Verfahrens stand die Frage, ob es sich bei der vorgeworfenen Tat um ein politisches Delikt handelt. Dann würde eine Auslieferung ausscheiden.

Zunächst betont das Gericht, das es im freien Ermessen der BRD liege, zu entscheiden, ob ein politisches Vergehen angenommen wird. Dann erfolgt eine zweifache Prüfung. Aus der Art des Vorwurfs (Waffenbesitz) ergäben sich keine objektiven Kriterien für ein politisches Delikt, da die Tat sich nicht unmittelbar gegen den Bestand des britischen Staates richte. Das sogenannte Effektivitätskriterium wurde auf internationaler Ebene in den 70er Jahren entwickelt, um den Auslieferungsschutz des politischen Delikts weitgehend auszuhöhlen (vgl. RH-Info 5-91; 10-91). Demnach sollen nur noch Taten, die sofort zum gewaltsamen Sturz der bestehenden Ordnung führen, als politisch gelten.

Es handelt sich aus Sicht des OLG auch nicht um ein politisches Delikt in der zweiten möglichen Variante der "politisch motivierten Tat". Zwar unterstellt das Gericht Hanratty, daß er IRA-Mitglied und die Tat zugunsten der IRA geschehen sei. Entscheidend soll aber sein, ob der Zweck der IRA eher politischen oder kriminellen Charakter habe. Da die Aufgabe der IRA sei, Morde, Sprengstoffexplosionen etc. zu begehen, überwiege bei ihr eindeutig der kriminelle Charakter. Mit dieser Auffassung erklärt das Gericht jede revolutionäre Gewaltanwendung für kriminell!

Weiterhin beschäftigt sich das OLG mit der Frage, ob der Vorwurf in Großbritannien als politisches Vergehen bewertet wird. Auch dann wäre keine Auslieferung möglich. In Nordirland bestehen Sondergerichte (Diplock-Courts) und Antiterrorgesetze mit speziellen Straftatbeständen (schedule offences). Das Gericht verneint dennoch den politischen Charakter der Anklage "Waffenbesitz mit terroristischer Absicht". Die zynische Begründung dafür ist, daß ein Sondergericht nur dann ein politisches Sondergericht sei, wenn der betreffende Staat es in seinen Gesetzen auch so nenne!

Über den Einwand, daß das deutsche Strafrecht einen vergleichbaren Tatbestand nicht kennt, setzt sich das Gericht einfach hinweg.

b) Politische Verfolgung oder normale Strafjustiz?

Nachdem das OLG die Annahme eines "politischen Delikts" verneint, muß es noch die Frage prüfen, ob Hanratty in Großbritannien "politische Verfolgung" droht. Dann wäre nach Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe (IRG) eine Auslieferung unzulässig.

Eine solche politische Verfolgung wäre bei einer Strafverfolgung zu rechtsstaatswidrigen Zwecken gegeben. Tatsächlich ist nun die Justiz in Nordirland völlig in das militärische Aufstandsbekämpfungskonzept eingebunden und dient offensichtlich anderen Zwecken als einer rechtsstaatlichen Strafverfolgung. Im Fall Hanratty wird das daran deutlich, daß das Auslieferungsersuchen erst 1989 an die BRD gestellt wurde. Als er

1986 in der Republik Irland festgenommen wurde, zeigte die britische Sonderjustiz kein Interesse an einer Auslieferung. Selbst das OLG kommt nicht an den Fakten vorbei und spricht in diesem Zusammenhang von einer "erkennbaren Orientierung der britischen Behörden an Opportunitätsvorstellungen". Daraus folgert das Gericht, daß es angeblich rechtsstaatlich legitim sei, länger zurückliegende Strafverfahren erneut zu betreiben, wenn der/die Betreffende sich zwischenzeitlich erneut "terroristisch" betätigt. Unausgesprochen bedeutet dies, daß in Ruhe gelassen werden darf, wer ins Exil geht und dort seine revolutionäre Tätigkeit einstellt. Solche Gedanken entsprechen den militärischen Aufstandsbekämpfungskonzepten und mögen in sich ganz schlüssig sein. Nur sind sie mit dem Anspruch des bürgerlichen Rechtsstaates absolut unvereinbar.

c) Vorverurteilung

mittels "Tatverdachtsprüfung"

Das Gericht geht aber noch einen Schritt weiter. Im Rahmen einer sogenannten "Tatverdachtsprüfung" stellt es fest, daß die Indizien gegen Hanratty für eine Verurteilung wegen Waffenbesitzes mit terroristischer Absicht wohl ausreichen werden. Außerdem würde dieser Tatverdacht (bezüglich eines Vorfalles 1984, Anm. RH) durch die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft über Hanrattys IRA-Aktivitäten in der BRD 1987/88 verstärkt. Die Ermittlungsergebnisse sollen den massiven Verdacht der Mitgliedschaft Hanrattys in der IRA begründen.

Die offene Vorverurteilung ist selbst für deutsche Staatsschutzgerichte ein Hammer. Hier wird nicht nur der Urteilstenor für ein zukünftiges Verfahren in Nordirland vorgegeben! Auch der bisherige Verlauf des Strafverfahrens vor dem OLG Düsseldorf wird auf den Kopf gestellt. Bisher sind alle "Beweiskonstruktionen" der Bundesanwaltschaft zusammengebrochen. Der Haftbefehl wegen des Anschlages in Duisburg wurde im Sommer 91 aufgehoben; die Mitgliedschaft in der IRA ist überhaupt nicht angeklagt! Ein Gericht, das unbewiesene bzw. bereits widerlegte Vorwürfe zu rechtserheblichen "massiven Verdachtsmomenten" erklärt, entlarvt sich selbst als politisches Sondergericht.

d) Der Feind steht links

Es kann denn auch nicht weiter überraschen, daß das OLG München den bewaffneten Kampf der IRA gegen den britischen Kolonialismus zum "Terrorismus" erklärt. Da die herrschende Rechtsordnung den Einsatz "terroristischer Mittel" zur Erreichung politischer Ziele grundsätzlich ablehne, sind nach Ansicht dieses Staatsschutzgerichtes, alle vorbeugenden wie repressiven Unterdrückungsmaßnahmen des Staates gegen Terroristen keine politische Verfolgung.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß das Auslieferungsurteil des OLG München voll auf der Linie der Anti-Terror-Sondergesetze liegt. Demnach kann es kein politisches Delikt geben, das sich gegen demokratische Rechtsstaaten richtet. Soweit selbst die bürgerliche Rechtstradition etwas anderes kennt, wird mit allerlei formaljuristischen Tricks gearbeitet, um im Einzelfall eine Auslieferung für zulässig zu erklären. Insoweit ist das Urteil zunächst lediglich eine erneute Bestätigung des in den letzten 20 Jahren erreichten Standes der Abschaffung des politischen Delikts.

Menschenrechtsverletzungen kein Auslieferungshindernis?

Der zweite Teil des Beschlusses beschäftigt sich mit den Menschenrechtsverletzungen in Nordirland. Um das ungeheuerliche Ergebnis vorwegzunehmen: Diese werden überhaupt nicht bestritten. Sie bilden aber kein Auslieferungshindernis. In der Begründung des OLG wird eine Tendenz sichtbar, die für die Zukunft im europäischen Rechtsraum das Schlimmste befürchten läßt. Da wird Folter zum "menschlichen Versagen" einzelner gestreßter Bullen erklärt, ja gar als zwar bedauerliches, aber natürliches Ergebnis effektiver Terrorismusbekämpfung gerechtfertigt.

a) Eine politische Sonderjustiz mit dem Charakter einer Militärgerichtsbarkeit ist mit den Menschenrechten vereinbar

Artikel 6 der Menschenrechtskonvention enthält den Grundsatz des "fairen Prozesses". Nach den abenteuerlichsten Haarspaltereien kommt das Gericht zu der Ansicht, daß z.B. die rechtsstaatliche Unschuldsvermutung (d.h. das Schweigen eines/r Angeklagten darf nicht zu seinen Ungunsten gewertet werden) eine simple "Beweisregel" sei, die nicht unter Artikel 6 MRK falle. Deswegen verstoße eine mögliche gegenteilige Praxis britischer Sondergerichte nicht gegen den Grundsatz des "fairen Prozesses". Ebenso wird

die Einrichtung von Sondergerichten für mit den Menschenrechten vereinbar erklärt. Bei der Begründung übernimmt das Gericht eine offensichtliche Lüge der britischen Behörden. Die haben im Auslieferungsverfahren vorgetragen, die DiplockCourts seien wegen der "krassen Spaltung der nordirischen Gesellschaft geschaffen worden". Angeblich sei es deswegen nicht möglich, unparteiische Geschworene zu finden. Nur Einzelrichter könnten ein rechtsstaatliches Verfahren gewährleisten. Die geschichtliche Wahrheit ist anders!

Die Diplock-Courts wurden 1973 als Militärgerichte geschaffen. Sie lösten die Internierungstribunale ab, welche von 1971 bis 1974 über 2500 verdächtige Personen ohne Gerichtsurteil auf unbestimmte Zeit einsperrten. Die Praxis der Internierung löste so starke Proteste aus, daß sie zugunsten einer eher rechtsstaatlichen Pseudogerichtsbarkeit abgeschafft wurde. Da diese Tatsachen dem OLG selbstredend bekannt sind, bedeutet sein Beschluß in der Konsequenz, daß die Internierung von RegimegegnerInnen für rechtsstaatlich unbedenklich erklärt wird.

b) Folter als "menschliches Versagen" und "naturgemäßes" Ergebnis effektiver Terrorismusbekämpfung

Während bei den bisher genannten Menschenrechtsverletzungen das Gericht die Tatsachen notdürftig leugnet, bekennt es sich bei der sogenannten "7-Tage-Haft" und der Folter offen dazu. Nachdem seitenlang beteuert wird, daß Großbritannien ein Rechtsstaat sei, fällt der bemerkenswerte Satz, daß auch einzelne Menschenrechtsverletzungen daran nichts ändern würden. Im übrigen liege die allgemeine Prüfung der Menschenrechtssituation in Großbritannien gar nicht in der Kompetenz des Gerichts. Würde es nämlich feststellen, daß die Menschenrechte bei der Verfolgung irischer "Terroristen" generell nicht beachtet werden, würde dies faktisch alle Auslieferungen in diesem Bereich unmöglich machen. Wie wahr! Aber da nicht sein kann, was nicht sein darf, prüft das Gericht nur individuelle Menschenrechtsverletzungen.

Der Trick hilft ihm konkret aber nicht weiter. Denn nachweislich - und vom OLG als wahr unterstellt (!) - wurde Hanratty zweimal gefoltert. Das erste Mal nach seiner Festnahme während der siebentägigen Polizeihaft, wie es in Nordirland üblich ist. Das zweite mal im Hochsicherheitstrakt in Long Kesh nach dem Massenausbruch von irischen Republikanern am 25.9.1983, an dem er nicht beteiligt war. Für die erlittenen Schäden erhielt er, wie auch andere Betroffene, später sogar ein Schmerzensgeld vom britischen Staat.

Die erste Folterung Hanrattys war zwar eine Menschenrechtsverletzung. Sie ist aber kein Auslieferungshindernis, weil Hanratty der Folter widerstanden hat und keine ihn selbst belastenden Aussagen machte, meint das Staatsschutzgericht. Die zweite Folterung geschah angeblich in einer Ausnahmesituation. Sie soll ihre Ursache nicht etwa in staatlichen Maßnahmen haben, sondern in den besonderen Belastungen des Gefängnispersonals, das seinen Aufgaben nicht immer gewachsen sei. An anderer Stelle wird gar behauptet, daß das Personal von Polizei und Justiz den Anforderungen naturgemäß nicht immer gewachsen sei.

Hier schließt sich dann der Kreis. Entgegen seiner Argumentation kommt das OLG nicht zu dem Ergebnis, daß Folter in Nordirland regelmäßig angewandt wird. Es prüft diese Frage nicht und "übersieht" die offenkundigen Tatsachen. Da es somit - für das OLG - keine allgemeine Folterpraxis in Nordirland gibt, und die konkreten Folterungen von Hanratty Schnee von gestern sind, kann er ruhig an seine Folterknechte ausgeliefert werden.

Wehret den Anfängen ...

Die Praxis, Gesetzesverletzungen zu leugnen und gleichzeitig für legitim zu erklären, ist ein altes Kennzeichen der politischen Ausnahmejustiz. Sie stand geschichtlich immer am Anfang einer Verschärfung der Repression. Es geht hier nicht nur um die Person Gerard Hanratty. Auch nicht allein um einen oft unverstandenen Befreiungskrieg am Rande Europas. Die Frage lautet: Wird es im "europäischen Rechtsraum" eines vereinten Europas einen, wenn auch schon vielfach löchrigen, Schutz durch rechtsstaatliche Grundsätze vor politischer Verfolgung geben? Oder formiert sich auf Repressionsebene ein Europa, das imperialistische Ausnahmejustiz institutionalisiert und in die Fassade von Rechtsstaatlichkeit einbaut?

Quelle: Rote Hilfe Info, Berlin, Nr. 1/2 Februar 1992.

Abos und Einzelbestellungen über : RH-Berlin, c/o R. Stüker, Rathenower Str. 61, 1000 Berlin 21. Preis 1,50 plus Porto.

12. Alle EG-Staaten sind gleich, aber einige sind gleicher

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:10

"This (the economic, monetary and political union with the European Community) will involve a relationship between Ireland and the other EC countries similar to that in the 19th century between Ireland, England, Scotland and Wales. The same laws and policies applied in Ireland as in Britain under the Union, and while they made Britain great, they ruined Ireland." (Raymond Crotty, The Irish Times, 3.12.91)

("Das (die ökonomische, finanzielle, und politische Union mit der Europäischen Gemeinschaft) wird ein Verhältnis zwischen Irland und den anderen EG-Staaten zur Folge haben, ähnlich wie im 19. Jahrhundert zwischen Irland, England, Schottland und Wales. Die gleichen Gesetze und politischen Maßnahmen wurden sowohl in Irland als auch in Großbritannien in der Union (des 19. Jahrhunderts; Red.) angewandt. Während sie Britannien groß machten, ruinierten sie Irland.)

Die gegenwärtige Diskussion oder Nicht-Diskussion unter deutschen Linken hinterläßt den Eindruck, als ob die europäische Wirtschafts- und Währungsunion als eine Bühne wahrgenommen wird,auf der sich die ökonomischen Großmächte Westeuropas Gefechte liefern, oder sich zusammen anschicken, die Weltwirtschaft aus den Angeln zu heben. An dem dadurch u.a. verursachten globalen Nord-Süd-Konflikt werden hier nur noch die Armutsflüchtlinge oder der sich daran anschließende eurozentristische Rassismus problematisiert. Auf Deutschland fixiert wird gänzlich übersehen, daß auch die EG selbst ein Zentrum und eine Peripherie hat, deren ökonomischer Status weit auseinanderklafft. Irland, genauso wie Portugal, Griechenland oder Spanien, ist eines dieser Länder, deren wirtschaftliche Struktur eher einem Land des Trikonts, als dem einer westeuropäischen Metropole ähnelt.

Der endgültige wirtschaftliche Anschluß an die EG und seine neokolonialen Voraussetzungen und Folgen werden in Irland selbst in der bürgerlichen Öffentlichkeit wesentlich kontroverser diskutiert, als hiesige Annahmen vermuten lassen. Wenn es nach der deutschen Linken geht, besteht innerhalb der EG "ein relativ breites Interesse" (ak, 18.11.91) an der Währungs- und Wirtschaftsunion. Daß dem nicht so ist, zumindest nicht in den Peripherien, soll hier veranschaulicht werden. Der Schwerpunkt der Betrachtungen liegt auf dem ökonomischen Verhältnis zwischen den Zentren und der Peripherie der EG, weshalb die nationalen und EG-weiten Klassenverhältnisse nur gestreift werden.

Die irische Unabhängigkeit von Großbritannien und die Teilung des Landes im Jahr 1922, setzten einen vorläufigen Schlußpunkt unter die koloniale Geschichte der heutigen Republik Irland. Die neokoloniale Abhängigkeit, im Sinne einer ökonomischen Durchdringung Irlands durch Großbritannien, blieb jedoch intakt. Dabei wird hier die Frage ausgeklammert, inwieweit die fortgesetzte britische Besetzung des Nordens der Insel eine weitergehende ökonomische Unabhängigkeit der Republik unmöglich machte, weil diese z.B. von den industriellen Ressourcen des Nordens abgeschnitten wurde. Auf Grund der ökonomischen Verflechtung mit Großbritannien war Irland deshalb 1973 gezwungen, zusammen mit Großbritannien der EG beizutreten.

Den Irinnen und Iren wurden damals "markets in Europe, jobs at home" versprochen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Arbeitslosigkeit hat sich seitdem verfünffacht. Sie liegt heute bei 25% und steigt weiter an. Dies, obwohl sich jeder zweite Schulabgänger zur Auswanderung gezwungen sieht und Irland die höchste europäische Emigrationsrate hat. Die irische Staatsverschuldung beläuft sich derzeit auf ca. 70 Mrd. DM; das ist etwas mehr als das nationale Bruttosozialprodukt. Irland wird somit, gemessen am Bruttosozialprodukt, zu einer der weltweit höchsten Zins- und Tilgungsleistungen gezwungen.

Dieser Schuldenberg entstand nach dem EG-Beitritt, um einem Industrialisierungsdefizit, und damit der Konkurrenz der anderen Mitgliedsstaaten, entgegenzutreten. Anstatt den Versuch zu unternehmen, eine staatliche Industrie aufzubauen, hat die irische Regierung multinationale Konzerne ins Land geholt. Diese verlagerten, z.B. im Bereich der Mikroelektronik, einen Teil ihrer Endfertigung nach Irland, um im Gegenzug Subventionen, Steuererleichterungen und frei transferierbare Gewinne zu kassieren. Während der nächsten konjunkturellen Flaute wurden diese Investitionen dann wieder zurückgezogen. Die warenproduzierende Industrie ist deshalb in den letzten zehn Jahren trotz dieser Investitionsanstrengungen um 20.000 auf 220.000 Arbeitsplätze geschrumpft. Das traditionelle Standbein der irischen Ökonomie dagegen, eine auf

Selbstversorgung und Exporte ausgerichtete Landwirtschaft, wurde durch die EG-Agrarpolitik praktisch zugrunde gerichtet. Das einzige, was von ihr übrig blieb, sind, z.B. wie in der Milchwirtschaft, kapitalintensive Monokulturen.

Die nun angestrebte Wirtschaftsunion hat eine weitere drastische Liberalisierung zur Folge. Der gemeinsame Markt wird, so paradox es im ersten Moment erscheint, weder mehr irische Konsum- und Produktionsgüter aufnehmen, noch der irischen Industrie zum Wachstum verhelfen. Im Gegenteil - die Spaltung zwischen den reichen Kernländern und der westeuropäischen Peripherie wird sich vertiefen.

Der EG-Binnenmarkt wurde ins Leben gerufen, um der westeuropäischen Industrie die weltweite Konkurrenz mit den japanischen und US-amerikanischen Konzernen zu ermöglichen. Der Etablierung des Binnenmarkts soll ein industrieller Konzentrationsprozeß folgen, der zu einer Optimierung der Massenproduktion und damit zu einer Erhöhung der einheimischen Profite beiträgt. Diese Monopolbildungen und Extraprofite sollen weitere Investitionen in Grundlagenforschung und Produktentwicklung nach sich ziehen. Solche Industriegiganten werden sich aus den großen, weltmarktbewährten Konzernen der westeuropäischen Kernländer (Frankreich, Italien, BRD, Benelux-Staaten, Großbritannien) entwickeln. Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung wird sich deshalb noch beschleunigen, weil die expandierenden Zentren mehr als bisher Arbeitskräfte und Kapital aus den Peripherien abziehen werden.

Die Regierungen Irlands, Portugals, Spaniens und Griechenlands versuchen dieser Entwicklung mit einem Konzept der wirtschaftlichen und sozialen Angleichung entgegenzutreten. Diese Initiative hat bisher eine Verdopplung der Strukturfonds zur Folge gehabt. In der Maastrichter Konferenz wurde die Einrichtung eines zusätzlichen Angleichungsfonds und eine Verringerung der Beiträge der ärmeren Regionen der EG zu diesen Fonds beschlossen. Mit Hilfe dieser Fonds wird die Fiktion aufrechterhalten, daß allein bessere irische Straßen der einheimischen Chemieindustrie auf dem Weltmarkt Wettbewerbschancen gegenüber Bayer, Hoechst oder BASF einräumen würden.

Das Problem liegt woanders. Normalerweise beläuft sich der Haushalt einer westeuropäischen Industrienation auf mindestens ein Drittel des jeweiligen Bruttosozialprodukts. In der EG beträgt dieser Anteil, der gemeinsam verteilt werden kann, gerade mal etwas mehr als ein Prozent. Diese Summe, zusammengesetzt aus den Anteilen der einzelnen Länder, soll im Laufe der nächsten Jahre nur unwesentlich steigen. Obwohl also ein gemeinsamer Markt existiert, werden die staatlich abgeschöpften Gewinne nicht über die EG an die ärmeren Regionen zurückfließen, sondern allein von den Zentralmächten akkumuliert. Dieser Kapitaltransfer ist neben den Vorteilen einer politischen Union, in der wirtschaftliche Macht in direkte staatlich-politische Herrschaft transformiert wird, einer der Gründe, warum die Bundesregierung bereit ist, die sogenannte harte DM in einer europäischen Währung aufgehen zu lassen.

Unter diesem Blickwinkel war für Irland selbst das direkte Kolonialverhältnis in der britischen Union vorteilhafter, weil dieses eine Haushaltsunion einschloß. Trotz des geringen irischen Steueraufkommens konnte damals, im Gegensatz zu heute, ein durch die Armutsverwaltung bedingter größerer öffentlicher Sektor in Irland aus dem gemeinsamen Haushalt bezahlt werden.

Die ökonomische Schraube gegenüber der westeuropäischen Peripherie wird aber gleichzeitig noch von einer anderen Seite angezogen. Um nicht weiter ökonomisch an Boden zu verlieren, wird die irische Regierung versuchen, sich 1997-99 der Europäischen Währungsunion anzuschliessen. Die zukünftige Steuerung der Währungsunion durch eine regierungsunabhängige Zentralbank und die Bedingungen für einen Beitritt wurden maßgeblich von der deutschen Bundesbank und Bundesregierung diktiert. Die Mitgliedsstaaten müssen eine niedrige Inflationsrate haben, die jeweilige Währung soll sich in einem stabilen Wechselkurs zur DM befinden, die nationale Zinsrate muß der niedrigsten Zinsrate innerhalb der EG angepaßt werden. Die jährliche Staatsverschuldung darf 3% des Bruttosozialprodukts nicht übersteigen und die gesamte Staatsverschuldung muß weniger als 60% des Bruttosozialprodukts betragen. Selbst wenn die derzeitige Austeritätspolitik noch weiter verschärft wird, wird Irland die letzte Bedingung nicht erfüllen können. Die gesamte Staatsverschuldung ist zu hoch und kann bis 1999 nicht weit genug reduziert werden. Schon heute werden in Irland, in dem aus Gründen der Investitionspolitik die Unternehmenssteuern kaum ins Gewicht fallen, 75% der Einkommenssteuern für Schuldentilgungen und Zinszahlungen ausgegeben.

Der westeuropäischen Peripherie wird also durch die Wirtschaftsunion eine extreme Liberalisierung aufgezwungen, ohne gleichzeitig von der sich aus kapitalistischer Logik daran anschließenden Währungsunion profitieren zu können. Irland wird, im Gegensatz zu den europäischen Zentralmächten, weiterhin ein Prozent seines Bruttosozialproduktes für den Eintausch von fremden Währungen im Waren- und Devisenverkehr einbüßen. Zinssätze, Inflationsrate und Konjunktur werden ebenso in Zukunft, wie seit 1979 (nach der Abkoppelung vom britischen Pfund und dem Anschluß an den DM-Block) von der Bundesbank und in Zukunft von der europäischen Zentralbank bestimmt, ohne daß die irische Regierung den geringsten Einfluß darauf haben wird. Dieses Maß an Fremdbestimmung der irischen Wirtschaft und Politik, ob in der Schulden-, Konjunktur- oder Sozialpolitik, läßt sich nur mit der Auflagenpolitik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds gegenüber Ländern des Trikonts vergleichen, mit dem Unterschied, daß Irinnen und Iren nicht zwangsläufig verhungern werden.

Um der Staatsverschuldung und der strukturellen Wirtschaftskrise zu begegnen, und um sich auf die Wirtschafts- und Währungsunion vorzubereiten, beschlossen der irische Staat, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften 1987 ein "Public and Economic Social Agreement" (öffentlicher und privatwirtschaftlicher Sozialvertrag). Dieser sieht u.a. ein Einfrieren der Löhne zwecks Reinvestition der Gewinne vor. Gleichzeitig wurden die öffentlichen Ausgaben im Gesundheits-, Erziehungs- und Wohlfahrtswesen drastisch gekürzt. Die in dem Sozialpakt für 1992 zugesicherten leichten Lohnerhöhungen wurden letztes Jahr von allen Seiten bestätigt. Diese zugesagten Lohnerhöhungen sollen nun im öffentlichen Sektor einbehalten werden, um die Staatsverschuldung weiter zu senken. Die Gewerkschaften geben sich jetzt nach dem mehrjährigen Verzicht auf Lohnerhöhungen kompromißlos, und es scheint so, als ob Irland über kurz oder lang schwere soziale Konflikte bevorstehen.

Diese sozialpolitische Krise spiegelt sich auch im politischen Bereich wieder. Alle Parlamentsabgeordneten, bis auf einen einzigen Grünen, sind für die Wirtschafts- und Währungsunion. Diese Geschlossenheit der politischen Kaste mag verwundern, sie repräsentiert nicht die Stimmung der Bevölkerung. Wie so oft in Ländern, in denen auf legale Art und Weise kein besonders hoher Profit gemacht werden kann, sind Regierung und Parteien außerordentlich korrupt. Seit einem halben Jahr erlebt die irische Öffentlichkeit einen Skandal nach dem anderen. Auf Kosten von Staatsunternehmen erzielen Politikern nahestehende Privatunternehmen immer wieder horrende Gewinne. Gerade diese Privatunternehmen bekommen aber auch vorrangig Zuwendungen aus den Regional-, Struktur- oder Rationalisierungsprogrammen der EG. Diese, über das allgemeine Klasseninteresse hinausgehende Verquickung von Staat, Politik und privaten Geschäften eint die gesamte politische Kaste in Irland.

Dem stehen die Erfahrungen der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber: steigende Armut und Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, Massenemigration, drastische Kürzungen im Sozialbereich, eine ruinierte Landwirtschaft und eine instabile Industrie. Trotz massiver staatlicher und privatwirtschaftlicher Propaganda hat 1972 ein Sechstel der irischen Bevölkerung gegen den EG-Beitritt gestimmt. 1987 bei dem Referendum über die einheitliche europäische Akte hat sich die Ablehnung auf ein Drittel gesteigert. In dem Referendum nach dem Vertrag von Maastricht werden sich nicht weniger Irinnen und Iren gegen die Währungs- und Wirtschaftsunion aussprechen als 1987.

Die relativ differenzierte Kritik in Irland an der Währungs- und Wirtschaftsunion wird mehrheitlich von Menschen aus dem bürgerlichen Spektrum getragen. Diese Opposition steht damit in der Tradition eines geschichtsträchtigen, noch heute gegen Großbritannien gerichteten nationalistischen Antiimperialismus. Sie fordert im Rahmen ihrer Kritik "nur" eine radikale Schuldenstreichung, die Erhöhung des EG-Budgets oder die Wiederherstellung der vollen nationalstaatlichen Souveränität, d.h. den Austritt aus der EG.

Die irische Linke dagegen ist zwar gegen das Abkommen, verhält sich aber ansonsten passiv.

be./Ireland

13. Kurzer Prozeß mit Flüchtlingen. Westeuropäische Blockbildung

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:03

Der folgende Text ist Teil eines längeren Artikels der Roten Hilfe Berlin, abgedruckt in "Rote Hilfe Info 12", Dezember 1991. Das Info ist zu beziehen als Einzelexemplar (DM 1,50 plus Porto) oder im Abo über: RH Berlin, c/o Stüker, Rathenower Str. 61, 1000 Berlin 21

1. Schengen und TREVI

Seit sich 1985 die fünf Staaten der Benelux-Länder, Frankreichs und der BRD in der sog. "Schengener-Vertragsgruppe" zusammengeschlossen haben, werden flüchtlingspolitische Fragen gemeinsam mit den Bereichen "Innere Sicherheit" und Drogenbekämpfung zu allererst auf europarechtlicher Ebene vorbereitet. 1990 wurde der sog. "Schengener Vertrag" unterzeichnet und mußte nun von den Parlamenten der alten und auch kürz lich beigetretenen "Schengener Vertragsstaaten" (Italien, Spanien und Portugal) gebilligt werden.

Als besonders effektiv hat sich auch die sog. "TREVI"-Gruppe (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence International) erwiesen. TREVI bezeichnet eine seit 1976 kontinuierlich tagende Runde der Innenminister aller EG-Staaten, die sich zunächst der Ausarbeitung von Anti-"Terrorismus"- Strategien verschrieben hatte. Seit 1986 treffen sich jeweils einen Tag vor jeder turnusmäßigen TREVI-Sitzung die für Flüchtlings- und Einwanderungsfragen zuständigen Minister zu einem gesonderten Treffen. In dem abgeschotteten TREVI-Zirkel aus Innenministern, Staatssekretären und Vertretern der jeweiligen nationalen Repressionsorganen, lassen sich strategische Repressions- und Abschottungsmaßnahmen trefflich abstecken. Hier werden die Vorgaben bis ins Detail hinein ausgearbeitet. Die nachfolgende nationale Umsetzung dürfen dabei den von TREVI oder Schengen abgesteckten Bereich nicht über- wohl aber unterschreiten.

Auf westeuropäischer Ebene wurden insbesondere folgende Eckpunkte beschlossen und zur Umsetzung an die nationalen Parlamente verweisen:

a) Verhinderung des Betretens westeuropäischen Territoriums

- Abschottung der EG-Außengrenzen, nötigenfalls unter Einsatz des Militärs

- Restriktive Visa-Erteilungspolitik in den Herkunftsländern

- Verhinderung des Erreichens westeuropäischer Flughäfen

b) Asylverfahrensrecht

- Regelungen, daß ein Asylantrag nur in einem EG-Staat gestellt bzw. bearbeitet wird ("Ein-Land-Prinzip").

- Angleichung der asylverfahrensrechtlichen Bestimmungen

c) Aufbau eines westeuropaweiten Datenverbundes

Erfassung, Speicherung, Veränderung und Weitergabe flüchtlings- und ausländerpolizeilich relevanter Daten (Stichwort: "Schengener Informationssystem")

2. Länderübersicht

Auch nach dem EG-Gipfel im niederländeischen Maastricht am 09./10.12.91, wo eine EG-einheitliche Repressionspolitik (Inneres und Justiz) von den EG-Regierungschefs beschlossen werden sollte, wird es die für die AusländerInnen- und Flüchtlingspolitik nicht geben. Auch eine Ende November eilig von Italien (derzeit Vorsitz bei der "Schengener Vertragsgruppe") einberufene Konferenz der für Flüchtlingsfragen zuständigen TREVI- Minister konnte nur noch die rechtsunverbindliche Absicht für ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen in folgenden Punkten festhalten: Asyl- und Ausländergesetzgebung, Asylverfahrensbe schleunigung, schnelle und effektive Abschiebepraxis und eine generelle und automatisierte Identitätsfeststellung von Flüchtlingen.

Darüber hinaus wird es bei einer "bloß" zwischenstaatlichen geregelten Zusammenarbeit, wie z.B. dem "Schengener Vertrag", bleiben.

Auf nationaler Ebene haben die einzelnen Staaten der EG aber in den letzten beiden Jahren eine hektische Betriebsamkeit an den Tag gelegt, ihr eigenes Territorium möglichst "flüchtlingsfrei" zu bekommen:

Großbritannien

Mitte November 1991 verabschiedete das britische Unterhaus mit 311:233 Stimmen das "Asylum Bill":

- Schnellabschiebung von derartig denunzieren "Scheinasylanten" bzw. solchen, die aus "sicheren Staaten" einreisten. "Very few" derjenigen Flüchtlinge, die entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention der UN geduldet wurden (65% aller brit. Asylantragsteller), sollen in GB bleiben dürfen.

- Verdoppelung der Geldstrafe auf 2000 Pfund und Rücknahmeverpflichtung für Transportunternehmen, die AusländerInnen mit unzureichenden oder gefälschten Papieren nach GB bringen.

- Jedem Flüchtling werden Fingerabdrücke abgenommen.

- Verfahrensbeschleunigung: Ein Antrag auf Asyl soll 4 Wochen und ein etwaiges Einspruchsverfahren 9 Wochen dauern.

- Abschaffung des Rechts auf einen Rechtsbeistand und auf rechtliches Gehör in einem Asylverfahren.

- Verbot politischer Betätigung, "welche die Heimatregierung aufregen könnte".

Frankreich

Ende Mai 1991 ratifizierte die französische Nationalversammlung mit 495:61 Stimmen den "Schengener Vertrag". Am 23.07.91 trat ein Erlaß der Regierung zu Einwanderungs- und Flüchtlingsfragen in Kraft:

- Erschwerte Visaerteilung in den Herkunftsländern

- Verschärfte Bestrafung von Transportunternehmen im o.g. Sinne.

- Einrichtung "internationaler Zonen" auf Flughäfen (Dort, d.h. nicht auf französischem Boden gestellte Asylanträge werden erst gar nicht angenommen oder binnen 24 Stunden telefonisch bearbeitet).

- Verschärfte Kriminalisierung von "illegalen EinwanderInnen" ab dem 30.11.91 (derzeit: 300.000 - 1.000.000 Personen)

- Arbeitsverbot für Flüchtlinge

- Wesentliche Verkürzung der Bearbeitungszeit für Asylanträge auf 3 Monate

- Reduzierung der Anzahl von Flüchtlingen, die im Asylverfahren persönlich gehört werden (heutige Quote: 20%)

- Konsequente Abschiebung abgelehnter AsylbewerberInnen (deren Anzahl heute: 100.000)

Niederlande

Dort werden zum 01.01.1992 neue Bestimmungen wirksam:

- Bestrafung von Transportunternehmen im o.g. Sinne

- "Vorsortierung" von Flüchtlingen: Binnen 42 Tagen Bescheid, ob ein Flüchtling einen Asylantrag überhaupt stellen darf. Bei Ablehnung ist eine Asylantragstellung nicht möglich. Dagegen kann nun nicht mehr der volle Rechtsweg ohne aufschiebende Wirkung beschritten werden.

- Einrichtung von geschlossenen Sammellagern für Flüchtlinge für die Dauer ihres Anerkennungsverfahrens (Aufenthaltspflicht und tägliches Melden bei Bullen).

Belgien erklärte sich grundsätzlich einverstanden mit der EG-einheitlichen Abschottung. Flüchtlingsverschärfende Gesetzesentwürfe werden von der neu gewählten Regierung erwartet.

Dänemark führt ebenfalls eine strikte "Vorsortierung" von Flüchtlingen an seinen Grenzen durch. Konsequente Zurückweisung in "sichere Herkunftsländer". Ankündigungen, die soziale Absicherung von anerkannten Flüchtlingen drastisch zu beschneiden.

Italien

Umfassende Neuregelung dieses Bereichs vor dem Beitritt zum "Schengener Vertrag" 1990:

- Einsatz aller militärischen Streitkräfte zur Abschottung der italienischen und damit EG-Außengrenzen (vgl. Vorgehen gegen albanische Flüchtlinge)

- Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze, ohne daß ein Asylantrag gestellt werden kann.

- Abschiebung bei "Gefährdung der öffentlichen und der Staatssicherheit".

- Verschärfte Kriminalisierung aller nach dem 01.12.1989 eingereisten "illegalen EinwanderInnen".

Spanien

Umfassende Neuregelung dieses Bereichs vor Beitritt zum "Schengener Vertrag" im Frühsommer 1991:

- Verschärfte Visavergabe in den Herkunftsländern (insbesondere für die Staaten Nordafrikas soll die Quote erteilter Einreisevisa um 80% gesenkt werden)

- brutale Abschottungsmaßnahmen an der Grenze zu Marokko.

- Verschärfte Kriminalisierung von "illegalen EinwanderInnen".

14. Jugoslawien: Selbstverwaltungssozialismus versus Weltmarktintegration

Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:19

Dies ist die Fortsetzung meines Artikels "Eurozentrismus, Selbstbestimmungsrecht, Internationalismus" (ak 338), in dem ich mich eher ideologiekritisch mit den politizistischen und eurozentristischen Betrachtungsweisen von deutschen Linken in der Kontroverse "Selbstbestimmung vs. Internationalismus" am Beispiel Jugoslawiens auseinandergesetzt habe. Es geht mir im folgenden darum, mit Hilfe eines historisch-materialistischen Ansatzes eine adäquate Analyse der Entwicklungsprozesse in der jugoslawischen Gesellschaft nach 1945 zu liefern. Erst im Anschluß daran kann eine vorsichtige Position in der Kontroverse bezogen werden.

Meine These ist, daß der jugoslawische Internationalismus seine materielle Basis als Ergebnis einer längeren gesamtgesellschaftlichen Entwicklung verloren hat. Diese Entwicklung gilt es nachzuzeichnen. Ich werde deshalb im folgenden versuchen, die Prozesse nach 1945 für jede der drei gesellschaftlichen Dimensionen aufzuzeigen, nämlich die Ökonomie des Weltmarkts, die Politik des hegemonialen Blocks und die Lebens- und Arbeitsweisen in der Gesellschaft.

(Der erste Teil des Artikels behandelt Ökonomie, Politik und Gesellschaft im Jugoslawien der Jahre 1945 - 79, die zweite Hälfte (ab "Stabilisierungsprogramme"...) den Zusammenbruch des Selbstverwaltungssozialismus ab 1980. Die Red.)

Die Integration in den Weltmarkt

Für Jugoslawien war in der Nachkriegszeit aufgrund seiner räumlichen Nähe und guter Beziehungen zu beiden sich in Europa herausbildenden politisch-ökonomischen Blöcken zweierlei von Bedeutung:

1. Der Westen versuchte den strategisch wichtig gelegenen Staat im Gegensatz zu denen Osteuropas durch Hilfslieferungen und Kredite an sich zu binden. So lieferte die UNRRA (1) zwischen 1945 und 1947 Güter im Werte von 334 Millionen Dollar, darunter v.a. Nahrungsmittel, Medikamente sowie Ausrüstungsgüter für die zu 70% zerstörte Industrie und Infrastruktur.

2. Die Sowjetunion wollte die relative Eigenständigkeit der Politik der neuen jugoslawischen Regierung (Westkontakte, IWF-Mitgliedschaft, Interesse an einem sozialistischen Balkanpakt mit Albanien und Bulgarien) nicht dulden und versuchte, sie mit diplomatischem Druck und wirtschaftlichen Mitteln stärker unter Kontrolle zu bringen. So bestimmte die UdSSR zu 50% den jugoslawischen Außenhandel, gründete Gemeinschaftsunternehmen mit jugoslawischen Firmen und vergab (in geringem Maße) Kredite.

Die, wenn auch allmähliche und politisch stark modifizierte Integration Jugoslawiens in den kapitalistischen Weltmarkt in den Jahren 1948-65 wurde durch das ökonomische Disengagement und den Wirtschaftsboykott durch die Staaten des sich herausbildenden RGW-Blocks im Anschluß an den Rauswurf der FVRJ (2) aus der Kominform (1948) erzwungen. Sein Anteil am jugoslawischen Außenhandel fiel von ca. 50% 1948 auf 14% 1949 und 0% 1950-53, was zu einem deutlichen Investitionsrückgang führte und mitverantwortlich für das Scheitern des ersten Fünf-Jahres-Plans war. Aufgrund der strategischen Bedeutung Jugoslawiens für den Westblock sprangen die USA sowie internationale Finanzorganisationen sofort ein: Die USA stellte von 1946 bis 1962 Kredite in Höhe von 3,4 Mrd. Dollar, darunter je 0,7 Mrd. Militär- und Nahrungsmittelhilfe, die Weltbank von 1,1 Mrd. (1949-75) v.a. für die Infrastruktur zur besseren Weltmarktintegration zur Verfügung. Die führende Position im jugoslawischen Warenaußenhandel gab die USA jedoch nach Ende der 50er Jahre an das räumlich näher liegende Westeuropa und v.a. an Italien und die BRD mit ihren historisch guten Beziehungen nach Jugoslawien (v.a. Kroatien und Slowenien) ab. Die Anbindung an den Westen vervollständigten die Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie der Beitritt zum Freihandelsabkommen GATT (1959). Gleichzeitig versuchte die jugoslawische Regierung durch die Wiederannäherung an die UdSSR nach dem Tode Stalins (Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen 1955, Teilmitgliedschaft im RGW 1964) und besonderes Engagement in der Blockfreien-Bewegung ihre eigenständige Politik fortzusetzen. Die USA, für die die FVRJ nur ein Dominostein im Kalten Krieg war, reagierte darauf mit der Einstellung der Finanz- und Militärhilfe (1961), während die BRD gemäß der Hallstein-Doktrin die diplomatischen Beziehungen abbrach (1957-68), ihre ökonomische Position aber weiter

ausbaute. Jugoslawien mußte nun seine Zahlungsdefizite gegenüber den OECD-Staaten durch Kreditaufnahme auf den kommerziellen internationalen Finanzmärkten decken, was zu einer Vervierfachung der Auslandsverschuldung von 0,35 (1960) auf 1,42 Mrd. Dollar (1966) führte. Die Regierung in Belgrad versuchte den wachsenden, weltmarktvermittelten Problemen (Inflation, Arbeitslosigkeit, Ausbildung westlicher Konsummuster, Zahlungsbilanzdefizite, Währungsschwankungen) durch noch stärkere "Integration in die internationale Arbeitsteilung" (drastische Exportsteigerungen, Import von moderner Technologie) in den Wirtschaftsreformen von 1961 und 1965 zu begegnen, was die Probleme allerdings weiter verschärfte.

Die weitere Öffnung gegenüber dem Weltmarkt bedeutete nicht nur, daß die jugoslawische Gesellschaft stärker dessen nationalstaatlich nicht beeinflußbaren, kurzfristigen Schwankungen ausgesetzt war, sondern fiel darüber hinaus mit dem Beginn der strukturellen Krise des fordistischen Industrialisierungsmodells in den OECD-Staaten zusammen (ca. ab 1967). Dort kam es aufgrund des Falls der Profitraten zu einer Rezession mit hoher Inflation und Massenarbeitslosigkeit, die Ende der 70er Jahre in eine neuerliche Wirtschaftskrise führte.

Der jugoslawische Versuch einer nachholenden fordistischen Industrialisierung nach dem Vorbild der westlichen Nachkriegsentwicklung (Übergang zu einer intensiven Wachstums- und Akkumulationsstrategie, Importsubstitution bei gleichzeitiger Exportorientierung, forcierter Ausbau automatisierter Massenkonsumgüterindustrien, hohe Reallohnsteigerungen, westliche Konsumgesellschaft, diversifizierte Industriestruktur, Erreichen des technologischen OECD-Niveaus mittels Westimporten etc.), dazu mit den institutionellen Besonderheiten des Selbstverwaltungssozialismus sowie mit einer eigenständigen Außenpolitik, scheiterte an der globalen Krise gerade dieses Entwicklungsmodells in den 70ern und führte schließlich zur Katastrophe der 80er Jahre. Dieser Zusammenhang kann im Rahmen dieses Artikels nicht entsprechend seiner Bedeutung - gerade auch für den Zusammenbruch des RGW-Sozialismus in Osteuropa - analysiert werden. Er soll hier nur an zwei Beispielen deutlich gemacht werden:

1. Importe moderner Technologie und Ausrüstung aus dem Westblock: Die krisenbedingte Inflation in den kapitalistischen Industrieländern wurde mit ihnen auch nach Jugoslawien importiert. Die Abhängigkeit von diesen Einfuhren, bei denen der Westen über das Monopol verfügte, belastete die jugoslawische Handels- und damit die Zahlungsbilanz (eine Ursache für die wachsende Auslandsverschuldung), die in den 70er Jahren mit dem Rekordjahr 1979 v.a. gegenüber der EG und speziell der BRD, die in wachsendem Maße protektionistische Mittel anwendeten, negativ waren. Dazu machte diese Abhängigkeit Dinarabwertungen zur Exportförderung von vorneherein unwirksam. Das Ziel der Beseitigung der technologischen Kluft konnten diese Importe ebenfalls nicht realisieren helfen. Während jugoslawische Arbeitsorganisationen (Unternehmen) "fordistische" Ausrüstung kauften, deren Integration in die Produktion einiger Zeit bedurfte, war in den OECD-Staaten bereits die "mikroelektronische Revolution" zur Krisenbeseitigung in vollem Gange. Das Ergebnis war die Nichtkonkurrenzfähigkeit "veralteter" Produktionsverfahren Jugoslawiens auf dem Weltmarkt.

2. Auslandsverschuldung: Die sich v.a. nach 1973 immer mehr verschärfenden Ursachen für die wachsende Verschuldung der SFRJ (3) lagen in den Ölpreissteigerungen, den Kosten der teuren Technologieimporte sowie dem Devisenmangel aufgrund von Zahlungsbilanzdefiziten (s.o.) und Dinarabwertungen.

Die Politik des hegemonialen Blocks

Die erste Nachkriegszeit stellte die KPJ, die sich später in "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" (BDKJ) umbenannte, vor die schwierige Aufgabe des Wiederaufbaus eines weitgehend zerstörten Landes, das mit 1,7 Millionen Toten etwa 10% der Vorkriegsbevölkerung verloren hatte. Der von der KPJ dominierten Volksbefreiungsarmee war es noch während des Krieges gegen die Besatzungstruppen aus Nazi-Deutschland und Italien, die faschistische Ustasa-Regierung in Kroatien, die Kollaborationsregierung in Serbien und serbisch-monarchistischen cetnici gelungen, unter Mithilfe breiter Bevölkerungsteile in den kleinen befreiten Gebieten eine Subsistenzsicherung zu organisieren. Diese basisnahe lokale Verwaltung wurde jedoch 1945 durch einen straff zentralistischen Sozialismus nach sowjetischem Vorbild abgelöst. Die noch relativ wenigen Industriebetriebe wurden verstaatlicht, eine Kollektivierung der Landwirtschaft begonnen, die aber aufgrund des Unwillens der kleinbäuerlichen Bevölkerung nicht recht vorankam.

Mit dem Scheitern des Ersten Fünf-Jahres-Plans aufgrund der Kominform-Blockade und der Unangemessenheit des sowjetischen Modells wurde die Notwendigkeit struktureller Veränderungen

offensichtlich. So wurde seit 1950 der Übergang zu einem "Selbstverwaltungssozialismus" mittels allmählicher Dezentralisierung und Deetatisierung vollzogen. Einzelne Schritte waren u.a. die sukzessive Übergabe der langfristigen Entscheidungskompetenz an gewählte ArbeiterInnenräte in den Betrieben, die Einführung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, die Aufgabe der ex-ante-Planung und des staatlichen Außenhandelsmonopols, die Stärkung der Autonomie der lokalen Gebietskörperschaften, von Unternehmen und Banken, sowie die Übergabe zahlreicher Funktionen von Staat und Partei an gesellschaftlich-politische Organisationen. Gleichzeitig behielt die Staatszentrale unter der ideologischen Führung des BDKJ Einflußmöglichkeiten u.a. auf die längerfristige (indikative) Planung, die Vergabe von Investitionen, den Außenhandel und die Preisbindung.

Der krasse Bruch mit der Sowjetunion führte in Jugoslawien gleichzeitig zu einer Verschärfung des innenpolitischen Klimas, die sich anfangs gegen den stalinistischen Flügel innerhalb der KPJ richtete. Die Auseinandersetzung wurde von der Geheimpolizei UDBA unter Rankovic, die zu einer Art Staat im Staate wurde, mit brutalen Mitteln geführt. Im ganzen Lande, besonders jedoch in der Provinz Kosovo-Metohija, wo die UDBA die gesamte albanische Bevölkerung der potentiellen Kollaboration mit der damals noch zum RGW-Block zählenden VR Albanien verdächtigte, herrschte eine latent-repressive Atmosphäre. Erst in den 60er und den 70er Jahren gab es einen deutlichen Kurswechsel, der auch zur Entmachtung von Rankovic führte. Der BDKJ ließ dem theoretischen Postulat, daß im Sozialismus der Staat allmählich absterbe und alle politischen und ökonomischen Funktionen mittels Dezentralisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zu übertragen sei, Taten folgen. Das nach und nach ausgeweitete Konzept der Selbstverwaltung sah in der Praxis wie folgt aus:

1. Im politisch-staatlichen Bereich wurde Anfang der 70er Jahre ein dezentrales Delegiertenmodell eingeführt. Die Orts-, Provinz- und Republiksversammlungen setzten sich aus je drei Kammern zusammen, wobei für die erste alle arbeitenden Menschen, für die zweite die wahlberechtigte Gesamtbevölkerung und für die dritte die gesellschaftlich-politischen Organisationen (BDKJ, Gewerkschaft ...) Delegierte wählten. Diese Versammlungen wiederum wählten Delegierte für die verschiedenen Bundesorgane.

2. Im Bereich der Wirtschaftsbetriebe ("Arbeitsorganisationen") sollten gemäß des Postulats des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln vom kleinsten Betriebsteil bis hin zur Kombinatsebene von den ArbeiterInnen gewählte Delegierte die wichtigsten Entscheidungen treffen.

3. Auch im gesellschaftlichen Bereich sollten sich die Menschen selbst organisieren, um ihre Interessen im Alltagsleben in die Hand zu nehmen, was jedoch nur bei sozialen Institutionen (Gesundheitsversorgung etc.) begonnen wurde.

Die gesellschaftliche Selbstverwaltung sollte auf lange Sicht darauf hinauslaufen, die Trennung zwischen Subjekt (Leitende) und Objekt (Ausführende) zu überwinden, wie es der Philosoph Mihailo Markovic formulierte. Daß dies ein langer und steiniger Weg werden sollte und daß die Selbstverwaltung anfangs mit vielen Widersprüchen zu kämpfen hatte (v.a. der produktiveren zentralstaatlichen Planung, der Existenz einer breiten Schicht lokaler BürokratInnen und der Ware-Geld-Beziehungen), das wurde in der SFRJ offen und ausführlich diskutiert. Dies machte einen deutlichen Unterschied gegenüber dem RGW-Sozialismus aus.

V.a. mit den Wirtschaftsreformen von 1965 besiegelte der jugoslawische hegemoniale Block den Übergang zur ("sozialistischen") Marktwirtschaft, die den Interessen der nach Weltmarktkriterien höher entwickelten nördlichen Republiken (v.a. Slowenien und Kroatien) entsprach. Ein Ergebnis dieser ökonomischen Transformation war ein struktureller Krisenzyklus, der sich bis Ende der 70er Jahre in Jugoslawien mehrmals wiederholte: Die hohe Nachfrage und hohe Wachstumsraten bei Produktion und Investitionen bei real negativem Zinsniveau (wobei Rohstoffe, Halbfabrikate und Ausrüstungsgüter ungenügend vorhanden waren) führten zu hohen Inflationsraten und Handelsbilanzdefiziten. Die Preis-Lohn-Spirale sowie der Kursverfall des Dinar und die steigende Auslandsverschuldung veranlaßten den Staat zu Preisstopps und Importkontingentierungen bei einigen Waren. Die folgende Rezession führte zu wachsenden Arbeitslosenzahlen, die die Zurücknahme der administrativen Maßnahmen notwendig machten. Weiteres Resultat waren zunehmende soziale Ungleichheiten sowohl innerhalb der einzelnen Regionen (zwischen verschiedenen Industriebranchen, zwischen Landwirtschaft und Industrie sowie zwischen ArbeiterInnen und der wachsenden Technokratenschicht ("rote Bourgeoisie")), als auch interregional (zwischen den ArbeiterInnen, zwischen Unternehmen derselben Branche).

Grundlegende Ursache für die ökonomischen und sozialen Probleme waren die Außenöffnung und die Einführung der Marktwirtschaft mit ihrer Wert- und Produktivitätslogik. Nach ihr war Jugoslawien aufgrund jahrelanger Entwicklungsprozesse ein subalterner Staat im kapitalistischer Weltmarkt, der Südosten eine subalterne Region innerhalb der SFRJ, wie v.a. das dünne Bankennetz und ausbleibende Investitionen aus anderen Republiken und dem Ausland verdeutlichen. Im Kosovo und den anderen südlichen Regionen waren deshalb die politischen Führungen an einer langfristigen, staatlich dirigistischen Planung interessiert. Der unüberbrückbare Widerspruch zwischen ihnen und den reicheren Regionen im Norden (v.a. Kroatien und Slowenien), der sich als Machtkampf der hegemonialen Blöcke der Teilgebiete (Republiks- und BDK-Führungen, Wirtschaftsmanagement, Wissenschaft, Bildungsbürgertum) manifestierte und dabei häufig in nationalistische Formeln gekleidet wurde, war die Basis des Ende der 60er Jahre erweckten "Nationalitätenkonfliktes" - dieser Begriff verschleiert allerdings die tatsächlichen Probleme und ihre Ursachen. Diese Tendenz wurde dadurch verstärkt, daß mit der Föderalisierung und Dezentralisierung staatlicher Entscheidungsbefugnisse, v.a. mit der Verfassung von 1974, in der SFRJ acht unabhängige Wirtschaftsgebiete mit eigenen Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten, selbständigen Wirtschaftspolitiken und der Tendenz zu Autarkie entstanden. Die Wirtschaftsreformen der 70er Jahre, die mit der Einführung von Selbstverwaltungsabkommen und Gesellschaftsverträgen eine demokratische und dezentralisierte Modifikation des Wertgesetzes und seiner spezifischen Krisenform in Jugoslawien leisten sollten, führten zur Entstehung von rücksichtslos ihre Eigeninteressen auf Kosten gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse durchsetzender "Interessens- und Machtkomglomerate aus Kommunen, Wirtschaftsvereinigungen, Großunternehmen, Banken und Verbänden." (4)

Die Ziele dieser Machtzentren, in die die Organe der Selbstverwaltung inkorporiert sind, wurden auf Republiks- bzw. Provinzebene unterstützt und koordiniert, während die Richtlinien der Bundespläne weitgehend unbeachtet blieben. Die krassen ökonomischen Unterschiede zwischen den nordwestlichen und südöstlichen Landesteilen sollten durch Finanzzuflüsse in die sog. "unterentwickelten Regionen" nach und nach aufgehoben werden.

Der selbständig arbeitende "Bundesfonds zur Kreditierung einer schnelleren wirtschaftlichen Entwicklung der wirtschaftlich unterentwickelten Republiken und autonomen Provinzen" (kurz: Entwicklungsfonds) finanzierte sich aus einer Zwangsanleihe beim gesellschaftlichen Sektor der Wirtschaft (auch bei dem der "unterentwickelten Regionen").

Die Schwerpunktsetzung des Fonds führte dazu, daß die "unterentwickelten Regionen" zu Rohstofflieferanten der Industrien des Nordens wurden. Aufgrund der regionalen Interessensgegensätze gab es regelmäßig Kritik am Entwicklungsfonds sowie an der gesamten Wirtschaftspolitik. Für die südöstlichen Regionen bildete der Fonds eine, wenn auch ungenügende Kompensation für den kritisierten "Mehrwerttransfer von Süd nach Nord". Ihre politischen VertreterInnen bezeichneten v.a. die Beteiligung der Unternehmen aus ihren Landesteilen an der Fondsfinanzierung sowie die Zinszahlungen für Infrastrukturbauten als ungerechtfertigt. PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen v.a. aus Kroatien und Slowenien bangten hingegen um die Konkurrenzfähigkeit des Nordens gegenüber Westeuropa.

Die Widersprüche spitzen sich zu

Die beiden zentralen Widerspüche der jugoslawischen Produktionsweise ergeben sich aus der Tatsache, daß die allmähliche Transformation zu einem Selbstverwaltungssozialismus bei gleichzeitiger Weltmarktintegration mit dessen Produktivitäts- und Akkumulationszwängen und Krisentendenzen im ökonomischen Bereich in Konflikt geriet, was zum Scheitern des Modells in den 80er Jahren führte. Außerdem konnten auf gesellschaftlicher Ebene die Spaltungen nach Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und politisch-ökonomischer Klasse nicht beseitigt werden. Auf letzteres werde ich weiter unten noch genauer eingehen. Daß der kapitalistische Weltmarkt auch innerhalb der SFRJ präsent war, zeigte sich

1. an der Entwicklungs- und Industrialisierungsstrategie: Diese orientierte sich - in Übereinstimmung mit den Wirtschaftspolitiken lateinamerikanischer Staaten - am westlichen Industrialisierungsmodell. So bedeutete "Entwicklung" bis Mitte der 60er Jahre hohe extensive Wachstumsraten und Primat der Schwerindustrie, von da an v.a. Produktivitätssteigerung, Massenkonsumgüterproduktion und technologische Innovation (über Westimporte). Diese Strategie baute auf dem modernisierungstheoretischen Paradigma auf, Entwicklung sei quantitatives Wachstum, das am Pro-Kopf-Einkommen als zentralem Indikator ablesbar sei, sowie die

Transformation einer "traditionellen" in eine "moderne" Gesellschaft. V.a. die höheren Ränge in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft, die dieses Modell z.T. mit einer naiven Fortschrittsgläubigkeit vertraten, übersahen dabei folgende Schwierigkeiten:

- westliche Technologie ist nicht wertneutral, sondern Grundlage einer hierarchischen Arbeitsteilung (in Betrieb, Verwaltung und Familie);

- mit dem Fortschrittsdenken wird eine eurozentristische Wertung gegenüber der nicht-modernen Gesellschaft (z.B. im Kosovo) übernommen, auf der rassistische Theorien aufbauen;

- die undifferenzierte Betrachtungsweise schlug sich in der jugoslawischen Entwicklungspolitik nieder, die an den spezifischen Problemen und Bedürfnissen der Gesellschaften der "unterentwickelten Regionen" vorbeiging, wie z.B. die Ökonomin M. Kovacevic kritisierte.

2. An der Integration in die internationale Arbeitsteilung (seit 1948 und v.a. seit den Wirtschaftsreformen von 1965): Westliche Banken, transnationale Konzerne sowie Ex- und Importeure verleihen, investieren, (ver-)kaufen ausschließlich nach kapitalistischen Produktivitäts- und Rentabilitätskriterien. Mit der Öffnung zum Weltmarkt war Jugoslawien nicht-beeinflußbaren Schwankungen von Nachfrage und Angebot, terms of trade, Zinssätzen, des Dollarkurses, von westlichen Konsummustern und Innovationen bei Technologie und Arbeitsteilung ausgesetzt.

3. An der Übernahme der bürgerlich-nationalistischen Organisationsform: Sie wurde notwendig zur Abgrenzung nach außen sowie zur Integration in den Weltmarkt und das System der internationalen Beziehungen. Zu erkennen war sie an bestimmten Formen von Rechtsstaatlichkeit, der spezifischen Trennung von Politik, Ökonomie und Gesellschaft, an Aufbau und Form des Staates und seiner Institutionen (Polizei, Militär, Staatsverwaltung und Regierungsinstanzen).

Der kapitalistische Weltmarkt mit seiner Rentabilitäts- und Fortschrittslogik reproduzierte sich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Realisierung des Selbstverwaltungssozialismus in Jugoslawien erwies sich, wie v.a. die Entwicklung der 80er Jahre verdeutlicht, demgegenüber als subaltern und zwar

1. in der Ökonomie: Auf der betrieblichen Ebene konnte sich, wie Befragungen und Untersuchungen zeigen, das Management aufgrund von Expertenwissen und seines Informationsmonopols seine dominante Position trotz der Existenz von Organen der ArbeiterInnenselbstverwaltung erhalten. Auf volkswirtschaftlicher Ebene zeigte sich spätestens in der Weltwirtschaftskrise (v.a. ab 1980) in aller Schärfe die Subalternität der SFRJ gegenüber dem "Sachzwang Weltmarkt" sowie die des Südens gegenüber dem Norden Jugoslawiens.

2. in der Politik: Trotz Dezentralisierungs- und Demokratisierungsversuchen zur Realisierung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung blieb die Staatsmacht in den Händen kleiner Machtcliquen v.a. auf lokaler und Republikebene. Der zunehmend offene nationale Egoismus der hegemonialen Blöcke der reicheren Republiken, der sich historischer Nationalismen bediente, läutete das Ende des jugoslawischen Internationalismus mit ein.

Gesellschaftliche Spaltungen und Brüche

Es ist sehr schwierig, die Entwicklungen auf gesellschaftlicher Ebene nach 1945 im Rahmen dieses Artikels aufzuzeigen. Die jugoslawische Gesellschaft war vor 1945 (und ist es bis heute) durch regional sehr unterschiedliche Lebens- und Arbeitsweisen gekennzeichnet. Die folgenden allgemeinen Aussagen ebnen diese Unterschiede ein und sind deshalb mit Vorsicht zu genießen.

Ganz grob kann das Jugoslawien des Jahres 1945 in zwei Teile unterteilt werden: den stärker industrialisierten, kapitalistischen und weltmarktintegrierten Norden (Slowenien, Nordkroatien und die Küstenregion, Nordserbien) sowie den fast völlig kleinagrarisch geprägten Süden (einige Gebiete Kroatiens und die gesamte Südosthälfte). Diese krasse Zweiteilung mit ihren wiederum vielen lokalen Zersplitterungen konnte bis heute nicht aufgehoben werden und bildet die gesellschaftliche Basis des heutigen Zerfalls Jugoslawiens.

1945 war es jedoch möglich, v.a. auf kultureller Ebene den Regionalismus zurückzudrängen. Es war die positive Erfahrung des landesweiten "Volksbefreiungskampfes" der KPJ-dominierten Partisanenarmee gegen Nazi-Deutschland und dessen Verbündete, die für einen Großteil der Bevölkerung einen ersten kulturellen

Anknüpfungspunkt mit dem Staatsgebilde Jugoslawien brachte. Auf diese PartisanInnenwerte stützen sich bis heute viele Menschen aus der älteren Generation, während die Jüngeren sich v.a. seit den 60er Jahren immer stärker an die westlichen Ideologien des Besitzindividualismus und Nationalismus anlehnten. Doch zurück zur ersten Nachkriegszeit: Das KPJ-Projekt eines einheitlichen und föderalen, internationalistischen Jugoslawien hatte zwei günstige gesellschaftliche Voraussetzungen. Zum einen existierte ein breites Vertrauen in die Politik der ehemaligen PartisanInnen. Zum anderen hatte bislang nur eine sehr kleine bürgerliche und akademische Mittelschicht sowie die frühere Staatsklasse nationalistisch-kapitalistische Ideologien vertreten. Die Masse der Bevölkerung hatte sich schon immer an ihren lokal- und regional-strukturierten Gesellschaften orientiert, die seit Jahrhunderten multi-ethnisch zusammengesetzt war. Auf diesen selbstverständlichen und alltäglichen "Internationalismus" konnte die KPJ nach 1945 ihr Projekt Jugoslawien aufbauen.

Dieses Projekt war jedoch von Anfang an ein verordnetes. Die Bevölkerung wurde an den Diskussionen darüber sowie an den späteren politischen Entwicklungen nur unzureichend beteiligt. Dies wäre wohl die einzige Möglichkeit gewesen, gesellschaftliche Spaltungen (v.a. nach den Kategorien Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Klasse) zu überwinden.

Mit der Übernahme der kapitalistischen Produktivitäts- und Fortschrittslogik (s.o.) reproduzierten sich stattdessen die autoritären Beziehungen zwischen Menschen in Staat, Betrieb, Familie usw. Sie wurden als "naturgegeben" behandelt, eine historische Transformation auf gesellschaftlicher Ebene blieb weitgehend aus. Blazenka Despot formulierte dies wie folgt:

"Die sozialistische Selbstverwaltung der Produktion des Lebens beruht auf den alten Produktivkräften. Wenn sich diese wegen den unterentwickelten Produktivkräften auf die produktivistische Moral beruft, dann verhält sie sich gegenüber der Arbeitsteilung als ihrer natürlichen Voraussetzung, gegenüber der ‚Natur der Frau`, und in den Beziehungen zwischen den Menschen als einer staatlichen Beziehung, notwendigerweise autoritär." (5)

Die gesellschaftlichen Spaltungen wurden auf diese Weise reproduziert, und z.T. sogar verschärft. Zum einen lebten die patriarchalen Machtverhältnisse und die geschlechtliche Arbeitsteilung trotz rechtlich-formeller Gleichheit der Geschlechter weiter. Zweitens wuchsen in Teilen der Bevölkerung und der hegemonialen Blöcke (v.a. im reicheren Norden) rassistische Vorurteile/Theorien z.B. über die "Natur" der nicht-christlichen und nicht-slavischen AlbanerInnen, in denen diese pauschal und ahistorisch als faul, dumm, gebärfreudig, anti-serbisch und fanatisch, sowie in "wissenschaftlicher" Verpackung als unproduktiv arbeitend, zivilisatorisch rückständig, patriarchal, traditional-konservativ und irredentistisch bezeichnet wurden. Die in Zagreb und Ljubljana arbeitenden Kosovo-AlbanerInnen, die dort unter äußerst schlechten Bedingungen in eigenen Ghettos leben, bekamen diesen Wohlstandschauvinismus direkt zu spüren. Dazu kam, daß die starke Föderalisierung der politischen und wirtschaftlichen Institutionen (v.a. nach 1974) zu einer Art Abschottung der Republiken gegeneinander führte. Dies war im Alltagsleben zu spüren und wurde durch die Propaganda der hegemonialen Blöcke, die die Republiksinteressen in den Mittelpunkt stellte, gezielt geschürt. Dies war der Boden, auf dem nun erstmals in Jugoslawien nationale Deutungsmuster breite Teile der Bevölkerung erreichten. Drittens muß auf die wachsenden Besitzunterschiede in der Bevölkerung hingewiesen werden, die auf das rücksichtslose Bereichern gewisser Schichten auf Kosten des gesellschaftlichen Eigentums zurückgehen.

"Stabilisierungsprogramme" nach IWF-Muster

Etwa 1980 geriet der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus in eine strukturelle Krise, die an ökonomischen Turbulenzen, dem Separatismus der hegemonialen Blöcke auf Republikebene und rapide fallendem Lebensstandard mit gleichzeitig wachsenden sozialen Spannungen zu erkennen war. Diese Krise erzwang eine regional unterschiedliche und noch nicht abgeschlossene Transformation nach dem Vorbild kapitalistischer Industrieländer.

Die Krise der SFRJ war kein spezifisch jugoslawisches Problem, sondern, als Folge struktureller Weltmarkttendenzen, Teil der Krise des nachholenden fordistischen Entwicklungsmodells, wie sie sich in einem Großteil der sog. Schwellenländer gleichzeitig ereignete. Auslöser waren u.a. neuerliche Ölpreissteigerungen (1979/80), der Zusammenbruch der Preise zahlreicher Rohstoffe in den 80er Jahren, der inflationäre Anstieg der Preise westlicher Industriegüter, massive Zinserhöhung auf den internationalen Finanzmärkten, eine weitgehende Reduzierung der Kreditvergabe an nicht OECD-Staaten sowie wachsender

Protektionismus und Rohstoffsubstitutionsbemühungen westlicher Industrieländer. Während letztere ihre Ökonomien z.T. erfolgreich restrukturierten, verursachte die Weltwirtschaftskrise für zahlreiche Staaten der sog. Dritten Welt, aber auch Osteuropas, kaum lösbare Probleme wie z.B. den Süd-Nord-Kapitaltransfer. Auch in Jugoslawien waren die 80er Jahre gekennzeichnet vom Versuch der politischen Regulation der Weltmarktschwankungen, wobei kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen unterschieden werden können:

1. Zu den kurzfristigen administrativen Maßnahmen zählten v.a. Lohn- und Preisstopps zur Inflationsbekämpfung sowie Importrestriktionen und Exportförderung z.B. durch zahlreiche Dinarabwertungen zur Verminderung des Handelsbilanzdefizits. Letztere bewirkten jedoch einen Anstieg des in Auslandswährungen zu leistenden Schuldendienstes. Die verschuldeten Unternehmen reagierten darauf sowie auf die ungenügenden Importe bei Brennstoffen und Ausrüstungsgütern mit Rückgängen bei Investitionen, der Kapazitätsauslastung, der Produktion sowie Preiserhöhungen. Trotz Preisstopps stieg die Teuerungsrate stetig und ging 1989 in eine Hyperinflation über.

2. Mittelfristig war die Einbettung der Sofortmaßnahmen in die beiden "langfristigen Stabilisierungsprogramme" (1982 und 1987), die, zusammen mit dem IWF erarbeitet, dessen Strukturanpassungsprogrammen ähnelten. Zentrales Ziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes wurde die Herstellung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und zwar auf Kosten des Konsums der Bevölkerung. Inhalt der Austeritätsprogramme waren die Reduzierung der öffentlichen und privaten Einnahmen und Ausgaben, real positive Zinssätze, Dinarabwertungen, Förderung von Joint Ventures und eine allmähliche Preisfreigabe. Der rapide fallende Lebensstandard der Bevölkerung und der Übergang zur Hyperinflation waren Folgen des marktwirtschaftlichen Radikalkurses. Dank der guten Beziehungen Jugoslawiens zum IWF und der strategischen Interessen der USA kamen drei größere Umschuldungspakete mit Banken, westlichen Regierungen und IWF zustande. Trotz der im Vergleich zu den Großschuldnern aus Lateinamerika "milden" Behandlung der SFRJ wuchs die Schuldendienstrate von 20% (1980) auf 46,5% (1987). Und obwohl Jugoslawien ca. 30 Mrd. Dollar an die Gläubiger transferierte (1981-87), blieb die Gesamtverschuldung bei ca. 20 Mrd. Dollar und fiel erst 1989 auf 16 Mrd. Dollar. Mittelfristig ist schließlich noch auf die forcierte Ausrichtung auf die EG hinzuweisen. Seit dem Handelsabkommen von 1980 gewähren sich beide Seiten eine Art Meistbegünstigung, trotz EG-Protektionismus v.a. bei Agrar- und Textilprodukten. Eine zentrale Rolle spielt dabei die BRD, die Ende der 80er Jahre zweitgrößter Importeur und wichtigster Direktinvestor war. Der Preis der Annäherung ist für Jugoslawien allerdings hoch: So konnte die BRD allein von 1980 bis 1986 sieben Mrd. Dollar an Außenhandelsüberschüssen einstreichen.

3. Langfristig muß die noch nicht abgeschlossene Transformation in eine kapitalistische Ökonomie konstatiert werden. Mit der Wirkungslosigkeit der Stabilisierungsprogramme erlebte auch die SFRJ eine Renaissance neoliberaler Theorien, wobei spätestens seit der Hyperinflation 1989 auch die politische Führung sich dem Sachzwang Weltmarkt gebeugt hat und strukturelle "Reformen" befürwortete. Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik standen bereits seit Krisenbeginn gemäß der produktivistischen Moral nicht mehr die sozialistische Selbstverwaltung oder der Lebensstandard der Bevölkerung, sondern das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die technologische Modernisierung. Bereits Mitte der 80er Jahre wiesen zahlreiche wirtschaftspolitische Gesetze den künftigen Weg. Die Währungsreform mit der Ankoppelung des frei konvertierbaren Dinar an die D-Mark, die Durchsetzung der Marktgesetze und die verfassungsmäßige Festschreibung des Privateigentums und eines Mehrparteiensystems besiegelten das Ende des Selbstverwaltungssozialismus. Zu Recht bezeichnete der damalige Vorsitzende des Präsidiums der SFRJ, J. Drnovsek, "die Verkündung der Konvertibilität des Dinar als einen außerordentlich bedeutenden, wir könnten sagen, historischen Schritt in der wirtschaftlichen Denkweise." (6)

Interessen(sgegensätze) der Republikführungen

Das mit dem IWF abgestimmte Krisenmanagement Belgrads in den 80er Jahren führte u.a. zur Beseitigung gesellschaftlicher Selbstverwaltungsrechte in Politik und Wirtschaft. Um dieser Rezentralisierung einen breiten Konsens zu sichern, den der BDKJ mit den unpopulären "Stabilisierungsprogrammen" weitgehend verloren hatte, wurde eine formelle Demokratisierung nach dem Muster bürgerlicher Nationalstaaten von großen Teilen des hegemonialen Blocks der SFRJ befürwortet. (7) Die seit Beginn der Krise offen ausgetragenen grundlegenden Interessensgegensätze der Republikführungen ließen jedoch national-egoistische Strategien in den Vordergrund treten. Die beiden relativ reichen Republiken Slowenien und Kroatien, in denen 1990 Mehrparteienwahlen durchgeführt wurden, beteiligen sich seit 1988 nicht mehr am Gesellschaftsplan und am

Entwicklungsfonds für die "unterentwickelten" Regionen und plädieren für einen jugoslawischen Staatenbund und eine weitgehende Weltmarktintegration und Anbindung an die EG. Die mit einer Mischung aus Eurozentrismus und Nationalismus begründete Ideologie zieht neue alte Gräben innerhalb der SFRJ nach ethnischen Gesichtspunkten und kann gerade auch für nicht-christliche und nicht-slawische Minderheiten wie AlbanerInnen oder Roma nichts Gutes bedeuten. (8)

Im Gegensatz zu den "liberalen" Republiken Kroatien und Slowenien strebte nicht nur, aber v.a. die Führung des BDK Serbiens einen autoritär-unitaristischen Weg an, wie er z.T. während des Krisenmanagements der 80er Jahre praktiziert und auch von westlichen Finanzorganisationen zur Bedienung der Auslandsschuld für nötig erachtet wurde. Dabei schlug auch der BDKS in Zusammenarbeit mit der reaktionären Spitze der serbisch-orthodoxen Kirche und der traditionellen Intelligenz zunehmend nationalistische Töne an. Ergebnis dieser Politik war u.a. die Beschneidung der Autonomierechte der SAPs (9) Vojvodina und Kosovo 1989 trotz massiver Proteste aus der Bevölkerung des Kosovo und von entmachteten Teilen des BDKK. (10) Die serbische Republikführung konnte nun auch gegen die Provinzversammlungen Gesetze erlassen und Verfassungsänderungen bestimmen. Im Juli 1990 waren schließlich sogar sämtliche Provinzorgane des Kosovo und der Vojvodina aufgelöst oder zurückgetreten.

Die seit Krisenbeginn zunehmenden, autoritär-zentralistischen Tendenzen in der jugoslawischen Politik zeigten sich besonders an der Reaktion auf die verschiedenen Protestwellen im Kosovo (v.a. 1981, 1989 und 1990), die z.T. mit brutalen Mitteln von Miliz, Militär und seit 1987 von Spezialeinheiten des Innenministeriums niedergeschlagen wurden, wobei es zahlreiche Tote gab. Hauptargument für die repressive Reaktion war die Gefährdung der territorialen Integrität der Republiken und der SFRJ insgesamt.

Weitere Gründe waren die Gefährdung der ökonomischen Stabilisierungspolitik, die Drohung breiter sozialer Unruhen in Jugoslawien, die Gefährdung eines möglichen EG-Beitritts durch die Existenz einer "Unruheregion", die Sicherung der Rohstoffe des Kosovo für die Industrien des Nordens sowie rassistische Vorurteile.

Die Führungen der relativ armen südöstlichen Regionen (Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, z.T. Montenegro) befürworteten eher eine Fortsetzung der Praxis der 70er Jahre, wobei die Autonomie dieser Landesteile gegen eine Ausplünderung als Rohstoffkolonie des Nordens und gegen die Produktivitätssachzwänge des Weltmarkts erhalten werden sollte. Die gegensätzlichen Interessen sind an die unterschiedlichen regionalen Produktionsweisen geknüpft und nicht an einzelne Parteien o.ä. gebunden. So hat sich mit den neuen, "frei"-gewählten, z.T. national-konservativen Regierungen in den Republiken vielleicht etwas an der Unnachgiebigkeit, mit der die politischen Ziele verfolgt werden, geändert. Die grundsätzlichen Interessen sind dieselben geblieben. Mit dem Beginn des Krieges 1991 sind diese Widersprüche mit aller Offenheit zutage getreten. Es ist deshalb müßig, darüber nachzudenken, inwieweit der imperialistische EG-Block mit seiner Politik das Ausbrechen des Krieges gefördert hat, wie es auch im ak diskutiert wird. Die Ursachen liegen in den innerjugoslawischen Widersprüchen, die Auslöser in den politisch-ökonomischen Interessen der hegemonialen Blöcke v.a. in Kosovo und Serbien.

Gesellschaftliche Kämpfe in den 80er Jahren

Die Austeritätspolitik der Zentralregierung in Belgrad führte nach 1980 zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer sozialen Verarmung auf breiter Ebene. Die Bevölkerung versuchte mit unterschiedlichen Strategien darauf zu reagieren: In eher ländlichen Regionen wurde in wachsendem Maße auf traditionelle, großfamiliäre und eher subsistenzwirtschaftliche Strukturen zurückgegriffen, was auch alte lokal-regionalistische Werte wieder aufbrachte. Davon profitierten reaktionäre Kräfte wie die verschiedenen Kirchen, demokratische regionale Bewegungen, aber auch neue nationalistische Gruppen (Parteien, faschistische Milizen in Serbien und Kroatien). Eine andere Strategie war es, sich mit Hilfe des anwachsenden illegalen Wirtschaftssektors und des dazugehörigen Schwarzmarktes über Wasser zu halten. Dies untergrub auch das Primat des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. Weiterhin versuchten viele Menschen v.a. aus dem Südosten, durch Migration ins westliche Ausland ihre prekäre Situation zu verbessern.

Im Kosovo zeigte die Zentrale in Belgrad, daß sie gewillt war, ihre Politik der Anpassung an die Weltmarktsachzwänge notfalls gegen die eigene Bevölkerung zu realisieren. Auch in anderen Landesteilen kam es zu einer Welle von Streiks und Massendemonstrationen, bei denen soziale Forderungen im Rahmen

des Selbstverwaltungssozialismus gestellt wurden. Erst die immer schärfere nationalistische Propaganda von Teilen des BDKJ, von den Kirchen sowie den neu entstandenen Parteien führte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu einer zunehmend anti-sozialistischen und nationalistischen Stimmung: die Verbesserung der eigenen sozialen Lage versprechen sich viele Menschen nur noch im Rahmen republikanischer Politik. Die sozialen Forderungen von Arbeitenden und den ärmeren Bevölkerungsschichten sind in der nationalen Welle ertränkt worden.

Selbstbestimmung vs. Internationalismus - ein Fazit

Das sozialistische Jugoslawien war, aufbauend auf jahrhundertealte Traditionen, ein internationalistischer Staat. Nationalistische Ideologien wurden zwar nur von kleinen ökonomisch- oder politisch mächtigen Cliquen getragen. Auch die antiserbischen Pogrome der Ustascha-Milizen im 2. Weltkrieg änderten nichts Grundlegendes an dieser Situation. Das multi-ethnische sozialistische Jugoslawien hatte seine kulturelle und materielle Basis in den Lebens- und Arbeitsweisen auf regionaler und lokaler Ebene. Allmählich bildet sich entsprechend des sozialen Gefälles im Nordwesten, v.a. in den Städten, eine Art "Wohlstandschauvinismus" gegenüber dem Südosten heraus. Seit den 70er Jahren griffen die hegemonialen Blöcke der Republiken (politische Führung, Technokraten, Wissenschaft, Kirchenleute) zunehmend auf nationalistische Ideologien zur Durchsetzung ihrer Interessen zurück. Dies war eine Folge der institutionellen Stärkung der Republiken auf Kosten der Zentrale in Belgrad. Während der strukturellen Krise der 80er Jahre kamen die regionalen Gegensätze zwischen dem Nordwesten, Serbien und dem Südosten in aller Schärfe zum Vorschein. 1992 hat nun auch ein Teil der Bevölkerung nationale Denkmuster angenommen. Nach Ende des Krieges wird es noch einige Zeit dauern, bis die Wunden wieder einigermaßen verheilt sein werden. Bis dahin werden fortschrittliche Entwicklungen von einem anachronistischen Zug in allen Landesteilen zurückgedrängt: der Internationalismus durch die kroatisch-serbischen Nationalismen und die Rassismen gegen Roma, AlbanerInnen u.a., der (Selbstverwaltungs-)Sozialismus durch bürgerliche Nationalstaaten und Klassengesellschaften, seien sie nun eher autoritär oder eher formaldemokratisch strukturiert, die Gleichberechtigung der Geschlechter durch reaktionäre Ideologien über die "Natur der Frau", einer mit ihr verbundenen politischen Ausgrenzung.

Dies bedeutet, so mein abschließendes Fazit, für den Streit linker Deutscher über Selbstbestimmung der Völker vs. Internationalismus: Eine Parteinahme zugunsten der Selbstbestimmung von Slowenien, Kroatien u.a. bedeutet eine Parteinahme zugunsten antikommunistischer, antifeministischer und antiinternationalistischer Entwicklungen. Die zweite Option ist eigentlich gar keine: Der Internationalismus hat längst seine materielle und ideologische gesellschaftliche Basis verloren. Ein einheitliches Jugoslawien könnte höchstens mit polizeilich-militärischer Gewalt erzwungen wären; es wäre nur dem Papier nach internationalistisch. Linke hierzulande sollten sich folglich darauf beschränken, Gruppen in den verschiedenen Republiken zu unterstützen, die den Entwicklungen politisch etwas entgegensetzen wollen und es auch werden.

Kurt, Westberlin

Anmerkungen:

1) UNC-Organisation, die Gelder für den Wiederaufbau von im 2. Weltkrieg verwüsteten Gebieten bereitstellte

2) Föderative Volksrepublik Jugoslawien

3) Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien

4) Conert (1982), S. 313

5) Despot (1981), S. 38f.

6) zitiert nach der Zeitschrift "Internationale Politik" 957/1990, S. 1f.

7) Es ist sicher kein Zufall, daß zwei der zentralen Figuren der Wende einst erfolgreiche Industrie- und Bankmanager waren, nämlich der damalige Regierungschef Jugoslawiens, Ante Markovic, sowie der damalige und heutige erste Mann der Republik Serbien, Slobodan Milosevic.

8) Der Ökonom (!) T. Popovic begründete die Notwendigkeit der Anbindung an die EG mit der Einheitlichkeit des "europäischen Zivilisationsraumes". Zit. nach "Internationale Politik", 934/1989, S. 14. Der

national-konservative Regierungschef Kroatiens, Tudjman, forderte 1990 eine Föderation selbständiger Republiken in Jugoslawien mit der Begründung, daß hier "verschiedene Völker mit verschiedenen Kulturen und Zivilisationen (leben)". Zit. nach Lange (1990)

9) Sozialistische Autonome Provinzen

10) Bund der KommunistInnen des Kosovo

Literatur:

Es ist gar nicht so einfach, halbwegs erträgliche Literatur in deutscher oder englischer Sprache zu den Entwicklungen in Jugoslawien nach 1945 zu finden. Am besten greife mensch auf Zeitungen und Zeitschriften aus Jugoslawien zurück. Ansonsten sind lesbar:

Berend, Ivan T. and György Ranki: Economic Development in East-Central Europe in the 19th and 20th Centuries, New York and London, 1974 (historisches Standardwerk über die gesamte osteuropäische Region; gut zum Einlesen)

Conert, Hansgeorg: Die "sozialistische Marktwirtschaft" in der Schuldenkrise, in: Altvater, Elmar u.a.: Die Armut der Nationen, Berlin 1987, S. 182-192; s.a. vom gleichen Autor den Aufsatz in: Prokla 3/1982, S. 91-118 (ökonomische Analyse des jugoslawischen Selbstverwaltungsmodells und seiner Krisen)

Dedijer, Vladimir u.a.: History of Yugoslavia, New York, 1974 (zu Titos Zeiten das höchst-offizielle Werk zur jugoslawischen Geschichte)

Despot, Blazenka: Die Frau und die Selbstverwaltung, in: Sozialistische Theorie und Praxis, 3/1981, S. 36-40 (theoretische feministische Kritik des Selbstverwaltungssozialismus)

Eger, Thomas: Das regionale Entwicklungsgefälle in Jugoslawien, Paderborn, 1980 (ökonomische Daten zu den krassen regionalen Unterschieden)

Furtak, Robert K.: Jugoslawien. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg, 1975 (liefert eine Unmenge von Infos; allerdings keine theoretische Aufarbeitung; zum Einlesen ganz o.k.)

Lange, Helmut: Ist Jugoslawien noch zu retten?, ZDF-Dokumentation, 19.4.1990

Mandel, Ernest: Jugoslawische ökonomische Theorie, in: Strotmann, Peter (Hg.): Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin, 1969 (trotzkistische Kritik an der SFRJ; liefert gute Denkanstöße, aber schlecht belegt)

Markovic, Mihailo: Dialektik der Praxis, Frankfurt am Main, 1969 (vielleicht der wichtigste Vertreter des Selbstverwaltungsmodells in der Philosophie)

Rojek, Christ, David C. Wilson: Worker's Self Management in the World System: The Yugoslav Case, in: Organization Studies, 8/1987, S. 297-308 (Titel sagt alles)

Singleton, Fred: Twentieth-Century Yugoslavia, New York, 1976 (von diesem britischen Autor gibt es noch mehrere Bücher aus den 80er Jahren zu Jugoslawien, die allesamt lesenswert sind; viele Infos; Autor schreibt aus kritisch-solidarischer Perspektive)

15. Die Politik der Guerilla Kolumbiens. Geschichte, Hintergründe und aktuelle Entwicklungen (Teil 2)

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:20

Die "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) verhandelt seit Juni 1991 mit der Regierung Kolumbiens. Die dritte Runde der Unterredungen sollte zunächst am 1. Februar und dann am 10. Februar 1992 wiederaufgenommen werden. Sie wurde nun auf den 2. März verschoben. Diese Verhandlungen unterscheiden sich in wesentlichen Punkten von den Waffenstillstandsgesprächen der Jahre 1989/90. Damals legte ein Teil der Guerilla (M-19, PRT, Quintín Lame und die Mehrheit des EPL), politisch und militärisch in der Defensive, die Waffen nieder, ohne grundlegende gesellschaftliche und politische Veränderungen zu verlangen. Den jetzt Verhandelnden (ELN, FARC und Rest des EPL) geht es genau darum. Wir stellen die Ergebnisse der Gespräche vom Juni 1991 und November 1991 ebenso vor, wie die aktuellen Positionen von Guerilla und Regierung.

Wir untersuchen auch die Umstände und Beweggründe, die dazu führten, daß die M-19 nach 16 Jahren und die Mehrheit des "Volksbefreiungsheers" (EPL) nach 25 Jahren Kampf im Untergrund die Waffen streckten und sich als sozialdemokratische Strömung an Wahlen beteiligten. In Teil 1 dieser Untersuchung wurde die Geschichte der unterschiedlichen kolumbianischen Guerillagruppen bis 1984 abgehandelt.

Die ersten Waffenstillstandsabkommen in der jüngeren Geschichte der Guerilla Kolumbiens wurden 1984 geschlossen. Die Guerilla konnte die Waffen behalten. Sie sollte sie erst nach einem an den Waffenstillstand anschließenden breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozeß abgeben, der zu tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen führen sollte. Die bilateralen Vereinbarungen, die vier Guerillagruppen und Vertreter der Regierung unterzeichneten, bedeuteten für Kolumbien nach zwanzig Jahren bewaffneten Kampfes einen tiefen politischen und gesellschaftlichen Einschnitt. So grenzten diese Abkommen die legalen Möglichkeiten von Polizei und Armee ein, gegen die "Subversion" - in der Praxis alle Personen und Organisationen, die politische und soziale Forderungen stellten - vorzugehen. Dies verschaffte den Basisbewegungen und der Guerilla den nötigen Spielraum, um sich in der Bevölkerung breiter zu verankern. In der Folge war in vielen Bereichen und auf allen Niveaus ein organisatorischer Aufschwung der Linken zu verzeichnen. 1986 hatte die Massenbewegung sowohl quantitativ als auch qualitativ ein neues Niveau erreicht. (1) So gelang es, die seit jeher gespaltene Gewerkschaftsbewegung zu einen und am 18. November mit der CUT (Central Unitaria de Trabajadores) die bislang stärkste Gewerkschaftszentrale zu gründen. (2) Insofern ließen sich einige Überlegungen von FARC, EPL, M-19 und ADO verwirklichen. Sie hatten sich infolge der Verhandlungen und des Waffenstillstands versprochen, ihre gewachsene militärische Bedeutung auch in politisches Gewicht verwandeln zu können. Das "Nationale Befreiungsheer" (ELN) hatte dagegen befürchtet, Waffenstillstandsgespräche würden die Linke schwächen und der Regierung verlorengegangene Legitimität beschaffen. Deshalb lehnte das ELN 1984 Verhandlungen prinzipiell ab.

Die zivile Regierung des konservativen Präsidenten Betancur wollte sich mit der Feuerpause innenpolitisch und außenpolitisch Spielraum verschaffen. Sie versuchte mit den Abkommen auch, die gesellschaftliche Bedeutung der Armee zurückzudrängen. Der Präsident lavierte zwischen Teilzugeständnissen an die Armee (Erhöhung des Verteidigungsbudgets; bessere Ausrüstung für die Armee) und der Weiterführung der Gespräche mit den Aufständischen. Die Streitkräfte hatten im Rahmen ihrer jahrzehntelangen Bekämpfung des "inneren Feindes" unter der "Doktrin der nationalen Sicherheit" permanent in innenpolitische Konflikte interveniert. Die Polizei war und ist dem Verteidigungsminister - einem Militär - unterstellt. Die Armee führte und führt im Rahmen der Aufstandsbekämpfung auch Programme zur Infrastrukturentwicklung durch. Da sie ihre Rolle geschwächt sahen, gehörten hohe Offiziere von Beginn an zu den Kritikern der Abkommen, die sie mit militärischen Provokationen zum Scheitern zu bringen versuchten. So griff die Armee Mitte Dezember 1984 das Lager der M-19 in Corinto (Departament Cauca) an und provozierte eine zweiwöchige Schlacht. (3) Die Streitkräfte hatten es auch vermieden, die Abkommen durch Vertreter ihrer Institution zu unterzeichnen.

Der schmutzige Krieg

Ende 1984 verschärften Armee und Großgrundbesitzer ihre Kritik an der Dialogpolitik des konservativen Präsidenten. Anlaß und willkommener Vorwand: in vielen Teilen des Landes waren trotz des

Waffenstillstandsabkommens Erpressungen, Entführungen und bewaffnete Überfälle an der Tagesordnung. Zum Teil waren dafür die Guerillagruppen "Nationales Befreiungsheer" (ELN) und die FARC-Abspaltung "Frente Ricardo Franco" (4) verantwortlich. Beide hatten kein Waffenstillstandsabkommen unterschrieben und kämpften nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch gegen die Feuerpause.

Die Armee unternahm ihrerseits ohnehin alles, um die Abkommen, ohne daß sie formal je aufgekündigt worden wären, in der Praxis zum Scheitern zu bringen: sie griff Guerillafronten an, welche die vereinbarte Waffenruhe einhielten; sie versuchte weiterhin, die Guerillaorganisationen zu infiltrieren; sie stürmte im November 1985 den von mehreren Dutzend M-19-Guerillas besetzten Justizpalast und ermordete alle Besetzer; sie brachte die nationale Verifizierungskommission zum Scheitern, die zur Überprüfung der Waffenruhe eingesetzt war; sie baute in Zusammenarbeit mit der Oligarchie und der Drogenmafia massiv paramilitärische Gruppen auf. Eine dieser Gruppen, "Tod den Revolutionären im Nordosten" (MRN), faßte die eigene Zielsetzung treffend zusammen: "Wir werden die pro-kubanische ELN ausrotten, die subversive Unión Patriótica vernichten, und wir werden den Waffenstillstand mit der FARC beenden". (5)

Nach Regierungsangaben existierten 1988 bereits über 140 Todesschwadronen, wovon acht landesweit agierten. Kein Mitglied dieser Gruppen ist jemals von den Streitkräften festgenommen worden. Die geheimdienstartige Spezialeinheit der Polizei F-2, die Sicherheitspolizei DAS und die Geheimdienste der Streitkräfte arbeiten eng mit diesen Gruppen zusammen. Amnesty international: "Es gibt überzeugende Beweise dafür, daß die kolumbianischen Streitkräfte für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind und daß sie auch für die Mehrzahl der politisch motivierten Morde und der ‚Verschwundenen`-Fälle, die angeblich auf das Konto unabhängiger Todesschwadronen gehen, Verantwortung tragen. Diese Schlußfolgerung läßt sich anhand Hunderter Fallstudien belegen und ergibt sich aus zahlreichen Berichten von Augenzeugen." (6) Die ersten Todesschwadronen tauchten 1978 auf, die berüchtigte "Tod den Entführern" (MAS) entstand 1981. Sie ließen anfangs vor allem auf dem Land, besonders in Zonen mit Guerillapräsenz, Leute "verschwinden". Das "Verschwindenlassen" dehnte sich dann auch auf die Städte aus. 1986 lag der Schwerpunkt der Übergriffe in der Industriestadt Cali und verlagerte sich 1987 nach Medellín. Bis 1987 wurden vor allem Mitglieder linker Organisationen entführt und ermordet. So gab es seit der Gründung der linken Partei "Unión Patriótica" (UP) eine landesweite systematische Ausrottungskampagne gegen ihre Mitglieder und Aktivisten. Die UP hatte zwischen 1985 und 1991 weit über 1000 Tote zu beklagen, darunter mehrere Präsidentschaftskandidaten und dutzende Abgeordnete auf den verschiedensten Niveaus. 1987 dehnte sich die Repression auf alle demokratischen und oppositionellen Teile der Gesellschaft aus. Richter, Ärzte, Menschenrechtsgruppen und liberale Journalisten wurden nun nicht mehr länger geschont. 1988 verübten die Armee beziehungsweise "schwer bewaffnete Unbekannte" mehrere große Massaker. Die Armee vertrieb zudem tausende Campesinos aus ländlichen Regionen wie dem Magdalena Medio, um dem Fisch, der Guerilla, das Wasser zu entziehen.

Einige Zahlen: 1978 wurden 96 Personen aus politischen Gründen ermordet, im Jahr darauf 105. 1982 verfünffachte sich die Zahl auf 525, um sich von 1983 - 1985 etwa auf diesem Niveau zu halten. Innerhalb des folgenden Jahres verdoppelte sich die Rate auf 1387 und verdoppelte sich im Jahr 1988 mit 3011 Ermordeten erneut. Von 1981 - 1991 "verschwanden" jährlich zwischen 100 und 300 Personen. Aufgrund vielfältiger internationaler Proteste ging die Zahl der politischen Morde im Jahr 1989 auf 2162 zurück und hält sich seither auf dem Niveau von gut 2000 Toten pro Jahr.

In Kolumbien sind Gewalttaten weit verbreitet: zu den Morden aus politischen Gründen kommen noch die Opfer infolge der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Guerilla und Armee, des Terrors der Drogenmafia und der Gewaltkriminalität dazu. Nach Polizeiberichten, die nur einen Teil der Delikte erfassen, ereigneten sich bei einer Gesamtbevölkerung von 28 Mio. allein 1986 14.288 Morde. Bei Männern zwischen 15 und 44 Jahren ist Mord die Haupttodesursache. (7)

Der "schmutzige Krieg" führte ab 1987/88 zu einer erheblichen Schwächung der in den Vorjahren erstarkten Massenbewegung. Viele Führungspersonen wurden ermordet, andere flohen ins Exil. Heute sind die legalen Basisbewegungen zu größeren Protestaktionen nicht in der Lage. Auch die Guerilla, vor allem die M-19 und das "Volksbefreiungsheer" (EPL) wurden schwer angeschlagen. Beide verloren unter anderem viele wichtige Führungskader.

Breite Bevölkerungsschichten fühlen sich durch das "Klima der Gewalt" bedroht. Sie unterscheiden nicht zwischen Aktionen der Guerilla und Anschlägen der Drogenmafia oder Entführungen durch Todesschwadronen. Sie lehnen Gewalt per se ab. Dies führte dazu, daß einzelne Strömungen der Guerilla nicht nur praktisch, sondern die Guerilla als ganzes - seit 1987 in der "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) zusammengeschlossen - auch ideologisch in die Defensive geriet. Dies dürfte ein entscheidender innenpolitischer Grund sein, warum alle Gruppen der CGSB - unabhängig davon, ob sie nun wie die M-19 militärisch am Ende waren, oder ob sie wie das "Nationale Befreiungsheer " (ELN) erheblich an militärischer Schlagkraft gewonnen hatten - ab 1987/1988 im Prinzip Verhandlungen mit der Regierung zustimmten. Die Differenzen lagen und liegen darin, worüber man verhandeln solle und zu welchen Zugeständnissen man bereit ist. Aber es war allen Gruppen klar, daß sie der Bevölkerung beweisen mußten, daß sie zu einer politischen Lösung des Konflikts bereit waren.

Drogenmafia und Narcoterror

Kolumbiens Wirtschaft hat aufgrund des Ressourcenreichtums des Landes und der vergleichsweise diversifizierten Industrie eine Sonderstellung in Lateinamerika. Die Inflation betrug 1990 "nur" 32,4%, die offene Arbeitslosigkeit lag bei 10% in den Städten und das Bruttosozialprodukt (BSP) wuchs um 3,5%. Die Landwirtschaft (Kaffee, Bananen, Blumen) trägt zu 40% des statistisch erfaßten Exportwertes bei, der Bergbausektor (Kohle, Nickel, Gold) und Erdöl zu weiteren 30%. Die Auslandsschulden betragen 17 Mrd. US-$; 45% der offiziellen Exporterlöse müssen für Schuldendienste verwendet werden. Von 1981 - 1990, für viele Staaten Lateinamerikas ein "verlorenes Jahrzehnt", war das BSP um 42,4% gewachsen. Dennoch leben weiterhin 45% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. (8)

In den achtziger Jahren veränderten die Aktivitäten der Kokain-Kartelle die ökonomische, soziale und gesellschaftliche Struktur des Landes. Etwa 70 - 80% der lateinamerikanischen Kokain-Exporte wurden Ende der achtziger Jahre von kolumbianischen Händlern vertrieben. Es wird geschätzt, daß allein 1989 zwischen 1 und 1,5 Mrd. US-$ an Devisen aus diesem Geschäft ins Land flossen, bei legalen Exporterlösen von ca. 6 Mrd. US-$. Die Kokainhändler sind auch außerhalb ihres eigentlichen Geschäfts zu wirtschaftlich mächtigen Gruppen aufgestiegen. Das Kartell von Cali investierte vor allem in moderne Industrien und die Mitglieder verhalten sich auch wie moderne Industrielle. Das Kartell von Medellín investierte vor allem in Großgrundbesitz, kaufte sich damit in die alte Agraroligarchie ein und orientiert sich auch an den entsprechenden kulturellen und sozialen Werten. Beide Gruppen sind Teil einer neuen Klasse von Besitzenden, welche die ökonomische Vorherrschaft der traditionellen Machtgruppen in Frage stellt. Bis zu den Ausnahmedekreten von 1989 war der Erwerb von Besitztümern mit Geld, das aus illegalen Drogengeschäften stammte, legal. Die Strafverfolgung gegen Drogenhändler war und ist de facto inexistent.

Das Drogengeschäft veränderte ab Mitte der achtziger Jahre auch das Leben in den Elendsgürteln der Städte. Viele tausend Jugendliche arbeiteten als Drogenkuriere, Mulas (Maultiere) genannt, und verdienten auf diese Weise in kurzer Zeit bei hohem Risiko viel Geld. Andere bildeten Killerbanden, Sicarios, die gegen gute Bezahlung jeden Auftrag der Drogenbarone ausführten. 1989 gab es allein in Medellín etwa 120 verschiedene Killerbanden mit insgesamt 3000 Mitgliedern zwischen 12 und 17 Jahren. Auf diese Weise kam einfach und schnell vergleichsweise viel Geld in die Elendsviertel. Zu dessen Erwerb war weder eine langwierige Ausbildung noch die Zugehörigkeit zu einer begüterten Familie erforderlich. Junge Leute, die ansonsten nie die Möglichkeit dazu bekommen hätten, verfügten über teuere Konsumgüter und Statussymbole: schnelle Motorräder, schwere Jeeps und Waffen. Das Drogengeld bewirkte eine beträchtliche soziale Mobilität, ermöglichte gesellschaftlichen Aufstieg. Dies wirkte in den Armenvierteln in starkem Maße individualisierend und entsolidarisierend, förderte eine auf den jetztigen Moment bezogene Genußhaltung und eine "Kultur des Todes". Nach dem Motto: lieber ein halbes Jahr gut leben und dann erschossen werden, als ein ganzes Leben lang in Armut dahinzukrebsen. Diese Haltung trug mit zur Ausbreitung einer beispiellosen Gewalttätigkeit in den großen Städten bei. (9) Die Guerilla verlor bei den Jugendlichen in den Elendsvierteln erheblich an Anziehungskraft. Auch auf dem Land nahm die Gewalttätigkeit zu, weil Angehörige des Medellín-Kartells ihren neuen Grundbesitz von bewaffneten Banden "säubern" ließen.

Ein weiteres Element außerordentlicher Gewaltentfaltung lag in der Terrorkampagne, die vor allem vom Medellín-Kartell (das Cali-Kartell verhielt sich neutral) verstärkt ab 1989, vor allem aber vom August bis Dezember 1989, vom Zaun gebrochen wurde. Die Drogenmafia liquidierte nicht mehr - wie in der Vergangenheit - "nur" abtrünnige Dealer, Linke und Campesinos, sondern auch jegliche Art von Personen und

staatlichen Repräsentanten (Richter, Polizei, Abgeordnete), die sich gegen die Aktivitäten der Drogenmafia aussprachen. Der massive Einsatz von Autobomben im Rahmen dieser Terrorkampagne und die gewalttätige Antwort des Staatsapparates vertiefte die Abneigung breiter Teile der Gesellschaft gegenüber jeglicher Form von Gewalt.

Ein Teil der Guerilla gibt auf (1989/1990)

Diese enorme, sehr gewalttätige innenpolitische Polarisierung verlief außerhalb der traditionellen Links-Rechts-Schemata. Hier trat eine neue Konfliktdimension in den Vordergrund, welche die alte - den Kampf Guerilla gegen Armee - zeitweise in den Hintergrund drängte. Wobei Armee, Regierung und die Vereinigten Staaten sowie ihre Verbündeten die Angriffe der Rauschgiftmafia als Vorwand benutzten, um die Aufrüstung von Armee (USA) und Polizei (BRD) voranzutreiben. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung der "Narco-Guerilla", ein Kampfbegriff um Guerilla und Drogenhändler gleichzusetzen, forcierten sie die militärischen Angriffe auf die Guerilla und versetzten der M-19 und dem "Volksbefreiungsheer" (EPL) harte Schläge.

Inmitten des zunehmenden Blutvergießens zog die Regierung von Präsident Vigilio Barco (1986 - 1990) am 1. September 1988 einen "Friedensplan" aus der Schublade, der drei Etappen vorsah. Sie bot unter der Vorbedingung, daß die Guerilla die Kämpfe einstelle, Gespräche an (Etappe 1). Kleinere administrative Reformen, regionale Dialoge (Etappe 2) und schließlich Amnestie, Legalisierung und Wahlbeteiligung der bewaffneten Linken wurden versprochen, wenn die Guerilla die Waffen niederlege (Etappe 3). Innerhalb der Guerillakoordination Simón Bolívar kam zum Streit darüber, wie mit dieser Initiative der Regierung umzugehen sei. (10)

Waffenniederlegung und Wahlbeteiligung der M-19

Anfang 1989 begann die M-19, die militärisch praktisch am Ende war, Verhandlungen mit der Regierung. Damit brach die Einheit der Guerillakoordination in einer zentralen Frage. Die Regierung verlangte von der M-19 eine "Geste des Friedens". Als Vorbedingung für Gespräche mußte sich die M-19 zu einem einseitigen Waffenstillstand verpflichten. Im März 1990 unterzeichnete die M-19 einen Friedensvertrag, der eine weitgehende Amnestie für die M-19-Mitglieder, die Wahlteilnahme der M-19 und die Niederlegung der Waffen beinhaltet. Des weiteren versprach die Regierung soziale Projekte in Höhe von einigen Mio. US-$ zu finanzieren, die von der M-19-Führung verwaltet werden sollten und zur sozialen Reintegration der Guerillas geplant waren. Bei den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1990 wurde der erste Kandidat der Liste der M-19, Carlos Pizarro, ermordet, der Nachfolgekandidat Antonio Navarro Wolff errang mit einem diffus populistischen Programm 12,53% der abgegebenen Stimmen - mehr als erwartet.

Spaltung der EPL im Juli 1990

Die Waffenniederlegung der M-19 verschärfte den politischen Druck auf die übrigen bewaffneten Organisationen erheblich. Sie mußten sich nun schnell, vor den weiteren für Dezember 1990 geplanten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung, entscheiden, ob sie im letzten Moment auf den bereits abfahrenden M-19-Zug einer sozialdemokratisch-populistischen Partei aufsprangen oder den bewaffneten Kampf unter schwierigen militärischen, vor allem aber wesentlich ungünstigeren politischen Bedingungen weiterführen wollten.

Neben militärischen Rückschlägen, dem Verlust der politischen Spielräume in den Städten und der politischen Modernisierungsoffensive durch die Regierung hatten die Guerillagruppen noch mit der ideologischen Verunsicherung aufgrund des Zusammenbruchs in Osteuropa zu kämpfen. Dies hat wohl besonders in der Führung des "Volksbefreiungsheers" (EPL), das eine besonders harte ML-Linie vertrat und sich positiv auf Albanien bezog, zur Infragestellung vieler Positionen geführt. Führungskader, die Albanien kannten, haben sich dem Vernehmen nach völlig entsetzt und konsterniert über den rapiden Einflußverlust der KP und die pro-USA-Demonstrationen geäußert. (11) Die durch die Ereignisse in Albanien ausgelösten Fragen und deren Auswirkungen auf die Gesamtorganisation sollten, obwohl es sich nur um tiefgreifende Zweifel von Einzelpersonen aus dem Führungszirkel handelte, nicht unterschätzt werden, da das EPL sehr hierarchisch und undemokratisch organisiert war.

Der Streit um die politische Perspektive wurde in engen, sogar von der Organisationsöffentlichkeit abgeschotteten Führungsgremien der KP (ML) und ihres bewaffneten Armes EPL ausgetragen. Beide Strömungen vermieden bis kurz vor dem unwiderruflichen Bruch die offene Benennung der politischen Differenzen. (12) Auf der Erscheinungsebene ging es um die Nicht-Einberufung von Sitzungen führender Gremien von Partei und EPL beziehungsweise um die Frage, wer berechtigt gewesen sei, daran teilzunehmen. Es ging auch um die personelle Besetzung der Friedensgespräche mit der Regierung (F. Caraballo versus B. Gutiérrez), in Wirklichkeit jedoch um die Positionen, die dabei einzunehmen seien. In der Organisation brach dieser Streit im Juni/Juli 1990 offen aus - als Demokratiedebatte. Der Flügel um B. Gutiérrez forderte in einem mehrtägigen Treffen (7. - 12. Juli 1990) im "Guerillalager Pueblo Nuevo" mehr Demokratie, eine Neuwahl der Parteiführung und die Weiterführung der Gespräche, die am 23. Mai 1990 in ein erstes gemeinsames Dokument zwischen Regierung und EPL gemündet waren. B. Gutiérrez konnte mit der Position "mehr Demokratie" und "weiterverhandeln" die meisten "jungen Guerilla-Kommandanten" hinter sich bringen, ebenso große Teile der Basis der Organisation. (13)

Die Führungsgremien der PC (ML), des EPL und ihrer Zeitung "Revolución" wurden von der Fraktion um Generalsekretär F. Caraballo kontrolliert. Die Leute um F. Caraballo, alte Kader, vertraten die traditionelle "harte Linie" des EPL, sprachen sich strikt gegen die Waffenübergabe im Stil der M-19 aus, führten einen Parallelkongreß durch und versuchten alles, um die Demokratie-Kritik von B. Gutiérrez abzudeckeln.

B. Gutiérrez gelang es gegen den Willen der Parteiführung um F. Caraballo, etwa 1200 - 1500 EPL-Guerillas in Lagern zusammenzuziehen und deren Waffen einzusammeln, wobei er gegenüber der Guerillabasis bis zum Schluß leugnete, die Waffen der Regierung übergeben zu wollen - was er schließlich tat. Die Begründung dafür hatte er schon vorher entwickelt, jedoch nicht offen vertreten: "Alle Faktoren, die wir in Kolumbien Gewalt ausüben und hervorrufen (Paramilitärs, Drogenmafia und die Selbstverteidigungskräfte - damit ist die Guerilla gemeint; Anm. d. A.), müssen damit Schluß machen und die bereits geöffneten Wege des Friedens gehen. Denn es gibt die Möglichkeit, einen neuen sozialen Pakt im Land zu schließen, der auf Pluralismus und Demokratie basiert." (14) Es ist kaum nachzuvollziehen, daß ein Guerilla-Kommandant derart platt von der Gewalt spricht und dabei die Aktionen von Guerilla und Todesschwadronen gleichsetzt. Aber bereits die M-19-Führer hatten die Übergabe der Waffen ähnlich oberflächlich begründet: "Die alten Formen, Politik zu machen, haben sich erschöpft"; "als wir merkten, daß die Leute den Wechsel auf dem friedlichen Weg herbeiführen wollten, haben wir die Waffen niedergelegt". (15)

Der Flügel um B. Gutiérrez gab vor, die ganze Organisation zu vertreten. Er behielt das Kürzel EPL bei, veränderte jedoch den Inhalt. Aus "Volksbefreiungsheer" wurde "Hoffnung, Frieden und Freiheit". Die Regierung finanzierte der Strömung um Gutiérrez mehrere Nummern der EPL-Zeitung "Revolución", die von der reaktionären Tageszeitung "El Tiempo" gedruckt wurde. Auf diese Weise wurde die Öffentlichkeit monatelang gezielt verwirrt, bis es der Strömung unter F. Caraballo gelang, sich wieder soweit zu reorganisieren, daß diese Manöver aufgeklärt werden konnten. Das (EPL / Caraballo) ist heute Teil der "Guerillakoordination Simón Bolívar", während die Bewegung "Hoffnung, Frieden und Freiheit" (EPL / Gutiérrez) als sozialdemokratische Gruppe im Bündnis mit der Wahlpartei der M-19 (Demokratische Aktion M-19) arbeitet.

Es ist anzunehmen, daß viele Mitglieder des EPL ebenso wie der wesentlich kleineren Guerillagruppen PRT und Quintín Lame deshalb der Waffenniederlegung zustimmten, weil ihnen klar wurde, daß ein militärischer Sieg weiter entfernt war denn je zuvor. Neben den militärischen Schlägen wirkte sich vor allem auf den Führungsebenen der Zusammenbruch der osteuropäischen KP's ideologisch sehr verunsichernd aus. Dazu kam auf der anderen Seite die günstige Gelegenheit, legal und mit möglichem Erfolg an den Wahlen vom März, Mai und Dezember 1990 teilzunehmen. Mit all dem, was das auch bedeutet: Posten, Geld, öffentliche Präsenz, Einfluß. Dies dürften die wirklichen Gründe sein, warum die genannten Gruppen, ähnlich wie die M-19, jeweils individuelle Abkommen mit der Regierung schlossen. 1990 gaben nach - tendenziell übertriebenen - offiziellen Zahlen der Regierung insgesamt 3157 Personen die Waffen ab.

Die Antwort der CGSB: ernsthafte Verhandlungen

Die Waffenniederlegung von vier Organisationen, die der Guerillakoordination angehört hatten, die Wahlerfolge der M-19, die Wahl einer Verfassung gebenden Versammlung (Dezember 1990) und die Verabschiedung einer neuen Verfassung (5. Juli 1991), die Popularität des 1990 neugewählten liberalen

Präsidenten Gaviria und die eklatante Schwäche der Massenbewegung brachten die Guerilla politisch völlig in die Defensive. (16) Die Regierung begann zudem eine breite, stadtteilorientierte Kampagne: "Viva la Ciudadanía". Das explizite Ziel: unabhängige Basisorganisationen in eine von der Regierung kontrollierte und vorangetriebene Alphabetisierungs- und Mobilisierungskampagne einzubeziehen. In den Basisbewegungen entbrannte ein Streit über die Frage der Beteiligung, was 1990/91 zur Spaltung und politischen Paralysierung der Basisbewegungen führte. Die wenigen Sektoren, die eine Beteiligung ablehnen, werden als Guerilla-Sympathisanten in die Ecke gedrängt. Die Menschenrechtsverletzungen halten indessen an. Im Zuge einer radikal neoliberalen Wirtschaftspolitik wurden 1990/91 dreihunderttausend Arbeitsplätze wegrationalisiert (Planung für 1992: weitere 150.000) und die Rechte der Gewerkschaften im Rahmen der "reforma laboral" drastisch beschnitten. Die Guerillagruppen verfügen jedoch derzeit kaum über Möglichkeiten, mit politischen Mitteln zu intervenieren; sie sind politisch weitgehend isoliert.

Zudem verschärfte die Armee ihre militärischen Angriffe. So wurde das Hauptquartier, "Casa Verde", der FARC am 9. Dezember 1990 eingenommen und zerstört. Das neue Zentrum der FARC wird derzeit von tausenden Soldaten belagert. Die sich mit Hilfe von ELN und FARC wiederbewaffnenden Teile des "Volksbefreiungsheeres" (EPL/Caraballo) sind schwerem militärischem Druck ausgesetzt. Die Guerilla ist dennoch ein militärisch ernstzunehmender Faktor. Sie dürfte gegenwärtig ca. 15.000 - 17.000 Personen unter Waffen haben, wobei der Großteil (60 - 70%) der pro-kommunistischen FARC angehört, während das ELN ca. 3.000 - 4.000 Guerillas hat. (17) Die Armee (1988: 135.000 Angehörige, davon 72.000 Polizisten) hatte 1991 nach eigenen Angaben 1873 Tote und Verwundete zu beklagen, 269 Soldaten wurden von der Guerilla gefangengenommen. (18) Vergleicht man das Konfliktniveau mit El Salvador, so fällt auf, daß die Armee Kolumbiens etwa dreimal so viele Angehörige hat, während sie "nur" 25% der Opfer hinnehmen mußte, wie die Streitkräfte El Salvadors (1991: knapp 8.000 Tote und Verwundete).

In dieser außerordentlich schwierigen Lage entwickelte die "Guerillakoordination Simón Bolívar" (FARC, ELN, EPL/Caraballo) 1991 eine Dialogpolitik, die mit jener von FMLN und URNG vergleichbar ist. Das unmittelbare Ziel, das offen so nicht benannt wird, dürfte zunächst darin liegen, die politische Isolation aufzubrechen. Die Guerilla Kolumbiens verhandelt mit einer gemeinsamen, mit Vollmachten ausgestatteten Kommission mit der Regierung. Sie wies Vorbedingungen, wie eine einseitige Feuerpause, erfolgreich ab. Bei dem Dialog selbst geht es nicht wie bei den anderen Gruppen (M-19; PRT; Quintín Lame; EPL/Guitiérrez), die 1989/90 verhandelten, lediglich um die Modalitäten einer Waffenniederlegung. Vielmehr sucht die Guerillakoordination eine politische Gesamtlösung des seit 40 Jahren andauernden Konflikts, welche grundlegende Strukturveränderungen beinhaltet. Die Waffenniederlegung steht erst nach Erreichen eines Globalabkommens im Stile El Salvadors zur Debatte.

Die erste Dialogrunde (Caracas, 4./5. Juni 1990)

Die Guerilla ließ nach ersten Kontakten mit der Regierung als Zeichen des guten Willens 70 gefangene Soldaten frei und suspendierte zeitweise die Aktionen gegen wirtschaftliche Ziele. Nach wochenlanger informeller Sondierung trafen sich Guerilla und Regierung am 4. und 5. Juni 1990 unter Anwesenheit von nationalen und internationalen Beobachtern zur ersten offiziellen Sitzung in Caracas/Venzuela. Dabei konnten sie sich auf eine gemeinsame Abschlußerklärung einigen, die eine Tagesordnung für weitere Gespräche festlegte. Ihr Ziel: "Die definitive Lösung des bewaffneten Konflikts, sowie die Konkretisierung einer Politik, die definitiv zur Überwindung der Ursachen führen, die diesen Konflikt bedingten".

Die "vorläufige Tagesordnung" beinhaltet zehn Punkte: I) Waffenstillstand zwischen Regierung und Guerillakoordination; II) Verbindung dieses Prozesses mit der Verfassung gebenden Versammlung, politischen Körperschaften, politischen Organisationen und sozialen Sektoren; III) Aktionen gegen paramilitärische Gruppen und die Straflosigkeit; IV) Menschenrechte und Rechte der ethnischen Minderheiten; V) Staat und Demokratie; VI) Nationale Souveränität und Umgang mit natürlichen Reichtümern des Landes; VII) Demokratisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik; VIII) überprüfbare Konkretisierung dieser Punkte; IX) internationale Überwachung des Prozesses; X) Reglement weiterer Verhandlungen. Die drei VertreterInnen der Guerilla, die Beobachtergruppe und die Regierung unterzeichneten diese Übereinkunft. Die Armee nahm weder an den Gesprächen teil noch unterschrieb sie! Die Armee hält sich - wie bereits bei früheren Dialogprozessen - bedeckt, was auf eine versteckte Ablehnung hindeutet. (19)

Diese Vereinbarung steckt einen weiten Rahmen für die zukünftigen Verhandlungen. Hier steht die ganze Struktur des Staates und dessen Beziehung zur Gesellschaft zur Diskussion. Darin sind alle Punkte aufgenommen (Armee, soziale Frage, Bestrafung der Menschenrechtsverletzer etc.), die in der verfassungsgebenden Versammlung stillschweigend ausgeklammert worden waren. Die Regierung mußte akzeptieren, daß sich die Gespräche mit der Guerillakoordination substantiell von den Einzelabkommen zur Waffenniederlegung des Jahres 1990 unterscheiden. Hierin liegt bereits ein wichtiger politischer Erfolg der Guerilla.

Die zweite Dialogrunde (Caracas, 10. November 1990)

Nach Verabschiedung dieser Arbeitsgrundlage gingen die Besprechungen in Caracas fünf Monate lang weiter, während sich im Land die bewaffnete Konfrontation eher verschärfte. Die Armee versuchte laut eigenen Angaben, die Führung der FARC auszuschalten. Die wichtigsten Gesprächsthemen: einseitiger oder bilateraler Waffenstillstand; Zusammenfassung der Guerilla in festzulegenden Lagern; entmilitarisierte Zonen; Freilassung von gefangenen Soldaten und Zivilisten durch die Guerilla. Bei all den genannten Punkten gab es tiefgreifende Differenzen. Die Regierung versuchte beispielsweise weiterhin, die Guerilla zu einer einseitigen Feuerpause zu drängen, was diese naturgemäß zurückwies. Die Guerilla verpflichtete sich jedoch in einem Kommuniqué vom 11. September 1991, die Angriffe auf die Erdöl- und Erdgasleitungen sowie auf die Stromleitungen einzustellen. Sie stimmte außerdem dem Besuch einer Delegation des internationalen Roten Kreuzes in ihren Lagern zu, welche die Lage der gefangenen Soldaten und entführter Zivilisten überprüfen soll.

Am 10. November unterzeichneten beide Verhandlungsdelegationen schließlich zwei Dokumente zum Punkt "Waffenstillstand". Darin wurden - was positiv war - 16 Aspekte festgelegt, die für eine Feuereinstellung geklärt werden müssen. Letztlich gelang es aber lediglich, den tiefgreifenden Dissens beider Seiten zu diesen Aspekten in einem zweiten Papier festzuschreiben. Der beginnt bei der Frage, welche Guerillafronten überhaupt in ein Abkommen einzubeziehen sind, den politischen Garantien, der internationalen Übewachung einer Feuerpause etc... (20) Die bescheidenen Verhandlungsergebnisse der zweiten Runde sind auf tiefgreifende Meinungsunterschiede über Sinn und Zweck des Verhandlungsprozesses und auf die verhärtete Haltung der Regierung zurückzuführen. Diese versucht im Grunde immer noch, die Gespräche auf die rein militärische Frage Waffenstillstand/Waffenniederlegung zu reduzieren. Die Guerilla tut ihrerseits alles, um das zu verhindern und auch die übrigen neun Punkte, die im Juni 1991 in Caracas vereinbart wurden, in die Diskussion zu bringen.

Die dritte Runde (Caracas, ab Februar 1992)

Der Beginn der dritten Runde mußte zunächst auf Druck der Regierung Kolumbiens vom 1. auf den 10. Februar verschoben werden. Nun wurde der Termin erneut verlegt, weil sich die sozialdemokratisch-populistische Regierung unter Carlos Andrés Pérez (Vize-Präsident der Sozialistischen Internationale) nicht mehr in der Lage sieht, die Sicherheit der Delegationen zu gewährleisten. Nach dem fehlgeschlagenen Militärputsch vor drei Wochen ist die gastgebende Regierung Venezuelas sehr geschwächt. Nun sollen sich die Delegationen am 2. März in Caracas (Venezuela) nur treffen, um den neuen Verhandlungsort zu vereinbaren.

Um die Blockadepolitik der kolumbianischen Regierung aufzubrechen, versucht die Guerillakoordination die Kongreßabgeordneten und die Öffentlichkeit in die Diskussion um den Dialog einzubeziehen. Dazu schlug sie jüngst in einem Brief drei sehr breit getragene Treffen vor, die Teil eines "Nationalen Dialogs" sein sollen. Das Ergebnis soll eine breit getragene Übereinkunft als Grundlage für den Frieden sein. Außerdem sollen regionale Dialoge in konfliktiven Zonen eingerichtet werden.

Die Guerilla machte für ihre "Strategie des Friedens" zwölf Vorschläge, u. a.: kein Ausverkauf der nationalen Industrie; Verteidigung der nationalen Reichtümer; Änderung der Militärpolitik und Entmilitarisierung des Landes; Auflösung paramilitärischer Gruppen und Bestrafung der Verantwortlichen; Schutz der Menschenrechte; Neuverteilung des Landes; Integration der ethnischen Minderheiten und Entschädigung der Opfer von Gewalt. (21)

Es ist nicht zu erwarten, daß in kurzer Zeit als Ergebnis der dritten Verhandlungsrunde ein Waffenstillstand vereinbart wird. Dazu sind die Differenzen zu tiefgreifend. Die Regierung ist derzeit sowohl innen- als auch außenpolitisch so stark, daß sie es sich problemlos leisten kann, keine substantiellen Zugeständnisse zu

machen. Sie bietet gegenwärtig de facto wenig mehr als die Legalisierung der Aufständischen. Die Guerilla ist ihrerseits innen- und außenpolitisch nach wie vor weitgehend isoliert. Sie verfügt jedoch über hinreichend militärische Stärke und vor allem über potentielle Entwicklungsmöglichkeiten, um dem hohen politischen und militärischen Druck standzuhalten. Es ist anzunehmen, daß mit zunehmender wirtschaftlicher Polarisierung im Zuge der harten neoliberalen Regierungspolitik die Basisbewegungen wieder von ihrer regierungsfreundlichen Haltung abrücken. Auch die weiter anhaltenden massiven Menschenrechtsverletzungen werden die Regierung unter Druck setzen. In diesen Fragen hat die "Guerillakoordination Simón Bolívar" im Grunde Bündnismöglichkeiten. Es hängt viel davon ab, ob es ihr gelingt, andere Teile der Gesellschaft für die Beteiligung am Dialogprozeß zu gewinnen. Darüberhinaus ist entscheidend, ob sie neben der Frage des Waffenstillstandes die wirtschaftlichen, sozialen und Menschenrechtsaspekte ins Zentrum der Diskussion rücken kann. Hier kann sie die Regierung in die politische Defensive drängen. Für die weitere Entwicklung in Kolumbien ist der Fortgang des Verhandlungsprozesses von entscheidender Bedeutung.

Al., Nürnberg (29.2.1992)

Anmerkungen:

1) Zur Zunahme der politischen Aktivitäten der Guerilla in den Städten: Alonso Salazar, Totgeboren in Medellín, Wuppertal 1991, S. 62ff. Zur Zunahme der Aktivitäten der Massenbewegung: Heinz Mayer, Kolumbien: Der schmutzige Krieg, Reinbeck bei Hamburg 1990, S. 65ff; Jenny Pearce, Colombia: Inside the Labyrinth, London 1990, S. 154ff

2) Jorge Carrillo, La CUT: cinco anos después, in: Revista de la ENIS, Nr. 23, Medellín November 1991, S. 2 - 6

3) Siehe: Ricarda Knabe, Kolumbien: Amnestie und konservative Befriedung, in: M. Ehrke, T. Evers u.a. (Hg) Lateinamerika - Analaysen und Berichte 9, Hamburg 1985, S. 263ff

4) Die "Frente Ricardo Franco" spaltete sich Anfang der 80er von der KP-nahen FARC ab, hatte etwa 300 Mitglieder und war vor allem im Departament Cauca aktiv. Sie hatte eher den Charakter einer regional tätigen Bande von Banditen, Erpressern und Entführern, denn einer Guerillabewegung im üblichen Sinn. Die politische Rhetorik diente lediglich zur Bemäntelung der auf bloße Machtausübung reduzierten politischen Praxis. Siehe auch Teil 1 dieser Untersuchung.

5) Zitiert nach: Amnesty international, Kolumbien - ein Land im Ausnahmezustand, Bonn 1988, S. 25

6) Amnesty international, Kolumbien, a.a.O., S. 33

7) Alle Angaben nach: Amnesty international, a.a.O. S. 14ff; Bulletins der kirchlichen Menschenrechtsorganisation Justicia y Paz; Solidaridad, Nr. 100, Bogotá November 1988

8) Alle Angaben nach: Albert Bettermann, Die wirtschaftliche Entwicklung Kolumbiens in den achtziger Jahren, in: KAS-Auslandsinformationen 5/1991, Bonn Mai 1991, S. 34 - 40; Rainer Dombois, Ciro Krauthausen, Kolumbien im Kokainkrieg, in: D. Dirmoser u.a. (Hg), Lateinamerika - Analysen und Berichte 14, Hamburg 1990, S. 213 - 222

9) Alle Zahlen sowie Reportagen zu den Veränderungen in den Stadtrandgebieten und das spezielle Lebensgefühl vieler Jugendlicher dort sind nachzulesen bei: Alonso Salazar, Totgeboren in Medellín, Wuppertal 1991

10) Enrique Neira, Un caso intricado de violencia: Colombia, in: Nueva Sociedad, Nr. 105, Caracas/Venezuela Januar/Februar 1990, S. 150f

11) Dieses - plausibel klingende - Argument wurde in Gesprächen geäußert, die ich im Januar 1992 mit Mitgliedern beider Fraktionen des EPL führen konnte. Inwieweit es zutrifft, ist für mich nicht überprüfbar.

12) Noch am 1. Juni 1990, wenige Wochen vor dem endgültigen Bruch, wiesen die Führer beider Fraktionen in einem gemeinsamen Brief Pressemeldungen von "einer angeblichen Spaltung kategorisch zurück". Siehe: EPL, Iniciamos: Proceso de Paz Gobierno - EPL, Colombia 1990, S. 13) Der Flügel um F. Caraballo behauptet ebenso, die Mehrheit in der Gesamtorganisation zu haben. Dies scheint durch die Fakten nicht gedeckt. Wie wäre es sonst zu erklären, daß der Großteil der EPL-Guerillas die Waffen der führenden Gruppe um B.

Gutiérrez übergab, welche diese allerdings dann, entgegen vorherigen Zusicherungen, an die Regierung abgab. Ein Teil der EPL-Militanten, vor allem die Stadtguerillagruppen, verselbständigte sich völlig, löste sich auf oder verwandelte sich in "Volksmilizen" (MP). Diese verfügen über kein politisches Programm und widmen sich als Bürgerwehren - mit wachsendem Zuspruch - der "Säuberung" von Elendsvierteln. Vgl: Kai Ambos, Kolumbien: Volksmilizen, in: Lateinamerika Nachrichten Nr. 211, Januar 1992, S. 74 - 77

14) Brief vom 27.6.1990, in: EPL, Iniciamos, a.a.O., S. 21

15) Antonio Navarro Wolff, Colombia: La paz es políticamente rentable, in: ALAI, Quíto März 1991, S. 2

16) An dieser Stelle können wir weder auf die Wahlergebnisse noch auf die Verfassungsdebatte genauer eingehen, da es den Rahmen der Untersuchung sprengen würde. Siehe: Hans Heinrich Funke, Wahlen zur Verfassung gebenden Versammlung in Kolumbien, in: KAS-Auslandsinformationen 2/91, Bonn Februar 1991, S. 22 - 23; 1990; Hans Heinrich Funke, 1990 als Wahljahr in Kolumbien, in: KAS-Auslandsinformationen 6/1991, Bonn Juni 1991, S. 37 - 40; Christian von Haldenwang, Kolumbien in guter Verfassung, in: iz3w, Nr. 178, Freiburg, Dez. 91/Jan. 1992, S. 10 - 13; M. Ruiz Borraz, Más y menos de la Nueva Constitución, in ALAI, Quíto, August 1991, S. 6

17) Zahlen nach: Enrique Neira, Un caso intricado de violencia: Colombia, a.a.O., S. 142; andere ernst zu nehmende Quellen schätzen die zahlenmäßige Stärke der Guerilla nur halb so hoch ein: Colombia Hoy Informa, Nr. 92, Bogotá, Juli 1991, S. 17

18) Zahlen nach: Voz, Bogotá, 13.2.1992, S. 9

19) Das Abkommen ist vollständig abgedruckt in: Colombia Hoy Informa, Nr. 92, Bogotá, Juli 1991, a.a.O., S. 24 - 25

20) Die Dokumente sind vollständig abgedruckt in: Voz, Bogotá, 14.11.1991, S.7

21) Der Vorschlag "Doce propuestas para construir una estrategia de paz" ist vollständig abgedruckt in: Voz, Bogotá, 13.2.1992, S.9

16. Im Irrgarten des Alltags (Rezension von Kai Ehlers "Sowjetunion. Mit Gewalt zur Demokratie?) Von Andreas Skrypietz

Annäherungen an ein Buch

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:18

"Im Labyrinth der nationalen Wiedergeburt zwischen Asien und Europa", so untertitelt Kai Ehlers sein Buch: "Sowjetunion. Mit Gewalt zur Demokratie?". Dieses Buch ist bereits im September letzten Jahres erschienen, doch es ist alles andere als überholt. Rein formal mag mensch gegen diese Einschätzung einwenden, daß in der Zwischenzeit so viel in der ehemaligen UdSSR passiert ist, daß das Geschriebene notwendigerweise als Erkenntnisse von gestern erscheinen müssen. Doch dem ist keineswegs so. Denn Kai Ehlers versteht es, in den Alltag der SU abzutauchen und dort mit den Menschen zu reden; über ihre Probleme beim Überlebenskampf, in der Schlange vorm Fleischerladen, aber auch bei der Suche nach politischer Orientierung, nach einem Ausweg aus der anhaltenden Krise.

Entstanden ist das Buch in den Tagen vor dem Doppelputsch im August. "Aber ein gescheiterter Putsch macht noch keine Demokratie." (S. 8, wenn nichts anderes angegeben, sind alle Zitate aus dem besprochenen Buch. as) So resümiert Kai Ehlers die Tage des Augustes und kommt im Anschluß zu der Erkenntnis, daß das Selbstbewußtsein der sowjetischen Völker, insbesondere des russischen, durch die Verhinderung einer Notstandsjunta gestärkt worden ist, daß aber gleichzeitig keines der aktuellen Probleme auch nur ansatzweise einer Lösung zugeführt werden konnte. Denn das Programm der Notstandsputschisten unterschied sich nur in seinen Durchsetzungsmethoden, nicht aber in der generellen Ausrichtung von der Politik, die Gorbatschow, Jelzin und die übrigen Republikpräsidenten im Abkommen "Neun plus Eins" vereinbart hatten.

In diesem war es darum gegangen, einerseits die bestehende Zentralisierung der UdSSR schrittweise aufzuheben, andererseits schrittweise und unter Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung kapitalistische Verhältnisse einzuführen. Der neue Vertrag war einer der zahlreichen Kompromisse, die Gorbatschow mit den Konservativen und den sog. Radikalreformern ausgehandelt hatte. "Es ist Gorbatschow und Jelzin und den mit ihnen sympathisierenden Medien gelungen, den Kompromiß, besonders ihre von daher datierende Zusammenarbeit und die Aussicht auf die schnelle Verabschiedung eines neuen Unionsvertrages, als neue Etappe der Demokratisierung in der UdSSR erscheinen zu lassen. Dem kann zustimmen, wer den Zuwachs an Demokratisierung an der gelungenen Befriedung von Massenunruhen mißt." (S. 12) Diese Einschätzung untermauert Kai Ehlers einerseits mit den Tatsachen, die hinter diesem Abkommen stehen; andererseits wird sie im Verlauf des Buches durch die Gespräche, die er geführt hat, verdeutlicht.

Denn das "Neun plus Eins"-Abkommen beinhaltete ein faktisches Streikverbot für die gesamte Industrie, eine Neuauflage der Zensurbestimmungen für die Medien und ein Verbot von Protesten zur Durchsetzung politischer Ziele. Damit dies auch umgesetzt und eingehalten werde, wurde ein Notstandskomitee gegründet. Diesem gehörten die späteren Putschisten Innenminister Pugo und Ministerpräsident Pavlov an. Sie haben aus ihrer Sicht bei der Verhängung des Notstandes den Auftrag aus dem "Neun plus Eins"- Abkommen umgesetzt.

Aber auch die Sieger von Moskau, Boris Jelzin und seine AnhängerInnen, werden von Kai Ehlers kritisch betrachtet. Insbesondere die nationale Ausrichtung der Politik Jelzins wird hinterfragt: "Was schließlich erwächst aus der Allianz Jelzins mit den russischen Nationalisten, die jetzt zum Sturz der Putschisten führte? Jelzin hat die rot-weiß-blaue Fahne des vorrevolutionären zaristischen Rußlands am Tage des Sieges über die Putschisten zur Fahne der russischen Republik erklärt. Auf der patriotischen Welle für die nationale Wiedergeburt Rußlands konnte Jelzin den Widerstand gegen den sowjetischen Patriotismus der Putschisten organisieren. Selbst Altstalinisten wie der von seinen patriotischen Auftritten bei der Gründung der russischen KPdSU berüchtigte General Makaschow und die mit ihm sympathisierenden `Pamjat'-Gruppierungen standen in den beiden Tagen des Putsches an Jelzins Seite.

Aber dieselbe nationalistische Orientierung, die heute zum Sieg der Liberalen und Demokraten unter Jelzin führte, kann sich morgen gegen Autonomiebestrebungen innerhalb der RFSSR richten, wenn die Tatarische Republik, die moldawische, wenn die Ukraine, oder wenn das westliche Sibirien von der russischen Republik die Unabhängigkeit einfordert, die man jetzt gemeinsam für die russische Republik gegen die Union durchgesetzt hat. Mit Jelzins Sieg ist zunächst nur einmal sowjetischer gegen russischen Patriotismus ausgetauscht worden. Die russische Vorherrschaft blieb die gleiche." (S. 15)

Dieses längere Zitat macht deutlich: Die Politik in der UdSSR nach dem Putsch, aber auch nach der Gründung der GUS hat sich nicht grundlegend geändert; es haben sich Akzente verschoben, Gesichter sind verschwunden, andere sind aufgetaucht, aber eine grundlegende Änderung der Verhältnisse ist nicht eingetreten. Der Alltag der Menschen hat sich trotz aller Versprechungen und Beschwörungen nicht positiv entwickelt. Es ist bislang nur weiter nach unten gegegangen. Die Gesellschaft der UdSSR und der heutigen GUS differenziert sich immer weiter aus, der Abstand zwischen Gewinnlern und Verlierern wird immer schneller immer größer. Die Zahl der Verlierer umfaßt die gesamte Bevölkerung, die der Gewinnler fast die gesamte alte Nomenklatura. Einzig das Bündnis aus alter Staats- und Parteimacht und neuer Mafiamacht hat ein wenig Bewegung in die Strukturen gebracht. Doch für die Menschen in ihrem alltäglichen Kampf hat sich nur ein wenig von der Fassade geändert, der Schrecken des Alltags ist der alte.

Abtauchen ins Labyrinth

In zahlreichen Gesprächen, Debatten und Diskussionen hat Kai Ehlers versucht, sich dem komplexen Alltag der Menschen in der ehemaligen UdSSR anzunähern. Herausgekommen sind verschiedene Bilder, gemalt aus der Gesprächssituation mit den verschiedensten Menschen, der Hausfrau und Mutter, dem politischen Kämpfer, dem Patrioten und Pamjatanhänger und vielen mehr. Durchsetzt ist das Ganze mit Eindrücken und Reflexion über Worte und Begriffe, die einem ständig in der ehemaligen SU begegnen: mir, stroika, perestroika, Geschichte und mehr. Ihre Vielschichtigkeit ergänzen die facettenartige Skizze der Gesellschaft dessen, was mensch heute wieder Rußland nennt. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf die Gespräche und Bilder näher einzugehen. Nur eines sei gesagt: die Leserin, der Leser sollte versuchen, sich möglichst offen auf die Lektüre einzustellen, denn nur so sind die Buchstaben und Wörter in ihrem tieferen Gehalt zu erfassen.

Die KämpferInnen für Freiheit und Demokratie treten von der Bühne ab, was bleibt sind staubige Bretter und ein fader Nachgeschmack: Das kann doch nicht alles gewesen sein?! Und schon kommt die scheinbare Lösung um den nächsten Häuserblock marschiert: Die tausendjährige Geschichte Rußlands, von allen bemüht, wenn es darum ging und geht, eine schwierige Gegenwart zu bewältigen. Die Besinnung auf die Geschichte dient im Moment in der alten UdSSR nur dazu, den Nebel in den Köpfen der Menschen zu verdichten, die "heile Welt" vergangener Tage wird bemüht, weil Mensch der Gegenwart nicht Herrin oder Herr wird: Stalin, Nikolaus II. und Peter der Große betreten die Bühne, im Schlepptau den Gulag, das Analphabetentum und die Sklaverei. Dieses Gemenge bereite mensch auf dem Boden einer soliden Kleinstaaterei, und heraus kommt die Zukunft der GUS.

Kai Ehlers hat es verstanden, diese alltägliche Verrückheit, dieses Labyrinth der Gegenwart der ehemaligen Sowjetunion, zu durchdringen und gut lesbar zu Papier zu bringen. Auch Außenstehenden erschließt sich so ein Einblick in dieses Labyrinth. Das Buch hat ohne Zweifel eine größere Beachtung verdient.

Andreas Skrypietz

Kai Ehlers

Sowjetunion. Mit Gewalt zur Demokratie?

Im Labyrinth der nationalen Wiedergeburt zwischen Asien und Europa.

Verlag am Galgenberg, Hamburg 1991

17. "... ein Waffenstillstand ist möglich ..." Interview mit Eduardo Marino

Interview mit Eduardo Mariño, kolumbianischer Wissenschaftler und Journalist, der am Dialogprozeß aktiv mitarbeitet

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:30

ak: Herr Mariño, Sie wirken aktiv am gegenwärtigen Verhandlungsprozeß mit. Welche Rolle spielen Sie dabei?

Mariño: In dem derzeit stattfindenden Dialog- und Verhandlungsprozeß sind die einzigen direkt Beteiligten die Delegierten der Regierung und der Guerillakoordination. Ich habe diesen Prozeß, wie viele andere Kolumbianer, kommentiert und Vorschläge eingebracht.

Die erste Gesprächsrunde zwischen Regierung und der Guerillakoordination Simón Bolívar (CGSB) fand im Juni 1991 statt. Worin unterschied sie sich denn Ihrer Meinung nach von den vorhergegangenen Unterredungen mit M-19, PRT, EPL und Quintín Lame?

In den vorhergegangenen Prozessen einigten sich die Regierung und jene Guerillagruppen schnell darauf, daß "eine Feuereinstellung das Ende der Feindseligkeiten bedeutete". Im gegenwärtig stattfindenden Prozeß geht die Regierung - bisher - weiter von dieser Definition aus. Die Position der Guerillakoordination ist - bisher - eine andere: für sie ist eine "Feuereinstellung ein Waffenstillstand, auf dessen Grundlage weiter verhandelt wird". Diese beiden Definitionen von "Feuereinstellung" sind inkompatibel. Damit kann es kein Abkommen über den bewaffneten Kampf geben.

Will die Regierung das Schema von 1989/90 wiederholen? Damals hatten die Unterredungen lediglich den Inhalt, die Methode und den Zeitplan für die Waffenabgabe zu vereinbaren. Im Gegenzug amnestierte und legalisierte sie die Aufständischen.

Die Vorgehensweise der Regierung wurde von der Bewegung M-19 und den anderen Gruppen akzeptiert: "zuerst den bewaffneten Kampf beenden und dann mit der Politik beginnen. Die Gegenantwort der Guerillakoordination Simón Bolívar unterscheidet sich davon: "zuerst müssen politische Abkommen geschlossen werden, die dann erst das Ende des bewaffneten Kampfes erlauben".

Wollen die heute noch aktiven Guerillagruppen der CGSB (FARC, ELN und EPL/Caraballo) denselben Weg gehen, wie jene Gruppen, die die Waffen niederlegten?

Die M-19 wollte und konnte mit einem reformistischen Programm, das viele Gemeinsamkeiten mit dem Programm der Regierung hatte, auf die politische Bühne der Wahlparteien treten. Der Chef der M-19 wurde Minister. Die Nationale Guerillakoordination dagegen hat nicht aufgehört, an die Revolution zu denken. Aber sie ist dabei, den Gedanken an eine gewaltsame Revolution fallenzulassen. Heute denkt niemand an die Möglichkeit, daß einer der Kommandanten der Nationalen Guerillakoordination sich zum Minister verwandelt.

Warum hat sich die Regierung überhaupt mit der Guerilla an einen Tisch gesetzt?

Die Regierung versucht, das Blutvergießen zwischen den Kolumbianern und die Zerstörung der Wirtschaft zu beenden. Das ist ihr Wunsch und darüberhinaus auch ihre Pflicht.

Und die Guerilla, warum verhandelt sie?

Im allgemeinen, glaube ich, weil mehr als 25 Jahre bewaffneter Kampf keine Verbesserungen im Land bewirkt haben. Dazu kommt, daß die Landbevölkerung unter der Kriegssituation sehr stark zu leiden hat und aus ihren Ursprungsorten flieht.

Welche konkreten Differenzen gibt es um die wichtige Frage des Waffenstillstandes?

In wenigen Worten könnte man es so erklären: die Regierung akzeptiert nicht, über einen Frieden zu verhandeln, während der Krieg andauert. Und die Nationale Guerillakoordination ist nicht bereit, den Krieg zu beenden, solange die Bedingungen des Friedens nicht ausgehandelt sind.

Die Guerilla fordert von der Armee die Einhaltung des Völkerrechts und der Genfer Protokolle, welche die Normen für Bürgerkriege festlegen. Was sagt die Regierung dazu?

In bezug auf das Völkerrecht gibt es bei beiden kriegsführenden Parteien Probleme und Widersprüche. Auf der einen Seite werden weiterhin Folter und außergerichtliche Hinrichtungen praktiziert. Auf der anderen Seite (der Guerilla, Anm. d. A.) gehen die Entführung und Ermordung von Zivilpersonen weiter. Außerdem bombardieren die einen weiterhin und fügen damit der Landbevölkerung Schaden zu, während die anderen ökologische Delikte begehen (durch die Sprengung von Ölpipelines durch die Guerilla, Anm. d. A.). Schließlich verüben auch "Unbekannte" weitere Verbrechen.

Es ist offensichtlich, daß sehr tiefgreifende Widersprüche über die Frage des Waffenstillstandes existieren. Gibt es denn auch Punkte der Annäherung? Beispielsweise dadurch, daß die Armee mit dem "schmutzigen Krieg" aufhörte und die Guerilla die Anschläge auf die Ölfördereinrichtungen einstellte?

In Kolumbien, ebenso auf den Philippinen und in anderen Ländern, müßte man wenigstens zu Minimalabkommen hinsichtlich der Kriegführung gelangen, solange man keine Friedensvereinbarungen abschließt. Von einem "sauberen" Krieg kommt man leichter zu Friedensvereinbarungen als von einem "schmutzigen Krieg".

Hat denn die Regierung, selbst wenn man ihr den Willen zu Friedensvereinabrungen unterstellte, überhaupt die praktische Kapazität, die Gewalt der Armee, Geheimdienste und der paramilitärischen Organisationen zu kontrollieren?

In Kolumbien gibt es viele verschiedene Ursachen für die Gewalt. Die Gewalt der Armee und der Guerilla können insofern durch politische Abkommen beendet werden, als diese Gewalt politisch motiviert ist. Ein profunderes Problem ist die Gewalt, die von den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen ausgeht; außerdem gibt es die der Mafias. Diese kann nicht durch Abkommen erfaßt werden, weil sie nicht politischer Natur ist. Die kolumbianische Tragödie rührt aus der Komplexität her, die durch die Vermischung dieser verschiedenen Arten von Gewalt entsteht.

Wie schätzen Sie die Position der Streitkräfte ein? Die Armee beteiligt sich nicht direkt an den Verhandlungen. Ist sie bereit, ein Abkommen zu respektieren, oder würde sie es, wie 1984, sabotieren?

Mir scheint es, daß die Regierung unter Präsident Gaviria eine größere Einheit zwischen der Zivilregierung, dem Staat und dem Militär geschmiedet hat. Heute gibt es mehr Übereinstimmung zwischen den Politikern und den Militärs. Aber die Armee ist nicht dazu da, Politik auszuhandeln, sondern Politik auszuführen. Aber es wäre gut, wenn die Generale gemeinsam mit den Zivilisten an einigen Arbeitskommissionen des Friedensprozesses beteiligt wären.

Und die Guerilla? Besteht die Gefahr, daß sie sich spaltet und zum Beispiel das ELN, wie 1984, nicht bereit ist, eine Feuerpause einzuhalten?

Es gibt bereits einige Spaltungslinien. Aber die Guerillakoordination ist eine wirkliche Koordinierungsinstanz.

Sehen Sie die Möglichkeit, daß es in den nächsten Wochen oder Monaten zu einem Waffenstillstand kommt?

Ich halte eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand für möglich, aber ich kann keine Zeitspanne angeben.

Was würde passieren, wenn es nicht dazu käme?

Weiteres Blutvergießen, viel mehr Haß und weitere Zerstörung. Eine Situation, die für alle schlechter wäre, ausgenommen die Waffenhändler - und die sind in ihrer Mehrheit nicht in Kolumbien.

Vielen Dank für das Interview.

Das Gespräch führte Al., Nürnberg.

18. Mit einer Solibrigade auf Cuba. Ein Mitglied berichtet

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:04

Zwiespältige Erwartungen erfüllten mich, als unser Flugzeug Anfang September diesen Jahres zum Landeanflug auf den internationalen Flughafen von Havanna ansetzte. Zusammen mit über fünfzig Menschen aus der Alt-BRD wollte ich am 17. Kontingent der "Brigada José Marti" teilnehmen, einer internationalistischen Solidaritätsbrigade, zusammengesetzt aus Menschen aus den meisten Ländern Westeuropas.

Die Nachrichten, die im Vorfeld dieser Brigade aus Kuba in die BRD gedrungen waren, klangen meistens wenig ermutigend. Das Land, das noch vor einigen Jahren über 80% seines Außenhandels mit den Staaten des ehemaligen RGW abgewickelt hatte, war nach dessen Zusammenbruch in ernsthafte Schwierigkeiten gekommen. Insbesondere die seit 1990 einsetzende Drosselung der sowjetischen Erdöllieferungen hatte gravierende Probleme in der Elektrizitätsversorgung, im Transportwesen, in der Industrie und - besonders schwerwiegend für das Land - in der Agrarwirtschaft gebracht. Weiterhin hatte das Ausbleiben der sowjetischen Weizenlieferungen zusätzliche drastische Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung zur Folge gehabt.

Vor einigen Monaten sah sich die kubanische Führung deswegen dazu gezwungen, die "periodo especial", die "besondere Periode in Friedenszeiten" auszurufen. Dies bedeutete die Rationierung fast aller Lebensmittel auf geringe, aber vorerst noch ausreichende Mengen, weiterhin die Rationierung von Konsumgütern, insbesondere auch von Kleidung und schließlich die Rationierung und damit einhergehende starke Reduzierung des Treibstoffverbrauches. Um zusätzlich Treibstoff zu sparen, wurden auch Maßnahmen getroffen, die hier in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden: die geplante Ersetzung vieler Traktoren durch Ochsengespanne oder der Erwerb von 700.000 Fahrrädern, die zur Entlastung des öffentlichen Nahverkehrs beitragen sollten, in der VR China.

Daneben wurde ein Ernährungsplan aufgestellt, der es sich zum Ziel setzte, in absehbarer Zeit 80% der benötigten Lebensmittel im Land selber zu erzeugen. Bestandteil dieses Planes, der seit einiger Zeit in Kraft ist, sind auch Arbeitseinsätze von StadtbewohnerInnen in der Landwirtschaft, die weitgehende Selbstversorgung vieler Institutionen wie Schulen und Universitäten mit Lebensmitteln, der weitere Ausbau von Bewässerungsprojekten und der Einsatz von Zuckernebenprodukten als Futter- und Düngemittel.

Die in der bürgerlichen BRD-Presse vorherrschende Einschätzung war, trotz all dieser Maßnahmen könne sich das gegenwärtige Gesellschaftssystem in Kuba wohl nicht mehr lange halten, und der Zusammenbruch sei in allernächster Zeit zu erwarten (und zu erhoffen). Überflüssig eigentlich zu erwähnen, daß sich insbesondere auch die taz wieder durch eine besonders hämische Berichterstattung hervortat und einige ihrer KommentatorInnen den Sturz der gegenwärtigen kubanischen Regierung geradezu herbeischreiben zu wollen schienen. Grund genug also, sich die Realität auf der Karibikinsel einmal selbst anzuschauen.

Vor dem Beginn der eigentlichen Brigadearbeit stand für einige BrigadistInnen, unter anderem auch für mich, zunächst eine Besichtigungsreise in die westlichste kubanische Provinz, Pinar del Rio auf dem Programm. Jene Provinz also, die vor der Revolution den Beinamen "Aschenputtel" führte, die Tatsache kennzeichnend, daß sie die am wenigsten entwickelte überhaupt gewesen war.

Was mich dort dann allerdings zuerst beeindruckte, waren weniger die Erscheinungen der gegenwärtigen Krise als die überall zu besichtigenden Errungenschaften der letzten dreißig Jahre. In einem Land, das immer noch zum Trikont zu zählen ist, gab es in jeder Ansiedlung eine Schule, in jeder größeren Ansiedlung eine Poliklinik, (für mitteleuropäische Augen) zwar ärmliche Häuser, aber keine Elendsquartiere, ein relativ gut ausgebautes Straßennetz und noch einiges mehr zu sehen.

Möglich wurden diese Errungenschaften hauptsächlich aus zweierlei Gründen: erstens nämlich, weil es die Politik der revolutionären Regierung war, einen Großteil der Haushaltsmittel in die ländlichen Gegenden und in die sozialen Einrichtungen fließen zu lassen, und zweitens wegen der Anbindung an den RGW. Diese führte zwar zu der für Kuba heute so verhängnisvollen Monostruktur des Zuckerrohr- und Zitrusanbaus, garantierte aber lange Zeit die sichere Abnahme dieser Produkte zu gerechten (also über dem Weltmarkt liegenden)

Preisen durch die Sowjetunion und in der Folge die Einfuhr von Energieträgern, Nahrungsmitteln und Maschinen aus den Ländern des RGW. Ohne diese Anbindung an das Wirtschaftssystem des RGW hätten die kubanischen Infrastrukturmaßnahmen und der Ausbau des dortigen Sozial- und Erziehungsbereiches sicher nicht in einem derart großen Ausmaße stattfinden können.

Aber natürlich waren auch die Anzeichen der gegenwärtigen Krise nicht zu übersehen. So etwa die großen Menschenmengen, die ständig an den Haltestellen auf die nur noch sporadisch verkehrenden Busse warteten, die große Anzahl von AnhalterInnen, die die Straßen säumten, die oftmals leeren Geschäfte und natürlich die vielen FahrradfahrerInnen. Allerdings waren zumindest in Pinar del Rio die Krisenerscheinungen noch nicht so stark ausgeprägt, wie mensch nach der Lektüre mancher bundesdeutscher Zeitung hätte glauben können. So waren lange Schlangen eher die Seltenheit, die Straßen immer noch von relativ vielen Fahrzeugen belebt, und in der Landwirtschaft wurden weiterhin viele Traktoren eingesetzt, waren Ochsen noch kaum zu sehen. Generell läßt sich wohl auch sagen, daß die Versorgungslage, insbesondere natürlich mit Lebensmitteln, auf dem Land weniger angespannt war als in den Städten.

Die Widersprüchlichkeit der Eindrücke zog sich dann wie ein roter Faden durch das umfassende Besichtigungsprogramm dieser Woche. Beispielhaft sei hier unser Besuch in der ökonomischen Oberschule "Frederico Engels" in der Stadt Pinar del Rio angeführt, einer preuniversitaria, im weitesten Sinne vergleichbar mit bundesdeutschen Sek-II- Zentren. Zu diesem Schulkomplex, an dem 2.500 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, gehören neben den eigentlichen Unterrichtsräumen auch diverse Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen, sowie Schlafsäle (auf mich machten diese Schlafsäle übrigens einen etwas zu sauberen, einheitlichen und ordentlichen Eindruck, was allerdings auch einiges mit meiner durch eine westeuropäische Sozialisation vorgeprägten subjektiven Wahrnehmung zu tun hatte). Die SchülerInnen verbringen jeweils zehn Tage an der Schule und fahren dann für ein langes Wochenende nach Hause; die früher übliche wöchentliche Heimfahrt mußte wegen des Treibstoffmangels gestrichen werden.

Weniger der periodo especial als mehr den seit jeher vorhandenen Besonderheiten des kubanischen Bildungssystems war die Tatsache geschuldet, daß die Schülerinnen und Schüler jeden Tag einige Stunden auf den 44 ha der Schule zugewiesenen Landes, beziehungsweise in der der Schule angegliederten Tierhaltung, arbeiten sollten. Allerdings wurde dieser Arbeit mittlerweile ein stärkeres auch ökonomisches Gewicht beigemessen, neben dem pädagogischen Effekt sollte durch diese Tätigkeit auch die Versorgung der Schule mit Lebensmitteln selbständig sichergestellt werden. Weitere Auswirkungen der Krise wird es wahrscheinlich in absehbarer Zeit im naturwissenschaftlichen Unterricht geben, ein Großteil der dort verwendeten Gerätschaften kam bislang aus der ehemaligen DDR.

Ein weiterer interessanter Programmpunkt war schließlich unser Besuch bei der Provinzparteischule "José Santamaria" und das dort stattfindende Gespräch mit einigen an einer gerade stattfindenden Schulung teilnehmenden Mitgliedern der PCC. Wichtigster Punkt dieses Gespräches war die Einschätzung des Zusammenbruchs des osteuropäischen Sozialismusmodells und die daraus folgenden möglichen Konsequenzen für die Politik der PCC. Als wesentliche Fehler der osteuropäischen kommunistischen Parteien wurden uns dabei genannt: Fehler in der Parteiarbeit - die Parteien hätten sich vom Volke getrennt und in der Folge dessen Unterstützung verloren - die weitverbreitete Korruption und der Individualismus. In Kuba seien hauptsächlich die positiven Seiten dieses Politikmodells übernommen worden, trotzdem vorhandene Fehler würden in dem bereits seit einigen Jahren laufenden Prozeß der "rectificación" (Berichtigung) korrigiert (Dieser Prozeß brachte unter anderem die Aufdeckung mehrerer Korruptionsskandale mit sich sowie die öffentliche, sehr scharfe Diskussion von als Irrtümern angesehenen Entwicklungen. Dadurch sollte - und soll - die politische und moralische Überzeugung der Bevölkerung gestärkt und damit auch deren Bereitschaft zu freiwilliger zusätzlicher Arbeit erhöht werden). Der zweite wichtige Diskussionsgegenstand betraf mögliche Auswege aus der gegenwärtigen Krise. Hier wurde uns insbesondere der angestrebte Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den übrigen Staaten Lateinamerikas genannt. Die kubanische Teilnahme und Rolle bei dem Gipfeltreffen der lateinamerikanischen Staatschefs im mexikanischen Guadalajara wurde als Fortschritt in diese Richtung betrachtet. Größtes Hemmnis auf diesem Weg bleibe aber die nach wie vor bestehende US-Blockade und der weiterhin starke Einfluß der USA in Südamerika. Daneben werde von Kuba angestrebt, die Handelsbeziehungen zu den aus der UdSSR hervorgehenden Folgestaaten weitestmöglich zu erhalten, und eine gewichtige Rolle wurde schließlich auch dem gegenwärtigen landwirtschaftlichen Autarkieprogramm beigemessen. Einen ganz anderen Bereich berührte die von einem Menschen aus unserer

Gruppe gestellte Frage, inwieweit das bei dem betreffenden Kursus anzutreffende zahlenmäßige Übergewicht von Männern und von Menschen weißer Hautfarbe für die PCC repräsentativ sei und, falls ja, wo die Gründe hierfür gesehen würden. Im Gegensatz zu den ersten Fragen erhielten wir hier nur sehr sparsame Antworten. Teilweise wurde die angesprochene Zusammensetzung des Kurses lediglich dem Zufall zugeschrieben, teilweise eingeräumt, daß Frauen und Menschen dunkler Hautfarbe sich schwerer für die Arbeit in der PCC interessieren ließen. Bleibt anzumerken, daß in der Hierarchie der PCC nach oben hin der Anteil von Frauen und Menschen dunkler Hautfarbe abnimmt, daß aber andererseits beim 3. Parteitag der Anteil von Frauen in Leitungspositionen schon stark erhöht wurde und daß dunkelhäutige KubanerInnen vor der Revolution überhaupt keine Chance hatten, in der Gesellschaft in Führungspositionen aufzusteigen.

Am Ende dieser ersten Woche stand schließlich unsere Überführung in das Campamento "Julio Antonio Mella" in der Nähe von Havanna, jenem Lager, in dem die Gesamtbrigade untergebracht sein sollte. Bei diesem Campamento handelt es sich um ein dem Kubanischen Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) zugeordnetes Barackenlager, in dem während des ganzen Jahres Solidaritätsbrigaden aus aller Welt Unterkunft finden. Dort trafen wir jene westdeutschen BrigadistInnen wieder, die statt unserer Reise nach Pinar del Rio die erste Woche in Havanna verbracht und von dort erheblich negativere Eindrücke mitgebracht hatten. So sei die Versorgungslage dort erheblich angespannter gewesen und die Stimmung ziemlich gereizt. Besonders aufgefallen seien die überall präsenten Schwarztauscher und sie ebenfalls weit verbreitete Prostitution, beides von der Polizei mehr oder weniger geduldete Phänomene.

All dies konnten auch wir in der Folge während unserer kurzen, vom Campamento aus in die Hauptstadt vorgenommenen Stippvisiten wahrnehmen. Allerdings, auch hier widersprüchliche Eindrücke: angespannte Versorgungslage, Schwarztausch und Prostitution auf der einen Seite, die Tatsache, daß es in Havanna nach wie vor keine Slums gibt und sie die einzige lateinamerikanische Hauptstadt ist, deren Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren geringer war als im Landesdurchschnitt, auf der anderen.

Die Brigadearbeit selber fand größtenteils im landwirtschaftlichen Bereich statt: Zitrusbäume pflanzen, Zitrusbäume beschneiden, Zitrusbäume von Schlingpflanzen befreien, Zitrusfrüchte ernten. Auch hier waren die Auswirkungen der Krise zu spüren. So bestand ein weiterer großer und äußerst unangenehmer Anteil der Arbeit darin, Reis-und Kartoffelfelder von Unkraut zu befreien, das, angesichts der Knappheit an Unkrautvertilgungsmitteln, eifrig wucherte. Obwohl dies unter ökologischen Gesichtspunkten ja noch ganz sinnvoll sein mag, bedeutet es für das kubanische Lebensmittelprogramm natürlich die Notwendigkeit des gewaltigen Einsatzes von menschlicher Arbeit. Ob sich dieses dann überhaupt vernünftig organisieren läßt und ob es gelingt, die Menschen hierfür ausreichend zu motivieren, waren noch offene Fragen. Weiterhin waren zwar die von uns geernteten Zitrusfrüchte für die Versorgung der Hauptstadt gedacht, ob allerdings derjenige Anteil der Zitrus- und mehr noch der Zuckerproduktion, der bislang stets an die UdSSR geliefert worden war, von dieser in ähnlichem Umfang wieder abgenommen werden würde, war noch keineswegs sicher.

Auch während der eigentlichen Brigadezeit unternahmen wir einige Exkursionen, so etwa die bereits erwähnten nach Havanna. Eine der interessantesten und beeindruckendsten führte uns in das Campamento "26 de Julio", ebenfalls in der Umgebung von Havanna gelegen. In diesem 1987 errichteten Lager leben und arbeiten gegenwärtig etwa 200 verletzte KämpferInnen der FMLN aus El Salvador. Diese wurden nach schweren, im Befreiungskampf erlittenen Verletzungen in kubanischen Kliniken medizinisch behandelt und werden auch im Campamento weiterhin medizinisch und psychologisch betreut. Da die meisten von ihnen wegen ihrer Verletzungen - oft mußten Gliedmaßen amputiert werden, einige sind erblindet - nicht mehr am Befreiungskampf teilnehmen können, erhalten sie gegenwärtig mit kubanischer Unterstützung eine schulische und berufliche Ausbildung. Daneben existieren dort verschiedene Werkstätten, in denen u.a. Prothesen hergestellt werden, und die BewohnerInnen produzieren - soweit sie körperlich dazu in der Lage sind - einen Teil der benötigten Lebensmittel selber.

Ob diese FMLN-KämpferInnen in absehbarer Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren können, war zum Zeitpunkt unseres Besuches noch völlig ungewiß. Einiges an Hoffnung wurde allerdings in die gegenwärtig laufenden Verhandlungen zwischen dem Christiani-Regime und der FMLN gesetzt.

Das Campamento "26 de Julio" ist jedenfalls ein wichtiges Beispiel für die in Kuba - auch in weiten Teilen der Bevölkerung - sehr hoch angesehenen internationalistischen Aktivitäten, die übrigens - neben den bekannten militärischen Einsätzen in Äthiopien (wo das Mengistu-Regime gegen eine somalische Invasion unterstützt

wurde) und Angola - einen weiteren, hierzulande relativ unbekannten Schwerpunkt im Bereich von medizinischer Hilfe, Ausbildung und Alphabetisierung hat. Leider ist inzwischen auch das Campamento "26 de Julio" stark von der gegenwärtigen Krise in Kuba betroffen, die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba hat deswegen zu seiner Unterstützung eine Spendenkampagne organisiert.

Erwähnenswert war auch unser Besuch in der psychiatrischen Klinik Maraton in Havanna. Gerade aus psychiatrischen Einrichtungen und Methoden lassen sich oft wichtige Schlüsse auf den Charakter der sie umgebenden Gesellschaft ziehen; Menschen, die sich schon intensiver kritisch mit dem psychiatrischen System in der BRD auseinandergesetzt haben, werden hier sicher zustimmen.

An psychiatrischen Einrichtungen existieren in Kuba zunächst vier psychiatrische Kliniken. Darüberhinaus findet aber auch in vielen Polikliniken eine ambulante Versorgung von PatientInnen statt. Auf der therapeutischen Ebene werden in den Kliniken im wesentlichen drei Ansätze verfolgt: medikamentöse Behandlung, Einzel- und Gruppentherapien und als wichtigster Ansatz die Beschäftigungstherapie. Letztere hat als bedeutendes Ziel, durch die Einbindung der von psychischen Problemen betroffenen Menschen in diesen sinnvoll erscheinende Tätigkeiten, deren Selbstwertgefühl wieder zu stärken. Wichtig hierbei ist, daß die PatientInnen für ihre Tätigkeiten den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 180 Pesos erhalten.

In der von uns besuchten Klinik sah das konkret so aus, daß ein Teil der PatientInnen, die dazu in der Lage waren, in den Betriebs- und Versorgungseinrichtungen der Klinik mitarbeiteten, und ein weiterer in den der Klinik angeschlossenen Produktionseinrichtungen (Geflügelzucht, Rosenzucht) tätig war. Daneben existierten auch Möglichkeiten zur künstlerischen und handwerklichen Betätigung. Nach kubanischen Angaben konnten die PatientInnen zwischen all diesen Tätigkeiten frei wählen. Was mir persönlich weniger positiv auffiel war die Tatsache, daß einige der PatientInnen offensichtlich unter dem Einfluß von Beruhigungsmitteln standen, waren die einheitlichen Anstaltsuniformen und die wenig persönlichen Freiraum und Individualität gestattenden Wohnbereiche. Wobei natürlich klar ist, daß das Auffallen der letztgenannten zwei Punkte wieder einiges mit kulturellen Unterschiedlichkeiten zu tun hatte und aus einer westeuropäischen Betrachtungsweise resultierte. (...)

Eine eindeutige Bilanz von vier Wochen Brigade José Marti zu ziehen, erscheint mir nicht möglich. Sicher ist allerdings, daß Kuba ob der vielen Errungenschaften und Fortschritte, die für seine Bevölkerung in den Jahren der Revolution erreicht wurden und ob der ständigen Bedrohung durch den US-Imperialismus unsere Solidarität verdient hat, wobei echte Solidarität natürlich immer auch Kritik an fehlerhaften Entwicklungen und Zuständen miteinschließen muß.

Ob und wie lange Kuba in seiner jetzigen Verfaßtheit der US-amerikanischen Aggression und der durch den Zerfall des realsozialistischen Lagers in Osteuropa ausgelösten Krise standhalten wird, wie lange insbesondere auch die Bevölkerung die gegenwärtigen und sich in der Zukunft absehbar noch vermehrenden Entbehrungen in Kauf zu nehmen bereit sein wird, läßt sich gegenwärtig kaum abschätzen. Daß das Land weiterhin seinen eigenen Weg in Würde gehen kann, bleibt jedenfalls zu wünschen.

Ebi

(Von der Redaktion gekürzt)

19. Israel auf Friedenssuche

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:40

Eine jener betörenden Julinächte irgendwo am Strand zwischen Tel Aviv und Haifa. Aber dann, fast zwei Uhr morgens, donnert eine Düsenjägerstaffel die Küste entlang: Richtung Norden. Tagsüber nichts besonderes, Einsatzflüge mit Kampfhubschraubern in die besetzten Gebiete, Übungsflüge der Luftwaffe - Alltag in einem Land, das sich in stetem Kriegszustand wähnt. Aber ein nächtlicher Einsatz? Am Morgen herrscht eitel Freude in Erez Israel: Ein Hubschrauberkommando, gedeckt von eben jener Jägerstaffel, hat in der Nacht den Hizbollah-Führer Scheich Obeid aus dem Libanon entführt - zwecks etwaigem späteren Austauschs gegen israelische Kriegsgefangene und Geiseln u.a. aus den USA, die irgendwo in der Region Libanon-Syrien festgehalten werden. Scheich Obeid wurde an jenem 29. Juli 1989 aus eben dem Dorf Jibchit entführt, in dessen Nähe ein israelisches Hubschrauberkommando am 15.2.91 den Hizbollah-Generalsekretär Scheich Mussawi nebst Frau, sechsjährigem Sohn und sieben Leibwächtern mittels ferngesteuerter Raketen erlegte.

In der Nacht vom 14. auf den 15.2. wurde ein Ausbildungslager der israelischen Armee südöstlich von Haifa überfallen. Drei Soldaten, darunter zwei Neueinwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion, wurden mit Messern, Äxten und Heugabeln getötet. Die Täter entkamen. Während Generalstabschef Barak mitteilte, die Herkunft der Täter sei noch unbekannt, beschuldigte Verteidigungsminister Arens die Fatah der Tat. Später scheint sich der Verdacht eher gegen Hizbollah-Kräfte gerichtet zu haben (oder aber dieser Verdacht wurde lanciert, um die prompt folgende Ermordung Mussawis zusätzlich zu motivieren). Besonders schwergenommen wurde der Überfall, da er in Israel selbst, im sicher gewähnten "Kernland" geschehen war. Die bisher letzte - gelungene - palästinensische Aktion gegen israelisches Militär in Israel selbst liegt vier Jahre zurück, als im November 1987 ein Palästinenser mit einem motorisierten Gleitflieger in ein Militärlager eindrang und dort sechs Soldaten tötete. Anders als der israelische Regierungssprecher, der den aktuellen Überfall als "grenzenlose Barbarei" bezeichnete, anders als deutsche Kommentatoren, die (wie in der Süddeutschen Zeitung) von einem "heimtückischen Mordanschlag" sprachen, konstatierte Alon Pinkas in der Rubrik "Analysis" der Jerusalem Post: "Unter einem rein militärischen Gesichtspunkt war dies ein ‚legitimer` Akt der Gewalt und Kriegsführung, und nicht ein feiger Akt des Terrorismus gegen Unschuldige, Kinder und Frauen." Womit er, ein seltener Fall, mit der Einschätzung eines PLO-Sprechers in Tunis, es habe sich um "legitimen Widerstand gegen die israelische Besatzungsarmee" gehandelt, fast übereinstimmt.

Abbas Mussawi

Ähnlich wie 1982, als Israel die Ermordung ihres Botschafters in London zum Anlaß nahm, unter der humorigen Bezeichnung "Frieden für Galiläa" in den Libanon einzumarschieren, war der Anschlag bei Haifa nicht der Grund, sondern allein der willkommene Anlaß, den schon länger zuvor entwickelten Plan für die Liquidierung Scheich Mussawis in die Tat umzusetzen. Verteidigungsminister Arens äußerte kurz nach der Aktion im Fernsehen: "Man kann davon ausgehen, daß die Tatsache, daß er getötet wurde, nicht ganz zufällig war." Und Generalstabschef Barak präzisierte später: Der Angriff auf Mussawis Konvoi sei "Bestandteil einer umfassenden Aktion gegen die Aktivitäten schiitischer Aktivisten" gewesen.

Der tatsächlichen folgte die journalistische Hinrichtung: "Israel hat der Hisbollah (Partei Gottes) im Libanon den Kopf abgeschlagen", triumphiert ein Ali Jaber von der Deutschen Presseagentur (dpa), und die liberal gelten wollende Süddeutsche Zeitung hat es publiziert: "Die proiranische, fundamentalistische Schiitenorganisation" - was heißt: der dreifache Satan - "gilt dort (im Libanon - Anm. AK) als die extremste und unnachgiebigste Kampforganisation." Auch Mussawis "letzte Worte" werden übermittelt: ",Tod Amerika, Tod Israel`, rief er vor einer begeisterten Menge in Jibchit im Südlibanon, während er auf einer israelischen Fahne herumtrampelte." Diese, wenn auch in ihrer Demagogie recht einmalige, Darstellung entspricht im Tenor den weitaus meisten Medienpräsentationen des sog. islamischen Fundamentalismus im allgemeinen wie der Liquidierung Mussawis im besonderen.

Eine Ausnahme ist der Bericht des Nahostkorrespondenten Heiko Flottau: "Anders als sein Vorgänger, Scheich Toufavli, galt Mussawi als Vertreter einer gemäßigten politischen Linie und als Gefolgsmann des iranischen Präsidenten Rafsandschani, der - trotz aller verbalen Ausfälle gegen Israel - eine pragmatische Politik führen will. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger nannte Mussawi die Geiselnahmen im Libanon einen Fehler, und er war bereit, in der fragilen Gesellschaft des Libanon eine konstruktive Rolle zu spielen."

Entspricht diese Darstellung, wie es m.W. der Fall ist, den Tatsachen, dann stellt sich die Frage, warum das israelische Militär gerade Mussawi liquidiert hat. Zumindest weist dieser Mord eine verteufelte Ähnlichkeit mit dem israelischen Brauch auf, nicht alleine Personen wie die Geiselnehmer von München weltweit zu jagen und zu eliminieren, sondern auch und gerade moderate, zwar nicht kollaborations- aber gesprächswillige palästinensische Prominente per Administrativhaft, Hausarrest und Reiseverboten in ihren Wirkungsmöglichkeiten sowohl zu beschneiden wie gleichzeitig extrem(istisch)en Gruppierungen den Beweis dafür zu liefern, daß Kompromißbereitschaft ergebnislos bleibt.

Der Tod des gemäßigten Scheichs Mussawi, schreibt Flottau weiter, "ist ein Fanal: Von ihrer (der Israeli - Anm. AK) mehr als vier Jahrzehnte verfolgten Politik der Vergeltung wollen sie auch unter den neuen weltpolitischen Vorzeichen nicht abgehen. Im Libanon wird nun eine weitere Stabilisierung immer schwieriger. Mit Politikern wie Haschemi Rafsandschani und Abbas Mussawi hätte Israel langfristig zu einem Dialog finden können. Der Tod Mussawis gibt nun radikalen Kräften in der libanesischen Hisbollah und wohl auch in Teheran neuen Auftrieb." Hier ist allerdings zu fragen, ob Israel nicht auch im Falle des Libanon der Umkehrung der Gründungsparole von "Frieden Jetzt", nämlich der Auffassung "Großisrael ist besser als Frieden" folgt. Gegenüber einem auch im Inneren stabilisierten Libanon wäre es für die israelische Politik durchaus schwerer, die faktische Besetzung eines Teils des Libanons auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Zwischen Januar und Juli 1985 hatte sich das israelische Militär schrittweise aus dem Libanon zurückgezogen, sich aber die Kontrolle über eine "Sicherheitszone" vorbehalten. Dieses Gebiet im Südlibanon, in dem etwa 150.000 Menschen, die meisten von ihnen schiitische Muslime, leben, wird seither von der von Israel ausgehaltenen christlichen "Südlibanesischen Armee" beherrscht. Erst jüngst hat der libanesische Delegierte bei der Nahost-Friedensverhandlung Israel - ergebnislos - zugesichert, dessen Sicherheitsbedenken "sehr ernst zu nehmen", wenn es sich bereit fände, sich aus dem Libanon zurückzuziehen.

"Schiitische Ziele"

Der Liquidierung Mussawis folgte voraussehbar vom Libanon aus der Beschuß der sog. Sicherheitszone und Nordisraels mit Katjuscha-Raketen, ohne Personen- oder Sachschäden zu verursachen. Und dieser Beschuß führte, wiederum voraussehbar, zum Bombardement erst einzelner Ziele und dann zum Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon über die "Sicherheitszone" hinaus. Zu den Zielen am ersten Tag der Luftangriffe gehörten die palästinensischen Flüchtlingslager Ain al-Hilweh und Raschidijeh. Ain al-Hilweh hatte der PLO eine Zeitlang als Stützpunkt gedient, war aber im Sommer 91 von der libanesischen Armee übernommen worden, die alle dort stationierten Luftabwehrraketen und schweren Waffen entfernte (was dem gewöhnlich bestens informierten israelischen Militär nicht entgangen sein konnte). In diesem von 80.000 Menschen bewohnten Lager starben bei dem Bombardement drei Kinder und eine Frau, zahlreiche weitere Menschen wurden verletzt. Der Öffentlichkeit wurden diese Angriffsziele jedoch als "schiitische Stellungen" verkauft.

Tausende von Einwohnern der nördlich der "Sicherheitszone" gelegenen Dörfer flüchteten vor dem ganztägigen Beschuß. Die Verbliebenen konnten sich nur noch in Kellern und Bunkern aufhalten. Am 19.2. rückten israelische Panzer, unterstützt von Kampfhubschraubern und der "Südlibanesischen Armee" über die "Sicherheitszone" hinaus in den Libanon vor. Soldaten der UNO-Friedenstruppe im Libanon (UNIFIL) wurden beim Vorrücken von israelischen Soldaten angeschossen, zwischen UNIFIL- und israelischen Soldaten kam es zu Schlägereien, und UNIFIL-Fahrzeuge, die vor einem Dorf quergestellt worden waren, um das israelische Militär am Eindringen zu hindern, wurden von Panzern überrollt. Das israelische Militär entschuldigte sich später, betonte aber, diese Vorfälle seien "unvermeidlich" gewesen.

Die Hizbollah und Amal-Milizen, eigentlich verfeindet, kämpften einen aussichtslosen Kampf gegen die israelische Armee. Nachdem es am 19.2. zu den "schwersten Kämpfen seit Jahren" gekommen war und bereits die Befürchtung eines erneuten Libanonkriegs aufkam, zogen sich die israelischen Truppen unter dem Feuerschutz ihrer Artillerie am 21.2. in die "Sicherheitszone" zurück. Unmittelbar nach dem Rückzug schlugen wiederum Katjuscha-Raketen in Nordisrael ein, wobei diesmal ein fünfjähriges Mädchen getötet wurde. Wer nun tatsächlich diesen und vor dem israelischen Einmarsch die anderen Raketenangriffe ausgeführt hat, ist unklar. Der zum Nachfolger Mussawis gewählte Scheich Fadlallah sagte jedenfalls, die Hizbollah hätten nur während der direkten Konfrontation mit der israelischen Armee Raketen eingesetzt.

Der libanesische Hohe Verteidigungsrat teilte am 22.2. mit, daß mit Hizbollah und Amal die Einstellung der Raketenangriffe auf israelische Ziele vereinbart worden sei. Das Abkommen wurde unter direkter Teilnahme

syrischer Offiziere (Syrien hat derzeit rund 40.000 Soldaten im Libanon, die jedoch in deutlichem Abstand zur israelischen "Sicherheitszone" stationiert sind) und dem Vernehmen nach auch unter iranischer Einwirkung abgeschlossen.

Westliche Prinzipientreue

Die Entführung Scheich Obeids aus seinem Haus im Libanon durch ein israelisches Kommando im Juli 1989 war von Politikern und in den Medien überwiegend scharf kritisiert worden. Andreas Kohlschütter sprach in der Zeit von einem "Rambo-Unternehmen". Israel habe sich ohne ersichtliche Not schuldig gemacht; die Lage der israelischen Kriegsgefangenen im Libanon sei seit 1986 unverändert, eine nennenswerte Steigerung terroristischer Aktionen sei weder gegen die "Sicherheitszone" noch gegen Israel zu verzeichnen. Aber "wie so oft (dominierte) Israels Selbstherrlichkeit, die für die Befreiung von drei jüdischen Soldaten das Leben aller siebzehn westlichen Libanon-Geiseln kaltblütig aufs Spiel setzt". (Nach der Entführung in Beirut war eine Geisel, der US-Oberst William Higgins, ermordet worden).

Diese - wie gesagt: weithin geteilte - Verurteilung der Geiselnahme durch Israel erweist sich im Nachhinein jedoch als eine nicht aus prinzipieller Moralität resultierende, sondern als rein taktische Position. Völlig anders als die Entführung von Scheich Obeid hat die - noch viel schwerer wiegende - Liquidierung Scheich Mussawis und seiner Begleiter ganz überwiegend Zustimmung gefunden. David Makovsky kommentiert in der Jerusalem Post mit offensichtlichem Genuß, einer der "bemerkenswertesten Aspekte" der Tötung von Mussawi sei, daß eine Verurteilung aus dem Westen ausgeblieben ist und die arabische Welt mit "donnerndem Schweigen" reagiert hat. Sodann wendet er sich den "Fehlkalkulationen" Mussawis zu, die zu dessen Tod geführt hätten. Präsident Bush habe sich seinerzeit über die Entführung Scheich Obeids öffentlich erregt, weil er für das Leben der Geiseln fürchtete; nach der Freilassung der Geiseln aber habe sich, von Mussawi nicht bemerkt, die Situation verändert und die Hizbollah seien angreifbar geworden. Anders gesagt: Freigegeben zum Abschuß.

Und die Nahost-Friedenskonferenz? Die Liquidierung Mussawis und ein bißchen Einmarsch in den Libanon versauen die Stimmung noch lange nicht. Auch die palästinenische (Beratungs-)Delegation war dem Vernehmen nach vornehmlich mit dem Protest gegen die Inhaftierung zweier ihrer Mitglieder befaßt. Ein Fortschritt ist dennoch zu verzeichnen. Araber und Israeli sind zwar auch in der mittlerweile vierten Runde der Verhandlungen in der Sache nicht weiter- bzw. noch gar nicht zur Sache gekommen. "Beide Seiten plädierten jedoch dafür, auf die üblich gewordenen gegenseitigen Beschimpfungen ein für allemal zu verzichten."

K., Hamburg

Quellen:

- Diverse Ausg. aus Feb. und März von: Al-Fajr, Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jerusalem Post - international edition, Neue Zürcher Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger

- Yaacov Shimoni, Political Dictionary of the Arab World. New York (Macmillan) 1987

- Nahost Jahrbuch 1989. Hg.: Deutsches Orient-Institut, Thomas Koszinowski / Hanspeter Mattes. Opladen (Leske + Budrich) 1990

20. Italien vor den Wahlen: Avanti popolo - nach rechts

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:22

Am 5. und 6. April finden in Italien die vorgezogenen Wahlen zu Abgeordnetenkammer und Senat, den beiden Kammern des nationalen Parlaments, statt. Wenn die Umfragen auch nur annähernd stimmen, kündigen sich erdrutschartige Umschichtungen der Wählerpotentiale an. Die ehemalige kommunistische Partei könnte gar fast die Hälfte ihrer Anhänger verlieren, eine neue KP würde sich knapp unter 5% behaupten. Gewinner würden die regionalrassistischen norditalienischen Ligen.

Dennoch bliebe alles beim alten. Die Regierungskoalition von 1987 käme auf 55,6% der Stimmen und hätte nicht einmal 2% verloren. Nur ohne die Republikanische Partei (PRI), die im Laufe der Legislaturperiode die Koalition verließ, könnte es knapp werden - ein marginales Problem, da das Ausscheiden der Republikaner vor allem der Verbesserung ihrer Wahlchancen dienen und der Partei bei der kommenden Regierungsbildung mehr Einfluß sichern sollte.

"Wenn wir wollen, daß alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, daß alles sich verändert", sagt der taktische Garibaldi-Anhänger Tancredi zu seinem im alten Denken erstarrten Onkel, dem feudalistischen "Leoparden" in Giuseppe Tomasi di Lampedusas gleichnamigem Romanklassiker. So scheint es auch diesmal wieder auszugehen. Parteispaltungen, Umbenennungen, Neugründungen, theaterreifes Gezänk unter den Anführern der christdemokratischen Quasi-Staatspartei - und was folgt daraus? DC und PSI werden auch weiterhin die Regierungsgeschäfte führen und bei der Postenverteilung den üblichen Tauschhandel abschließen: Die Partei, die den Regierungschef stellt, muß der anderen das Amt des Staatspräsidenten überlassen. So könnte der neue Ministerpräsident Bettino Craxi heißen, der trotz einiger Rückschläge immer noch starke Mann der Sozialistischen Partei, den der Karikaturist Forattini von La Repubblica konsequent als Gewaltmenschen mit Schwarzhemd und Schaftstiefeln darstellt. Craxi hat seine Ansprüche bereits angemeldet und könnte es tatsächlich schaffen - vorausgesetzt, die DC verliert einige Prozentpunkte und der PSI bleibt stabil. Das Amt des Staatspräsidenten, das im Sommer neu besetzt werden muß, würde dann an die Democrazia cristiana fallen. Aussichtsreichste Bewerber sind Ministerpräsident Giulio Andreotti und Parteichef Arnaldo Forlani, Craxis Partner in dem mächtigen Triumvirat CAF (Craxi-Andreotti-Forlani). Andreotti als höchster Repräsentant der Republik - das wäre der schlagende Beweis für die Widerstandsfähigkeit des Alten, den Fortbestand der partitocrazia. Der Name dieses Mannes wurde im Zusammenhang mit allen größeren Skandalen der Nachkriegszeit genannt. Mehr als 20 parlamentarischen Untersuchungsausschüssen mußte er Rede und Antwort stehen, ohne jemals Schaden zu nehmen.

Also business as usual? Bei der Regierungsbildung und Postenverteilung ist das wahrscheinlich. Dramatisch sind dagegen die Veränderungen des Massenbewußtseins. 1976 hatte Enrico Berlinguer, einer der Väter des "Eurokommunismus", die frohe Botschaft verkündet: "Noch nie war in Italien der Sozialismus so greifbar nahe!" Das war schon damals Unsinn, aber die Linke, zu der auch noch die Sozialistische Partei gezählt werden durfte, verfügte über fast die Hälfte der Stimmen. Der PCI war mit dem Rekordergebnis von 34,4% nur unwesentlich schwächer als die Quasi-Staatspartei DC und eindeutig die hegemoniale Kraft im Lager der Linken. Daß jetzt der sorpasso, das Vorbeiziehen des PSI am PDS, in greifbare Nähe gerückt ist, macht nur einen Teil der Rechtsentwicklung aus. Die millionenfache Abkehr vom "Kommunismus" trifft eine Partei, die auch schon unter dem Namen PCI und mit Hammer und Sichel im Emblem in wichtigen Fragen Positionen rechts von der bundesdeutschen Sozialdemokratie vertrat. Für die zwischen 1976 und 1981 rechtsgewendete Sozialistische Partei gilt das ohnehin. Die Achtungserfolge des im Dezember letzten Jahres als "Partei der kommunistischen Neugründung" (Rifondazione comunista - RC) konstituierten "orthodoxen" PCI-Flügels um Armando Cossuta zeigen zwar, daß eine qualifizierte Minderheit der italienischen WählerInnen die panische Abkehr von kommunistischer Tradition und Symbolik nicht mitzumachen bereit ist. Das von RC betriebene Wedeln mit der ruhmreichen roten Fahne kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Partei politisch Berlinguers eurokommunistischen "dritten Weg" fortsetzen will. Eine revolutionäre Linke mit Aussichten auf parlamentarische Vertretung gibt es seit der Selbstauflösung von Democrazia proletaria (DP) und dem Eintritt vieler ehemaliger DP-Kader in Rifondazione comunista nicht mehr. Die Grünen, die ihren Stimmenanteil verdoppeln könnten, sträuben sich heftiger noch als ihre deutschen KollegInnen dagegen, eine linke Partei zu sein.

Neue Rechte

Gesamtgesellschaftlich gravierender sind die Umgruppierungen auf der Rechten. Die Herausbildung der regionalrassistischen norditalienischen Leghe (Ligen), die einen Separatismus der Reichen propagieren und "Rom" die sinnlose Verpulverung im Norden erarbeiteten Geldes vorwerfen, ist bedrohlicher als die Existenz der neofaschistischen Partei Movimento sociale italiano (MSI), die seit dem Abtreten der Monarchisten von der politischen Bühne konstant zwischen 8,7% (1972) und 5,3% (1979) der WählerInnen mobilisieren konnte. Bei der letzten Wahl erreichte der MSI 5,9%, entsprechend 35 Abgeordneten. Die Ligen aus der Lombardei, aus Ligurien und Venetien, die sich zur Lega Nord zusammengeschlossen haben, könnten - mit Hilfe von Staatspräsident Francesco Cossiga (vgl. Artikel auf Seite 40) - die eigentlichen Gewinner der Wahlen werden, auch wenn sie die prognostizierten 11% nicht erreichen sollten und an Regierungsämter derzeit nicht zu denken ist. Gewinne der Ligen auf Kosten der DC wären der Beweis für einen Stimmungsumschwung, dem die Regierungsparteien Rechnung zu tragen hätten.

Verlierer wären die bisher vom christdemokratischen und sozialistischen Klientelismus profitierenden gehobenen Schichten Süditaliens. Der sich im Schatten der europäischen Einigung ohnehin verschärfende inneritalienische Nord-Süd-Gegensatz würde sich weiter zuspitzen, wenn die Regierungsgelder ausblieben. Die umstrittene These, weltweit sei die Ost-West- Blockkonfrontation durch den Nord-Süd-Konflikt abgelöst worden, trifft auf die italienische Gesellschaft zu, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen: DC und PCI, Don Camillo und Peppone - das war der auf ein Land übertragene Kalte Krieg, der Wettkampf der Systeme, Stalin gegen Uncle Sam. Der PCI (jetzt: PDS) ist wie die Sowjetunion so weit zusammengebrochen und demoralisiert, daß er vielleicht sogar mittelfristig erreichen könnte, was ihm in seiner Blütezeit versagt geblieben war: Regierungspartei zu werden. Die Supermacht DC übertrifft alle Konkurrenten um Längen, wird aber durch einen neuen herausgefordert. Hier endet die Analogie: Nicht der arme Süden, der reiche Norden legt sich mit der ewigen Regierungspartei an.

Zunehmender Rassismus

Die offen rassistische Agitation der Ligen und des MSI hat - zusammen mit der brutalen Entschlossenheit der Regierung, Einwanderer aus dem Süden abzuwehren und sich so als "europawürdig" zu erweisen - ein Klima geschaffen, das nicht nur für illegal im Land lebende Afrikaner lebensgefährlich werden kann. Ob die Behauptung des taz-Korrespondenten Werner Raith zutrifft, die Zahl rassistisch motivierter Gewalttaten sei in Italien nicht geringer als im wiedervereinigten Deutschland, kann hier nicht nachgeprüft werden. Eine italienische Besonderheit ist der Rassismus innerhalb des Landes, der Neapolitaner, Calabresen und Sizilianer zu minderwertigen Wesen erklärt und sie im Norden immer häufiger zu Opfern von Skinhead-Banden werden läßt. Die separatistische Propagandaformel der Lega Nord "Dreigeteilt - ja bitte" ist realpolitisch wohl kaum durchsetzbar. Daß sie überhaupt ernsthaft in den Wahlkampf getragen werden kann, zeigt die innere Zerrissenheit einer "Nation", die hauptsächlich aus Anlaß erfolgreicher Fußballspiele der squadra azzurra Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt. Das erscheint auf den ersten Blick - zumal für deutsche Linke - überaus sympathisch, ist aber nicht ohne Brisanz. Denn nicht etwa der Internationalismus ist die derzeit boomende identitätsstiftende Weltanschauung, sondern der bornierte, feindselige und zunehmend gewalttätige Regionalismus des reichen Nordens.

Antikommunismus ohne Kommunismus

Und die linke Opposition? Deren immer noch stärkste Kraft, der aus der KP hervorgegangene PDS, ist schlimmer als je zuvor in die Defensive geraten. Der seit Jahren nie ganz abgerissene "Historikerstreit" all'italiana, dessen rechte Protagonisten die kommunistische Partei auch über deren Tod hinaus bekämpfen, wurde pünktlich zum Wahlkampfbeginn neu zugespitzt. Franco Andreucci, ein ehemals dem PCI nahestehender Historiker, lieferte das bislang brisanteste Wahlkampfthema: einen 1943 im Moskauer Exil geschriebenen Brief des jahrzehntelangen PCI-Sekretärs Palmiro Togliatti an einen Genossen, der ihn aufgefordert hatte, bei Stalin zugunsten der italienischen Kriegsgefangenen zu intervenieren. Togliatti hatte in diesem Brief geantwortet: "Die Tatsache, daß für Tausende und Abertausende von Familien der Krieg Mussolinis, und vor allem sein Feldzug gegen Rußland, mit einer Tragödie endet, mit persönlicher Trauer, ist das wirksamste Gegengift gegen den Faschismus. (...) Ich bin wirklich nicht dafür, daß man die Gefangenen aus dem Wege räumen soll..., doch in den Leiden, die für viele von ihnen das Ende bedeuten können, vermag

ich nichts anderes zu sehen als den konkreten Ausdruck jener Gerechtigkeit, von der der alte Hegel sagte, daß sie in der ganzen Geschichte gegenwärtig sei".

Die antikommunistische Presse, allen voran das Wochenmagazin Panorama und die Tageszeitung Il Tempo, empörte sich: Togliatti habe sich damit für die Ermordung der italienischen Kriegsgefangenen ausgesprochen. PSI-Informationssekretär Ugo Intini kritisierte, daß immer noch Straßen nach "dem Stalinisten Togliatti" benannt seien; Staatspräsident Cossiga nannte Togliatti offen einen "Mörder"; und PDS-Sekretär Occhetto kapitulierte: "Wenn der Brief echt ist, kann ich die darin geäußerten Gedanken nur als moralisch und politisch verfehlt einstufen".

Der Brief war aber nicht echt, zumindest nicht ganz. An einigen entscheidenden Stellen hatte Andreucci Togliattis Aussagen gezielt verschärft und u.a. das Wort sopprimere (unterdrücken, beseitigen; auch: umbringen) durch assassinare (ermorden) ersetzt. Das sind Nuancen, die aber den Gesamteindruck entscheidend beeinflussen können. Nicht ganz glaubwürdig ist allerdings Occhettos Schwenk nach Aufdeckung der Fälschung: "Auch Truman, Churchill und Roosevelt hätten einen solchen Brief geschrieben, und ich auch".

Solches Lavieren zeigt die ganze Hilflosigkeit des PDS gegenüber dieser Kampagne, die Occhetto richtig als "groteske, überdrehte Form des Antikommunismus ohne Kommunismus" bezeichnete. Was den Deutschen die Stasi-Akten, sind den Italienern die Moskauer Archive der Komintern: ein riesiges Materiallager für den parteipolitischen Alltagskampf. Auch die Einigelungstaktik der (ehemaligen) Kommunisten, ihre wenig begründete Hoffnung, die nächste - echte oder gefälschte - Enthüllung möge nicht gar zu schnell folgen, zumindest nicht vor den nächsten Wahlen, kommt einem irgendwie bekannt vor.

Js.

21. Eine seltsam friedliche Intervention. Wem dienen die UNO-"Friedenstruppen" in der Westsahara?

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Westsahara; Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:15

Das ursprünglich für Ende Januar angesetzte Referendum in der Westsahara ist verschoben worden. Ob es jemals stattfinden wird und ob dann das kleine sahrauische Volk seine Lostrennung von Marokko und die Gründung eines eigenen Staates wird durchsetzen können, ist derzeit völlig unklar. Marokkos Diktator Hassan II., in unzähligen Resolutionen als Aggressor verurteilt, scheint jetzt die Belohnung für die Golfkriegsteilnahme von 1.500 marokkanischen Soldaten an der Seite des Westens einzustreichen. Nach dem Einschwenken von UNO-Generalsekretär Perez de Cuéllar auf marokkanische Wünsche soll nun sein Nachfolger Butros Ghali neue Kriterien für das den Ausgang des Referendums entscheidende Wahlregister ausarbeiten.

Seit mehr als 20 Jahren hat die UNO-Vollversammlung Resolutionen zum Thema Westsahara verabschiedet. Während dieser Zeit wechselte die Besatzungsmacht, zogen die Spanier ab und überließen Marokko und Mauretanien das Gebiet. Damals, 1975, wurde der Konflikt zum Krieg. In der Öffentlichkeit spielte er trotzdem keine Rolle mehr. Abgesehen von profitablen Rüstungsgeschäften und dem Zugriff auf die Phosphat- und Fischvorkommen in der Westsahara diente der Krieg in den Augen europäischer und US-amerikanischer Politiker vor allem der reibungslosen "Entkolonisierung" Marokkos im westlichen Sinne. In der Person des marokkanischen Diktators Hassan II. wurde ein in jeder Beziehung abhängiger "Partner" gestützt, der sich jederzeit als "moderate", "pro-westliche" Stimme im arabischen Raum einsetzen ließ und läßt: vom Camp-David-Abkommen bis zum Golfkrieg 1991.

Mit dem im Frühjahr 1991 beschlossenen UNO-Friedensplan schien die seit Jahrzehnten geforderte Dekolonisierung der Westsahara endlich konkrete Gestalt anzunehmen. Tatsächlich operieren die UNO, ihr Generalsekretär mit seinem Sonderbeauftragten und einem Stab von Mitarbeitern, der sich MINURSO nennt, in der Westsahara unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Man läßt sie gewähren, die Zügel des Sicherheitsrates haben ja marokko-freundliche "Neutralitätsvertreter" fest in der Hand.

Von Seiten der UNO sind nie eindeutige Proteste gegen die vielfältigen marokkanischen Störmanöver lautgeworden, die es seit der Verabschiedung des Friedensplanes vor einem Jahr gegeben hat, weder gegen die marokkanischen Militäroperationen, die nicht nur Provokationen waren, sondern auch massive Verwüstungen, Flucht und Tote auf sahrauischer Seite bedeuteten, noch gegen die demographische Kriegsführung, bei der Zehntausende von Neusiedlern in die Westsahara transportiert wurden. Auch noch, als die Arbeit der "Friedenstruppen" selbst behindert wurde, schwieg die UNO: Bis heute ist nur ein Bruchteil der UN-Truppen im Territorium, konnte eine eigene Infrastruktur der MINURSO allenfalls in Ansätzen aufgebaut werden und verhindern die marokkanischen Behörden jede Kontaktaufnahme der Blauhelme mit der sahrauischen Bevölkerung. Inzwischen steht auch die "Geschäftsgrundlage" zur Disposition, die Vereinbarung, daß die Stimmberechtigten beim Referendum auf der Basis eines spanischen Zensus von 1974 bestimmt werden sollen. Frühzeitig wurde klar, daß Marokko diese Grundlage (74.000 Stimmberechtigte) ablehnte. Marokko reichte eine eigene Liste von 120.000 Stimmberechtigten ein, die keinen ersichtlichen Zusammenhang mit den spanischen Dokumenten aufwies. Umfragen der marokkanischen Geheimpolizei hatten nämlich ergeben, daß das Referendum auf der vereinbarten Basis verloren wäre, also die meisten Sahrauis für die Unabhängigkeit stimmen würden. Deshalb sollten andere, marokko-treue Wähler an die Wahlurnen gebracht werden. Nachdem die sahrauische Seite monatelang im guten Glauben gelassen wurde, daß Perez de Cuéllar auf den ursprünglichen Kriterien beharren würde, erfuhr sie Ende 1991 das Gegenteil aus seinem Bericht an den Sicherheitsrat. Den schwer überprüfbaren und leicht manipulierbaren marokkanischen Vorschlägen zur Erweiterung der Wählerschaft war darin entsprochen. Trotz der Zurückweisung des Berichtes durch einige blockfreie Mitglieder des Sicherheitsrates sind die Chancen auf ein freies und gerechtes Referendum seitdem noch wesentlich ungünstiger geworden. Denn wieder einmal wurde das Referendum verschoben. Jetzt soll der neue UNO-Generalsekretär, Butros Ghali, einen neuen Zeitplan dafür vorschlagen. Ghali kommt aus Ägypten, einem traditionell mit Marokko befreundeten Land, das auch Waffen für den Westsaharakrieg lieferte.

Die 170.000 Flüchtlinge in den sahrauischen Zeltlagern bei Tindouf hatten nach 16 Jahren Wüstenexil in Algerien im Frühjahr 1991 bereits an eine unmittelbar bevorstehende Rückkehr in ihre Heimat geglaubt. Die marokkanische Bodenoffensive wenige Tage vor dem vereinbarten Waffenstillstand vertrieb alle Friedenseuphorie - um so mehr, als daraufhin keine energischen Schritte der UNO erfolgten, um Marokko zur Einhaltung des Friedensplanes zu zwingen. Als dann bekannt wurde, wie bereitwillig die MINURSO auch die aufgezwungene Kooperation mit der marokkanischen Armee in den besetzten Gebieten akzeptiert, und daß darüber hinaus noch andere Formen von Kooperation bestanden, nämlich die Weiterleitung von streng vertraulichen Informationen und Dokumenten durch hohe UN-Beamte an die marokkanische Seite, gab es viele sahrauische Stimmen, die den Friedensplan für gescheitert erklären und abbrechen wollten. Wieviel Hoffnung auf eine selbstbestimmte Zukunft den Sahrauis in den besetzten Gebieten der Westsahara noch geblieben ist, ist kaum im Einzelnen bekannt: Denn nach wie vor herrscht nahezu komplette Zugangssperre für unabhängige Journalisten und internationale Beobachter. Die wenigen, die es unter oft abenteuerlichen Umständen schafften, in die besetzten Gebiete zu gelangen, müssen Angst haben, ihre GesprächspartnerInnen in Lebensgefahr zu bringen. Selbst führende UNO-Kommandeure haben inzwischen erklärt, daß unter solchen Bedingungen kein freies Referendum garantiert werden kann. Einer der MINURSO-Verantwortlichen sagte: "Ich frage mich, was sich hinter dieser Passivität der UNO verbirgt."

Es gilt, Antworten auf diese Fragen endlich in die öffentliche Debatte zu bringen, das heißt Informationen über die dominierenden Interessen der entscheidenden Regierungen von den USA über die EG bis zur BRD. Denn, so der Präsident des Sahrauischen Roten Halbmondes, Mohamed Habiboulah: "Nur wenn die internationale Öffentlichkeit endlich zur Kenntnis nimmt, was in der Westsahara geschieht, haben die Sahrauis eine Chance, ihr Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen."

Ein bescheidener, aber wichtiger Schritt zur Schaffung von Öffentlichkeit ist die Kölner Veranstaltung am 28. März.

(Aus Materialien der Veranstalter zusammengestellt von Js.)

22. Freiheit für alle politischen Gefangenen. (Dokumentation der Erklärungen von Günter Sonnenberg und von Martina Bick u.a.)

Claudia Wannersdorfer ist frei, wann folgen die Anderen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:21

Nach der anfänglichen Aufgeregheit in der Medien- und Parteienöffentlichkeit um die vorzeitige Haftentlassung von politischen Gefangenen, ist es nun wieder sehr ruhig - erschreckend ruhig - um diese Frage geworden. Den Behauptungen in der Presse, die immer wieder schreibt, daß von den Gefangenen ein Abschwören nicht erwartet würde, widersprechen die Anwälte der Gefangenen in einer Presseerklärung: "Über die ‚vorzeitigen Entlassungen`, so zitiert die Presse den Bundesjustizminister, liefen mit den Anwälten ‚hochkomplizierte Verhandlungen`. Die Realität sieht anders aus: ‚Hochkomplizierte geheime Verhandlungen` mit den Anwälten gab und gibt es nicht. Um uns über die Haltung der Bundesanwaltschaft zu informieren, gab es insgesamt zwei Gespräche mit je einem Anwalt. Das Ergebnis dieser Gespräche war, daß die BAW weiterhin von den Gefangenen verlangt: Es müsse erkennbar sein, daß sich der Gefangene mit seiner ‚Tat` auseinandergesetzt habe - d.h. der Gefangene soll gezwungen werden, die politische Geschichte als individuelle ‚Tat` und ‚Kriminalität` zu denunzieren. Außerdem muß der Gefangene erklären, daß er die Durchsetzung politischer Ziele mit Gewalt ablehne und ein straffreies Leben führen werde - d.h. der Gefangene soll für alle Zukunft das staatliche Gewaltmonopol akzeptieren. Es werde lediglich auf eine allgemeine Distanzierungserklärung zur RAF verzichtet. Im Kern von der Bundesanwaltschaft nichts Neues."

Bisher ist die seit Jahren haftunfähige Gefangene Claudia Wannersdorfer die einzige, die tatsächlich entlassen worden ist. Sie war 1985 verhaftet worden und wegen eines Sprengstoffanschlages auf ein Rechenzentrum in Stuttgart und Unterstützung der RAF zu acht Jahren verurteilt worden. Im Gefängnis bekam sie epileptische Anfälle. Eine Entlassung wegen Haftunfähigkeit wurde noch Anfang letzten Jahres mit der Begründung "negative Kriminalprognose" abgelehnt. Jetzt ist ihre Reststrafe von elf Monaten zur Bewährung ausgesetzt, mit einer dreijährigen Bewährungszeit.

Bernd Rößner, der seit 16 Jahren im Knast sitzt, ist seit Jahren durch die Isolationshaftbedingungen haftunfähig erkrankt. Um überhaupt die Chance zu haben, wieder gesund zu werden, muß er aus der Haft entlassen werden. Günter Sonnenberg ist bei seiner Festnahme durch Schußverletzungen so schwer verletzt worden, daß er nie haftfähig war. (siehe Kasten). Isabel Jacob und Ali Jansen werden trotz ihrer Erkrankungen, aufgrund derer sie haftunfähig sind, weiter in Haft gehalten.

Das sind die dringendsten Fälle, bei denen eine sofortige Freilassung durchgesetzt werden muß. Wenn es denn überhaupt möglich ist, von dringendsten und dringenden Fällen zu sprechen. 20 Jahre Haft, zum großen Teil unter Isolationshaftbedingungen wie bei Irmgard Möller, dürfen eigentlich nicht anders behandelt werden.

Gleichzeitig mit öffentlich postulierter Gleichbehandlung der politischen Gefangenen, die jetzt stattfinden soll, laufen die Schweinereien der BAW im Dunkeln. So ist Angelika Goder eine weitere Haftverschonung jetzt versagt worden. Sie war wegen einer schweren Hüfterkrankung nach dem Hungerstreik 1989 nach elf Jahren Haft entlassen worden, um sich einer Operation unterziehen zu können und die Möglichkeit zu haben, die Folgen auszukurieren. Trotz vorliegender ärztlicher Bescheinigung, daß sie weiterhin haftunfähig ist, soll sie wieder in den Knast, um ihre vierjährige Reststrafe abzusitzen. Gegen Ute Hladki will die BAW, trotz deren Querschnittslähmung, die sie sich bei einem Unfall im Knast zugezogen hat, ein Strafverfahren durchführen.

ga.

Anmerkung:

Im ak 339 hat es leider zwei Fehler gegeben, Eva Haule ist natürlich keine Gefangene aus dem Widerstand, sondern aus der RAF und Siggi Happe ist kein Mann, sondern eine Frau.

Dokumentation

Unser Kampf für das Leben

Seit Anfang des Jahres gibt es Meldungen, nach denen auf Initiative des Bundesjustizministers Kinkel einige der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand demnächst freigelassen werden sollen. Zum erstenmal nach über 20 Jahren gibt es damit im Lager der Regierung offensichtlich zwei Fraktionen, von denen eine nach wie vor vom Rache- und Vernichtungsinteresse geprägt ist, die andere das Scheitern dieser Linie realisiert hat und nach neuen Wegen sucht.

Wir sehen in Kinkels Vorgehen für uns eine Chance, eine politische Lösung zu erkämpfen, deren Ziel die Entlassung aller politischen Gefangenen ist. Uns ist keine andere Lösung vorstellbar, als alles daranzusetzen, um das festgefressene perspektivlose Verhältnis der Verfolgungsbehörden zu den politischen Gefangenen aufzulösen.

Wenn die neue Linie die Aufhebung des bisherigen Ausnahmezustands beinhaltet, wie Gutgläubige unterstellen, müssen Fakten sichtbar werden. Neben der Freilassung geht es dann auch um die Abschaffung des gesamten Sonderapparates und um einen anderen Umgang mit gesellschaftlichen Widersprüchen -- hieße eine Wende in der bisherigen Ausländer- und Asylpolitik, hieße die Aufhebung des Auslöschverhältnisses zur Fundamentalopposition, hieße der Verzicht auf neue Prozesse nach der Kronzeugenregelung.

Ob der Grund für Kinkels Initiative in wachsender internationaler Skepsis liegt oder im "Druck aus Wirtschaftskreisen", ist für uns nicht wichtig.

Nach bisherigen Veröffentlichungen ist folgendes vorgesehen: Bei acht Gefangenen sei es möglich, ihre Reststrafe zur Bewährung auszusetzen. Unter den acht namentlich genannten sind drei Gefangene, die seit Jahren haftunfähig sind: Bernd Rößner, Günter Sonnenberg und Claudia Wannersdorfer. Es fehlen aber zwei weitere Haftunfähige: Isabel Jacob, die unter der Basedowschen Krankheit leidet und Ali Jansen, der schweres Asthma hat. Auch diese beiden können im Gefängnis nicht gesund werden.

Inzwischen ist Claudia frei. Sie wurde mit Zweidrittelregelung am 14. Februar -- verspätet -- entlassen. Wir freuen uns.

Und die Anderen?

Nach den bisherigen Verlautbarungen sollen die Entlassungen der politischen Gefangenen als "normaler Vorgang" dargestellt und entpolitisiert werden; damit eine 20jährige Geschichte ausgelöscht. Von wegen Normalität. Seit 1970 wird die RAF und werden die Gefangenen mit einem zu diesem Zweck geschaffenen Ausnahmerecht -- das inzwischen zum Gewohnheitsrecht geworden ist -- bekämpft.

Fahndungen

bei denen Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weißbecker, Werner Sauber, Willi Stoll, Michael Knoll und Elisabeth van Dyck erschossen wurden. Andere, wie Günter Sonnenberg und Rolf Heißler, wurden bei der Verhaftung angeschossen und lebensgefährlich verletzt.

Gerichtsverfahren

unter Regie der Bundesanwaltschaft vor Sondersenaten, in denen nicht einmal der Anschein objektiver Beweiswürdigung gewahrt wurde und entweder durch die Aussagen von Kronzeugen (1976 bei Irmgard Möller), durch bestellte Gutachter und durch merkwürdige Konstrukte (Ralf und Knud, wir grüßen euch), unter Drangsalierung der VerteidigerInnen bis hin zu ihrem Ausschluß, die zur beabsichtigten Verurteilung führen mußten.

Haftbedingungen

programmatisch und vom ersten Tag an für alle Einzelisolation; Ulrike Meinhof, Astrid Proll und Gudrun Ensslin im Toten Trakt; der Bau von wissenschaftlich ausgetüftelten Hochsicherheitstrakten; Haftstatute und als Verschärfung Bunker, Folter durch Schlafentzug, Neonlicht Tag und Nacht, licht- und geräuschisoliert; das Kontaktsperregesetz, Trennscheiben, 23 Stunden allein in der Zelle. Und gegen diese Maßnahmen immer wieder Hungerstreiks, erst mit dem Ziel der Gleichstellung mit anderen Gefangenen, später mit dem Ziel der Zusammenlegung. Die Tortur der Zwangsernährungen und als Folge 1974 der Tod von Holger Meins, 1981 von Sigurd Debus; Siegfried Hausner, der 1976 starb, weil er trotz lebensgefährlicher Verletzungen

transportiert wurde; Katharina Hammerschmidt, die an den Folgen eines Tumors 1975 starb, weil dieser in der Haft "übersehen" worden war. Ulrike Meinhof, 1976 erhängt, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe, die am 18.10.77 morgens erhängt und erschossen aufgefunden wurden, Irmgard Möller, die als einzige überlebte, zwei Wochen später starb Ingrid Schubert durch Erhängen.

Von Normalität kann seit über 20 Jahren nicht die Rede sein. Jede minimale Verbesserung der Haftbedingungen wurde hart erkämpft. Neben den Hungerstreiks von Einzelnen haben die Gefangenen zehn kollektive Hungerstreiks durchgeführt. Inzwischen gibt es drei Kleinstgruppen mit jeweils drei bzw. vier Gefangenen, Hofgang mit anderen, die Sichtblenden vor den Fenstern wurden entfernt, Angehörige können ohne Trennscheibe besuchen. Während des letzten Hungerstreiks 1989 gab es große Zustimmung zu den Forderungen der Gefangenen und viele Menschen haben ihr Interesse artikuliert, sich mit den Gefangenen auseinanderzusetzen.

Der Republikanische Anwältinnen und Anwaltsverein erwartet vom Staat eine "aktive Wiedergutmachungspflicht". Weder dieser Appell noch die Rügen des UNO-Menschenrechtsausschusses noch die Kritik von amnesty international haben in der Vergangenheit materiell etwas bewirkt. Sie haben wohl aber dem Image eines Staates geschadet, der sich unter Berufung auf die Menschenrechte in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischt. Die Bereitschaft zur Wiedergutmachung setzt moralische Kategorien voraus, die es bei den Staatsträgern und beim Kapital nicht gibt. Bisher wurden weder allen Opfern der Konzentrationslager noch den ZwangsarbeiterInnen Wiedergutmachung gewährt.

In Uruguay wurde die Freiheit der politischen Gefangenen erkämpft. Nach dem Ende der Militärdiktatur 1985 mußte von der folgenden bürgerlichen Regierung eine Regelung akzeptiert werden, nach der für jeden Tag Haft unter Isolationsbedingungen drei Tage angerechnet wurden. Damit war der Vernichtungscharakter eingestanden. Für hier hieße es: Alle kommen frei.

Die Gefangenen aus der RAF wurden zwischen 1971 und 1986 verhaftet, sie kommen aus verschiedenen Kampfphasen (und kennen sich teilweise nicht persönlich). Prägend für die Entstehung und Verfaßtheit der Studentenbewegung und für die später entstandene RAF waren die Nachkriegsjahre. Adenauer-Regierung, Kommunistenverfolgung, Wiederaufrüstung und wirtschaftlicher Aufschwung mit der Bezeichnung "Wirtschaftswunder"; dumpfe Enge, Autoritätshörigkeit und "unter den Talaren der Muff von tausend Jahren". Vom Faschismus geprägte Eltern gaben ihren Kindern die Erfahrung weiter: Widerstand lohnt sich nicht. Nach dem Erleben brutalster Gewalt, der sie nichts entgegensetzen konnten oder wollten, gedemütigt durch die Hungerjahre, buckelten sie für den Wiederaufbau und waren bereit (gemacht worden), das Gestern zu vergessen. Zielt jede bürgerliche Erziehung auf Selbstkontrolle, Triebaufschub und auf die Verinnerlichung aller für die Warenproduktion notwendigen Werte, so verschärfte die kollektive Erinnerung an die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, der Roma und Sinti, der Schwulen, der Kommunisten, Sozialisten, Christen und der "arbeitsscheuen Elemente" die Konditionierung.

Die bundesdeutsche Arbeitsproduktivität legt Zeugnis ab über das Gelingen, absolute Anpassung und Auspressbarkeit wurde massenhaft erreicht (ein "Lernprozeß", der in der DDR fehlte und von interessierter Seite jetzt beklagt wird). Es werden in aller Schärfe diejenigen bekämpft, die das erwünschte Maß der Selbstunterdrückung nicht erreicht haben, ob freiwillig oder unfreiwillig: BettlerInnen, Krankfeierer, Hafenstraße, Konsumenten illegaler Drogen, renitente SchülerInnen und Gefangene, Punks, Sozialhilfeempfänger -- und die politischen Gefangenen.

Im ersten Prozeß gegen die RAF wegen der Befreiung von Andreas Baader erklärte Ulrike Meinhof: "Aber das sind wir, da kommen wir her: die Brut aus den Vernichtungs- und Zerstörungsprozessen der Metropolengesellschaft. Aus dem Krieg aller gegen alle, der Konkurrenz jeder gegen jeden, des Systems, in dem das Gesetz der Angst, des Leistungsdrucks herrscht, des einer-auf-die-Kosten-des-anderen, der Spaltung des Volkes in Männer und Frauen, Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Ausländer und Deutsche und der Prestigekämpfe. Und da kommen wir her: aus der Isolation im Reihenhaus, den Betonsilos der Vorstädte, den Zellengefängnissen, Asylen und Trakts. Aus der Gehirnwäsche der Medien, demn Konsum, den Prügelstrafen. Die Ideologie der Gewaltlosigkeit: aus der Depression, der Krankheit, der Deklassierung, aus der Beleidigung und Erniedrigung des Menschen, aller ausgebeuteten Menschen im Imperialismus. Bis wir die Not jedes einzelnen von uns als Notwendigkeit der Befreiung vom Imperialismus, als Notwendigkeit zum antiimperialistischen Kampf begriffen haben und begreifen, daß es mit der Vernichtung dieses Systems nichts

zu verlieren, im bewaffneten Kampf aber alles zu gewinnen gibt: die kollektive Befreiung, Leben, Menschlichkeit, Identität."

Mit dem bewaffneten Kampf der RAF ist hier eine Möglichkeit des Eingreifens und zur Befreiung aufgebrochen, die seit den Vernichtungsfeldzügen des Faschismus niemand mehr gewagt hatte. Und die Rebellionen Ende der 60er Jahre in Italien, Frankreich, in den USA , in Japan und hier standen nicht allein; Befreiungsbewegungen in allen lateinamerikanischen Ländern und der Sieg des vietnamesischen Volkes gegen die militärisch weit überlegenen USA; "die damalige Einschätzung lief also darauf hinaus, daß die weltweite Offensive aller möglichen Befreiungskräfte in eine strategische Offensive gegen das imperialistische System insgesamt, münden würde das, seiner Zentralpotenz beraubt, dem nicht würde standhalten können."(Lutz Taufer, 12/91). Dieses war die Hoffnung einer ganzen Generation.

Die politischen Gefangenen sind ein Teil unserer Geschichte, unserer Erfahrungen und Erlebnisse. Als einer der wenigen bestehenden Zusammenhänge haben sie seit zwei Jahrzehnten immer wieder um eine Weiterentwicklung gekämpft.

Die Hoffnung der 60er und 70er Jahre blieb unerfüllt. Fast alle Kämpfe der letzten Jahre waren Abwehrkämpfe (gegen Berufsverbote, gegen AKW, gegen Repression ...), die sich an staatlichen Vorgaben orientiert haben, statt an unseren eigenen Lebensvorstellungen. Aber sie waren wichtig, weil ersteinmal nichts da war, wo wir hätten anknüpfen können. Zudem waren wir mit einer Härte staatlicher Abwehr konfrontiert, die wenig Spielraum ließ für die Entwicklung autonomer Entwürfe.

Heute sehen wir uns mit Bedingungen konfrontiert, unter denen wir nicht wie bisher weitermachen können und wollen: massenhafte Verelendung weltweit, die zunehmend in die Metropolen drängt und eine Zerstörung der natürlichen Ressourcen, die kein Umweltschutz reparieren kann. Die frühere Begeisterung für Aufstände auf dem Trikont ist allgemeiner Skepsis gewichen. Viele ziehen sich zurück, weil der Weg zu einer menschlicheren Gesellschaft unendlich lang erscheint. Es gibt die Orientierung nicht mehr, wir sind auf uns zurückgeworfen. Aber wir sind nicht allein. Überall suchen Menschen nach einem neuen Anfang. Wir wollen Mittel und Wege finden, um über die künstlichen Grenzen der Nationen hinaus gemeinsam "die weltgesellschaftliche Organisierung der sinnlichen Bedürfnisse" (Robert Kurz) zu erreichen.

Zu den Menschen, mit denen wir diese Aufgabe angehen wollen, gehören die politischen Gefangenen.

Der Staat und seine Parteien haben den Offenbarungseid geleistet, sie können keines der dringenden Probleme lösen. Sie ignorieren sie, sie improvisieren mehr oder weniger blind oder sie verfolgen und unterdrücken, ob in der Drogenpolitik, in der Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, in der Asylpolitik. Das Gewaltsystem wird gewalttätig durchgesetzt, am Individualverkehr trotz 10.000 Verkehrstoten festgehalten, an Atomkraftwerken trotz Leukämiegefahr. Sinnentleerte Arbeit, die millionen Menschen vor Erreichung des Rentenalters physisch und psychisch krank macht, Schutz der Familie trotz sexueller und anderer Gewalt gegen Ehefrauen und Kinder. Kinderpornographie, Arbeitslosigkeit, Selbstmorde alle fünf Minuten und Sucht.

Wir haben die Legitimation zum Widerstand. Das zeigt die Geschichte und die Gegenwart. Angesichts der katastrophalen Lebensverhältnisse und der Inkompetenz der Machtausüber wird immer mehr Menschen bewußt, daß nur sie selbst Antworten finden und ihre Anliegen in die eigenen Hände nehmen müssen.

Niemand von uns, die wir aus dieser Widerstandsgeschichte kommen oder auch Teil von ihr werden, wird sich von sich distanzieren oder abschwören wollen. Es gibt Kritik an Taten und an Unterlassungen der Legalen wie der Illegalen. Soweit es möglich war, haben wir mit den Gefangenen die Aufarbeitung begonnen. Umfassend kann der Prozeß der Aufarbeitung und Aneignung der Geschichte nur laufen, wenn alle frei sind. Unser Kampf für das Leben.

Freiheit für alle politischen Gefangenen

Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen umgehend, insbesondere auch aller HIV-Infizierten und AIDS-Kranken

Martina Bick, Rosmarie Prieß, Mareile Schmegner, Rosita Timm

Dokumentation

Erklärung von Günter Sonnenberg

ich will hier klarstellen, womit ich mich beschäftigen muß, sollte ich anfang mai - nach 15 jahren - vom knast rauskommen.

ich muß mich von einem neurologischen facharzt unter lebendigen bedingungen (also im leben außerhalb von knast und isolation) danach untersuchen lassen, wieweit die gefahr von epileptischen anfällen geht.

außerdem muß festgestellt werden, ob das eine (von mehreren noch im kopf befindlichen) geschoßteil, das sich kurz vor dem eingang einer arterie befindet, seit der letzten untersuchung gewandert ist. eine wanderung würde einem lebensgefährlichen zustand gleichkommen.

was für mich aber das allerwichtigste sein wird, festzustellen, was ich - aufgrund der schußverletzung und 15 jahren knastbedingungen - verloren, vergessen und verlernt habe.

nach der schußverletzung hatte ich 1977 vom bewußtseinszustandes eines kleinkindes aus mit dem erlernen von fähigkeiten und wissen wieder von vorne anfangen müssen.

was ich in den letzten 15 jahren wieder erlernt habe ist nur bruchstückhaft das, was ich vorher wußte und kannte.

im plädoyer von bundesanwalt lampe im april 1978 wurde der satz formuliert, daß ich in freiheit nur noch zu einfachen arbeiten zu gebrauchen sein werde, er nannte dazu als beispiel einen postboten.

meine vorstellungen sind andere als die eines postboten, was ich aber tatsächlich noch machen kann, muß ich erst unter freien bedingungen (also in freiheit) herausfinden.

wenn ich oben vom "bewußtseinszustand eines kleinkindes" schreibe, will ich es hier noch etwas erläutern:

außer meinem namen wußte ich nichts mehr. ich konnte weder lesen, noch schreiben, noch in irgendeiner form formulieren. wörter und begriffe waren mir fremd. für die fundamentalsten gegenstände des täglichen lebens - wie etwa teller oder löffel, bett oder waschbecken, buch oder radio - kannte ich die worte und begriffe nicht mehr. also mit 22 jahren war ich wieder ganz am anfang. und die voraussetzungen, unter denen ich daran lernte, waren isolation.

15 jahre gefangenschaft unter den sonderhaftbedingungen für politische gefangene bedeutet auch, von den politischen prozessen in der gesellschaft weitgehend ausgeschlossen gewesen zu sein; minimalste kommunikationsmöglichkeiten nach draußen und eingeschränktester spielraum für politische interventionen. das heißt ich werde zeit brauchen, mich neu in der politischen situation jetzt zu orientieren, beziehungen aufzubauen und zu organisieren.

bundesanwalt kurth hatte am 16. januar 1992 gegenüber meinem verteidiger zur frage, ob ich nach 15 jahren knast freikomme, ausdrücklich gesagt und verlangt, daß ich

- erklären muß, zukünftig politische ziele nicht mehr mit gewalt erreichen zu wollen - und

- in zukunft ein "straffreies leben" führen werde.

diese erklärung soll von mir die bestätigung des staatlichen gewaltmonopols als etwas ganz normales erreichen.

eine solche erklärung oder bestätigung werde ich nicht abgeben. das ist meine verantwortung gegenüber den vielen millionen menschen, die aufgrund des reichtums in den wohlstandsmetropolen sterben. und ich werde nie davon abgehen, daß alle vom kapitalistischen weltmarkt im elend gehaltenden menschen ein recht auf ein leben in würde haben.

bruchsal, 18 februar 1992

23. "Skrupellose Hetze, Verleumdung und Terror." Mordprozeß gegen zwei alte Antifaschisten in Hamburg

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:32

Am 4. Juli 1947 wurde im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda in Litauen (früher "Memelland") der dort internierte deutsche Oberstabsrichter Erich Kallmerten in der Offiziersbaracke mit einem Hammer erschlagen. Seit November 1991 wird am Hamburger Landgericht gegen zwei alte Männer wegen Mordes an Kallmerten verhandelt. Erst die Wiedervereinigung machte den bereits seit Anfang der 50er Jahre von der BRD-Seite aus angestrengten Prozeß möglich. Die beiden Angeklagten, Gerhard Bögelein (68) und Karl Kielhorn (73), waren Bürger der DDR geworden, die ein 1956 gestelltes Auslieferungsgesuch der Hamburger Justiz abgewiesen hatte.

Mit vollzogener Wiedervereinigung schlug die nunmehr gesamtdeutsche Justiz prompt zu: Am 5. November wird Karl Kielhorn in seiner Ostberliner Wohnung verhaftet, Gerhard Bögelein fünf Wochen später am 13. Dezember in Leipzig. Bögelein, dem die eigentliche Ausführung der Tat zur Last gelegt wird, befindet sich wegen des dringenden Tatverdachts seither in Haft, Kielhorns Haftbefehl wurde inzwischen gegen Leistung einer Kaution von 10.000.- DM ausgesetzt.

Gerhard Bögelein

Bögelein wurde als unpolitischer Neunzehnjähriger 1943 zur Wehrmacht eingezogen und nach Italien geschickt. Dort erlebte er den faschistischen Krieg von seiner grausamsten Seite und verweigerte das Mitmachen. Ende 1943 wurde ihm befohlen, an einer Massenerschießung von Widerstandskämpfern (bzw. solchen, die man dafür hielt) und Juden teilzunehmen. Er verweigerte den Befehl und soll sogar versucht haben, seinen Vorgesetzten mit der Waffe zu bedrohen. Er kam glimpflich, das heißt mit dem Leben, davon und mußte ab Oktober 1943 in einem Feldstraflager in Estland als Bauarbeiter unter Bewachung Zwangsarbeit leisten. Nach zwei gescheiterten Versuchen gelang ihm zum Jahreswechsel 1944/45 die Flucht in die Sowjetunion, wo ihn zunächst Partisanen aufnahmen. Er wurde in ein sowjetisches Schulungslager eingewiesen und nach der deutschen Kapitulation ins Kriegsgefangenlager Klaipeda geschickt, mit dem Auftrag versehen, für das NKWD unter den Gefangenen nach Kriegsverbrechern zu suchen. Nach 1947 arbeitete Bögelein in der Sowjetunion und in der DDR für den KGB und zeitweilig für das MfS. In der DDR bekam er schon bald Schwierigkeiten, wegen staatsfeindlicher Aktivitäten wurde er 1958 zu zwei Jahren Haft verurteilt. In den 60er Jahren begann er zu trinken und wurde von Psychopharmaka abhängig, was zu seiner Entpflichtung als Geheimdienstmitarbeiter führte. Seither lebte er von einer Ehrenrente als Verfolgter des Nazi-Regimes.

Karl Kielhorn

Kielhorn ist schon zu Kriegsausbruch als ganz junger Mann mit den Faschisten in Konflikt geraten, weil er über geheime Kriegspläne, die ihm als Vermessungsingenieur zugänglich waren, geredet hatte. Nach der Gestapohaft wurde er zum Fronteinsatz in einem Strafgefangenenbataillon verurteilt und an die Ostfront verschickt. Er überlebte den Krieg, geriet in sowjetische Gefangenschaft und wurde in das Lager Klaipeda eingeliefert. Dort schloß er sich dem Antifaschistischen Komitee an, dessen Vorsitzender er zur Zeit der Ermordung Kallmertens war. Mit den Worten "Ich war ein Suchender und fand schließlich zur antifaschistischen Bewegung" beschreibt Kielhorn seine Entwicklung zum überzeugten Antifaschisten vor Gericht (Zeit, 29.11.91). Kielhorn wurde 1950 SED-Mitglied und war zuletzt persönlicher Referent des Vizeministers für Hoch- und Fachschulwesen der DDR.

Kriegsgefangenenlager Klaipeda

In Klaipeda faßten die Sowjets mehrere Tausend deutsche Wehrmachtsangehörige zusammen, darunter viele aus der berüchtigten Kurland-Armee, die für die Massaker an den baltischen Juden neben den Sonderpolizeikommandos und lettischen "Freiheits"kämpfern die Hauptverantwortung trägt. Unter den Gefangenen befanden sich neben Kriegsverbrechern, weiterhin gläubigen Nazis und einer Mehrheit von

"Unpolitischen" auch eine Anzahl Antifaschisten. Männer wie Bögelein und Kielhorn, die nur dadurch dem KZ oder dem Todesurteil entkommen konnten, daß sie sich "freiwillig" zum Fronteinsatz in Bewährungs- und Strafbataillone meldeten (das berüchtigte Strafbataillon 999 steht stellvertretend für viele). Diese Leute bauten in Klaipeda (wie in den meisten anderen Gefangenenlagern) ein Antifaschistisches Komitee (Antifa) auf, aus dem eine neue, parteiübergreifende Bewegung hervorgehen sollte. In Klaipeda gehörte der spätere KPD-Bundestagsabgeordnete und IG-Bergbau-Funktionär Willi Agartz zu den Gründern des Komitees (taz, 7.12.91). Die Antifa entwickelte, von der sowjetischen Lagerleitung geduldet bzw. unterstützt, vielfältige Aktivitäten. Neben Kultur- und Sportveranstaltungen gehörten politische Kurse und zahlreiche Reden über den Lagerlautsprecher an die auf dem Appellplatz versammelten Gefangenen zu den Aktivitäten der Antifa. Die dezidiert politischen Aktivitäten des Komitees, an denen Bögelein und Kielhorn sich aktiv beteiligten, sollen nach dem Willen der BRD-Justiz jetzt beiden zum Verhängnis werden. In der am 8. Mai (!) 1991 ausgefertigten Anklageschrift wird festgestellt, daß es im Lager "eine ‚antifaschistische`, d.h. kommunistische Agitations- und Aktionsorganisation" gab, die Antifa eben.

Die "Offiziersaktion"

Abgesondert von den "gewöhnlichen" Kriegsgefangenen hausten in Klaipeda die Herren von gestern in ihrer Offiziersbaracke, einer von ihnen war der Oberstabsrichter Kallmerten. Die Offiziere hatten nicht nur verschiedene Privilegien von der sowjetischen Kommandantur eingeräumt bekommen, ihnen wurde zu Anfang auch die deutsche Lagerleitung anvertraut. Der erste Lagerleiter, Oberst Paul Adam, hat sich später mit seinen militärischen Sekundärtugenden gebrüstet und seine Aufgaben mit den Worten "ich hatte im Lager für Ordnung, Disziplin und Sauberkeit zu sorgen" beschrieben (taz, 7.12.91). Die Privilegien der Offiziere (reichlichere Verpflegung, kein Arbeitszwang, das Recht, mit Normalfrisur und nicht geschoren wie die anderen herumzulaufen, selbst ihre alten Rangabzeichen durften sie weiterhin an der Uniformjacke tragen) waren der Antifa von Anfang an ein Dorn im Auge.

1947 war die Antifa etabliert genug, um, ohne von den Sowjets gehindert zu werden, die "Offiziersaktion" durchzuführen. Den Offizieren wurden unter Androhung von Gewalt die Köpfe kahlgeschoren und die Rangabzeichen abgerissen. Dazu Kielhorn: "Sie waren verlaust, stanken von weitem, waren zu faul aufs Klo zu gehen. Nachts pinkelten sie in Weinflaschen, die sie auf dem morgendlichen Gang zum Frühstück ausschütteten. Die Offiziere stolzierten in ihren Breecheshosen, in den Langschäftern, im Lager herum, während die Soldaten kahlgeschoren zur Zwangsarbeit mußten" (Zeit, 29.11.91). Im Verlauf der Aktion wurden die Offiziere und ihre Baracke durchsucht. Dabei fielen den Antifaschisten - nach Aussagen Kielhorns - neben einer Hitler- und einer Göringbüste Hakenkreuze und faschistische Literatur in die Hände sowie zwei persönliche Gegenstände aus der Habe Erich Kallmertens: sein Kriegstagebuch und eine Postkarte von seiner in Husum lebenden Frau. Zwei Gegenstände, die für den weiteren Verlauf der Ereignisse genauso wie für den Prozeß von Bedeutung sein würden.

Das Opfer: Erich Kallmerten

Erich Kallmerten, geboren 1904, war für die Antifa von Anfang an ein Stein des Anstoßes. Er scheint sich im Lager sehr sicher gefühlt zu haben und die einfachen Soldaten, besonders aber die Leute von der Antifa, hochmütig und mit Verachtung behandelt zu haben (das geht zumindest aus Aussagen Bögeleins und Kielhorns hervor). Der Offiziersaktion soll er sich besonders energisch widersetzt haben, seine Rangabzeichen mußten ihm die Antifaschisten unter Anwendung von Gewalt abnehmen.

Über seine Karriere als Jurist ist nicht viel bekannt. Seit 1944 war er jedenfalls dem 125. Infanterieregiment unter Oberst Adam, dem späteren Lagerleiter von Klaipeda, als Oberstabsrichter zugeteilt, vorher war er in gleicher Funktion in Litauen tätig. Aufschluß über seine Taten als Kriegsrichter soll das von Kielhorn konfiszierte Tagebuch geben, in dem er nach Aussagen Kielhorns mindestens 120 von ihm verhängte Todesurteile aufgezeichnet hat. Das Beweisstück hat Kielhorn bei der sowjetischen Kommandantur von Klaipeda abgegeben. Seither soll es sich entweder in Moskau (Zeit, 29.11.91) oder in Wilna befinden. Mangels Rechtshilfeabkommen scheint es schwer zu sein, an das Tagebuch heranzukommen.

Die Hamburger Justiz zeichnete 1952 in einem Urteil gegen einen angeblich an der Ermordung Kallmertens Beteiligten ein sehr unterschiedliches Bild von dem Getöteten. Da ist von einer "großen, aufrechten und sympathischen Gestalt mit Schmissen" die Rede. Über seine Kriegsrichterzeit heißt es: "Er war ein milder

Richter, der kein erklärter Nazi war." In der letzten Station seiner Richterlaufbahn habe er "nur ein Todesurteil wegen Selbstverstümmelung ausgesprochen."

Militärgerichte hatten im Verlauf des zweiten Weltkriegs ca. 30.000 Todesurteile ausgesprochen, von denen 89% vollstreckt wurden. Die Opfer waren neben Soldaten - vorwiegend Deserteure - Zivilisten in den besetzten Gebieten, denen Widerstandstätigkeit oder Sabotage vorgeworfen wurde. Ob sich also Kallmertens Tagebuch jemals auffinden lassen wird oder nicht: Einer der als Oberstabsrichter jahrelang Militärgerichten vorgestanden hat, wird im Verlauf seiner Karriere mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erheblich mehr Todesurteile ausgesprochen haben als nur das eine wegen Selbstverstümmelung, das sogar der Hamburger Staatsanwalt Steckel im Jahr 1952 einräumte.

Die "Offiziersaktion" war von zahlreichen Reden der Antifa beim Abendappell begleitet, die häufig der spätere Antifa-Chef Kielhorn hielt. Seit dem Fund seiner Tagebücher geriet Kallmerten in den Mittelpunkt der öffentlich verlautbarten Kritik der Antifa. Ein Umstand, dem die Anklage sowohl 1952 als auch 1991 besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat. Neben dem Tagebuch führte auch die ebenfalls beschlagnahmte Postkarte aus Husum von Kallmertens Frau zu heftigen Angriffen gegen den Oberstabsrichter. Frau Kallmerten soll darin ihrem Mann mitgeteilt haben, daß sich in seiner Heimatstadt viele für ihn als Bürgermeister stark gemacht hätten, auch die örtliche SPD. Letzteres weist zwar ein Husumer SPD-Veteran energisch zurück, schließlich sei Kallmerten "stadtbekannter Nazi" gewesen (Zeit, 29.11.91), Kielhorn hat die Bürgermeistergeschichte jedenfalls geglaubt. In der Anklage wird ihm vorgeworfen, in einer Rede kurz vor der Ermordung Kallmertens gesagt zu haben, solche wie Kallmerten dürften "nicht ungeschoren davonkommen, weil man sonst erneut von ihnen verladen würde". Die Rede soll mit dem Aufruf "Tod den Faschisten" geendet haben (Anklageschrift). Dem widerspricht Kielhorn: "Tod dem Faschismus" habe er damals gesagt.

Der Mord

Einen Augenzeugen des Mordes an Kallmerten gab es nicht. Nicht einmal die gläubigsten Nazis aus dem Lager Klaipeda haben sich im Verlauf der Ermittlungen in den frühen 50er Jahren zu solchen Behauptungen verstiegen.

Die sowjetische Lagerkommandantur zeigte sich über den Mord ausgesprochen verärgert und verurteilte ihn in einer Ansprache während des Abendappells aufs schärfste. Gerhard Bögelein und ein anderer Antifaschist, Klaus Weniger, gerieten in den Verdacht, den Mord begangen zu haben, und wurden von den Sowjets arrestiert. Bögelein wurde bald danach wieder freigelassen, Weniger soll nach Aussagen Bögeleins von den Sowjets verurteilt worden sein. Über Wenigers heutigen Verbleib ist nichts genaues bekannt; er wird in Polen vermutet.

Richter Steckel ermittelt

Seit ungefähr 1950 nahm sich der Hamburger Richter Kurt Steckel (1901 - 1967) des Falles Kallmerten an. Er ermittelte nicht nur gegen Bögelein, Kielhorn und Weniger, derer er nicht habhaft werden konnte, sondern auch gegen zwei angeblich Tatbeteiligte, die beide wegen fehlender Beweise freigesprochen wurden (1952 bzw. 1956). Wer gegen Tatbeteiligte ermittelt, muß sich ein Bild von der Haupttat und den Haupttätern machen. Für Steckel war die Sache klar, die Mörder waren Bögelein und Weniger, der Antifa-Leiter Kielhorn Anstifter.

Kurt Steckel blieb bis mindestens 1956 am Ball und ging seinem Fall mit überdurchschnittlicher Akribie nach. Er bereiste die gesamte BRD und vernahm Hunderte von Zeugen zum gewaltsamen Tod seines Kollegen; insgesamt 275 Zeugen listete er bereits 1952 auf (taz, 16.12.91). Sein Werk ist die Anklageschrift gegen Bögelein und Kielhorn von 1952, auf der die aktuelle vom 8. Mai 1991 ganz wesentlich beruht. Doch mehr als Vermutungen und Aussagen aus dritter Hand gegen Kielhorn und Bögelein brachten Steckels Bemühungen nicht ein. Auch er fand keinen Tatzeugen und keinen Beweis. Ein erstaunlicher Umstand, wenn man bedenkt, daß nicht wenige von Steckels "Zeugen" in der Sowjetunion als Kriegsverbrecher verurteilt waren und erst 1955 nach dem Adenauer-Besuch freigekommen waren. Eine Vielzahl anderer "Zeugen" war in Kriegerkameradschaften organisiert, was zu völlig aufeinander abgestimmten Beschuldigungen gegen Bögelein und Kielhorn im Zusammenhang mit ihrer Antifa-Tätigkeit führte. Wer sich dem Richter Steckel bei seiner Vernehmung als Antifaschist zu erkennen gab, mußte damit rechnen, angebrüllt und beschimpft zu werden (taz, 7.12.91). Denn Steckel ging es neben der Sühne von Kallmertens Tod hauptsächlich darum, eine

kriminelle Vereinigung ausfindig zu machen, die für ihn mindestens genauso schuldig am Tod des Kollegen war wie der Täter: die Antifa.

Kurt Steckel war ähnlich wie Erich Kallmerten nicht irgendeiner. 1919 war er als Achtzehnjähriger Mitglied der schwarzen Reichswehr und eines Freikorps, später organisierte er sich beim Stahlhelm. Deshalb wurde zwar wegen seiner Stahlhelm-Zugehörigkeit 1934 sein Antrag auf Aufnahme in die NSDAP abgelehnt, den Ehrentitel "Reichsjägermeister" bekam er trotzdem. Während des zweiten Weltkriegs war er als Staatsanwalt beim Sondergericht Königsberg beschäftigt und in den letzten Kriegsmonaten am Volksgerichtshof in Potsdam.

NS-Sondergerichte widmeten sich seit Kriegsausbruch fünf Tätergruppen:

"1. Der politisch-militärische Staatsfeind, 2. Der Wirtschaftsparasit, 3. Der Volksschädling, 4. Der destruktive Außenseiter, 5. Der Schmarotzer im Alltagsleben." (A. Glück, Volksschädlinge am Pranger, S.12, 1940) Auf Grundlage neuer Strafgesetze, die für den Kriegsfall erlassen wurden, waren Sondergerichte ermächtigt, im Schnellverfahren Leute wegen Bagatelldelikten zur Höchststrafe zu verurteilen (z.B. wegen Schwarz-Schlachten, Lebensmittelhorten etc.), was besonders gegen Ende des Krieges zu Tausenden von Todesurteilen führte. Die Tätigkeit an Sondergerichten wurde sogar in der BRD für so bedenklich gehalten, daß z.B. in Hamburg Beteiligte an Sondergerichten sofort nach Kriegsende aus dem Justizdienst entlassen und in einigen Fällen auch später "für die Mitwirkung an rechtsstaatlichen Verfahren als ungeeignet empfunden" wurden (taz, 16.12.91). Was ein Volksgerichtshof ist, Steckels letztes Wirkungsfeld, braucht nicht extra erklärt zu werden ...

Steckel tauchte zwar bereits in den 60er Jahren in einem Braunbuch der DDR auf, seiner Karriere hat das aber keinen Abbruch getan. Er brachte es bis zum Landgerichtsdirektor in Hamburg (bis zu seiner Pensionierung 1965) und starb zwei Jahre später als geachteter Jurist.

Wohin Steckels Intention wirklich ging, bezeugt sein Urteilstenor von 1952, als er einen angeblich Tatbeteiligten freisprechen mußte, der während der Tat Schmiere gestanden haben soll. Im Schlußsatz seines Freispruchs heißt es: "So hat doch die Gerichtsverhandlung ein Ergebnis gebracht. Sie hat durch die Aufdeckung der Hintergründe ein System gebrandmarkt, das durch skrupellose Hetze, Verleumdung und Terror dieses ruchlose Verbrechen vorbereitet hat." Dieses System, die Antifa, war für Steckel eine verbrecherische Organisation, was sich schon aus dem Vorleben der Beteiligten ergab: Sie waren als verurteilte Verbrecher in Strafbataillonen gewesen. "Das Strafbataillon 999 hat Unruhe im Lager gestiftet und daraus wurde die Antifa gegründet, die immer mehr und mehr zu einer kommunistischen Organisation wurde, die allmählich das gesamte Lager beherrscht hatte. Das ganze Lager war mit Spitzeln durchsetzt und bald traute sich keiner mehr, ein offenes Wort zu sprechen." Der abwesende "Haupttäter" Bögelein wird als "gefürchteter Psychopath", "krankhaftes Tier" geschildert, der "frech und zynisch viel Älteren weltanschaulichen Unterricht" gab.

Das Verfahren

Seit November 1991 wird gegen Kielhorn und Bögelein verhandelt. An der Faktenlage hat sich seit den 50er Jahren wenig verändert, manches sogar verschlechtert, weil ein großer Teil von Steckels Zeugen der 50er Jahre nicht mehr lebt. Problematisch ist einzig eine Selbstbezichtigung Gerhard Bögeleins aus dem Jahr 1960, durch die er wohl seinen ramponierten Ruf in der DDR wiederherstellen wollte - Bögelein war 1958 "wegen fortgesetzter staatsgefährdender Hetze und Propaganda" im Zusammenhang mit der Ulbricht- kritischen Schirdewan-Gruppe zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Der Bekennerbrief befindet sich bei Bögeleins Stasi- Akten, die die Gauck-Behörde dem Hamburger Landgericht bereits zugesagt hat. Bögelein hat seine Selbstbezichtigung vor Gericht längst widerrufen: "Erschlagen, das ist doch nichts. Für mich gibt es nur Erschießen. Erschlagen würde ich keinen. Nicht mal einen Nazi" (Zeit, 29.11.91).

Schwieriger gestaltete sich für das Gericht die Anklageerhebung gegen Kielhorn, dem ja nicht mal Richter Steckel die direkte Beteiligung an der Tat unterstellt hatte, sondern "nur" Anstiftung zum Mord. Im Gegensatz zu Mord unterliegt aber die Anstiftung zum Mord der Verjährung und ein Prozeß gegen Kielhorn wäre nicht mehr durchführbar. Dem ist die Anklage dadurch begegnet, daß sie aus Anstiftung zum Mord Täterschaft durch Unterlassen konstruiert hat. Während der Anstifter den Täter lediglich aufstachelt, hat der Täter durch Unterlassen wesentliche Voraussetzungen für die Ausführung der Tat selbständig geschaffen und hält die

Tatherrschaft wenigstens so weit in Händen, daß es ihm jederzeit möglich ist, die Vollendung der Tat durch eigene Aktivität zu verhindern. Bleibt der Unterlassenstäter untätig und die Tat wird vollendet, so wird er gerade wegen seiner Untätigkeit zum Mittäter und wird dem eigentlichen Tatausführenden gleichgestellt. Kielhorns Verantwortung an dem Mord an Kallmerten sieht das Gericht darin, daß er in seiner Funktion als Antifa-Leiter gegen die Offiziere und besonders Kallmerten über den Lagerlautsprecher polemisiert hat und maßgeblich an der "Offiziersaktion" beteiligt gewesen ist. Daß er den Mord auch gewollt hat, bestätigt für die Anklage der Umstand, daß Kielhorn nach dem Mord gesagt haben soll, "um den war es nicht schade", was Kielhorn gar nicht bestreitet. Zum Mörder wurde er dadurch, daß er, der prominente Antifaschist, der die Soldaten gegen die Offiziere "aufgehetzt" (Steckel) hatte, nicht alles unternommen hat, um die wahrscheinliche Folge seiner Agitation, die Ermordung Kallmertens, zu verhindern. Nach dieser Logik hätte der "demagogische Agitator" Kielhorn seine gesamten Reden über den Lagerlautsprecher widerrufen und alle Antifaschisten ernstlich ermahnen müssen, den Offizieren und besonders Kallmerten nichts zuleide zu tun.

Für die Anklage ist dieses Konstrukt nicht nur verfahrenstechnisch praktisch, es hat den zusätzlichen Vorzug, daß dadurch der organisatorische und ideologische Zusammenhang, aus dem heraus Kielhorn agierte, in den Mittelpunkt des Verfahrens gerückt wird, die Antifa. Es geht also ganz im Sinne Steckels auch jetzt wieder darum, daß "ein System gebrandmarkt wird, das durch skrupellose Hetze, Verleumdung und Terror dieses ruchlose Verbrechen vorbereitet hat." Vor diesem Hintergrund dürfte es wohl niemanden mehr wundern, daß der Staatsanwalt des Jahres 1992, Dum, 1960 seine juristische Karriere als dem Landgerichtsdirektor Steckel zugewiesener Rechtsreferendar begonnen hatte.

Das Zeitalter des Anti-Antifaschismus

Der Hamburger Prozeß gegen Bögelein und Kielhorn steht auf tönernen Füßen wie der Mord-Prozeß gegen Erich Mielke in Berlin: Ein durch nichts mehr rekonstruierbarer Tathergang, keine Zeugen, keine Beweise, eine widerrufene Selbstbezichtigung und eine mehr als dubiose Umgehung der Verjährungsvorschriften. Daraus vorschnell zu folgern, der Prozeß müsse dann auch in sich zusammenbrechen, weil nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten eine Verurteilung gar nicht möglich sei, hieße die Aufarbeitungs-Justiz der BRD zu unterschätzen. Allein schon die lange U-Haft Bögeleins setzt das Gericht unter Verurteilungsdruck, will es sein Gesicht nicht verlieren. Erschwerend hinzu kommt die politische Bedeutung des Verfahrens, das sich ja nicht zufällig in jenen monströsen gesellschaftlichen Prozeß "Aufarbeitung der Geschichte" einordnet. Der glatte Rechtsbruch, den das Mauerschützenurteil darstellt, hat deutlich genug gezeigt, daß die Justiz dem staatlichen und öffentlichen Druck willfährig nachkommt und Formalrecht Formalrecht sein läßt, wenn es um Gerechtigkeit geht.

Anders als im Mauerschützenprozeß und in der Stasi-Jagd geht es im Bögelein/Kielhorn-Prozeß nicht nur darum, die DDR posthum als Verbrechersystem zu denunzieren, sondern mit dem Staat auch eine seiner wichtigsten Grundlagen: den Antifaschismus. Diese Marschrichtung ist von ganz oben gewollt und wurde der versammelten BRD-Richterschaft am 23.9.1991 aus berufenem Mund verkündet. Bundesjustizminister Kinkel hatte damals in einer Ansprache an den 15. Deutschen Richtertag verlautbart: "Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und - zu Recht - nie wieder entstehen lassen wollte" (Deutsche Richterzeitung, 1992, S.5). Für dieses Ansinnen dürfte es in der BRD bis in die Linke hinein breite Zustimmung geben. Wo unterschiedslos gegen den "verordneten Antifaschismus" polemisiert wird, wie es bis in die PDS und antifaschistische Gruppen hinein geschieht, ist der Schritt zur Denunziation der Sache selbst nicht mehr weit; und sei es über den Umweg, den Begriff Antifaschismus dadurch retten zu wollen, daß man ihn jedes antikapitalistischen Inhalts beraubt, durch ihn nur noch eine "humanistische Volksbewegung" vorgestellt sehen will und ihn solchermaßen zurechtgestutzt jedem Regime, also auch dem einzig legitimierten Nachfolgestaat des deutschen Faschismus, als ideologisches Versatzstück andient.(1)

Deswegen müssen die beiden aktuellen Opfer des Anti- Antifaschismus Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn nicht gleich zu Heroen und Märtyrern hochstilisiert werden, wie es etwa die Zeitung Spartakist in ihrer Januar-Ausgabe 1992 tut. Die verschärfte Solidarität mit den beiden, verbunden mit öffentlicher Kritik an

diesem Schandprozeß, der fast ganz vergessen durchgeführt wird, sollte jedoch für alle AntifaschistInnen Selbstverständlichkeit sein.

jw./Westberlin, Gruppe K

Anmerkung:

(1) Daß der DDR-Antifaschismus zum Kapitalismus fast nie eine Aussage getroffen hat, sondern stets die klassenübergreifenden humanistischen Ideale in den Vordergrund gestellt hat, tut dieser These keinen Abbruch. Der ständige Verweis auf die führende Rolle von Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus und der Verfassungsrang, den der Antifaschismus in der sozialistischen DDR hatte, lassen eine wenigstens auch antikapitalistische Lesart des DDR-Antifaschismus zu.

24. Bülowplatz (Ossietzky, Mielke und die KPD)

Autor: Carl von Ossietzky · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:07

Ein seltener Fall: politischer Journalismus, der auch nach 60 Jahren noch Stoff für die Auseinandersetzung mit dem Tagesgeschehen bietet. Carl von Ossietzkys am 18. August 1931 in der "Weltbühne" erschienenen Artikel "Bülowplatz" ist nicht nur deshalb so aktuell, weil die deutsche Siegerjustiz darauf besteht, Erich Mielke einen absurden Prozeß zu machen. Den Täter haben wir, da werden wir die Tat schon noch finden - gegen dieses zeitlose Motto der Klassenjustiz hätte Ossietzky auch heute angeschrieben. Und gegen die sechs Jahrzehnte überdauernde Instrumentalisierung des Bülowplatz-Anschlages für "Kommunistenhetze". Ossietzkys politische Verurteilung des Attentats, das er in "das jammervolle Kapitel der Kämpfe zwischen den beiden Arbeiterparteien" einordnet, richtet sich an die Adresse der auch heute noch nicht ausgestorbenen Revolutionsromantiker, die ihre Freude an der - von Mielke oder sonstwem begangenen - revolutionären Heldentat zur Schau tragen.

Am Sonntag, dem 9. August, abends acht Uhr, sind am Berliner Bülowplatz vor dem Lichtspieltheater "Babylon" zwei Polizeioffiziere, die eine Streife führten, meuchlings ermordet worden; ein dritter erhielt eine schwere Verletzung. Als die Polizei das Feuer erwiderte, blieben ein paar Leute tot und verwundet liegen, Leute, von denen niemand weiß, ob es Kombattanten oder Passanten waren. Wir werden auch schwerlich jemals die Wahrheit erfahren, denn inzwischen ist das Bild dieser traurigen Vorgänge durch eine Kommunistenhetze verfälscht und verzerrt worden, wie wir sie seit langem nicht erlebt haben. Ja, alle innere Politik scheint in diesem Augenblick nur Kommunistenhetze zu sein und nicht mehr. Selbst bei denjenigen liberalen Blättern, die sich sonst ein gewisses Maß von Objektivität bewahren, auch wenn es sich um Linksradikale handelt, gelten die Behauptungen der Polizei als sakrosankt. Es gilt als erwiesen, daß die KPD die Meuchelmorde am Bülowplatz gerwünscht und planmäßig durchgeführt hat. Sie unterhält Terrorgruppen, sie unterhält eine Geheimabteilung für Sprengstoffattentate wie das von Jüterborg. Nirgends regt sich angesichts der Fülle von Gerüchten eine regulierende Skepsis. Nirgends denkt man daran, die vom Polizeipräsidium ausgegebenen Berichte unter eine kritische Sonde zu nehmen. Nirgends erinnert man sich der blutigen Maitage von 1929, die bekanntlich mit wilden Aufruhrmeldungen begannen und mit einer ausgewachsenen Polizeiblamage endeten. Das Schlußergebnis bildeten dreißig Tote und dreimal so viele Verletzte, aber nicht ein Quentchen Beweis konnte erbracht werden, daß diese Opfer im Straßenkampf gefallen waren, daß überhaupt so etwas wie Aufruhr stattgefunden hatte. Und niemand erinnert sich mehr der erst kurze Zeit zurückliegenden Episode, wo ein Schutzpolizist in Zivil im dienstlichen Auftrag zwischen lärmenden Demonstranten gesteckt hatte.

Die politischen Gründe dieser neuesten Kommunistenhetze sind leicht zu finden. Den sogenannten Siegern vom 9. August ist nicht ganz wohl bei ihren Lorbeeren. Statt daß jetzt mit den Rechtsparteien endlich Fraktur geredet wird, will sich Brüning mit Hugenberg freundlich unterhalten. Die preußische Regierung hat die ihr von der Reichsregierung wegen der Zwangsveröffentlichung ihres Aufrufs erteilte Maulschelle schweigend eingesteckt. Ein schönes moralisches Beispiel, daß auch der Sieger nicht dem Hochmut verfallen darf. Die angeblich in Stücke geschlagene Rechte findet freundliche Samariterhände, die ihr die Schwielen am Hintern mit Salben bestreichen. Losung aus dem Reichpräsidentenpalais: auf Lazarette darf nicht geschossen werden! So blieben nur die Kommunisten übrig. Die Sozialdemokraten benutzen die allgemeine Verneblung, um die Konkurrenz aufzureiben oder wenigstens nach Kräften zu schädigen. Es wird ihnen nicht gelingen. Nur die Kluft zwischen den beiden Arbeiterparteien wird verbreitert, hoffnungslos verbreitert werden.

Auch die neue blutige Episode am Bülowplatz gehört in das jammervolle Kapitel der Kämpfe zwischen den beiden Arbeiterparteien. Nicht Staat und Staatsfeinde sind es, die hier ringen, sondern Parteien, von denen die eine das Glück hat, als Staatsautorität verkleidet walten zu dürfen. Ich behaupte, daß dieser jahrelange Bürgerkrieg am Bülowplatz unter einem halbwegs verständigen bürgerlichen Polizeipräsidenten unmöglich wäre. Dem wären die Kommunisten Hekuba (1); nur Sozialdemokraten, also Blutsverwandte, kennen diesen intimen Haß, dieses beißende Gelüst, die Abscheulichkeit, die Gemeingefährlichkeit der benachbarten Partei immer aufs neue zu beweisen.

So ist der Bülowplatz seit Jahr und Tag die klassische Berliner Arena erbitterter Partisanenkämpfe. Ein Stück Mittelalter tut sich mitten in der nüchternen Millionenstadt auf. Alexanderplatz gegen Bülowplatz! Polizeipräsidium gegen kommunistische Parteizentrale! So stand das Quartier der Capulets gegen das der Montagues (2). So stand die Stadtvogtei des Patriziats gegen das Haus der Zünfte oder der Handwerksgesellen. Ist es nicht wie eine Erscheinung aus versunkenen Jahrhunderten? Seit Jahr und Tag wiederholt sich das: eine Polizeistreife kommt über den Bülowplatz; ein paar junge Burschen, mit Parteiabzeichen versehen, gehen vorüber. Die Polizisten sehen die jungen Leute scharf und mißtrauisch an, diese erwidern mit herausfordernden Blicken oder Grimassen. Ein böses Wort fällt, die Gummiknüppel fliegen, ein Schuß kracht, und nachher liegt ein Polizist oder ein junger Arbeiter starr und strack auf der Bahre.

Gibt es da noch eine Schuldfrage? Es ist heute wohl fast unmöglich, das Maß von Schuld zu verteilen, und soll auch nicht versucht werden. Zwei Psychosen treffen hier explosionsbereit zusammen und verwandeln ein Stück dieser nüchternen und noch immer ruhigen Stadt in ein besonderes Territorium wüster Indianerinstinkte. Nicht Polizei, nicht Rotfront soll hier bemakelt werden, das sei den Parteimenschen überlassen. Es soll nur in jene tragische Verstrickung hineingeleuchtet werden, die immer neue Todesopfer, immer neue Lahmgeschossene und Krummgeprügelte fordert. Es kommt nicht darauf an, wer den ersten Schuß abgefeuert hat, aber die Schüsse vom 9. August müssen die letzten gewesen sein. (...)

Der Vorwurf, der gegen die Kommunistische Partei zu erheben ist, liegt nicht in der Linie der von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse erhobenen Anklagen. Der ärgste Fehler, den die Partei begeht, ist der, daß sie eine Revolutionsromantik nährt, für die kein realer Boden vorhanden ist. Die Führer leben nicht in diesem Deutschland mit seiner Geduld, mit seinem Beharrungsvermögen, sondern im vorletzten Stadium der Revolution, in der kurzen Etappe vor dem definitiven Sieg. Richtig ist ihre Diagnose, daß wir in höchst revolutionären Zuständen leben, aber sie verkennen darüber, daß die Menschen nicht revolutionär sind. Sie buchen jede gegen einen Schutzmann erhobene Arbeiterfaust als Plus im Revolutionskonto. Aber es geht ihnen nicht auf, daß es sich hier um individuelle Akte von Desperation handelt. Sie folgern aus einer Straßenschlägerei, daß "das Proletariat nicht mehr zu halten ist", und ahnen nicht, wie schnell das leidenschaftliche Aufbegehren wieder in Passivität und Stumpfheit umschlägt. Sie leben in einer phantastischen Welt, halb russische, halb chinesische Revolution, und danach richten sie ihre Taktik ein. So fürchten sie immer, "die Massen zu verlieren", so klemmen sie sich hinter den Nationalismus, aus Furcht, Hitler könnte ihnen Leute wegschnappen, so ziehen sie dem blamablen Scheringer-Rummel auf, so drängen sie sich in den Volksentscheid, so suchen sie sich dem Faschismus anzugleichen, anstatt den entgegengesetzten Typus deutlich herauszubilden. So gewinnen sie vorübergehend versprengtes Bürgertum oder ein paar masochistische Intellektuelle, die selig sind, wenn sie ein kräftiger Funktionär anbrüllt. Nur den gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeiterklasse, den gewinnen sie nicht.

Ein getreuer Abklatsch dieser Romantik ist das Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz. Man denke sich ein modernes vielstöckiges Bürohaus so aufgemacht, als wäre es eine verborgene Kellerhöhle, wo sich vermummte Verschwörer um Mitternacht treffen und in Geheimzeichen reden. Wer diese Hauptquartier der deutschen Revolution betritt, der begibt sich damit in die ehrwürdige Sphäre des Detektivromans. Das ganze Haus ist in seiner Verwinkelung ein wahres Labyrinth. Es gibt Türen ohne Klinken, die mit einem Griff unterm Tisch geöffnet werden. Der Besucher fühlt sich unter argwöhnischen Blicken wie ein unglücklicher Wanderer, der aus Versehen in eine belagerte Festung geraten ist und nun das Schlimmste erwartet. Aber es ist, Gott sei Dank, nicht so schlimm. Denn der junge Mann mit der feldmarschmäßigen Lederjacke entkorkt grade eine Thermosflasche, und in der Ecke tickt keine Höllenmaschine, sondern raschelt nur Stullenpapier. Aber diese ganze Inszenierung à la Edgar Wallace ist grotesk. Was hat sie schließlich genutzt? Die Polizei drang wie in jedes andere Haus ein und setzte die Bewohner an die Luft. Den meisten, die im Parteihaus arbeiteten, sieht man an, daß sie an einer Art von Belagertenpsychose kranken. Und das ist seit langem das Leiden der ganzen Partei. Sie wehrt sich gegen neue Ideen, sie bildet in ihrer Geistesenge das Musterbild eines Staates, in dem die Autarkie ausgebrochen ist. So kann einmal Deutschland aussehen, wenn die Apostel der "eigenen Kraft" sich durchsetzen sollten.

An der Peripherie der Partei aber hat sich allerhand angesetzt, was nicht in eine Arbeiterpartei gehört. So gewiß die Auflösung von Rotfront daran schuld ist, daß sich ein höchst unerwünschtes Revolverheldentum eingenistet hat, so gewiß ist leider auch, daß die Partei bisher öffentlich nichts getan hat, um sich von einer besonders fatalen Spielart eines mißgeleiteten Aktivismus zu reinigen. Was in den Organisationen selbst

geschieht, entzieht sich der Kenntnis dessen, der kein Mitglied ist, aber öffentlich ist nichts geschehen, und in der Parteipresse ist nichts davon zu lesen. Es ist gewiß schwierig, in dieser Zeit maßloser Verelendung den Maßstab zu finden, aber Hooligans haben in einer Arbeiterpartei nichts zu suchen. Und die KPD, die besonders stramm ist, wenn es gilt, intellektuelle Ausschweifungen zu sühnen, die massenhaft diejenigen hinauswirft, die unter Kollektivismus nicht den Verzicht auf eigenes Denken verstehen, diese Partei sollte sich vor physischen Exzessen nicht schwächer zeigen als vor geistigen.

Die vornehmste Pflicht aber wäre, der Arbeiterschaft ein reales Bild von den Dingen in Deutschland zu geben. Wer glaubt, sich mitten im Endkampf zu befinden, wird in der Wahl der Mittel nicht sehr heikel sein, wird leicht glauben, daß ein fester Stoß genügt, die Bastille des Kapitalismus zu werfen. Aber am Boden liegt nachher nicht der Kapitalismus, sondern ein armer Mensch mit Bauchschuß, ein armer Mensch, der mit Schmerzen verzuckt, ob er eine Uniform trägt oder ein Parteiabzeichen. (...)

Carl von Ossietzky

Die Weltbühne, 18. August 1931

Die vollständige Fassung des hier stark gekürzten Artikels ist u.a. nachzulesen in der sehr lesenswerten Sammlung "Ossietzky. Ein Lesebuch für unsere Zeit" Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1989. 383 Seiten. DM 9,80.

Anmerkung:

1) In der griechischen Sage Frau des Königs Priamos von Troja

2) Die feindlichen Familien in Shakespeares "Romeo und Julia"

25. Gesetz zur (Mit-)Organisierung der Kriminalität. Kurz-Stellungnahme zum OrgKG-Entwurf

Kurz-Stellungnahme zum OrgKG-Entwurf (1) von Rolf Gössner

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:01

"Gesetz zur (Mit-) Organisierung der Kriminalität" überschreibt Rolf Gössner sein nachfolgend abgedrucktes Gutachten zum "Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität". Gössner war Gutachter der Anhörung zu diesem Gesetzentwurf, die der Rechtsausschuß des Bundestages am 22.1.92 durchführte. Rechtsanwalts- und Richtervereinigungen führen einen ziemlich aussichtslosen Kampf gegen die ins uferlose gehenden Ansprüche der Sicherheitsfanatiker und ihrer gesetzgeberischen Handlanger. Gössners Ausführungen sind auch so richtig erst zu werten, wenn sie vor dem Hintergrund der Aussagen des BKA-Chefs Zachert in der Anhörung gelesen werden: "Das Gesetz in dieser Form wäre eine Verschlechterung zur jetztigen Situation, weil es den Spielraum der Richter, rechtsschöpferisch tätig zu werden, einengt." Das ist doch ein kleiner aber ehrlicher Blick auf die Deals, die praktisch zwischen Bullen, Staatsanwaltschaften und Gerichten bisher gelaufen sind auf der Basis allerlei rechtfertigender Notstandskonstruktionen.

Zachert wäre sicher von uns völlig mißverstanden, wenn wir glaubten, er sähe die Chancen zur weiteren Rechtsschöpfung auf Grundlage dieses Gesetzes nicht; praktische Rechtsschöpfung und Trommeln bei Angehörigen wie dieser gehören nun mal zum Rüstzeug des gehobenen Polizeibeamten.

"Organisierte Kriminalität" - Reale Gefahr oder Legitimationsformel?

Der vorliegende Gesetzesentwurf geht davon aus, daß es in der Bundesrepublik in zunehmendem Ausmaß "Organisierte Kriminalität" (OK) gebe, die bereits eine neue Qualität erreicht habe. Angesichts dieser Entwicklung - die sich seit der deutschen Vereinigung, dem Umbruch in Osteuropa, dem Andrang von Flüchtlingen und angesichts der Grenzöffnungen in Europa verstärke - seien die gesetzlich zulässigen polizeilichen Ermittlungsmöglichkeiten nicht mehr in der Lage, "Waffengleichheit" zu gewährleisten. Deshalb müsse gesetzlich entsprechend nachgerüstet werden. Die wissenschaftlichen und (sicherheits-) politischen Definitionsversuche und Meinungen darüber, was unter dem Kürzel OK zu verstehen sei, gehen jedoch weit auseinander. Aber auch die Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahre bzw. des letzten Jahrzehnts wird recht unterschiedlich eingeschätzt. Der Entwurf des OrgKG vernebelt in dieser Hinsicht mehr, als daß er klärt.

These: Es gibt in der Bundesrepublik, ungeachtet der vorherrschenden Begriffsverwirrung, zwar in bestimmten Bereichen ernstzunehmende Ansätze und bereits ausgebaute Formen von OK, allerdings keine mafia-ähnlichen Strukturen, noch eine OK neuer Qualität. Die größten Gefahren dürften dabei in den Bereichen Wirtschaftskriminalität (incl. Waffenhandel), Drogen- und Umweltkriminalität auszumachen sein; und insbesondere da, wo kriminelle Strukturen jener Bereiche in die Sphäre der (nationalen und internationalen) Politik, in die Sphäre der (zwischen-) staatlichen Institutionen hineinreichen bzw. umgekehrt von ihnen gar ausgehen, d.h. unheilvolle Verquickungen entstehen (konnten): z.B. Bau-Korruption zwischen Teilen der Bauwirtschaft, politischen Entscheidungsträgern und Administration bzw. Beamten; Immobilienspekulation; staatlich lizenzierter oder gedeckter Waffenhandel am Rande der Legalität, Atomfilz und Umweltvergiftung (z.B. Sondermüllverschiebung), Pharma-Skandale und Parteispenden-Affären, Subventionsbetrügereien etc.

Diese Kriminogen bzw. kriminellen Verfilzungen von Geschäftsmachern der legalen organisierten Ebene (Wirtschaft) mit Beamten und Politikern bzw. mit der staatlich organisierten Administration werden in aller Regel allerdings nicht der OK zugerechnet, selbst wenn es sich dabei um gravierende Straftaten und hohe Schadenssummen handelt. OK wird in aller Regel im kriminellen Untergrund, der "Unterwelt" angesiedelt, so daß letztlich die legalen, halb- und scheinlegalen Formen der Ausbeutung und des Handels mit gesundheitsgefährdenden und todbringenden Produkten ausgeblendet werden. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, daß gerade die mit dem vorliegenden OrgKG-Entwurf anvisierten Sonder- Ermächtigungen nicht auf diese Fälle in der Grauzone zwischen Illegalität und Legalität zugeschnitten sind und dementsprechend dort auch kaum eingesetzt werden bzw. greifen dürften: der verdeckte Ermittler Schimanski als Bürobote oder Ministerialrat in einem Ministerium oder als Spion im Bundesnachrichtendienst oder als

Direktionsassistent in der Chefetage der Chemischen Industrie oder einer Internationalen Bank - eine phantastische Vorstellung!

OK-Debatte als Sicherheitskampagne: Die Gefahr der politischen Dramatisierung

These: Die möglichen Gefahren der OK werden politisch dramatisiert und für eine Art Sicherheitskampagne instrumentalisiert. Die nur vage definierte OK wird zunehmend als politischer Kampfbegriff verwendet, mit dessen Hilfe liberale Kräfte in diesem Land unter politischen Druck gesetzt werden. Die OK wird zur populären und zeitgemäßen Legitimation für sicherheitsstaatliche Aufrüstungsmaßnahmen und Gesetzesverschärfungen - vergleichbar mit den anderen großen Legitimationsformeln der Neuzeit, nämlich der "Gefahr des Kommunismus" in den 50er und 60er Jahren, des "Linksextremismus" und insbesondere des "Terrorismus" in den 70er und 80er Jahren.

Negativ-Beispiel: "Terrorismusbekämpfung"

Der "Terrorismus" der bewaffneten Gruppen in der BRD wurde ähnlich wie in Ansätzen nun die OK - zur Herausforderung unserer Zeit, zur Geißel der demokratischen Gesellschaft hochstilisiert - obwohl er doch vornehmlich eine bestimmte Funktionselite bedrohte und die Bedrohung der Bevölkerung dementsprechend und gemessen an den sonstigen Gefahrenpotentialen in dieser Gesellschaft vergleichsweise marginal war. Gleichwohl schien zu dessen Bekämpfung jedes Mittel erlaubt zu sein:

In zwei Jahrzehnten hatte sich - neben einem bemerkenswerten personellen, finanziellen und technologischen Ausbau der Sicherheitsorgane - ein kaum noch überschaubares Anti-Terror- Rechtssystem herausgebildet mit Sonderermächtigungen für Polizei, Geheimdienste und Justiz. Dabei spielt der 129a StGB - "Terroristische Vereinigung" - die Rolle eines Kristallisationskerns, einer Art Sesam- öffne-Dich, das den Sicherheitsbehörden ein ganzes Arsenal von neu geschaffenen Sonderbefugnissen eröffnet.

Diese vorwiegend präventiv wirkende 129a-Sonderrechtssystem reicht mittlerweile weit hinein in die Gesellschaft, jenseits des bewaffneten Kampfes, weit hinein in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um gefährliche Staats- und Industrieprojekte, wie etwa Atom- und Gentechnologie, und tangiert längst den grundrechtlich geschützten Bereich der freien Meinungsäußerung. Tausende von Menschen und zahlreiche oppositionelle Initiativen sind bereits in diese Anti-Terror- Maschinerie geraten. Die Auswirkungen der staatlichen (Über-)Reaktionen haben ihrerseits dem zu schützenden Rechtsstaat längst schon schweren Schaden zugefügt. Eine ähnliche Entwicklung ist nun im Zusammenhang mit der OK-Bekämpfung nach dem OrgKG zu befürchten.

Die Gefahren der OK-Bekämpfung: Ein neues bzw. erweitertes Sonderrechtssystem unter OK-Signet?

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr der OK sehe ich in der Tat gerade in ihrer Bekämpfung mittels Sonderermächtigungen, dort, wo unter der Prämisse OK-Bekämpfung mit Hilfe von polizeilichen und justitiellen Sonderbefugnissen bislang anerkannte rechtsstaatliche Prinzipien aufgelöst werden (könnten) und in Grundprinzipien des Strafprozesses und des Datenschutzes zulasten der Beschuldigten, aber auch eine Vielzahl gänzlich unbeteiligter oder unschuldiger Dritter eingegriffen wird. So sieht der vorliegende Gesetzentwurf im Kern die Legalisierung von geheimpolizeilichen Mitteln und Methoden der Überwachung, Konspiration und Infiltration vor. U.a. sollen folgende gesetzliche Regelungen über das OrgKG in die Strafprozeßordnung aufgenommen werden:

- Einsatz verdeckter Ermittler mit falscher Identität (Legenden), Tarnnamen und Tarnpapieren;

- Einsatz akustischer und optischer Überwachungsgeräte (letztlich technische nachrichtendienstlicher Mittel, wie Wanzen, Richtmikrophone, Peilsender, Videokameras), die schon bei Verdacht einer "Straftat von erheblicher Bedeutung" eingesetzt werden dürfen;

- Regelungen über Lausch- und Spähangriffe, ausdrücklich auch in Wohnungen;

- Regelungen über Rasterfahndung und die polizeiliche Beobachtung (mit der Möglichkeit, Persönlichkeitsprofile und Bewegungsbilder von Verdächtigen, Kontakt- und Begleitpersonen zu erstellen);

- Regelungen zur Verbesserung des Zeugenschutzes u.a. durch Ermöglichung der Geheimhaltung der Identität und des Wohn- bzw. Aufenthaltsortes eines gefährdeten Zeugen (z.B. verdeckter Ermittler, V-Personen).

Mit diesem Gesetzesvorhaben des Bundesrates würde m.E. ein Sonderrechtssystem gegen OK entstehen, mit dem im wesentlichen geheimpolizeiliche Mittel und Methoden legalisiert werden sollen, die allerdings weit über den OK-Bereich hinauswirken werden. Die damit verbundenen rechtspolitischen Probleme und Folgen sind:

1. Unverdächtige im Visier: Der Trend zur Uferlosigkeit

Die Sonderbefugnisse des OrgKG (Art. 4) greifen massiv in die Grundrechte von Beschuldigten ein, aber auch von sogenannten anderen Personen, also von vollkommen unbeteiligten bzw. unverdächtigen Dritten. Selbst der private Wohnungsbereich soll nicht mehr vor Lausch- und Spähangriffen verschont bleiben. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung, der Schutz des nichtöffentlich gesprochenen Wortes, kurz: Der Schutz der Intimsphären, würden durch solche Regelungen stark in Mitleidenschaft gezogen.

Mit der weitgehenden Einbeziehung von sogenannten Dritten wird die rechtsstaatlich bedenkliche Tendenz fortgeschrieben, daß sich staatliche Ermittlungseingriffe nicht mehr vorwiegend gegen "Tatverdächtige" oder "Störer" richten, sondern daß deren Sinn gerade in der Anwendung gegen eine Vielzahl von auch unverdächtigen Personen besteht (insbesondere bei Massenkontroll-Verfahren wie Rasterfahndung, aber auch bei Observationen und Lauschaktionen). Letztlich werden mit dieser Entwicklung die Unschuldsvermutung und das Zeugnisverweigerungsrecht ausgehöhlt.

2. Das "Trennungsgebot" und der Trend zu einer bundesdeutschen Geheim- Polizei

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die meisten der genannten Befugnisse finden in der Polizei- und Justiz-Praxis längst systematische Anwendung, und nicht nur in sogenannten OK-Bereichen; allerdings fehlte bislang die rechtliche Grundlage für diese Eingriffsbefugnisse, die damit noch im rechtsfreien Raum, ja in der Illegalität angewandt werden.

Diese Praxis-Entwicklung der "inneren Sicherheit" verstößt gegen das verfassungsmäßige Gebot der Trennung von Geheimdiensten und der Polizei - immerhin eine essentielle Konsequenz aus den schrecklichen Erfahrungen mit der GeStaPo im Nationalsozialismus. Dieses sogenannte Trennungsgebot umfaßt letztlich auch das Verbot einer Geheim-Polizei, die sowohl im exekutiven als auch mit nachrichtendienstlichen Machtmitteln ausgestattet ist.

Mit der Einrichtung von abgeschotteten Geheim-Abteilungen und mit dem systematischen Einsatz von Under-Cover-Agenten/verdeckten Ermittlern, V- Leuten, agents provocateures und nachrichtendienstlichen technischen Mitteln für Lausch- und Spähangriffe (u.a. Wanzen, Richtmikrophone) ist innerhalb des Polizeiapparates bereits seit etwa zwei Jahrzehnten ein geheimpolizeiliche Entwicklung im Gang gesetzt worden, die nun rechtlich abgesichert werden soll. Diese Struktur- und Methoden-Entwicklung verstößt u.a.

- gegen den Grundsatz, daß die Polizei keine nachrichten- bzw. geheimdienstlichen Mittel und Methoden anwenden darf sondern offen, berechenbar kontrollierbar den BürgerInnen gegenüber aufzutreten hat;

- gegen das Legalitätsprinzip, wonach die Polizei zur unverzüglichen Verfolgung jeder Straftat ohne Angehen der Person verpflichtet ist (um etwa getarnte Mitarbeiter nicht zu gefährden bzw. zu enttarnen, werden bestimmte Straftaten nicht oder nicht unverzüglich verfolgt);

- gegen Art. 19 Abs, 4 GG, da der grundgesetzlich gewährleistete Rechtsschutz gegen polizeiliche Eingriffe mangels Kenntnis der Betroffenen von den geheimen Einsätzen praktisch ausgeschlossen wird.

Die politische Nonchalance, mit der die beschriebene Funktions- und Methodenvermengung betrieben wird, offenbart einen eklatanten Mangel an Sensibilität gegenüber der geschichtlichen Erfahrung und Verantwortung in Deutschland. Nicht zuletzt die Stasi-Erfahrungen sollten auch zu einem sensibleren Umgang mit dieser Problematik führen.

3. Die Frage der "Effizienz" und der Trend zum agent provocateur.

Die angestrebte Legalisierung geheimpolizeilicher Strukturen und Methoden per OrgKG wird sich bei der OK-Bekämpfung als wenig effektiv erweisen. Schließlich finden diese bereits seit langem in der Praxis

Anwendung - ohne daß diese Mittel dazu geführt hätten, jene Art der Kriminalität auch nur ansatzweise in den Griff zu bekommen (im Gegenteil: sie ist angestiegen). Die Verfechter des OrgKG sind vor diesem Erfahrungshintergrund darlegungs- und beweispflichtig was die Effizienz (und auch die Kontrollierbarkeit) der zu legalisierenden Befugnisse anbelangt. Dieser Pflichtigkeit sind sie m.E. bislang nicht nachgekommen. Bisher jedenfalls ist es kaum jemals gelungen, mit klandestinen Polizei-Mitteln etwa in den Kern von kriminellen Organisationen vorzustoßen - obwohl gerade dies eine Haupt-Zielsetzung des OrgKG-Entwurfs ist. Im Gegenteil: Diese Methoden bleiben meist bei den kleineren Kriminellen hängen, die nur selten wirklich professionell arbeiten und häufig erst durch die klandestinen Polizeimethoden per Provokation und sogenannten kontrollierten Rauschgift-Transporten bzw. Scheingeschäften zu "großen Fischen" gekürt werden - auch eine fast zwangsläufig erscheinende Tendenz, mit Hilfe dieser Geheim-Methoden die so dringend benötigten "Erfolge" zu produzieren.

Wie wir aus vielen Fallbeispielen wissen, ist der Übergang zwischen verdeckten Ermittlern bzw. Under-Cover-Agenten (UCA) sowie insbesondere V-Leuten und agents provocateure bzw. Lockspitzel fließend. Genaugenommen liegt es geradezu in der Natur dieser polizeilichen Einsatzmittel, daß die Eingeschleusten Straftaten "anschieben" oder aber selbst begehen, um in der jeweiligen Szene glaubwürdig zu erscheinen, um Erfolge aufweisen zu können, um sich "unentbehrlich" zu machen oder gewisse Vorteile (Geld, Drogen zum Eigengebrauch, Haftverschonung in eigenen Ermittlungsverfahren) zu erhalten.

4. Verflechtungsgefahr oder: Der Trend zur staatlichen Mitorganisierung der OK

Die bisherige Entwicklung zeigt, daß geheimpolizeiliche und proaktive/operative Ermittlungsmethoden zu einer Angleichung von Kriminalpolizei und Kriminalität neigen, zu einer Verflechtung, zeitweise zu einer Mitorganisierung der Kriminalität bzw. der OK in staatlicher Regie führen.

Kaum verwunderlich, daß sich diese Tendenz gerade in jenen Bundesländern zeigt(e), die gewissermaßen geheimpolizeiliche Vorreiterposition innehaben (bzw. hatten): Etwa im früheren CDU- regierten Niedersachsen, in Baden-Württemberg und im SPD-regierten Hamburg (Hamburger Polizeiskandal).

Diese Verflechtungsgefahr hängt u.a. mit der Tatsache zusammen, daß etwa längerfristig eingesetzte verdeckte Ermittler, die in eine verdächtige kriminelle Organisation (bzw. deren kriminoges (kriminalitätsfördernd oder -produzierend, Anm. ak) Umfeld) eingeschleust werden sollen, sich dort nicht als stille Teilhaber oder Beobachter halten können, sondern, um nicht aufzufallen, sich nicht zu gefährden, in aller Regel gezwungen sind, ebenfalls "milieuangepaßt" Straftaten (mit-) zu begehen - die sogenannte Keuschheitsprobe - auch wenn ihnen solche gesetzlich nicht erlaubt werden. Nicht selten erliegen sie ihrer angenommenen Rolle und wechseln sogar die Seiten. Die Verflechtungen gehen häufig sogar so weit, daß längerfristig als verdeckte Ermittler eingesetzte Beamten im Anschluß an ihr Untergrund-Leben regelrecht resozialisiert werden müssen. Unter diesem Blickwinkel stellt sich die Frage, ob "OrgKG" nicht besser mit "Gesetz zur (Mit-) Organisierung der Kriminalität" zu übersetzen wäre. Denn ob diese nahezu zwangsläufigen Begleitumstände mit der Regelung im OrgKG ausgeschlossen werden können (Einsatz verdeckter Ermittler lediglich mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft), möchte ich bezweifeln.

5. Von der Legitimation durch Verfahren zur Manipulation von Verfahren - oder: Der Trend zum Geheim-Prozeß

Die staatlichen Provokationen und Verstrickungen haben regelmäßig verhängnisvolle Auswirkungen auf die späteren Strafverfahren gegen die im Verlauf von Geheimaktionen verdächtigten Personen: Die geheimen Einsätze führen nämlich zwangsläufig - zumindest partiell - zu verfassungsrechtlich äußerst problematischen Geheim-Verfahren, in denen Zeugen gesperrt, Aussagegenehmigungen beschränkt und geheime Ermittlungs-Akten manipuliert oder dem Gericht sowie der Verteidigung vorenthalten werden. Mit den Regelungen im OrgKG wird die Möglichkeit zur - zumindest zeitweisen - Aktenmanipulation bzw. -unterdrückung sowie zur Manipulation von Belastungszeugen (per Identitätsunterdrückung bzw. -veränderungen) verrechtlich. Solche gesetzlichen Möglichkeiten verstoßen m.E. gegen Prinzipien des rechtsstaatlichen, fairen Strafverfahren (Grundsatz der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit) und gehen zu Lasten der Angeklagten und ihres verfassungsrechtlich garantierten "rechtlichen Gehörs".

6. Demokratiedefizit: Mangelnde öffentliche Kontrolle von Geheimmethoden

Dort, wo immer mehr polizeiliche Organisations- und Tätigkeitsbereichbereiche in abgeschottete Geheimzonen verlagert werden, ist mangels Transparenz eine öffentliche und demokratische Kontrolle nicht mehr möglich.

Fazit:

Dieses Land braucht keine staatlich organisierte Gegen-Mafia, die mit der OK Schritt hält und sie bis zur Verwechselbarkeit zu durchdringen versucht, keine Geheim-Polizei, die tendenziell in der Lage ist, gesellschaftliche Bereiche zu infiltrieren und die sich der öffentlichen Kontrolle mehr und mehr entziehen kann. Denn: Im Rechtsstaat kann es keine "Waffengleichheit" mit dem organisierten Verbrechen geben, es sei denn um den Preis von staatlich (mit-)organisierter Kriminalität, von staatlicher Machtkonzentration zulasten der Bürgerrechte und einer dramatischen Eskalation von Gewalt und Gegengewalt. Der befürchtete negative Einfluß der OK auf die Politik und die öffentliche Verwaltung würde mit dem OrgKG selbst in die Wege geleitet. Was dieses Land demgegenüber dringend benötigt, ist eine wesentlich zu verbessernde Sozial- und Umweltpolitik, den Mut zu sozialpolitischen Lösungen und eine Absage an die Dominanz polizeilicher bzw. strafrechtlicher Lösungsversuche.

So etwa eine Absage an die gescheiterte Drogenpolitik: Entkriminalisierung, die Legalisierung des Drogenbesitzes/-Konsums, kontrollierte (Ersatz-) Drogen-Vergabe und verbesserte Therapieangebote würden dem organisierten Rauschgifthandel schlagartig die Grundlage entziehen, der illegale Markt würde wegen der rapide fallenden Preise in sich zusammenbrechen; die Todesfälle durch Drogenkonsum würden abnehmen, die Verelendung der Drogenabhängigen könnte aufgehalten werden, die Beschaffungskriminalität würde drastisch sinken. Wir müssen endlich begreifen, daß die bisherige Drogenpolitik nicht nur gescheitert ist, sondern daß sie darüber hinaus "kriminogenen Charakter" hat, d.h. ihrerseits Kriminalität (Drogen- und Beschaffungskriminalität) produziert und damit die OK in diesem Bereich erst ursächlich ermöglicht. Wir müssen begreifen, daß viele der spezifischen OK- Erscheinungen - wie z.B. Drogenkriminalität, illegales Glücksspiel, Prostitution/Zuhälterei - entweder soziale Befriedigungsdefizite auszunutzen versuchen oder gerade auf jenen in dieser Wirtschafts- und Konsumgesellschaft produzierten Bedürfnissen beruhen - nicht zuletzt auf dem konstitutiven Gewinnstreben und dem produzierten Konsumbedürfnis. Hier an den gesellschaftlichen, ökonomischen und psychosozialen Ursachen, Bedingungen und Deformationen müssen politische, erforderlichenfalls rechtliche Gestaltungen in erster Linie ansetzen, müssen möglicherweise schmerzhafte Prozesse eingeleitete werden, um der "Organisierten Kriminalität" mit sozialverträglichen Mitteln die Geschäftsgrundlage zu entziehen.

Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und wissenschaftlicher Berater.

Seit 1980 selbständiger Rechtsanwalt und Publizist in Bremen. Lehraufträge an den Universitäten Bremen (FB Jura), am "Institut für Journalistik" der Universität Dortmund sowie an der Universität Marburg (FB Philosophie und Gesellschaftswissenschaften).

1985 bis 1988 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung (Projekt "Politische Justiz am Beispiel der sogenannten Terrorismus-Verfahren). Seit 1990 u.a. wissenschaftlicher und rechtspolitischer Berater der Fraktion "Die Grünen" im niedersächsischen Landtag.

Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren des Bundestages und von Landtagen sowie Beteiligung an Fraktionsanhörungen (u.a. zu den sogenannten Sicherheitsgesetzen, zu Polizeigesetz-Entwürfen, zu "Verfassungsschutz" und zum Stasi-Unterlagen-Gesetz).

Buch-Publikationen: Gössner/Herzog, Der Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei. Verlag Kiepenhauer & Witsch, Köln 1982, aktualisiert und erweitert 1984; dies., Im Schatten des Rechts-Methoden einer neuen Geheim-Polizei, K & W, Köln 1984; russische Übersetzung, Moskau 1990; Gössner, Widerstand gegen die Staatsgewalt - Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte, Hamburg 1988; ders., Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991.

Anmerkung:

(1) Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität (OrgKG), Bundestags-Drucksache 12/989 vom 25.07.1991.

Diese Kurzstellungnahme basiert auf meinem Gutachten vom 17. Januar 1992, das ich anläßlich der öffentlichen Anhörung zum OrgKG dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages erstattet habe.

26. Atomwaffen weltweit. Eine Übersicht über die internationale Zusammenarbeit

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:11

Zehn Jahre nach der Friedensbewegung ist den Herrschenden und ihren Medien die Gefahr der Atomwaffen in die Knochen gefahren. Doch es geht den Herrschenden der neuen Weltordnung weniger um die Gefahr ihr eigenen riesigen Atomwaffenarsenale, sondern um die Sorge, daß ein "unberechenbarer Diktator oder eine terroristisch gesonnene Regierung" Atomwaffen besitzen könne: 15 Länder der Dritten Welt könnten zum Jahre 2.000 Atomsprengköpfe herstellen, 30 Staaten chemische Waffen und eventuell zehn biologische Waffen, warnte US-Vizepräsident Quayle vor der Wehrkundetagung in München. (1)

Hans-Dietrich Genscher sieht "die Welt am Rand des Abgrunds" und verlangte strikte Sanktionen der UNO, aber nicht etwa gegen die Staaten, die solches Waffen-Know-how liefern, das könnte ja allen voran die BRD treffen, sondern die Weltgemeinschaft soll aktiv gegen diejenigen Staaten vorgehen, die sich solches Know-how verschaffen wollen. (2)

Zwei Ereignisse haben dazu geführt, daß in letzter Zeit die Gefahr der weltweiten Ausbreitung der Atomwaffen an die Wand gemalt wird: Saddam Hussein hätte schon bald die Bombe gehabt, wenn die USA nicht gerade noch rechtzeitig den Krieg angezettelt hätten, so lautet die Bilanz, die man uns heute verkaufen will. Man solle die Atomanlagen zerbomben und Hussein umbringen, wenn der Irak weiter ein Atomprogramm verfolge, forderte kürzlich Ex-Präsident Nixon. Bush als aktueller Amtsinhaber beließ es bei der Aufforderung nach Saddams Sturz.

Der Zerfall der Sowjetunion werde zu einer Ausbreitung der Atomwaffen in den GUS-Staaten und anderswo auf der Welt führen. Heute gäben sich die islamischen Staaten bei ihren neuen islamischen Freunden in der ehemaligen Sowjetunion bereits die Klinke in die Hand. Inzwischen wurden als Hauptgefahr in der Atomwelt die ehemaligen sowjetischen Atomspezialisten ausgemacht, die sich vielleicht morgen für gutes Geld an jedermann verkaufen könnten.

Beiden Szenarien ist gemeinsam, daß sich die mächtigen Atomstaaten der Welt als Kämpfer gegen die Atomwaffe in Barbarenhand darstellen. Man könnte es fast einen heiligen Krieg um die "zivilisierte" Atombombe nennen. Und tatsächlich wird heute völlig offen das Kriegsrecht gegen die Ausweitung von Atomwaffen erklärt.

Wir wollen das zum Anlaß nehmen, hier eine Übersicht zum Atomwaffenstreben in der Welt zu geben und die Entwicklungen in letzter Zeit zu schildern.

Irak

Nach dramatischen Berichten um die UNO-Sonderkommission, die im Irak nach Atomanlagen fahndete, wird inzwischen eine Schreckens-Bilanz gezogen: "Wenn der Krieg nicht stattgefunden hätte, hätte er (der Irak) unserer Ansicht nach wahrscheinlich bis Ende dieses Jahres ein (nukleares) Gerät gehabt", erklärte der CIA-Chef Gates in den USA. Der Golfkrieg habe Iraks atomaren Ambitionen schwere Schäden zugefügt, aber falls die Sanktionen aufgehoben würden, sei es nur eine Frage von Jahren, "bis er wieder dort wäre, wo er war". Außerdem besitze das Regime noch rund 100 Scud-Raketen und man habe Schwierigkeiten, sie zu finden. (3)

Angesichts dessen rief Präsident Bush einmal mehr zum Sturz Saddam Husseins auf und Ex-Präsident Nixon erklärte, falls Hussein "weiter insgeheim nukleare oder chemische Einrichtungen" betreibe, solle man diese "zerstören und gleichzeitig auch Saddam ausschalten", er müsse das "mit seinem Leben bezahlen". (4) Geradezu kühl klang vergleichsweise der französische Generalstabschef Lanxade: Alle Geheimdienste der Welt hätten sich vor dem Golfkrieg "über das Ausmaß des irakischen Nuklearprogramms getäuscht". Er versicherte aber gleichzeitig, daß das Nuklearprogramm nun "im wesentlichen entdeckt und vernichtet worden" sei. (5) Der UNO-Kommission zufolge hatte der Irak insbesondere mit BRD-Hilfe 10.000 Gaszentrifugen zur Urananreicherung produziert und rund 500 installiert. Mit 500 voll funktionsfähigen Zentrifugen - so die Schätzung der Kommission - könnte angereichertes Uran für jährlich vier Atomwaffen gewonnen werden. Die volle Anlage hätte 75 bis 100 kg Bomben-Uran jährlich liefern können. Inzwischen hat der Irak eigenen Angabe

zufolge die Anlagen zerstört und angeblich auch nach langen Dementis ein Atomprogramm eingestanden. Die Kommission ist sich aber nicht sicher, ob Anlagenteile nur versteckt wurden oder gar eine zweite Anlage dieser Art existieren könnte. Uran habe der Irak selbst gefördert bzw. aus Brasilien, Portugal, Niger, Italien und der BRD bekommen, angereichertes Uran aus Frankreich und der Sowjetunion. Große Hilfe bei der Aufklärung habe die BRD geleistet. Denn neben Firmen aus Japan, der Schweiz und den USA waren es vor allem BRD-Firmen, die das "Notwendige" lieferten. Eine Zusammenstellung der Lieferungen aus der BRD ergab denn auch nahezu ein vollständiges Bild davon, was im Irak im Gange war. Im Dezember hieß es, es werde gegen mehr als ein Dutzend BRD-Firmen ermittelt, Mitte Januar war "noch" von fünf die Rede. (6)

Wie weit man tatsächlich das Atomprogramm des Irak unterschätzte, sei dahingestellt, jedenfalls wurde im Rahmen dieser Enthüllungen bekannt, daß die Geheimdienstberichte spätestens seit 1988 von einem fortgeschrittenen Atomprogramm ausgingen. In der "Washington Post" war bereits Anfang 1989 zu lesen, daß der Irak in wenigen Jahren Atombomben produzieren und testen könne. (7)

Der Irak bleibt ein Musterbeispiel dafür, daß die sogenannte zivilisierte Welt einem Land erst einmal beim Aufbau des Atomprogramms nach Kräften hilft, um es bei passender Gelegenheit als Kriegsgrund anzugeben. Die Warnungen vor möglichen Wiederholungen seitens der USA sind absolut ernst zu nehmen. Das könnte "Schule machen".

Es lassen sich nun aber auch eine Reihe von Ländern aufführen, wo es fast scheinen könnte, als sei dort die Begierde nach Atomwaffen geradezu zurückgegangen.

Argentinien und Brasilien

Argentinien wie Brasilien galten lange Jahre als führend im Wettlauf um die Atomwaffenfähigkeit. In beiden Ländern hat sich inzwischen eine Wende vollzogen. Argentinien und Brasilien haben Ende 91 in Wien ein bilaterales Kontrollabkommen über die "friedliche Nutzung" der Kernenergie in beiden Ländern unterzeichnet, das von der IAEO ausgearbeitet worden ist. "Kernpunkt des Abkommens ist die Einrichtung einer gemeinsamen Kontrollbehörde zur Überwachung der Atomanlagen in den beiden Ländern, die wiederum von der IAEO kontrolliert wird." (8)

Argentinien galt bisher nicht nur als potentielles Atomland sondern gehört laut CIA zu den wichtigsten Lieferländern von atomaren Brennstoffen für diejenigen Länder, die sich heimlich eine Atomwaffenbasis schaffen wollen. Es wurden Algerien, Ägypten, Saudi Arabien und der Iran namentlich genannt. (9)

Argentinien werde nun auch die Installationen zum Bau der Rakete Condor II zerstören, weil sie in Verdacht geraten sei, für Kriegszwecke einsetzbar zu sein, verkündete Anfang Februar der argentinische Verteidigungsminister Gonzales. (10)

Was Brasilien anbelangt, so gab es Mitte der 70er Jahre einen großen internationalen Skandal, weil die BRD mit Brasilien ein umfangreiches Atomabkommen geschlossen hatte, obwohl Brasilien nicht dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten war. Die BRD hatte den USA den Auftrag für vier Atomreaktoren vor der Nase weggeschnappt und gleich noch die Lieferung entsprechender Atomanreicherungsanlagen zugesagt. Vor drei Jahren gab es dann wieder einen wenig beachteten Skandal, weil die BRD zwar nicht die seinerzeit versprochenen Atomreaktoren fertiggestellt hat, aber nach wie vor und vertraglich besiegelt Atom-Know-how für Atomwaffen an Brasilien liefert. Um so erstaunlicher war es, daß dann eine Erklärung des brasilianischen Parlaments auf den endgültigen Verzicht auf Atomwaffen folgte, ohne daß dem allerdings entsprechende Konsequenzen für das Atomprogramm gefolgt wären. Ganz aktuell erklärte der brasilianische General Lepesquer in einem Interview, daß die brasilianische Nukleartechnologie auch für militärische Zwecke eingesetzt werden könne. (11)

Korea

Am 30.1.92 unterschrieb Nordkorea einen Vertrag, seine Atomanlagen der Kontrolle der IAEO zu unterwerfen. Mitte Dezember hatte es einen Vertrag mit Südkorea unterschrieben, seine Wiederaufarbeitung abzubauen. Noch im Januar bezeichnete US-Präsident Bush das Atomprogramm Nordkoreas als die "größte Gefahr in Südostasien" (12), obwohl Nordkorea bisher stets behauptet hat, keinerlei Atomwaffenambitionen zu besitzen. Schon 1985 hatte Nordkorea den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben. Das war aber angeblich die Bedingung der Sowjetunion für die Lieferung zweier Forschungsreaktoren von 30 bzw. 50 bis 100 Megawatt

Leistung. In der britischen Zeitung "Jane's Intelligence Review" hatte es geheißen, "Nordkorea besitze ‚offenbar die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Fähigkeiten, um derzeit eine kleine einfache Bombe aus angereichertem Uran zu produzieren'". (13)

Wie ist es nun zu der aktuellen Entwicklung gekommen? Am 27.9. hatte Bush erklärt, man werde überall - also auch in Südkorea - die land- und seegestützten taktischen Atomwaffen abziehen. Mitte Oktober kündigte Präsident Bush an, die USA würden bis Ende des Jahres 7.000 (von 44.000) Soldaten und ihre Atomwaffen aus Südkorea abziehen. (14) Am 8.11.91 erklärte der südkoreanische Staatspräsident den Verzicht Südkoreas auf die Herstellung, den Besitz, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen. Südkorea, das 1975 dem NPT-Vertrag beigetreten war, wolle Atomenergie nur "zu friedlichen" Zwecken verwenden und auch keine Anlagen zur Anreicherung oder Wiederaufarbeitung bauen. Nun müsse sich auch Nordkorea "bedingungslos" internationalen Kontrollen unterwerfen. (15)

Mitte Dezember folgte dann die Erklärung Rohs, daß "alle in Südkorea stationierten Atomwaffen abgezogen worden" seien und die US-Stützpunkte für internationale Inspektionen geöffnet würden. (16) Kurz darauf schwenkte Nordkorea ein und unterschrieb Mitte Dezember einen Vertrag mit Südkorea, der den vier Jahrzehnte andauernden Kriegszustand beenden soll. Beide Seiten verzichten auf alle Wiederaufarbeitungs- und Anreicherungsanlagen und man schrieb als Ziel ein atomwaffenfreies Korea fest.

Nordkorea hatte ursprünglich den Abzug aller US-Atomwaffen, eine formelle Bestätigung der USA darüber und eigene Kontrollmöglichkeiten als Gegenleistung für Atomkontrollen in Nordkorea verlangt. Außerdem sollten die USA ihre atomare Schutzgarantie für Südkorea aufgeben. (17) Es ist ein "offenes Geheimnis", daß die USA zwar ihre taktischen Atomwaffen abgezogen haben, aber rund 100 von insgesamt 1.000 Atomwaffen für Flugzeuge auf dem Stützpunkt Kunsan in Südkorea verblieben sind. (18)

Anfang Januar besuchte Präsident Bush Südkorea. Er verkündete dort den Verzicht auf das übliche gemeinsame Truppenmanöver "Team spirit". Gleichzeitig stieß er heftige Beschuldigungen aus: Wenn Nordkorea "sowohl sein Atomwaffenprogramm als auch sein Kriegsgeheul aufgibt, dann wird das Band am 38. Breitengrad die Nation nicht mehr länger teilen." (12) "Auf der einen Seite steht eins der sich am schnellsten entwickelnden Länder der Welt und auf der anderen Seite ein gescheitertes Regime, das nur Elend produziert." Die USA würde jeder Aggression entgegentreten und dort stark genug bleiben, "die Ideale der Freiheit zu verteidigen". Nordkorea beschwerte sich gleichzeitig über einen Spionageflug einer U-2. 1991 hätten allein 2.500 solcher Spionageflüge stattgefunden. (19) Wenige Wochen später folgte trotzdem Nordkoreas Unterzeichnung des Kontrollvertrages.

Inzwischen kann es den USA nicht schnell genug gehen und sie betreiben eine Kampagne gegen Nordkorea und behaupten, es führe Washington "an der Nase herum" (20) Es wolle Zeit gewinnen, um genug Plutonium herzustellen, es habe seine Atomanlagen mit Luftabwehrstellungen geschützt, es würden unterirdische Gänge angelegt und es sei eventuell schon in "einigen Monaten" in der Lage, Kernsprengstoffe herzustellen. (21) Nordkorea erklärte indessen, daß die Inspekteure ab Juni kommen könnten und daß es für das Land "unvorstellbar" sei, Atomwaffen zu entwickeln, mit denen "Landsleute" getroffen werden könnten. (22)

Südafrika

Und noch ein Land "entdeckte" seine Ablehnung von Atomwaffen: Der südafrikanische Staatspräsident de Klerk kündigte Mitte 91 den Beitritt seines Landes zum Atomwaffensperrvertrag an. Außenminister Botha hatte zuvor mitgeteilt, daß Südafrika "mit Sicherheit die Kapazität und das Potential entwickelt" habe, um Kernwaffen zu produzieren. Es habe sie aber "nicht getestet". Er wich der Frage aus, ob das Land Atomwaffen besitze. Offiziell bescheinigt die USA dem Land die Fähigkeit zur Herstellung von Atomwaffen seit 1981. Es sei aber "wenig wahrscheinlich, daß Kernwaffen gebaut worden" seien, da das Land auch ohne diese seine militärische Vorherrschaft im südlichen Afrika behaupten könne. De Klerk sagte, mit der Unterzeichnung des NPT-Vertrages könne das "langfristige Ziel" einer atomwaffenfreien Zone im südlichen Afrika erreicht werden. Die Ankündigung sei "in keiner Weise" mit dem Wunsch nach einer beschleunigten Aufhebung der Sanktionen verbunden. Offensichtlich verspreche sich das Land damit, leichter Uran und dann auch angereichertes Uran ausführen zu können. Das Land zählt zu den größten Uranproduzenten. Der Umfang der Uranreserven sei aber nicht bekannt, kommentiert die FAZ. Südafrika hat auch Israel mit Uran versorgt. Nach Vertragsunterzeichnung könne Südafrika nun besser Zugang zur westlichen Nukleartechnik gewinnen, was

dem Land wegen der Sanktionen lange verwehrt worden sei. So habe Washington 1975 die nukleare Zusammenarbeit eingestellt. (23)

Das klingt leider viel besser als die Dinge liegen. Schon drei Jahre zuvor konnte man fast wortwörtlich das gleiche lesen. (24) Damals wollte die RSA ihren akut drohenden Rausschmiß aus der IAEO und einem allgemeinen Atomboykott entgehen. Die USA waren es, die einen Mehrheitsantrag der neutralen und der Ostblock-Staaten zu verhindern wußten. In einem geheimen US-Strategie-Papier von 1985 hatte es noch geheißen, daß Atomwaffen der RSA für die Weißen "das Vertrauen in das Überleben ihres Staates stärken und die kommunistischen Länder und deren afrikanische Satelliten von einer militärischen Intervention abhalten" könnten. Es sei "zu Beginn der ersten Kampfphasen (...) als Abschreckungsmittel" der Einsatz "relativ kleiner und sauberer atomarer Neutronensprengköpfe vorgesehen." Außerdem warnte man vor dem Bumerang, den eine Aufdeckung speziell der israelisch-südafrikanischen Atomkooperation, der amerikanischen und übrigen westlichen Staaten mit der RSA in Schwarzafrika hervorrufen könne. Nach diesem Muster war dann auch der israelisch-südafrikanische Atomtest 1979 so gut es geht vertuscht worden. 1989 konnte die RSA eine etwas abgespeckte israelische Jericho-2-Rakete mit einer Reichweite von 1.400 km testen. MBB, um nur ein Beispiel zu nennen, erhielt für Zulieferungen für Raketentestplattformen "legale" Ausfuhrlizenzen. (25)

Indien

Bei der Annäherung Indiens an die USA bleibe vorderhand der "wichtigste Zankapfel" die Nuklearpolitik, hieß es kürzlich in einer Einschätzung der "Neuen Zürcher Zeitung". "Indien, das 1974 unter der Wüste von Rajasthan einen Atomsprengkopf zündete, hat sich immer geweigert, dem Nonproliferationsvertrag (NPT) beizutreten. Die Begründung für Delhis Abseitsstehen lagen früher vor allem im Argument, die nuklearen Habenichtse seien gegenüber den Atomwaffenbesitzern diskriminiert: Während die einen ihre Waffenprogramme zumindest vertikal ausbauen könnten, seien die anderen dem Wohlwollen der Starken ausgeliefert. Besonders von Rajiv Gandhi wurde dann der Standpunkt entwickelt, daß ein effizienter Schutz vor Atomwaffen lediglich mit der Elimination zu erreichen sei.

Nun haben die Enthüllungen über Saddam Husseins Atomwaffenprogramm die Diskussion über Stärken und Schwächen des Nonproliferationspaktes neu angefacht. Während Präsident Bush den Beitritt von nuklearen Schwellenländern wie Indien und Pakistan nach wie vor als einzige Option präsentiert, sind die immer neuen Funde der UNO-Inspektoren im NPT-Mitgliedsland Irak - wie auch die gut begründeten Vermutungen über das Nuklearprogramm Israels und Pakistans - für Indien Beweis genug, daß der Vertrag kein wirksames Instrument zur Begrenzung von Nukleartechnologien ist." "Solange wir ein System haben, das zwischen Besitzern und Nichtbesitzern unterscheidet, wird es Betrügereien geben", sagte Delhis oberster Diplomat, der abtretende Staatssekretär Muchkund Dubey. "Lediglich ein universales Regime, das durch spezialisierte UNO-Instanzen betreut wird, biete die Chance einer wirksamen Kontrolle. (...) Indien hat auch der Initiative des pakistanischen Premierministers Nawaz Sharif für eine regionale atomwaffenfreie Zone eine Absage erteilt." (26)

Am Beispiel Indien wollen wir kurz darauf eingehen, daß überall in der Welt zur Entwicklung eines Atomprogramms auch die Entwicklung weitreichender Raketen gehört. 1987 startete Indien eine Rakete mit einem 150 kg schweren Satelliten. (27) Im Mai 1989 folgte der Start der Agni-Rakete mit einer Reichweite von 2.500 km und einer Tragfähigkeit von einer Tonne. Die Rakete soll für die "zivile Raumfahrt" und Satellitenstarts verwendet werden, sie eignet sich aber ebenso für eine weitreichende Drohung mit Atombomben. (28)

Indien soll nach Expertenmeinung das Potential für jährlich 10 bis 15 Atombomben besitzen. Trotz seines Atomwaffenversuches bestreitet Indien seine atomaren Ambitionen. Indien tritt offiziell für eine allgemeine atomare Abrüstung ein, weigert sich aber, auf Pakistans Vorschlag einer regionalen atomwaffenfreien Zone einzugehen. Es kann als offenes Geheimnis angesehen werden, daß sich Indiens Atomambitionen nicht nur gegen Pakistan sondern auch gegen China richten. (29) Den Vorschlag Israels, gemeinsam nach dem Vorbild der Zerstörung des irakischen Reaktors gegen Pakistan zu kooperieren, soll Indien abgelehnt haben. (30)

Pakistan

Die USA seien überzeugt, daß "Pakistan einen Atomsprengsatz besitzt und befürchten die Entstehung eines atomaren islamischen Blocks in Zentralasien", erklärte jüngst US-Senator Pressler in Islamabad. Die Bombe

müsse möglicherweise erst noch zusammengesetzt werden, "aber sie ist da". Pakistan müsse sein Nuklearprogramm aufgeben, wenn es wieder US-Hilfe erhalten wolle. (31)

1985 hatte Präsident Reagan vor dem Senat noch eine Art Ehrenerklärung abgegeben, daß Pakistan keine Atombomben besitze und die Hilfe der USA das Risiko des Baus einer pakistanischen Bombe verringere. Pakistan hatte ebenfalls jegliche Absicht auf Atombomben bestritten. Das war die Voraussetzung, um seinerzeit US-Hilfen von ca. vier Mrd. Dollar (verteilt über 6 Jahre) zu erhalten, darunter auch Bomber, die A-Waffen abwerfen könnten. (32) Die Unterstützung der afghanischen Rebellen hatte immer absolute Priorität für die USA, auch wenn ein Experte namens Leonard Spector damals vor dem Repräsentantenhaus erklärte, Pakistan könne jährlich im Atomzentrum Kahuta "einige Bomben von Hiroshima-Stärke" bauen. Am 1.3.87 plauderte der pakistanische Chefwissenschaftler Abdel Qader in einem Interview mit dem britischen "Observer" aus, daß es seinem Land gelungen sei, Uran im notwendigen Grad für Atomwaffen anzureichern. Später bestritt die Regierung, daß es jemals ein solches Interview gegeben hätte.

Anfang Februar räumte dann der pakistanische Außenminister gegenüber der "Washington Post" ein, daß sein Land im Besitz sämtlicher Bestandteile, einschließlich von Bombenplutonium sei, die man zum Bau der Bombe benötige. Khan erklärte, die bisherigen Verlautbarungen, daß Pakistan keinerlei Absicht zur Herstellung von Atomwaffen besessen habe, seien ohnehin nicht glaubwürdig gewesen, sein Land wolle nun der Wahrheit die Ehre geben. Und er fügte hinzu, sein Land wünsche die Wiederaufnahme der US-Hilfe, - es geht aktuell um 600 Mio. Dollar - und er versicherte, daß Pakistan weder einen Sprengsatz zünden noch die entsprechende Technologie anderen Ländern weitergeben werde. Der Zerstörung des Waffenarsenals, wie es die USA verlangten, werde man allerdings erst in Betracht ziehen, wenn auch Indien dasselbe tun werde. (33)

Lange Zeit wurden Gerüchte kolportiert, Gaddafi habe die pakistanische oder besser eine "islamische" Bombe bezahlt und solle als Gegenleistung eine Atombombe erhalten. Das Gerücht eignet sich immer wieder für Schreckensmeldungen, wird aber in Fachkreisen eher belächelt. (34)

Iran

Irans Atomprogramm erlitt im Golfkrieg schwere Rückschläge. Der Irak zerstörte den mit BRD-Hilfe im Aufbau befindlichen Reaktor schwer. Doch kürzlich gab es wieder Meldungen, daß der Iran schon sehr weit mit seiner Atomwaffenfähigkeit gekommen sei. Als es im Juni 91 um die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel für China ging, bestritt das US- Außenministerium noch die Existenz einer angeblichen Iran-China-Atom-Connection. Inzwischen bestätigt es Berichte der "Washington Post" über einen chinesisch-iranischen Atomvertrag vom Juni 1990. "Kernstück" sei die Lieferung von Einrichtungen zur Anreicherung von Uran mit dem entsprechenden Know-how. Der Iran werde in die Lage versetzt, weit mehr hochangereichertes Uran herzustellen, als für den Betrieb von zivilen Atomanlagen notwendig sei. Das Gerät reiche zwar nicht aus, um genügend Material für ein Bombe zu produzieren, der Iran könne die Anlagen aber "problemlos" nach- und ausbauen. (35) Sowohl China als auch der Iran dementierten. (36) Der Bericht entbehre "jeder Grundlage" und sei "lügnerische Propaganda", erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wu Jianmin. (37)

Anderseits kann man lesen, daß Ende Oktober ein Vertrauter des iranischen Präsidenten Rafsanjani laut herausposaunte: "die muslimischen Staaten müßten die Entwicklung von Atomwaffen beschleunigen, nachdem ‚der Feind' (gemeint war Israel) bereits über entsprechende Waffenarsenale verfüge." (38)

Inzwischen zeigt sich auch die US- Regierung öffentlich "tief beunruhigt". US-Senator Cranston verlangte eine "triftige Erklärung", wieso es (erst) jetzt zu diesem Meinungswechsel gekommen sei, der Staatssekretär vertröstete darauf, daß man Auskünfte aus China darüber erwarte. (39) Ende Januar behauptete die israelische Zeitung Ha'aretz, daß britische und vor allem BRD-Firmen, die auch den Irak aufgerüstet hätten, nun entsprechende Anlagen dem Iran zukommen ließen. Der BRD seien entsprechende Listen vom US-Geheimdienst zugegangen. (40) Wenige Tage später behauptete das BRD-Außenministerium, eine Bestätigung Israels in den Händen zu haben, daß dafür keine Belege vorlägen. (41)

Libyen

Libyen war lange Zeit verdächtigt worden, Atomwaffen zu entwickeln. Es hatte auch Versuche gegeben, in der BRD entsprechende sensitive Anlagen zu besorgen. Später hieß es, Libyen finanziere die pakistanische

Atombombe. (s.o.) Bekannt ist vor allem auch die Rabda-Affäre, bei Libyen beschuldigt wurde, chemische Waffen zu entwickeln. Libyen gehört zu den Ländern, die derlei Ambitionen immer wieder bestritten haben. Erst jüngst hat es wieder Vorwürfe gegeben, daß sich Libyen Atomtechnik in der BRD besorgt und sowjetische Atomtechniker eingekauft habe. Ein russischer Atomphysiker des Kurchatow-Instituts in Moskau behauptete, 1991 und nun erneut seien Angebote gemacht worden, im libyschen Atomforschungszentrum Tajur an der Entwicklung einer Atombombe zu arbeiten. (42) Libyen hingegen behauptet, derartige Unterstellungen seien Teil einer amerikanischen Kampagne, Libyen in Verruf zu bringen und es verwies auf die wiederholten Erklärungen, daß das Land keinerlei Massenvernichtungswaffen besitze und auch keine Überlegungen zur Entwicklung und Produktion von atomaren oder chemischen Waffen hege. Libyen sei bereit, die Inspektion aller seiner Atomanlagen durch die IAEO vornehmen zu lassen, erklärte dessen Chef Blix nach einem Besuch in Tripolis. (43)

Syrien

Syrien ist eigentlich immer mit von der Partie, wenn es um Staaten mit "terroristischen Ambitionen" geht. Doch jüngst erhielt das Land von Israel einen weitgehenden Persilschein ausgestellt. Israel habe keinerlei Hinweise darauf, daß Syrien in absehbarer Zeit Atomwaffen produzieren könnte. Die Syrer hätten "ihre Entwicklungsstätten entweder sehr gut versteckt, oder sie sind noch recht viele Jahre von der Atombombe entfernt", meine eine Rüstungsexperte am Jaffe-Institut für strategische Studien. (44)

Algerien

Nachdem es um Libyens und Gaddafis behauptete Atompläne inzwischen sehr ruhig geworden ist, kam nun zum ersten Mal und vielleicht etwas voreilig Algerien ins Gerede. Die britische Wochenzeitung "Sunday Times" behauptete Anfang Januar, der Irak und Algerien bastelten gemeinsam heimlich an einer "islamischen Atombombe". Nach Angaben westlicher Geheimdienste hätte der Irak mehr als zehn Tonnen Uran nach Algerien schmuggeln können, irakische und algerische Atomwissenschaftler bauten in einer Atomanlage mit einem chinesischen Reaktor in Ain Oussera, 150 km südlich von Algier, an der Bombe. Zwei Atombomben in drei Jahren sei die derzeitige Kapazität. Der Außenamtssprecher der USA erklärte dazu, es gebe keine Hinweise auf eine solche Zusammenarbeit, Algerien habe den USA versichert, daß es keine atomare Zusammenarbeit mit dem Irak unterhalte. (45) Der Irak hingegen bezeichnete die Gerüchte als "Lügen" der USA. Auch die IAEA erklärte, daß die Sache unwahrscheinlich sei, da Algerien eigenes Uran besitze und die algerischen Atomanlagen "grundsätzlich unter Kontrolle der IAEA stünden".

Es handelt sich aber zumindest um einen "sanften" Druck auf Algerien. Algeriens damaliger Ministerpräsident Ghozali erklärte Anfang Januar zwar einerseits, daß Algerien nicht über Atomwaffen verfüge und auch keine bauen wolle, andererseits hat Algerien den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet, da laut Ghozali, Israel 180 Atomsprengköpfe besitze und den Vertrag auch nicht unterschrieben habe. In diesem Sinne hat Algerien auch keine Kontrollen des Atomzentrums bei Ain Oussera zugelassen, wo ein chinesischer Reaktor steht. (46)

China

Das Ständige Komitee des chinesischen Volkskongresses habe "überraschend" dem Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag nicht zugestimmt. Der Beitritt war am 22.10. angekündigt worden. Die Behandlung der Frage ist auf die nächste Sitzung - voraussichtlich im März 92 - verschoben worden. Ein Grund für die Entscheidung wurde nicht genannt. China werde den Vertrag unterzeichnen, sobald die rechtlichen Formalitäten geregelt seien, erklärte trotzdem der Sprecher des Außenministeriums. (47)

Frankreich

Frankreich als zweite offizielle große Atommacht, die damals den NPT-Vertrag strikt abgelehnt hatte, ist China etwas vorausgeeilt und dem NPT-Vertrag im Sommer 1991 beigetreten. (48)

Israel

Im Dezember 91 haben rund zwei Dutzend Menschen beim Atomzentrum Dimona für die Freilassung Vanunus demonstriert. Vanunu hatte 1986 der internationalen Öffentlichkeit Einblick in die geheimen Atomwaffenanlagen Israels gegeben und war dann wenig später aus Italien nach Israel entführt worden. Dort sitzt er seither im Gefängnis. Die Demonstration soll die erste gewesen sein, die sich direkt gegen die

israelische Bombe richtete; die israelische Atomrüstung fördere den Wettlauf um Nuklearwaffen und gebe dem Wettrüsten mit Massenvernichtungswaffen einen Anstoß, hieß es. (49)

Inzwischen ist ein Buch des amerikanischen Journalisten Seymour Hersh erschienen, das alle bisherigen Angaben über Israels Atomwaffen noch bei weitem übertrifft. Demzufolge hat Frankreich seit 1958 bewußt mit dem Ziel der Atombombenfähigkeit Israel sowohl Atomanlagen als auch Starthilfe für Israels Raketenproduktion geliefert. Sämtliche US-Präsidenten seit Eisenhower hätten bewußt alle Augen zugedrückt, bei Kennedy hätte erst ein wenig nachgeholfen werden müssen. 1968 sei die Atomwaffenproduktion aufgenommen worden, im Krieg 1973 sei bereits zweimal Atomalarm gegeben worden. Während des letzten Golfkriegs ein weiteres Mal während der Scud-Attacken des Irak. Immer sei es darum gegangen, die USA zu entsprechenden Gegenleistungen zu erpressen. Hersh zufolge besitzt Israel "hunderte strategischer und taktischer Kernwaffen einschließlich Neutronenbomben". Neben arabischen Zielen sei in den 70er und 80er Jahren die Sowjetunion das wichtigste potentielle Ziel dieser Waffen gewesen. Israel selbst gibt keinerlei offizielle Erklärung zu seinen Atomwaffen ab. Ansonsten versicherte erst jüngst, aus Anlaß der Erscheinen des Hersh-Buches, wieder ein Sprecher des Verteidigungsministeriums: Israel werde "nicht als erster Nuklearwaffen im Nahen Osten einführen", was immer man darunter verstehen will oder soll. (50)

USA

Man braucht gar nicht erst auf das riesige Atomwaffenpotential der USA zu verweisen, um auf ihre gigantische Doppelmoral in Sachen Atomwaffenproliferation zu stoßen. Der Fall Israel ist dabei nur der hervorstechendste: Nach den offiziellen Regelungen dürfte Israel wegen der Nichtunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages eigentlich keinerlei US-Hilfen erhalten. Im Falle Israel konnte man schon 1988 lesen, daß die USA damit rechneten, daß Israel einen Giftgasangriff des Irak "unverzüglich mit Atomwaffen vergelten würde". (51) Das war aber eher ein Grund mehr, die Dinge zu vertuschen. Ähnliches gilt für Südafrika oder Pakistan, bzw. diejenigen Länder, die nicht gerade auf die Top-Liste der aktuellen Terroristen geraten sind. Die USA spielen auf der einen Seite den Hauptkämpfer gegen die Atomwaffenausbreitung und sind auf der anderen Seite auch der Hauptvertuscher dieser Entwicklung. Galt 1981 der Angriff Israels auf den irakischen Atomreaktor noch als völkerrechtswidrig und wurde Mitte der 80er Jahre noch ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet, so behalten sich seit 1988 die USA dieses "Recht" auf einen kriegerischen Überfall auf diese Atomanlagen ebenfalls vor. (52) Im Golfkrieg wurde diese Ankündigung auch erstmalig wahrgemacht. Bis heute ist unbekannt, welche Folgen diese Angriffe auf laufende Atom- und auch Chemiewaffenanlagen eigentlich gehabt haben. Wir wissen heute nur, daß es gegebenenfalls wiederholt werden kann.

US-Firmen sind auch in nahezu sämtlichen Ländern in solche Atomgeschäfte verwickelt, allerdings halten diese Lieferungen keinen Vergleich mit französischen und allen voran BRD-Hilfen stand.

BRD

Die BRD ist das Land der Welt, bei dem am einfachsten sogenannte sensitive Atomanlagen für die Atomwaffenproduktion und gleichermaßen für chemische Waffen, Raketen und, wie man jüngst erfuhr, auch für die Entwicklung für H-Bomben erhältlich sind. Da muß schon ein anderer Konkurrent ganz besondere Beziehungen zu einem Land unterhalten, wenn er nicht von der BRD übertroffen werden will. Aus der hier aufgeführte Liste fallen allein die (ehemaligen) Ostblockländer heraus, sonst war und ist die BRD überall im Atomgeschäft gut vertreten.

Sehr hilfreich für die wirtschaftliche Biedermannsrolle der BRD ist ihr offizieller Status. Die BRD hat auf die Produktion von A-, B- und C-Waffen "endgültig" verzichtet. Technisch gesehen ist die BRD seit Mitte der 60er Jahre Atommacht und seit Beginn der 80er atomare Großmacht, die - wenn sie denn wollte - sämtliche hier aufgeführten Länder sogar zusammengenommen in den atomaren Schatten stellen könnte.

Einerseits hält dieses Land offiziell daran fest, daß hier unbedingt Atomwaffen stationiert sein müssen, auch wenn inzwischen auch in herrschenden Kreisen laut darüber nachgedacht werden darf, ob man nicht auch darauf verzichten könnte. Andererseits ist der "einseitige" Atomwaffenverzicht immer an den Vorbehalt geknüpft worden, daß für die BRD ein Atom-"schutz" der USA oder später einmal Europas und auch eine entsprechende Mitsprache der BRD unabdingbare Voraussetzung sind. Insofern kann man die Atomproliferation der BRD auch als eine Art Testfeld für eigene Absichten und nicht nur als Geschäft einiger Todeskrämer ansehen.

Die immer lauter gewordenen Skandale der letzten Jahre haben die BRD aber hoffentlich ein Stück unter Druck gesetzt. Die BRD versucht die jetzige Entwicklung aber auszunutzen, sich erneut als eine Art Saubermann darzustellen. Ausgerechnet die BRD betätigt sich derzeit als lautester Schreier für UN-Sanktionen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen. Nicht aber die Lieferländer und deren Firmen soll der Bannstrahl der UNO treffen, sondern die Bezieherländer. Genscher konnte es bei seinen Vorstößen auch nicht lassen, die BRD-Gesetze gegen solche Exporte als "vorbildlich" anzupreisen.

Die BRD-Regierung war auch fleißig, sie hat, damit sie nicht allein mit der schwarzen Weste in Sachen Irak-Geschäft dasteht, "um dem negativen internationalen Echo auf die Beteiligung deutscher Firmen am Nuklearprogramm des Irak entgegenzuwirken", wie es offiziell heißt, eifrig Fakten über die anderen gesammelt und ist dabei reichlich fündig geworden. 28 Länder hätten Hussein bei seinem Atomprogramm geholfen, 123 Firmen "mit Sicherheit" und 180 mit "einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit". Darunter 25 US-amerikanische, 20 französische, 18 schweizerische, 17 britische und zwölf italienische. Brasilien, Japan, China, Schweden, die Niederlande und die ehemalige UdSSR waren auch mit von der Partie. (53)

Verstehen kann man es, daß sich diese feine Gesellschaft der atomaren Brandstifter heute gern als internationale Feuerwehr anbieten möchte, auf Akzeptanz kann das aber nur da stoßen, wo das Weltbild der zivilisierten Welt im Gegensatz zu den diktatorischen Gehabe in der sogenannten Dritten Welt an Boden gewinnen kann.

HH

Quellen:

1) FAZ, 10.2.92

2) FR, 11.2.92

3) FR, 17.1.92

4) HA, 17.1.92

5) FR, 17.1.92

6) FAZ, 16.1.92; taz, 15. u. 16.1.92

7) Jerusalem Post, 15.4.89

8) taz, 14.12.91

9) FR, 20.8.89

10) FR, 7.2.92

11) SZ, 4.2.92

12) FR, 7.1.92

13) NZZ, 23.8.91

14) FAZ, 26.10.91

15) SZ, 9./10.11.91

16) SZ, 19.12.91

17) SZ, 27.12.91; FR, 2.1.92, FAZ, 2.1.92

18) FR, 9.11.91, SZ, 19.12.91

19) FAZ, 7.1.92

20) FAZ, 24.2.92

21) SZ, 4.2.92

22) FAZ, 21.2.92

23) FAZ, 29.6.91

24) "Will die RSA keine Atommacht mehr sein?", AK 297, 22.8.88, S. 5

25) UZ, 8.7.89

26) NZZ, 19.11.91

27) FAZ, 18.2.87

28) FAZ, 23.5.89

29) FAZ, 6.2.92

30) Allgemeine Jüdische Wochenzeitung (AJW), 27.3.87

31) HA, 14.1.92

32) s.a. FR, 24.7.89

33) FR, FAZ, taz, 8.2.92

34) AJW, 27.3.87

35) FR, 31.10.91

36) Tages-Anzeiger, 1.11.91

37) FR, 1.11.91

38) Tages-Anzeiger, 1.11.91

39) taz, 1.11.91

40) SZ, 28.1.92

41) SZ, 8.2.92

42) FR, 20.1.92

43) FAZ, 27.1.92, SZ, 4.2.92

44) FR, 6.2.92

45) HA, 6.1.92; taz, 8.1.92

46) FAZ, 8.1.92

47) FR, 1.11.91

48) FAZ, 1.10.91

49) taz, 2.12.91

50) Spiegel, 22.10.91; Basler Zeitung, 21.10.91

51) Ben Zakan in AJW Nr. 43, 14.10.88

52) Spiegel, 27.1.92

53) Spiegel, 3.2.92

27. Nachgedanken zum Golfkrieg. Eine Sammelrezension aktuell gebliebener Publikationen

Rubrik: Golfkrieg; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:27

Im Getümmel von DDR-Anschluß, Auflösung der Sowjetunion, rassistischem Terror in der BRD und Bürgerkrieg in Jugoslawien droht das Erinnern daran unterzugehen, daß ein Golfkrieg stattgefunden hat und das Sterben an den Folgen dieses Krieges noch lange nicht beendet ist; daß mit diesem Golfkrieg eine "Neue Weltordnung" begründet werden sollte, und daß - mit der "Überwindung des Vietnam-Syndroms" - die USA wiederum die Rolle eines Weltpolizisten, der allerdings Teile seines Gehalts von anderen Staaten bezieht, beanspruchen. Während des Golfkrieges und insbesondere seit den irakischen Angriffen auf Israel ging ein Riß durch die Linke und die Friedensbewegung, der sich seither eher noch vertieft hat; ehedem führende Linksintellektuelle verabschiedeten sich lautstark aus der Linken.

Während des Golfkrieges und danach sind einige Hundert Aufsätze und einige Dutzend Broschüren und Bücher zum Thema erschienen, vieles davon war mit der heißen Nadel gestrickt. Wir stellen hier eine Auswahl dessen vor, was uns über den Tag hinaus als wichtig erscheint. (Publikationen zum Islam, der in Form des sogenannten Fundamentalismus als neues Feindbild des Westens eine wichtige Rolle spielt, werden wir gesondert in einer der nächsten Ausgaben des ak vorstellen.)

Neue Weltordnung

Die nach dem Golfkrieg von US-Präsident Bush verwendete Propagandaformel von der "neuen Weltordnung" wurde - mit umgekehrtem Vorzeichen - auch von Teilen der Linken übernommen. Oberflächlich betrachtet, schienen die USA zu alter Stärke zurückgefunden zu haben. Mehr noch: Der Zusammenbruch der Sowjetunion ließ Vorstellungen aufkommen von der "alleinigen Supermacht" USA und vom "nächsten amerikanischen Jahrhundert" (Bush). Jochen Hippler versucht in seinem Buch, Die neue Weltordnung, zwischen Propaganda und Wirklichkeit zu unterscheiden. Schon der Golfkrieg selbst läßt Zweifel aufkommen an der These von der Dominanz der USA über den Rest der Welt. Hippler zitiert zustimmend den Londoner "Economist": "Amerika führt nur dann, wenn es überzeugt ist, daß andere folgen werden - das ist die Bedingung. Sie mögen durch ihre direkte Beteiligung folgen, wie Großbritannien es im Golf tut, oder durch Finanzleistungen, wie Japan und Deutschland." Der Autor behauptet nicht, daß die BRD und Japan den USA an militärischer oder wirtschaftlicher Macht gleichkämen. In wichtigen Weltregionen aber hätten sie die USA in den Hintergrund gedrängt: "Der eigentlich fälligen Konkurrenz mit der EG um Osteuropa hat sich Washington mangels Masse schon nicht einmal mehr gestellt. Eine deutsche Rolle ('Partners in Leadership') in dieser Region sieht die US-Regierung daher gern." Japan und Frankreich verfügen mit Südostasien bzw. Teilen Afrikas über Einflußgebiete, in denen die USA ebenfalls wenig zu bestellen haben. So deutet für Hippler einiges auf ein künftiges "trilaterales Kondominium" hin: "Die USA, die EG und Japan als gemeinsame Manager des internationalen Systems, unter gelegentlicher Hinzuziehung der Sowjetunion/Rußlands oder anderer Regionalmächte nach den Notwendigkeiten des Einzelfalls." Wie "friedlich" das zugehen wird, ist offen. Für Hippler ist der Golfkrieg nicht das Modell für weltweite Krisenlösung. Der US-Generalstab orientiert auch weiterhin auf "low-intensity-warfare": "kleinere regionale Einsätze" im Drogenkrieg und zur Aufstandsbekämpfung. Hipplers Schlußthese, daß die gegenwärtige Periode "der Herausbildung einer neuen Ordnung" den um Befreiung kämpfenden Menschen im Trikont "größere Gestaltungsspielräume als andere Perioden" eröffne, ist nicht gerade einleuchtend.

Jochen Hippler: Die neue Weltordnung. Herausgegeben vom Institut für internationale Politik. Hamburg (Konkret-Literatur-Verlag) 1991. 184 Seiten, 22 DM.

Herren und Schuhputzer

Zu den thematisch vielfältigsten und - was die AutorInnen angeht - recht pluralistischen Aufsatzsammlungen gehören die von Georg Stein herausgegebenen Nachgedanken zum Golfkrieg. Der Herausgeber stellt eingangs klar: "Zur Beseitigung dieses Verbrechens (der Besetzung Kuwaits - Anm. ak) wurde ein noch wesentlich größeres Verbrechen begangen. Der Krieg war als Mittel absolut unverhältnismäßig." Mohssen Massarat ist mit seinem großen Aufsatz "Der Golfkrieg: Historische, politische, ökonomische und kulturelle Hintergründe" vertreten. Der mit dem Verbot der Dienstausübung belegte Flottillen-Admiral Elmar Schmähling

erörtert im Rückblick auf den Golfkrieg Propaganda und Realität. Bassam Tibi und Reinhard Schulze diskutieren den "abendländischen" Blick auf arabische Politik bzw. den Islam. Helga Baumgarten bilanziert den israelisch-palästinensischen Konflikt nach dem Golfkrieg. Jörn Böhme, ehemaliger Nahostreferent der Grünen, hat im Golfkrieg und der "Auseinandersetzung mit Israel im besonderen (...) innerhalb der Friedensbewegung erhebliche analytische, politische und moralische Probleme" geortet. Weitere Aufsätze dieses Bandes informieren über die Lage der Menschen in der Golfregion nach dem Krieg. Der erschütternde Bericht des Arztes Detlef Enge-Bastien, Mitglied der "Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges", der sich zwischen Januar und Juli 1991 mehrere Monate im Irak aufhielt, belegt aus eigener Anschauung, was Schmähling in die knappe Aussage faßt: Nur 10 bis 20% der 49.000 bis 76.000 zivilen Opfer wurden während des Krieges getötet. "Moderner Krieg vernichtet die Lebensgrundlagen. Er tötet langsamer, aber grausamer."

Georg Stein (Hg.): Nachgedanken zum Golfkrieg. Heidelberg (Palmyra Verlag) 1991. 300 S., DM 29.80

Thematisch enger gefaßt ist die von Norbert Mattes herausgegebene Aufsatzsammlung "Wir sind die Herren und ihr unsere Schuhputzer!" Der Buchtitel entstammt einer Polemik Noam Chomskys, der mit dieser Äußerung das Verhältnis der USA zur sog. Dritten Welt charakterisierte. Chomsky analysiert in diesem Band die "US-Außenpolitik im Mittleren Osten nach dem Kalten Krieg". (Zum Verhältnis von USA und Israel merkt er an, er erwarte - im Gegensatz zu vielen Kommentatoren und der israelischen Lobby in den USA, die behaupte, großen Einfluß zu besitzen -, "daß die USA Israel sofort fallen lassen, wenn US-Planer das für in ihrem Interesse liegend halten.") Helga Baumgarten eröffnet die Reihe der Beiträge mit einem Aufriß der Geschichte von Golfkrise und -krieg: "George Bushs 'Neue Weltordnung' und Saddam Husain". Die weiteren Beiträge, zum Teil von arabischen und iranischen Autoren, beziehen sich vornehmlich direkt auf den Nahen bzw. Mittleren Osten: das Erstarken Saddam Husains seit Mitte der 80er Jahre, die Haltung des Iran, die rohstoffstrategische Sicherheitspolitik als Konstituante der Staatenbildung in der Golfregion, die Lage der Palästinenser und der Kurden. Stanley Cohen, Professor für Kriminalistik an den Hebräischen Universität Jerusalem und u.a. Gründungsmitglied des "Komitees gegen die Folter in Israel", setzt sich mit dem Zusammenbruch der israelischen Friedensbewegung - "die einzige Friedensbewegung der Welt, die immer pro-amerikanisch war" - auseinander: Es gelte zu verstehen, daß die "Hauptströmung" dieser Bewegung ("Frieden Jetzt", einige linke zionistische Parteien) "immer darauf bedacht (war), innerhalb des Konsenses über Zionismus und nationale Sicherheit zu handeln." Enthalten ist in diesem Band auch der Nachdruck des zuerst am 16.2.91 in der "Süddeutschen Zeitung" erschienenen Aufsatzes von Heinz Halm, Professor für arabische Geschichte in Tübingen, "Die Panikmacher - Wie im Westen der Islam zum neuen Feindbild aufgebaut wird". Halm unterzieht das Wirken der Nahost-"Experten" Konzelmann und Scholl-Latour einer scharfen Kritik, womit er der m.W. erste Fachwissenschaftler ist, der sich öffentlich mit jenen "Experten" anlegte, die das Feindbild "der Islam" bzw. "die Araber" zwar bei weitem nicht erfunden, wohl aber wesentlich mitgeprägt haben. (Danach hat auch der Islam-Wissenschaftler Gernot Rotter öffentlich und mit schönem Erfolg den zweiten dieser Meinungsmacher, Konzelmann, in die Schranken gewiesen.) Reinhard Schulze, der schon seit längerem - vornehmlich in Dritte Welt- und linken Zeitschriften - kritisch zum westlichen Islam-Bild publiziert, sieht im Kuwait-Krieg die Fortschreibung des Ost-West-Konflikts: "Vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus". (Die TV-gemäße Bestätigung dieser Entwicklung erbrachte der ehemalige Fremdenlegionär Scholl-Latour jüngst in seiner Serie zum Islam in der Sowjetunion: "Der neue Tatarensturm".)

Norbert Mattes (Hg.): "Wir sind die Herren und ihr unsere Schuhputzer!" Der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg. Frankfurt/M. (Dagyeli Verlag) 1991. 245 S., 28 DM.

Der Überblick, die Quartalsschrift der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED), versteht sich als Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit. Sie bietet auch ganz und gar unchristlichen Linksradikalen lehrreiche Lektüre. Am Vorabend des Krieges, im Dezember 1990, erschien die Zeitschrift mit dem Schwerpunkt "Krise in Nahost", in dem eine Reihe renommierter Experten Hintergrundmaterial zusammengetragen haben; u.a. zu den historischen Wurzeln des Konflikts um Kuwait und zu den Waffenlieferungen in den Nahen Osten. "Welt der Reichen, Welt der Armen" ist ein Artikel überschrieben, der sich mit den krass unterschiedlichen Lebensbedingungen im arabischen Raum beschäftigt. Zwei Beiträge behandeln "die unschuldigen Opfer der Krise": ägyptische, palästinensische, indische oder pakistanische "Gast"- bzw. Wanderarbeiter. Mehrere Artikel sind dem Komplex "arabische Identität und Religion" gewidmet.

Der Überblick. Zeitschrift für ökumenische und internationale Zusammenarbeit. Quartalsschrift der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst, Heft 4/90. Einzelheft 5 DM. Bezugsadresse: Breklumer Verlag, Postfach 1220, 2257 Bredstedt.

Der vom Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen herausgegebene Informationsdienst Wissenschaft & Frieden befaßt sich in den im Dezember 90 bzw. April 91 erschienenen Ausgaben in einer Reihe sehr sorgfältig gearbeiteter Aufsätze (häufig mit ausführlichem Anmerkungsapparat und Literaturlisten versehen) mit Aspekten des Golfkrieges. Besondere Aufmerksamkeit verdienen Till Bastians knappe, aber sehr informative - mit viel Understatement so betitelten - "Fragmentarische Bemerkungen" zum Kriegsgebiet Naher Osten und die "Informationen zur Trägerwaffenfähigkeit einzelner Staaten im Mittleren und Nahen Osten" von Götz Neuneck, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg, und Jürgen Scheffran, Physiker an der TH Darmstadt. (Heft 3- 4, Dezember 90) Fünf Autoren, sämtlich Mitglieder der Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden", legen "Eine vorläufige Bilanz des Golfkrieges" vor, in der sie über die Menschenopfer informieren, über Zerstörungen und wirtschaftliche Verluste, ökologische Schäden und politisch-gesellschaftliche Folgen für die Region. Zwei weitere Beiträge behandeln speziell die ökologischen Folgen des "Umweltkrieges". Die Friedensforscherin Hanne-Margret Birkenbach vergleicht aus sozialpsychologischer Sicht: "Frieden in Europa - Krise im Baltikum - Krieg am Golf". Die Beiträge zum Golfkrieg werden in dieser Ausgabe beschlossen mit einem Beitrag zur Fragestellung "Vor einer neuen Interventionspolitik gegenüber der Dritten Welt?" und einer Dokumentation von amnesty international zu den Menschenrechten in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens einschließlich Israel/Palästina und der Türkei. (Heft 1-2, April 91)

Informationsdienst Wissenschaft & Frieden. Einzelheft 7 DM. Bezug über den Buchhandel oder: BdWi, Postf. 543, 3550 Marburg.

Die nach dem Golfkrieg erschienene Ausgabe von "Forum Wissenschaft", gleichfalls vom Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen herausgegeben, eröffnete mit einem Beitrag "Zur Kolonialgeschichte der arabischen Golfregion und (der) historische(n) Genesis des Konflikts um Kuwait" von Salim Ibrahim Mikael, Sozialwissenschaftler an der Uni Marburg. Georg Auernheimer, Hochschullehrer für Pädagogik an der Uni Marburg, setzt sich mit dem Wirken Scholl-Latours auseinander: "Scholl-Latour liefert vor allem für das Publikum aus dem Mittelschichten-Milieu die Erklärung und Rechtfertigung des gegenwärtigen Vernichtungskrieges und kommender Nord-Süd-Konflikte. (...) Er zeichnet nicht einfach ein klischeehaftes Feindbild, sondern bietet auf eine Manier, die ein solches Publikum schätzt, tiefsinnige historische Deutungen für aktuelle Konflikte an." In weiteren Beiträgen werden u.a. das "Metaphernsystem der Kriegsrechtfertigung" und die Lage der US-Linken nach dem Krieg erörtert. (In Heft 2/1991 folgt ein Schwerpunktteil "Ende der Linksintellektuellen" mit neun Debattenbeiträgen, in denen großenteils auch die Auseinandersetzung mit der Haltung vieler Linksintellektueller im Golfkrieg geführt wird.)

Forum Wissenschaft. Heft 1/1991. Einzelheft 7 DM. Bezug im Buchhandel oder: BdWi, Postf. 543, 3550 Marburg.

Nachkrieg

Drei Monate nach Kriegsende hat die Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden" sich an einer "vorläufigen Bilanz des Golfkrieges" versucht. Im Mittelpunkt dieser Bilanz steht die Frage nach den Opfern, den ökologischen Schäden und wirtschaftlichen Verlusten. Die AutorInnen, die sich vor den mediengängigen Superlativen ("Brand der Ölquellen schlimmer als Tschernobyl") hüten, weisen gleichwohl darauf hin, daß alles noch schlimmer hätte kommen können: "Jeder Politiker, jeder zu freier Entscheidung fähige Mensch, der einen Krieg wie den Golfkrieg befürwortet, muß bereit sein, auch für ‚worst-case-Szenarien' die Verantwortung zu übernehmen." Als die brennendsten politisch-gesellschaftlichen Probleme der Region nennt die Studie das "Palästinenserproblem", das "Kurdenproblem", das "Wohlstandsgefälle" und den "islamischen Fundamentalismus" - Probleme, die durch den Krieg am Golf nicht nur nicht gelöst, sondern verschärft worden seien. - Am anfechtbarsten sind die Teile der Broschüre, die sich mit "Alternativen zu künftigen 'Golf-Kriegen'" befassen. Der ehrenwerte Appell, Kriegsverhinderung erfordere "eine für die dritte Welt gerechtere Weltwirtschaftsordnung" wird allein nichts bewirken. Ebenso die Forderung nach einer UNO-Reform. Im Konkreten wird es da heikel. Unter "nationale Konsequenzen" schreiben die

VerfasserInnen: "Der Beschluß der SPD, ausschließlich 'Blauhelm-Einsätzen' zuzustimmen, ist (...) ein sehr erfreulicher Schritt in die richtige Richtung."

Verantwortung für den Frieden - Naturwissenschaftler-Initiative e.V.: Eine vorläufige Bilanz des Golfkrieges. 23 Seiten. Bezugsadresse: R. Braun, Tegetthoffstr. 7, 2000 Hamburg 20.

Mit dem "Golf-Sonderheft" hat die Zeitschrift Dritte Welt eine Publikation vorgelegt, in der fast alle wichtigen Aspekte des Krieges aufgegriffen werden. Das Heft enthält u.a. Aufsätze zur: Rolle des Öls (Massarat), Folgen des Kriegs (Brönner), "Seiteneinstieg" der Bundeswehr in den Golfkrieg (Link), Medien-Zensur (Guha), deutsche Waffenexporte in den Irak (Brönner), Lage der USA-Wirtschaft (R. Müller) und den Auswirkungen des Endes des Ost-West-Konflikt auf die sog. Dritte Welt (Boris). Des weiteren wird in dem Heft ein Gespräch des israelischen Publizisten Shraga Elam mit Azmy Bishara, Dozent an der Bir Zeit-Universität, publiziert. Der Exiliraker Shaker Alhamdani erörtert die wirtschaftliche Zukunft des Irak, und Lothar A. Heinrich informiert über die inneren Verhältnisse Kuwaits.

Dritte Welt - Golf-Sonderheft, Marburg 1991. 60 S., 6 DM.

Thematisch ähnlich gestaltet ist der "Schwerpunkt Krisenregion Mittlerer Osten" in den blättern des iz3w. Die blätter bringen jedoch zusätzlich Beiträge zur Lage der Kurden im Krieg (Opeker), der arabischen "Frauenfrage" (Sabra) und den Aufsatz von R. Schulze "Politischer Islam und westliche Mißverständnisse", in dem die "Massenunterstützung für Saddam Hussein als Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte" insbesondere in Algerien, Tunesien und Marokko gewertet wird.

blätter des iz3w, Nr. 172 (März 1991). 68 S., 6 DM.

Speziell mit der Lage der PalästinernserInnen während des Golfkrieges und danach befaßt sich die von der Informationsstelle Palästina herausgegebene Quartalsschrift "Palästina". In Heft 4/1990 wird die Rede dokumentiert, die Arafat Ende August 1990 in Genf zu den "Prinzipien zur Lösung der Golfkrise" hielt. Georg Baltissen erörtert "den schwierige(n) Balanceakt der PLO-Führung (...), eine Vermittlerrolle übernehmen zu wollen, die ihr keine Seite zubilligen mochte." Weitere Beiträge informieren über den Irak, über Kuwait, über den "unaufhaltsamen Aufstieg des Saddam Hussein" und über dessen (zeitweilige) Popularität in Teilen der arabischen Welt. - Das Heft 2/1991, nach dem Golfkrieg erschienen, enthält einige für diese (PLO-)Zeitschrift überraschend kritische Beiträge zur PLO-Politik. Struktur und Qualität der PLO seien fraglich geworden. "Nach dem militärischen Sieg der USA wird die PLO für ihre Parteinahme für den Irak habhaft gemacht werden." Sie habe sich darauf einzustellen, daß arabische Länder ihre Legitimität als Vertreterin des palästinensischen Volkes widerrufen könnten, und daß Israel, aus einer gestärkten Position heraus, seine Versuche fortsetzt, die PLO von den Palästinensern der besetzten Gebiete zu trennen und eine "alternative Führung" heranzuzüchten. Um diesen Gefahren entgegenzuwirken, "(sollte) ein gewissenhafter Prozeß ernsthafter und schneller Reformen sofort in Gang gesetzt werden." Zudem bedürfe die palästinensische Bewegung "ernsthafter struktureller Veränderungen", die Fraktionierung in zehn verschiedene Parteien sei ineffektiv. Schließlich müsse zur "Herausbildung und Konsolidierung von Elementen der Staatsbildung" eine "glaubwürdige und fähige Führung vor Ort" tätig werden. In weiteren Beiträgen werden die Haltung der Palästinenser während des Golfkrieges erörtert und die ökonomischen Auswirkungen des Krieges für die Palästinenser dargestellt.

Palästina. Hg. von der Informationsstelle Palästina, August-Bier-Str. 33, 5300 Bonn 1. Einzelheft 5 DM.

Waffenhandel

Mit der von der BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" herausgegebenen Broschüre Die Todeskrämer - Bundesdeutsche Rüstungsexporte an den Golf liegt eine sehr faktenreiche Darstellung vor zum "lukrativsten Waffenmarkt der Welt" (mehr als 60% des weltweiten Waffenexports gehen in den Nahen Osten). Quasi eine Vorlage für einen örtlichen Aktionsplan ist die Auflistung der rund neunzig der BUKO-Kampagne bisher bekannten bundesdeutschen Rüstungslieferanten an den Irak; die Liste enthält nebst Firmennamen und Ort jeweils mit Quellen belegte Angaben zu den gelieferten Rüstungsgütern. An die Entsendung von GSG-9-Ausbildern zur Schulung von Sondereinheiten im Irak erinnert der Artikel "Das Geschäft mit der Militärausbildung".

Die Todeskrämer - Bundesdeutsche Rüstungsexporte an den Golf, 2. erw. Aufl. Jan. 1991. 32 S., 5 DM. Bezug über: BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen.

Die im Juli 1991 erschienene Broschüre Tatort Nahost wurde herausgegeben vom Kommunikationszentrum Idstein (KOMZI). Lang ist die Liste der MitherausgeberInnen. Eine Reihe christlicher Friedensorganisationen wie die "Initiative Kirche von Unten" oder "Pax Christi" gehören dazu, außerdem das "Komitee für Grundrechte und Demokratie". Der "Rückblick und Ausblick" nach dem Golfkrieg beginnt mit der makabren Fortschrittsmeldung: "Der Golfkrieg war der effizienteste der neueren Geschichte". Nach den vorliegenden Zahlen war durchschnittlich eine Tonne Munition erforderlich, um einen Menschen zu töten. Während des Koreakrieges waren es - laut Greenpeace - vier Tonnen, im Vietnamkrieg zwei.

Das Schwerpunktthema des Heftes ist der Rüstungsexport. Eine Fülle von Zahlen veranschaulichen, wer den Nahen Osten zum größten Rüstungsmarkt der Welt gemacht hat. Nützliche Dienste leistet eine am Schluß des Heftes abgedruckte Liste der unter Beteiligung deutscher Firmen in den Nahen Osten gelieferten Rüstungsgüter. Die Liste umfaßt - ohne Berücksichtigung der Exporte in den Iran, den Irak und die Türkei - zwölf Länder und 76 Einzelposten in den vergangenen elf Jahren. Verkauft wurde Militärmaschinerie aller Art: von U-Booten und Kampfflugzeugen vom Typ Alpha Jet über Panzer und Lastwagen bis hin zur Panzerfaust und kugelsicheren Weste.

Kommunikationszentrum Idstein e.V. (KOMZI): Tatort Nahost. 42 Seiten. 5 DM. Bezugsadresse: KOMZI, Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein.

Die "Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt" (ASW), u.a. Mitglied im "Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen" (BUKO), bringt in der im März 1991 erschienenen Ausgabe ihrer Zeitschrift Solidarische Welt eine "schwarze Liste für den Einkauf". Dahinter verbirgt sich ein Boykottaufruf gegen eine Reihe deutscher Großunternehmen, die durch Rüstungslieferungen an beiden Golfkriegen verdient haben. Der Artikel "Indien und der Golfkrieg" beschäftigt sich mit den ökonomischen und politischen Folgen des Krieges für das zweitgrößte Volk der Erde. Die Massenflucht der indischen ArbeitsmigrantInnen aus Kuwait und dem Irak und die Exportausfälle als Folge des Irak-Embargos sind die sichtbarsten der durch den Krieg verursachten ökonomischen Einbußen. Militärpolitisch könnte der Golfkrieg für Indien noch verheerendere Wirkungen haben. Die Unterlegenheit des irakischen Waffenarsenals dient den indischen Militärs als Argument für die Modernisierung der indischen Kriegsmaschinerie.

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt: Solidarische Welt, Nr. 133, März 1991. 20 Seiten. Bezugsadresse: ASW, Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61.

Israel

Von dem Moment an, als die erste irakische Scud-Rakete in Israel einschlug, war der eigentliche Golfkrieg in den bundesdeutschen Medien an den folgenden Tagen zu einem Neben-Nebenschauplatz geworden. Dies war zwar auch darin begründet, daß - von US-amerikanischer wie irakischer Seite totaler Zensur unterworfen - aussagekräftige "Bilder" vom Golfkrieg für die Medien nicht zu haben waren, Israel hingegen der Berichterstattung (abgesehen vom Verbot von Aufnahmen, aus denen der Einschlagsort der Raketen zu identifizieren gewesen wäre) keinerlei Beschränkungen auferlegte. Wesentlich aber war der besondere Platz, den Israel im "Gewissen" der Welt und insbesondere der Deutschen einnimmt, was sich hierzulande u.a. darin ausdrückte, daß Demonstranten gegen den Golfkrieg, egal ob sie gleichzeitig für das Verteidigungsrecht Israels eintraten oder den Standpunkt eines "totalen Pazifismus" einnahmen, des Anti-Amerikanismus, der Israel-Feindlichkeit, wo nicht gleich des Antisemitismus beschuldigt wurden. (Diese Debatte, soweit sie sich papierförmig niedergeschlagen hat, ist zu großen Teilen anhand der DIAK-Dokumentation, s.u., nachzuvollziehen.) Allemal aufklärender als die schwülstigen Betroffenheitsbücher zur Bedrohung Israels bzw. Bekennerschreiben von Kriegsbefürwortern, die in den Tagen des Golfkrieges bzw. kurz danach erschienen, sind die Berichte, Diskussionsbeiträge und Analysen vieler jüdischer Israelis selbst.

Lea Fleischmann, nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD geboren, ist 1979 nach Israel emigriert - nicht, weil sie als Jüdin angegriffen wurde, sondern angewidert vom bundesdeutschen "Demokratiespiel" (Lea Fleischmann, Dies ist nicht mein Land). In ihrem Tagebuch einer Bedrohung schildert sie die Tage unter der Gasmaske und ihre Erfahrungen bei einer Lesereise in der BRD und Gesprächen mit deutschen Rüstungsexporteuren. Gänzlich unabhängig davon, ob man die Bedrohung Israels durch giftgasbestückte

Scud-Raketen für Propaganda, einen Irrtum oder eine Tatsache gehalten hat (bzw. hält): Lea Fleischmanns Tagebuch gibt wieder, wie fast jeder jüdische Israeli während des Golfkriegs empfunden hat und was viele von ihnen unmittelbar erlebt haben. Die zumindest angelesene Kenntnis dieses Empfindens und Erlebens ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Auseinandersetzung mit Israelis bzw. dem israelisch-palästinensischen Konflikt.

Lea Fleischman: Gas. Tagebuch einer Bedrohung. Israel während des Golfkriegs. Göttingen (Steidl Verlag) 1991. 182 S., 18 DM.

Uri Avnery, der seit Jahrzehnten für einen friedlichen Ausgleich zwischen dem jüdischen Israel und den Palästinensern, für eine Zwei-Staaten-Lösung tätig ist und damit - so sind die Verhältnisse nun einmal - außerhalb Israels ein größeres Ansehen genießt als innerhalb seines Landes, hat einige seiner Essays zum Thema "Israel und der Friede im Nahen Osten" in dem Band Wir tragen das Nessosgewand, zusammengefaßt. Seit dem Beginn der Intifada sei Israel in den Augen der Welt wie Goliath erschienen, die Palästinenser wie David: "Jetzt ist wieder alles beim alten". Einem Frieden würde die israelische Regierung nur zustimmen, wenn sie dafür nicht die besetzten Gebiete aufgeben müsse. Die Ernsthaftigkeit amerikanischer Friedensbemühungen bezweifelt Avnery: "Glauben amerikanische Staatsmänner daran, daß ein wirklicher Frieden im amerikanischen Interesse liegt?" Und die israelische Friedensbewegung sei "ein Opfer des Golfkrieges" geworden. Der Golfkrieg, schreibt Avnery abschließend, sei nur "eine kleine Episode in der Weltgeschichte" gewesen. "Aber im Nahen Osten kann er ein Scheidepunkt gewesen sein. Er hat gezeigt, wie ein zukünftiger Krieg im Nahen Osten aussehen wird: Giftgas, Fernraketen, vielleicht nukleare und biologische Waffen der Massenvernichtung werden zum Einsatz kommen." Israel lebe auf "einem aktiven Vulkan. (...) Nur der Frieden kann diesen feuerspeienden Berg zum Erlöschen bringen."

Uri Avnery: Wir tragen das Nessosgewand. Israel und der Frieden im Nahen Osten. Bonn (Verlag J.H.W. Dietz Nachf.) 1991. 126 S., 14.80 DM.

Ein recht breites Spektrum von Positionen wird in der von einem israelischen Verlag übernommenen Essay-Sammlung Israel und die Welt nach dem Krieg vorgestellt. Uri Avnery ist in diesem Band ebenfalls mit einem Beitrag vertreten und auch der palästinensische Kommunist (was im Autorenregister - absichtsvoll? - verschwiegen wird) und ehemalige Knesset-Abgeordnete Emil Chabibi, aber auch der Likud-Abgeordnete Seev Benjamin Begin und der ehemalige sozialdemokratische Premier Shimon Peres, daneben Militär-und Staatswissenschaftler sowie hochrangige Militärs. Mit dieser Zusammenstellung wird - wie es häufig in deutschen wohlmeinenden Publikationen geschieht - vermieden, allein oder hauptsächlich Protagonisten der israelischen Protestbewegung zu Wort kommen zu lassen, wodurch aufgrund der tatsächlichen Einflußlosigkeit dieser Protestbewegung ein sehr schiefes Bild von der israelischen Wirklichkeit gezeichnet wird. Neben den Befürwortern einer Zwei-Staaten-Lösung kommen in diesem Band auch Vertreter einer Teilräumung der besetzten Gebiete zu Worte wie auch ein dezidiert "zionistischer Gesichtspunkt". Größerenteils fern von Propaganda und Aufgeregtheit zeigen die Diskussionsbeiträge und Analysen dieser israelischen AutorInnen wieder einmal, daß "man die lärmendsten Zionisten" (und ich füge hinzu: und die noch lärmenderen gojischen Zionisten) "weit weg von Zion" (H.M. Broder) finde, aber eben kaum in Israel selbst.

Israel und die Welt nach dem Krieg. 16 Essays herausgegeben von Nathan Schaham und Zvi Raanan. Aus dem Hebräischen von Joachim Doron. Hamburg (Verlag am Galgenberg) 1991. 187 S., 28 DM.

Der Krieg in der Presse -

und in den Köpfen

"Die Zeit der vereinigenden Phrasen ist vorbei" schreibt Michael Brie im Vorwort zu dem von ihm herausgegebenen Band Let's play Golf - Die Welt im Widerstreit. Thema des Buches ist der Widerhall des Krieges in der Öffentlichkeit. Zu diesem Zweck hat Brie eine Fülle von Artikeln und Kommentaren aus Zeitungen englischer, französischer, deutscher und russischer Sprache zusammengetragen. So ist ein Nachschlagewerk entstanden, in dem der Leser sich dank einer übersichtlichen Gliederung gut zurechtfinden kann. So finden sich unter der Kapitelüberschrift "Stalin im Rücken und vor sich die Ungewissheit" hochinteressante Kommentare aus der sowjetischen Presse; z.B. folgender Abschnitt aus "Meshdunarodnaja shisn": "Die Amerikaner haben hinreichend entschieden ihre Entschlossenheit bekundet, nicht nur an den Ufern des Golfs zu kämpfen, sondern für eine gerechte Rechtsordnung, die Souveränität des Staates und die

Freiheit der Persönlichkeit zu kämpfen. Das ist der hohe Idealismus, der die westliche Zivilisation nährt, zu der auch wir streben, indem wir einen Rechtsstaat aufbauen und ein neues Denken in der Politik entwickeln". Haarsträubend sind auch einige Beiträge aus dem Kapitel "Lehrmeister Geschichte oder: Laßt uns für dieses Mal Hitler, München und Auschwitz vergessen"; "Die Welt" über Saddam Husseins Lieblingsfilm "Der Pate": "In der Figur des Don Corleone, der es von Armut zu Reichtum brachte, dessen Respekt für die Familie nur von seinem Machthunger übertroffen wurde, muß er sein Vorbild gesehen haben". - Im Schlußkapitel, das sechs Diskussionsbeiträge verschiedener AutorInnen (WissenschaftlerInnen bzw. PublizistInnen aus der ehem. DDR) enthält, versucht auch der Herausgeber eine eigene Positionsbestimmung. Sein Blick in die Zukunft ist von Pessimismus bestimmt: "Unsere schöne westliche Welt kann in ihrer gegenwärtigen Weise nicht ohne die manchmal auch gewaltsame Unterdrückung anderer Welten existieren". Und: "Anstelle der so oft beschworenen Vernunft der Menschheit hat die USA den leeren Platz des Statthalters Gottes auf Erden eingenommen. Kohl avancierte zum Kardinal. Die Apokalypse ist unausweichlich geworden, wenn nicht ..."

Michael Brie (Hg.): "Let's play Golf". Die Welt im Widerstreit. Berlin (Aufbau-Taschenbuch-Verlag) 1991. DM 19,80.

Vermutlich hat schon der Titel viele Linke davon abgehalten, für das im März 1991 von der "taz" herausgegebene Golf-Journal zum Wüstenkrieg Geld auszugeben. Mit einem Jahr Abstand gelesen, sind etliche der ursprünglich allesamt in der "taz" erschienenen Beiträge nicht weniger ärgerlich. Immerhin hat die Sammlung nunmehr den Status eines historischen Dokuments erworben, dessen Lektüre einigermaßen lehrreich ist. Dem ersten Teil, einer Chronik von 1980 bis zum 6. März 1991, folgen im zweiten Abschnitt 28 Artikel, Kommentare und Interviews zur "Logik des Krieges". Beeindruckend ist vor allem die Liste der Interviewpartner. U.a. kommen zu Wort: Bülent Ecevit, Nagib Mahfuz, Yassir Arafat, Bassam Abu Sharif und Paul Virilio. Die Debatte der deutschen "Bellizisten" und "Pazifisten", überschrieben "Deutsche Gewissensbisse", wird von etwas anderen Prominenten geführt. Neben hauseigenen und befreundeten Diskutanten (u.a. Udo Knapp, Klaus Hartung, Henryk Broder, Bernd Ulrich und Thomas Schmid) beziehen auch Walter Jens, Günter Grass und Jürgen Habermas Position. Krönung dieses Teils ist das von Henryk Broder geführte Interview mit Hans-Christian Ströbele, das den damaligen Bundesvorstandssprecher der Grünen sein Amt kostete: "Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels". Am Schluß der Dokumentation wird der Schwerpunkt wieder auf Wissensvermittlung gelegt: über den Irak - "Blutspuren der Macht" - und über die "arabische Welt im Aufbruch".

taz-Golf-Journal zum Wüstenkrieg. 98 Seiten, 5 DM. Bezugsadresse: "die taz" GmbH, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt am Main 90.

Speziell der Dokumentation der Kontroverse in der deutschen Friedensbewegung über Golfkrieg und Israel dient eine Extraausgabe der vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis (DIAK) herausgegebenen Zeitschrift israel & palästina. Christian Sterzing, Redakteur der Zeitschrift und Mitglied des DIAK-Vorstands, diskutiert in einem Einleitungsbeitrag die zahlreichen Dilemmata, denen die Friedensbewegung gegenüber stand bzw. ausgesetzt war: Deutsche und Israelis, Pazifismus und Gewalt, Pazifismus und Notwehr/Nothilfe, Israel und Palästina, Solidarität und Pazifismus. Zur Dokumentation der Kontroverse hat Jörn Böhme gut hundert Artikel aus deutschen Zeitungen und Zeitschriften, größtenteils aus dem Zeitraum Januar bis März 91, zusammengestellt. Die sinnvolle Gliederung der Dokumentation erleichtert den Zugriff. Dem Abschnitt "Beschreibung der Kontroverse" folgen jeweils ein, zwei Dutzend Artikel von "KritikerInnen der Friedensbewegung", zur "Kritik der Kritik" und der "Kritik aus Israel" sowie zu den Grünen. Für den Rückgriff auf eine Kontroverse, die zu scharfen Brüchen und Rissen in der Friedensbewegung und der Linken geführt hat, und die bis heute fortwirkt, eine unverzichtbare Quellensammlung.

israel & palästina. Extranummer: Der Golfkrieg, Israel und die deutsche Friedensbewegung. Dokumentation einer Kontroverse. 2. aktualis. u. erw. Aufl., Nov. 91. 250 S., 20 DM (inkl. Versand). Bezug über: Deutsch-Israelischer Arbeitskreis, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben.

Handbücher

Artikel, Aufsatzsammlungen und Monographien liefern - ihrer besonderen Zielsetzung entsprechend - keine umfassenden Informationen über Geschichte, Wirtschaft, Struktur, Regierungsform usw. usf. eines Landes

oder gar einer ganzen Region. Hier ist der Griff zu Handbüchern - aufgrund ihrer Preise: in Bibliotheken - erforderlich. Das aktuellste Handbuch zum Nahen und Mittleren Osten ist

U. Steinbach, R. Robert (Hg.): Der Nahe und der Mittlere Osten. Bd. 1: Grundlagen, Strukturen und Problemfelder. Bd. 2: Länderanalysen. Opladen (Leske + Budrich) 1988. 821 u. 546 S., 248 DM.

Dieses Handbuch wird jährlich fortgeschrieben mit dem

Nahost-Jahrbuch. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten. Hg.: Deutsches Orient-Institut, T. Koszinowski, H. Mattes. Opladen (Leske + Budrich) 1988 ff. (erschienen sind die Bd.e 1987, 1988, 1989, 1990). 220-240 S., 29 DM.

Ein weiteres wichtiges Hilfsmittel ist die

Zeittafel zum Nahost-Konflikt (1920-1979). Hg. von A. Harttung. Westberlin (Berlin Verlag) 1979. 287 S., DM 30.-.

Zeittafel zum Nahost-Konflikt. Bd. 2: 1979-1990. Hg. von A. Harttung. Berlin (Berlin Verlag) 1991. 394 S., 49 DM.

Hippler, Überblick, Naturwissenschaftler-Initiative, Tatort Nahost, Solidarische Welt, Michael Brie, taz-Journal (Js.); Stein, Mattes, Informationsdienst Wissenschaft und Frieden, Forum Wissenschaft, Dritte Welt, blätter des iz3w, Palästina, Todeskrämer, DIAK-Dokumentation, Israel-Teil und Handbücher (K.)

28. Ein wahrhaffte und erschröckliche Geschicht. Der Streit um Eislers Faust-Entwurf (DDR-Kulturpolitik Teil 1)

Der Streit um Eislers Faust-Entwurf 1953

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Theorie; Geschichte der Kommunisten; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:29

"Die Künste werden geehrt

und, wenn nötig,

mit aller Strenge

in unseren Landen."

(Hanns Eisler, Faust-Libretto)

Hanns Eisler, wohl der bekannteste kommunistische Komponist überhaupt, arbeitete 1951-52 den Text einer Faust-Oper aus, der im Mai und Juni 1953 Gegenstand einer heftigen Debatte in der DDR war. Im "Neuen Deutschland" wurde Eisler vorgeworfen, sein Entwurf schlage "dem deutschen Nationalgefühl ins Gesicht". Der Komponist habe "die Einflüsse des heimatlosen Kosmopolitismus noch nicht überwunden". (1) Walter Ulbricht warnte, die SED werde nicht zulassen, daß "eines der bedeutendsten Werke unseres großen Dichters Goethe" zur Karikatur verunstaltet wird. (2)

Das Ergebnis des Streits war, "daß mir jeder Impuls, Musik zu schreiben, abhanden gekommen war. So kam ich in einen Zustand tiefster Depression, wie ich sie kaum jemals erfahren habe." (aus einem Brief Eislers an das ZK der SED) Die Faust- Oper wurde, abgesehen von Bruchstücken, nicht komponiert. Es sollte noch bis 1982, zwanzig Jahre nach Eislers Tod, dauern, bis wenigstens sein Text-Entwurf erstmals auf einer DDR-Bühne vorgetragen werden konnte.

Eine nicht auskomponierte Oper - na und? Kein Einzelfall in einem Staat, dessen Kulturpolitik reich an nicht gemalten oder aufgegebenen Bildern, an nicht geschriebenen oder nicht zur Aufführung gelangten Theaterstücken, an in den Schubladen abgelegten Musikwerken war.

Für eine Beschäftigung gerade mit dem Faust-Streit von 1953 scheinen mir aber mehrere Gesichtspunkte zu sprechen:

1. Die Diskussion wurde erheblich umfassender geführt und ist sehr viel besser dokumentiert als die vergleichbaren Vorgänge in der damaligen DDR.

2. Sie ist besonders instruktiv für die Kulturpolitik wie auch für die politische Streitkultur in der Spätphase des "Stalinismus".

3. Sie betraf mit ihrem Thema Faust- Goethe den zentralen Punkt des offiziellen DDR-Selbstverständnisses von der "Pflege der Nationalkultur".

4. Sie war engstens verbunden mit der SED-Politik zur "deutschen Frage" und "Einheit der Nation".

Faust als deutscher Nationalmythos

Die Geschichte vom Teufelsbündler Faust ist in Deutschland zu einem "nationalen Mythos" (3) geworden. Wohl kein anderer Stoff hat so viele Kunstschaffende angeregt, das Thema mit einer eigenen Version, mit einer eigenen Deutung weiterzuentwickeln und zu bereichern. Besonders seit der dramatischen Bearbeitung durch Goethe, die fast sein ganzes produktives Leben lang währte (4), wurde Faust zum "deutschesten" Stoff überhaupt. "Das Faustische" wurde zu einem Inbegriff deutscher Ideologie (5) und Kultur-Instrumentalisierung. Der Gründerzeit-Imperialismus des Kaiserreichs legitimierte sich über Goethes Faust, ebenso wie der NS-Staat, und so dann auch die beiden deutschen Republiken nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die konkret-politischen Inhalte, die mit dem Schlagwort des "Faustischen" verbunden wurden, wechselten mit den sich verändernden Bedingungen selbstverständlich radikal. Die paar Belegstellen in Goethes Faust, auf die man sich jeweils bezog, blieben jedoch im Wesentlichen immer die Gleichen. Es sind kaum mehr als vier oder fünf Sequenzen, insgesamt noch nicht einmal 100 Zeilen aus dem Riesenwerk. In der Hauptsache geht es um den Fünften Akt des Zweiten Teils, und hier vor allem die "Schlußvision" des erblindeten Faust kurz vor seinem Tod. Zynisch gesprochen und zugespitzt könnte man den Geist dieser Textstellen auf die Formel "Arbeit macht frei" bringen, mit allen Deutungsmöglichkeiten, die diesen Worten innewohnen oder ihnen beigegeben wurden.

Der Faust-Stoff ist damit sehr weit von seinen Ursprüngen entfernt worden. Johann Faust scheint eine real existierende Person gewesen zu sein, die ungefähr zwischen 1480 und 1540 gelebt hat. Die wenigen und schmalen Quellen kennzeichnen ihn als einen Magier und Alchemisten, der mehrfach Probleme mit Obrigkeit und Geistlichkeit hatte. Noch zu Lebzeiten wurde die reale Person von der Volksphantasie überwuchert und mystifiziert.

1587 erschien die erste große "Historia von D. Johann Fausten/ dem weitbeschreyten Zauberer unnd Schwartzkünstler". Beschrieben wird, wie Faust dem Teufel seine Seele verschreibt und dafür mit allerlei Zauberkräften ausgestattet wird. Das erlaubt ihm phantastische Abenteuer - einen Besuch in der Hölle, Luftreisen in entfernte Länder, Auftritte an Fürstenhöfen, eine Fahrt zu den Sternen usw. Vermischt ist das alles mit Gesprächen zwischen Faust und seinem teuflischen Diener Mephistopheles über naturwissenschaftliche Fragen. Zur Steigerung des Unterhaltungswerts sind mehrere Schelmenstreiche eingestreut, wie zum Beispiel: Faust frißt einem Bauern ein Fuder Heu samt Pferd und Wagen weg. Faust betrügt einen Roßtäuscher. Faust foppt eine Gesellschaft betrunkener Bauern.

Der Erfolg des Buchs war so grandios, daß noch im selben Jahr eine in Reimen gefaßte Version gedruckt wurde, die sich eng an das Vorbild anlehnt, aber kürzer als jene ist. In den Jahren 1587-89 wurde die "Historia" außerdem ins Englische und ins Französische übersetzt; in Lübeck wurde eine plattdeutsche Version gedruckt. Zwischen 1588 und 1593 schrieb der englische Dramatiker Christopher Marlowe - ein Zeitgenosse Shakespeares - die erste Bühnenfassung des Faust. Sie hat, wie die aus der Reformationsbewegung kommende "Historia", derbe papstfeindliche Momente. (England hatte sich unter Heinrich VIII. 1531 von der katholischen Kirche losgesagt).

Mischmasch von Mysterienspiel und Revue

Die wichtigste Überlieferungsform des populären Stoffs wurde in den folgenden Jahrhunderten das wandernde Puppentheater. So hat Goethe die Geschichte "entdeckt", und so kam seiner eigenen Darstellung zufolge auch Hanns Eisler auf den Geschmack. (6) Sicher festzustellen ist, daß sich Eislers Text enger an das Puppenspiel anlehnt als an Goethe oder irgendeine andere Faust-Version. (7) Ganz und gar aus dem Puppenspiel übernommen hat Eisler die Figur des verfressenen Spaßmachers Hanswurst (Kasper), der sich am Ende als Nachtwächter verdingt. Ebenfalls aus dem Puppenspiel kommt die Idee, daß der Teufel den auf 24 Jahre geschlossenen Pakt schon nach 12 Jahren für abgelaufen erklärt - ein an sich unwichtiges Detail, das aber aus der gleichlangen Zeitspanne 1933-45 aktuelle Brisanz bezog.

Die naive und konfuse, an märchenhaften und komischen Details überreiche ursprüngliche Faust-Version von 1587 entspricht sehr gut dem Medium des Puppentheaters oder einer mit ähnlichen Mitteln arbeitenden "Volksposse". Die frühe Bühnenversion von Christopher Marlowe war in diesem Sinn gehalten; es findet sich dort bereits die dem Hanswurst entsprechende Figur des Clowns. Ganz im Geiste des Puppenspiels ist bei Marlowe auch die Szene, in der Faust unsichtbar im Zimmer des Papstes steht und ihn ohrfeigt, bis er flüchtet.

Brecht notierte sich über Goethes Faust: "was für ein organisch gewordener mischmasch von mittelalterlichem Mysterienspiel und moderner revue!" (8). Aber hat nicht Goethe gerade diesen Charakter früherer Faust-Darstellungen gewissermaßen "verdorben"? Sicher läßt sich auch Goethes Faust revue-artig inszenieren, und besonders der Zweite Teil fordert dazu geradezu heraus. Dem im Weg steht aber die ideologische Überfrachtung des Werks, teils schon durch Goethe selbst, viel mehr aber noch durch seine Interpreten.

Zu dieser Überfrachtung gehört, daß Goethe ein wesentliches Element des Stoffs "gekippt" hat: Daß Faust, der sich mit seinem Blut dem Teufel verschrieben hat, am Ende mit Flammen und Rauch zur Hölle fährt, ist

unverzichtbarer Teil, ja Zentrum der Geschichte, die eben eine ganz naiv erzählte Fabel von Schuld und Sühne ist. Goethe hat - wohl als einziger relevanter Bearbeiter des Stoffs - die Höllenfahrt durch einen Engelschor und die Erlösung von Fausts Seele ersetzt. Er hat mit dieser "Entschuldung" des Faust die wesentliche Voraussetzung geschaffen, die es dann gestattete, in Deutschland "das Faustische" unter wechselnden politischen Vorzeichen positiv zu interpretieren. Bis Goethe war Faust selbstverständlich stets als Negativgestalt aufgefaßt worden.

Auch in diesem Sinn ist Hanns Eisler in seinem Text-Entwurf zu den Ursprüngen zurückkehrt: sein Faust wird tatsächlich vom Teufel geholt. Damit erhält er die klassische Funktion als Lehrer durch negatives Beispiel zurück: "So ergeht es jedem, der sich so und so verhält!" Nur daß es bei Eisler selbstverständlich nicht mehr um Religion, Gott, Teufel, Sünde und Seelenheil geht, sondern um Klassenkampf und Verrat:

"Der eignen Kraft mißtrauend,

hab den Herren ich die Hand gegeben.

Gesunken bin ich tiefer als tief,

verspielt hab ich mein Leben.

Denn wer den Herren die Hand gibt,

dem wird sie verdorren.

Dem ersten Schritt folgte der zweite;

beim dritten war ich verloren.

Nun geh ich elend zugrund,

und so soll jeder gehn,

der nicht den Mut hat,

zu seiner Sach zu stehn."

So endet bei Eisler die "Confessio" (Bekenntnis, Geständnis) des Faust, kurz vor seinem Tod. Die reumütige Lebensbeichte als moralisches Vehikel findet sich auch schon in der "Historia" von 1587 und im Marlowe-Drama. In neuerer Zeit hat Thomas Mann dieses Motiv für seinen Faust-Roman (1947 publiziert) übernommen.

Goethes Faust Zwei mit seiner optimistischen, kraftstrotzenden, aktive Zuversicht ausstrahlenden, von keinem Schuldbewußtsein getrübten "Schlußvision" bietet scheinbar das genaue Gegenteil. Das macht, wie schon erwähnt, die propagandistische Benutzbarkeit der Textstelle aus. Ob das ganz in Goethes Sinn ist, kann bezweifelt werden. Der ironische Hintergrund ist nämlich: Der Faust der großen "Schlußvision" ist bereits erblindet. Sein Optimismus beruht auf einer Selbsttäuschung. Die klappernden Spaten, die Faust für die Geräusche eines großen, für Millionen segensreichen Aufbauwerks hält, schaufeln in Wirklichkeit sein Grab. So betrachtet hat der Ausspruch Walter Ulbrichts, in der DDR werde vom werktätigen Volk der Dritte Teil des Faust geschrieben (9), 1989/90 eine eigenartige Pointe erhalten.

Faust im Bauernkrieg

Reformation und Bauernkrieg, die zur Lebenszeit Fausts stattfanden, spielen in fast allen literarischen Bearbeitungen überhaupt keine Rolle. Wohl als erster hat F. M. Klinger, ein Zeitgenosse Goethes, diesen Background in seinen Faustroman (10) eingearbeitet, wenn auch in oberflächlicher und reaktionärer Art und Weise. Friedrich Theodor Vischer entwickelte seit 1839 in etlichen Arbeiten seine Kritik an der politischen Inkonsequenz von Faust Zwei: Goethe hätte nach Vischers Ansicht gut daran getan, Faust zu einem Führer der Volkskämpfe seiner Zeit, des Bauernkriegs, zu machen. Diese Kritik Vischers entwickelte sich allerdings mit der Zeit zu einer rein völkisch-deutschnationalen Position. (11)

Es scheint, daß Hanns Eisler der erste Autor überhaupt war, der die Figur des Faust konsequent in die Klassenkämpfe seiner Zeit hineingestellt hat. Gerade das wurde von der SED nicht etwa positiv gewertet, sondern dem Künstler übelgenommen. Mit dem Goethe-Werk war Faust als Gestalt außerhalb von Zeit und

Raum, als geschichtsloser Schwadroneur kanonisiert worden. Und Goethes Faust galt nun einmal in der damaligen DDR als das höchste erreichte künstlerische und humanistische Niveau, hinter das kein Bearbeiter des Stoffs "zurückgehen" dürfe.

Eislers Faust-Text (12) beginnt nach der Niederlage der Bauernaufstände, 1525. Faust, der Überlieferung nach selbst Sohn einer Bauernfamilie, hat zeitweise mit den Rebellen und mit den revolutionären Forderungen von Thomas Münzer sympathisiert, sich dann aber aus den Kämpfen herausgehalten. Fausts Gewissen wird verkörpert durch das geschlagene Volk in der Gestalt des verstümmelten und geblendeten Bauern Karl. Der Invalide erscheint, geführt von einem bettelnden Knaben, mehrmals, um Faust auf den "richtigen Weg" zurückzurufen. Er erinnert an ein Element des alten Mysterienspiels, ähnlich wie bei Marlowe der "gute" und der "böse" Engel, die Faust in mehreren Szenen ihre Argumente vortragen.

Eislers Faust ist und bleibt Opportunist: "Der Luther hat recht gehabt: Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen." Und: "Karl, ich war nie gegen deinen Münzer, er war gut zum Lesen, aber mit den großen Herren raufen, das war töricht."

Als Faust den Pakt mit dem Teufel schließt, wünscht er sich "alle Lustbarkeiten der Welt", die Beherrschung aller Künste, und Ruhm. Noch wichtiger aber, so ist Eislers Absicht wohl zu interpretieren, ist ein Punkt, den Faust erst später ausspricht: Er braucht ein gutes Gewissen, will den Bauernkrieg und überhaupt die gesellschaftliche Situation vergessen. "Ich will reisen, hin, wo ich keine Krüppel, wo ich keine Ruinen, wo ich keine Verräter seh - wo mich keiner kennt."

Der zweite Akt spielt in Atlanta, eine sehr deutlich gezeichnete Anspielung auf die USA, wo Eisler selbst den größten Teil seines Exils verbracht hatte. In der Hauptsache geht es darum, daß Faust die "Herren und Damen" von Atlanta mit magischen Vorführungen unterhält. Die Themen sind aus der Bibel gewählt: David und Goliath, Josef und die Frau des Potifar, die drei Männer im Feuerofen. Die Idee ist unmittelbar dem Puppenspiel entnommen, wo Faust solche biblischen Bilder am Hof von Parma erscheinen läßt.

Eislers dialektische Zutat ist jedoch, daß dem Faust wider Willen alle Szenen so "mißraten", daß sie eine politische Anklage enthalten. Die objektive Wahrheit der Geschichte setzt sich durch. Das Resultat ist, daß "der Herr von Atlanta" höchst unzufrieden ist. Faust soll angeklagt werden und rettet sich durch Flucht. Eisler selbst hatte als eines der ersten Opfer der antikommunistischen Hexenjagd die USA 1948 verlassen müssen.

Eine der biblischen Spielszenen verdient besondere Erwähnung: Im alten Text (Daniel, 3) gehen die drei jüdischen Männer, die wegen ihres Glaubens verbrannt werden sollen, unversehrt aus dem Feuerofen hervor. Das hielt Eisler nach Auschwitz nicht mehr für angemessen. Die Männer "verbrennen zu Asche", aber das Lied, das sie anstimmten, wird von Negersklaven aufgenommen und weitergesungen: "Steh auf, Israel! Erhebe dich aus deiner Schmach!". - Eine Dame von Atlanta: "Das hättet ihr nicht zeigen dürfen! So was will man nicht wissen, und vor allem nicht daran erinnert werden." - Faust: "Es ist die Wahrheit. Ich habe sie gesehen, ich kann sie nicht verschweigen. Die Lüge kehrt sich in meinem Mund. O Wahrheit, bitterer Trank! O Wissen, du mein Unglück!"

Der dritte Akt spielt in Wittenberg. Faust will Ruhm und Ehrungen, und Mephisto weiß Rat: "Den Münzer niederzutreten, hat Geld gekostet. Die Herren haben Schulden. Gierig blicken sie nach dem Osten, da wär noch was zu holen, und planen neue Raubzüg; doch fehlts an Geld. Ich werd verbreiten, daß du Kredite atlantischen Golds vermitteln kannst. Vor einem Mann, der Gold verschaffen kann, verneigt sich der Kaiser." - Hier sind die aktuellen Anspielungen (Revanchismus, Marshallplan) vielleicht etwas zu direkt und platt geraten.

Bei einer von Faust arrangierten Ausstellung von "Schätzen aus Atlanta" beginnt das Volk, die Vitrinen zu plündern. Fausts Wache schießt in die Menge. In der nächsten Szene kommen Deputationen des Adels und der Wissenschaft, um Faust zu ehren. Mephisto: "Die den Münzer niedergetreten haben, überbringen dir eine Ehrenkette." - Als auch noch "die Leuchte der deutschen Nation", Martin Luther, erscheint, "um seinen Lieblingsschüler zu umarmen", verliert Faust die Fassung. Es folgt seine Confessio, die Lebensbeichte eines Menschen, der "seine Klasse und seine Sache verraten" hat.

Kann Faust noch "umkehren"? Ja, sagt Mephisto, jeder kann umkehren und niemand ist verloren, solange er lebt. Und Nein, sagt Mephisto, denn die Zeit, die er Faust verkauft hat, ist abgelaufen. Eine widersprüchliche Auskunft also, mit der Eisler sein Publikum entlassen wollte, sofern es sich von der Botschaft betroffen gefühlt

hätte. Faust jedenfalls ist vernichtet. Und ganz wie im alten Mysterienspiel hören wir die mächtige Stimme aus dem Off: "Fauste, in aeternum damnatus es", auf ewig bist du verdammt. Faust als Lehrer durch negatives Beispiel wendet sich mit seinen letzten Worten an das Publikum: "Ihr Menschen, die nach mir lebt, gedenkt des Faust und seiner großen Strafe".

Die Schule, aus der das kommt

Den ersten Entwurf zu seinem Faust-Libretto beendete Hanns Eisler am 13. Juli 1951 - dem Todestag seines Lehrers Arnold Schönberg. Am 16. Juli 1951 notierte Eisler: "Mit meiner Oper hoffe ich einen neuen Weg gehen zu können, der uns aus dieser Verwirrtheit herausbringt. Ich kann das nur tun, wenn ich nicht experimentiere, wie mein (großartiger) Freund Brecht, oder gar provoziere und schockiere, wie es ebenfalls Brecht liegt, sondern indem ich mit einer reifen, runden, gültigen Leistung komme; sie muß begriffen werden von den unerfahrenen Ohren und den erfahrensten, und der Text muß begriffen werden von den Unerfahrensten und den Gebildetsten ... Die Auffassung Fausts scheine ich gefunden zu haben und von Freunden, denen ich sie erklärte, wurde ich sehr ermuntert." (13)

Dennoch arbeitete Eisler weiter an diesem Entwurf und schloß die Arbeit erst am 12. August 1952 ab. Er schickte umgehend ein Exemplar an Brecht "zur Kritik und Feinarbeit". Zwischen 25. August und 30. August arbeiteten Eisler und Brecht gemeinsam den Text noch einmal durch. Am 25. Juli hatte Eisler an Brecht geschrieben: "Ich bereu fast doch, daß ich letzten Sommer diese Arbeit nicht mit Dir zusammen gemacht habe, Deine unvergleichliche Sprachkraft hätte den Text der Oper in eine Kunsthöhe gehoben, dir mir nicht erreichbar ist und davon hätte auch die Musik profitieren können. Der Grund ist klar, ich wollt' nicht immer an Deinen Triumphwagen gespannt sein. Das war töricht von mir, denn wer wird nicht beim Faustus sofort die Schule bemerken, aus der das kommt." (14)

Die gedruckte Ausgabe des Textbuchs erschien Ende 1952. Schon vorher wurden im Novemberheft der DDR-Literaturzeitschrift "Sinn und Form" umfangreiche Auszüge abgedruckt. Im gleichen Heft erschien eine Lobschrift des österreichischen Kommunisten Ernst Fischer auf Eislers Faust. An diesem Essay, mehr als an dem Libretto selbst, entzündete sich dann 1953 die Debatte.

Außerdem hatte Eisler noch vor Erscheinen des Buches sein Script an Thomas Mann und Lion Feuchtwanger geschickt und anscheinend um deren Urteil gebeten. Beide äußerten sich positiv - Mann vielleicht eher ein bißchen zurückhaltend und zweideutig, Feuchtwanger begeistert. Da Eisler sich später im Streit auch auf das Urteil der beiden berief, ist nicht auszuschließen, daß er mit der Zusendung des Textes bewußt vorausschauend "Rückendeckung" gesucht hatte. (Thomas Mann war in der DDR jener Jahre wohl der am meisten geachtete und hofierte Nicht- Sozialist überhaupt.)

Spätestens im Februar 1953 wurde SED-intern der Streit vorbereitet. Schon zu dieser Zeit war offenbar beschlossene Sache, daß im "Neuen Deutschland" gegen den Eisler-Faust polemisiert werden sollte. Doch stand der Autor noch nicht fest. Am 5. März schrieb Wilhelm Girnus, Hauptakteur der späteren Angriffe, an Eisler: "Wir haben in der Redaktion den Beschluß keineswegs sporadisch und rein individualistisch, sondern wir haben diesen Beschluß (die Artikel zu veröffentlichen) auf Grund von Parteibeschlüssen gefaßt, wie wir überhaupt in solchen grundlegenden Fragen niemals ohne vorherige Fühlungsnahme mit dem ZK handeln."(15)

Zuerst aber eröffnete ein Germanistik- Student (!) aus Jena namens Hans Richter in der Nr. 4 (April?) der Zeitschrift "Neue Deutsche Literatur" den Angriff auf Eislers Faust. Erst am 14. Mai 1953 erschien dann im "Neuen Deutschland" die Stellungnahme des Redaktionskollektivs, offensichtlich im wesentlichen von Girnus formuliert. (16) Etwa gleichzeitig wurde im "Sonntag" vom 17. Mai eine Kritik von Alexander Abusch (17) veröffentlicht, die im Ton deutlich moderater und in der Sache etwas produktiver argumentierte, allerdings gleichfalls eine scharfe Verurteilung des Eisler-Textes ausdrückte. Am 13. und 27. Mai sowie am 10. Juni 1953 fanden im Hause der Akademie der Künste Diskussionsabende über das Faust-Libretto statt. Beteiligt waren u.a. Eisler, Brecht, Girnus, Abusch, Becher und Arnold Zweig. (18)

Eine Zentralgestalt der deutschen Misere

Betrachten wir zunächst die Interpretation von Ernst Fischer. Einige Vorbemerkungen zur Person sind notwendig. Fischer war Austro-Marxist gewesen - als solcher also vom streng dogmatischen Standpunkt aus

schon suspekt. 1934 wurde er Kommunist; nach dem Krieg war er einer der führenden Politikern der KPÖ, deren ZK er bis 1969 angehörte. 1968 verurteilte er die Intervention in der CSSR und wurde deshalb ein Jahr später aus der KPÖ ausgeschlossen.

Mit Hanns Eisler war Fischer sehr eng befreundet aus der Zeit Ende der 40er Jahre, als dieser sich in Wien aufhielt. Fischer lebte seither mit Eislers früherer Frau Louise zusammen, die nach wie vor eine der wichtigsten Ansprechpartner für Eisler war. Sein Faust-Script hatte er den beiden noch während der Arbeit stückweise zugeschickt oder ihnen daraus vorgelesen, um ihre Meinung zu erfahren. (19)

Diese kleine Vorgeschichte ist notwendig, um zu verstehen, warum die SED auf Fischers Essay so reagierte, als handele es sich um eine von Eisler selbst autorisierte Interpretation seiner Arbeit. Das war wahrscheinlich nicht der Fall. Andererseits war Eisler selbstverständlich nicht im geringsten bereit, die ständig wiederholte inquisitorische Frage vor allem von Girnus', wie er denn nun zu Fischers Artikel stehe, mit einer Distanzierung zu beantworten. Im Gegenteil fühlte er sich verpflichtet, in den Diskussionen für seinen alten Freund "eine gewaltige Lanze zu reiten", wie er an seine Ex-Ehefrau schrieb.(20)

Und was war denn nun das Entsetzliche, Verdammenswerte, "Volksfremde und Antinationale" (Girnus) in Fischers Artikel? "Es war geschichtlich berechtigt" (bei Goethe), "die Faustgestalt mit den großen Ideen des bürgerlichen Humanismus zu identifizieren und dichterisch die Hoffnung auszusprechen, die faustische Entwicklung müsse den Teufelspakt sprengen, der Teufel werde der Betrogene sein. Die Hoffnung war illusorisch; der Teufelspakt der deutschen Nation war mächtiger als die Goethesche Humanität, und so galt es, neue, schmerzliche Erfahrungen in den Faust-Stoff hineinzuarbeiten. Eislers ‚Doktor Faustus` ist eine echte Tragödie, im Schicksal eines einzelnen die Tragödie eines Volkes, der Teufelspakt als Flucht vor geschichtlicher Verantwortung."

(Der gleiche Grundgedanke, Faust als Sinnbild der selbstverschuldeten Tragödie des deutschen Volkes, liegt dem Roman von Thomas Mann zugrunde. Das aber mochte in der DDR niemand öffentlich kritisieren, weil Mann als wertvollster aller "Bündnispartner" absolut tabu war.)

In der Gestalt des Faust habe Eisler "eine Zentralgestalt der deutschen Misere reproduziert: den deutschen Humanisten, der vor der Revolution zurückweicht ... Der deutsche Humanist als Renegat, wenn es darum geht, die humanitas in gesellschaftliche Tat umzusetzen, den Klassenkampf nicht mehr in den Wolken der Ideologie, sondern auf platter Erde auszufechten ... In dieser Gestalt tritt uns wahrhaft ein Grundphänomen der deutschen Misere, der deutschen Katastrophe entgegen." Und schlimmer noch: während dies früher eine "jämmerliche Besonderheit der deutschen Geschichte" gewesen sei, sei es "heute zu einem allgemeinen Merkmal der kapitalistischen Welt geworden (wieder mit ruhmvollen Ausnahmen), daß Philosophen, Gelehrte, Schriftsteller, Künstler nicht für die Welt des Sozialismus Partei ergreifen, sondern einen Teufelspakt mit dem Imperialismus schließen, zu Renegaten des Geistes werden ...".

Der Gedanke der "deutschen Misere", des verhängnisvollen Zurückbleibens der Verhältnisse in Deutschland, war an sich weder neu noch provokant. Er findet sich bereits bei Friedrich Engels, der so wie Fischer und viele andere gerade den Bauernkrieg von 1525 als den entscheidenden Punkt der neueren deutschen Geschichte, als die große "verpaßte Gelegenheit" angesehen hatte.

Alexander Abusch, der 1953 im Faust- Streit eine unrühmliche Rolle spielte, hatte in seiner 1946 erschienenen Schrift "Der Irrweg einer Nation" die deutsche Misere gründlich dargestellt. Luther, der 1953 als nationales Erbe verteidigt wurde (21), war 1946 bei Abusch noch der "Totengräber der deutschen Freiheit" und "die größte geistige Figur der deutschen Gegenrevolution für Jahrhunderte" (S. 20-23). Abusch schrieb dort: "Die Geschichte des deutschen Volkes ist die Geschichte eines durch Gewalt politisch rückständig gemachten Volkes. Aber jedes Volk, das den Anspruch erheben will, ein mündiges und selbstbestimmtes Volk zu sein, trägt die Verantwortung für seine eigene Geschichte und ihre falsche Entwicklung." (S. 252) "Aber da Hitler siegte, kann sich die deutsche Selbstkritik nicht mehr auf die Jahre vor und nach 1933 beschränken. Die Enthüllung aller reaktionären Elemente in der deutschen Geschichte, Literatur und Philosophie, die zu Wegbereitern für Hitler werden und seine Herrschaft begünstigen konnten, ist zur unabdingbaren Verpflichtung geworden. Die ganze verpfuschte Geschichte der deutschen Nation steht zur Kritik in dieser Selbstprüfung, die eine tiefe Selbstreinigung erstrebt." (S. 257)

In seinem Aufsatz für "Sinn und Form" warf Ernst Fischer die Frage auf, ob denn "wirklich die gesamte Geschichte Deutschlands ... als Irrweg widerlegt" sei? Nein, gab Fischer selbst die Antwort: es gab und gibt immer auch fortschrittliche Gegentendenzen; "es gab und gibt das deutsche Volk, und auch dieses Volk hat, wie Engels hervorhob, seine revolutionären Traditionen"; und es gebe zwar in Westdeutschland die "nationale Entwürdigung", gleichzeitig aber auch in der DDR eine "nationale Wiedergeburt, nationale Erneuerung". - Man sieht: auch Fischer bediente sich nationaler Parolen, und sei es vielleicht nur, um besser verstanden zu werden. Geholfen hat das ihm und Eisler bei ihren Kritikern aber herzlich wenig.

Pessimistisch, volksfremd, ausweglos, antinational

Kernpunkt der von Girnus geprägten Stellungnahme im "Neuen Deutschland" war der Vorwurf, Fischer und Eisler würden "das deutsche Volk mit den Hitlerbarbaren gleichsetzen", "dem deutschen Nationalgefühl ins Gesicht schlagen", und außerdem "unser klassisches Kulturerbe verneinen". "Unzweifelhaft liegt die tiefste Ursache darin, daß dem Verfasser und seinen Ratgebern die Erkenntnis von der Bedeutung des Patriotismus - für die Nation und für die Entwicklung der Kunst - fehlt." Eislers Faust sei "pessimistisch, volksfremd, ausweglos, antinational".

Beweis? "Die Leugnung des Fortschritts und die Darstellung der deutschen Geschichte als eine ununterbrochene Misere ist eine reaktionäre Konzeption, die objektiv dazu dient, die nationale Würde und das Nationalbewußtsein des deutschen Volkes zu zerstören." - Aber eine solche Theorie hatte Ernst Fischer nicht vertreten, und noch weniger ist sie aus Eislers Faust-Entwurf herauszulesen. Mit Grund konnte Eisler im Gegenteil argumentieren, ihm sei es doch darum gegangen, am Beispiel der Bauernrevolution und Thomas Münzers die revolutionären Traditionen in der deutschen Geschichte zu rühmen.

Wie also argumentierte Girnus, um seine Vorwürfe zu begründen? Goethes Faust habe "einen zentralen, epochemachenden Platz in der Entwicklung der deutschen Nation". "In der Gestalt Faust sind die besten und progressivsten Züge dreihundertjähriger deutscher Geschichte enthalten". Also müsse auch Eislers Faust nicht als ganz bestimmter Typus - der intellektuelle Opportunist und Verräter - begriffen werden, sondern als "eine poetische Verallgemeinerung des geistig schöpferischen Deutschen schlechthin". Faust dürfe, zumindest seit der Formung durch Goethe, nicht als Negativgestalt abgebildet werden, um nicht "die gesamte deutsche Nation" zu beleidigen.

In der späteren Diskussion verrannte sich Girnus an diesem Punkt noch heftiger. Was sei denn "typisch für die deutsche Geschichte"? Typisch sei letzten Endes "die progressive Substanz des deutschen Volkes", und genau das sei auch der Grundgedanke des Goethe-Faust, der eigentlich "der deutsche Nationalheld" sei. In dem Eisler-Text fehle "die Liebe zum deutschen Volk", ohne die man eben kein nationales Drama und keine Nationaloper schreiben könne. "Das ist wiederum ein Resultat jener Propaganda, die Internationalismus und Kosmopolitismus gleichsetzt" und die nicht erkennt, "daß der Patriotismus kein taktischer Winkelzug ist, sondern daß das ein unlösbarer Bestandteil des Kampfes für eine höhere Gesellschaftordnung ist." (22) Bei Eisler komme eine "Fremdheit gegenüber dem deutschen Volk" zum Ausdruck, als Folge von "Überresten kosmopolitischer Auffassungen". Aber, bitteschön, "das ist keinesfalls als Diffamierung gemeint, sondern als Hilfe". (23)

Das war es eben, was man damals unter einer "kameradschaftlichen Diskussion" verstand. Niemand, auch nicht Eisler oder Brecht, und schon gar nicht der selbst wegen seiner jüdischen Herkunft angeschlagene Abusch, verwahrte sich gegen die Diktion. Nur Walter Felsenstein (24) als eher Außenstehender beklagte mit einer sympathisch-naiven Erschrockenheit die "Aggressivität" der Angriffe, die ihm "Herzklopfen" verursache. Da werde Eisler ja geradezu als "kulturpolitischer Verbrecher und Vaterlandsverräter" hingestellt. (25)

Zur gleichen Zeit, am 27. Mai 1953, erschien im "Neuen Deutschland" in ähnlicher Tonart ein Artikel von Johanna Rudolph. Sie kritisierte, indem sie direkt die Linien zum Eisler-Text zog, eine Aufführung des Goetheschen Faustfragments ("Urfaust") durch das Berliner Ensemble. Regie: Bertolt Brecht und Egon Monk. Kleiner Schönheitsfehler: zwei Wochen vor Erscheinen der Polemik hatte Brecht die Inszenierung selbst "zurückgezogen". Bis dahin war das Stück schon zwischen April und Juni 1952 in Potsdam gezeigt worden, im März 1953 hatte es Premiere in Berlin gehabt. Auch hier wurde, sicher zu recht, eine Demontage des von der SED heiliggesprochenen Goethe-Faust beanstandet. Nur, daß dies in einem sozialistischen Staat das Todesurteil für eine Inszenierung bedeuten sollte, ist im historischen Rückblick schwer einzusehen. Erstaunlich

ist, wie relativ klaglos Brecht solche Schläge, wie auch das offizielle Verdikt gegen seine Oper "Das Verhör des Lukullus" (Musik von Paul Dessau) im Jahre 1951, hinnahm.

Die Oper war in einer Stellungnahme des "Neuen Deutschland" am 22. März 1951 angegriffen worden. Die scharfe Polemik richtete sich vor allem gegen Dessaus Musik. In inquisitorischer Diktion, die wieder einmal auf die Hand von Girnus hindeutet, hieß es abschließend: Es sei "nicht recht begreiflich", warum die Staatsoper das Werk überhaupt einstudiert habe. Es richte sich doch nur auf "eine kleine Minderheit stagnierender Intellektueller"; "unsere Bevölkerung" habe ganz andere kulturelle Bedürfnis. Es sei erforderlich, die Spielplangestaltung der Staatsoper zu "diskutieren" und zu "überprüfen". Der Kunstkritiker und der Zensor in einer Person!

In einer späteren Stellungnahme des ND (19. Dezember 1952) hieß es, unter Berufung auf entsprechende Formulierungen im Volkswirtschaftsplan (!) für 1953: "Die wichtigste Aufgabe der Deutschen Staatsoper besteht darin, beizutragen, daß die Werktätigen Besitz von der deutschen Kultur ergreifen, indem sie sich das Ziel setzt, die großen musikalischen Traditionen der deutschen klassischen Oper zu pflegen, den fortschrittlichen und humanistischen Ideengehalt dieser Werke herauszuarbeiten und dadurch die Werktätigen im patriotischen Geiste zu erziehen. Zu den bedeutendsten Traditionen auf dem Gebiet der deutschen Oper gehören die Werke von Gluck, Mozart, Wagner (!), Weber, Lortzing."

In diesem Artikel kam das ND noch einmal auf Dessaus Lukullus-Musik zurück: "Es ist einleuchtend, daß eine solche Musik den Charakter der Deutschen Staatsoper als der führenden deutschen Musikinstitution zerstören muß, da sie in ihrer Tendenz volksfeindlich und antinational ist. Was ist der Erfolg eines solchen ‚musikalischen` Schaffens: Die Werktätigen haben kein Interesse daran und verspüren nicht die geringste Lust, sich so etwas anzuhören.

In diesem Zusammenhang ist es nicht überflüssig, wenigstens in einigen Worten auch auf das Schaffen des Komponisten Hanns Eisler einzugehen, der ein begabter Komponist ist und sich Verdienste um die deutsche Musik erworben hat. Auch seine Schöpfungen zeigen eine Reihe noch nicht überwundener Züge des Formalismus (26). Der Komponist legt darüber hinaus nicht selten ein persönliches Betragen an den Tag, das berechtigte Empörung hervorruft. Die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland dürften erwarten, daß ein Komponist von seinen Fähigkeiten an der Spitze des Kampfes gegen den Formalismus steht. Das kann leider bis jetzt von Nationalpreisträger Prof. Hanns Eisler nicht gesagt werden.

Es ist deshalb unwürdig, Werke, die eindeutig unseren großen nationalen Musiktraditionen widersprechen und ihre Herkunft aus der Ideenwelt des heimatlosen Kosmopolitismus deutlich verraten, unseren Werktätigen vorzusetzen. Durch solche Experimente werden nur öffentliche Mittel nutzlos verschwendet."

Keine Alternative außerhalb der DDR

Diese Polemik macht deutlich, daß Eisler wohl nicht nur mit dem Text seiner Faust- Oper Probleme gekriegt hätte, wenn er ans Komponieren gegangen wäre. Nach der Faust-Debatte zog sich Eisler erst einmal nach Wien zu Ernst und Louise Fischer zurück. Von dort schrieb er am 30. Oktober 1953 an das ZK der SED: Die DDR habe ihm "große Möglichkeiten geboten". Er habe manches komponieren können, was "die Massen erreicht hat" - die Nationalhymne, die Parteikantate und Jugendlieder (alles zu Texten von Becher). "Trotzdem weiß ich, daß ich mehr zu leisten vermag und bin von meiner Tätigkeit unbefriedigt. Viele meiner Werke liegen in der Schreibtischlade, darunter mehr als 500 (!) Lieder, Kantaten, Orchester- und Kammermusiken. Ich fühlte, daß keinerlei Bereitschaft bestand, diese Werke, die in einem immerhin kampferfüllten Leben von drei Jahrzehnten entstanden sind, zu akzeptieren. Musiker, die Werke von mir aufführten oder rezensierten, wurden als Vertreter einer unerwünschten Kunstrichtung behandelt."

Selbstverständlich, so schrieb Eisler weiter, sei Kritik an künstlerischen Arbeiten notwendig, "aber nicht Kritik, die jeden Enthusiasmus bricht, das Ansehen des Künstlers herabsetzt und sein menschliches Selbstbewußtsein untergräbt. Nach der Faust-Attacke merkte ich, daß mir jeder Impuls, Musik zu schreiben, abhanden gekommen war. So kam ich in einen Zustand tiefster Depression, wie ich sie kaum jemals erfahren habe." Und doch habe er keine Hoffnung, überhaupt irgendwo anders als eben in der DDR den "für mich lebenswichtigen Impuls, Musik zu schreiben", wiederzufinden. "Ich kann mir meinen Platz als Künstler nur in dem Teil Deutschlands vorstellen, wo die Grundlagen des Sozialismus neu aufgebaut werden."

Diskussionen, Streitereien, Polemiken wie die hier vorgestellte setzten die nahezu unbegrenzte Bereitschaft, Geduld und sogar Bereitwilligkeit sozialistischer Künstler voraus, sich auf diese Ebene einzulassen. Daß die Partei sich in die Kunst einmischte, politisch-ideologische Vorgaben machte, Richtlinien nicht nur zur Diskussion stellte, sondern auch durchsetzte, war anscheinend einem Großteil der sozialistischen Künstler nicht völlig unerwünscht. Viele von ihnen wollten sich in ein gesellschaftliches Aufbauwerk eingliedern, das als einzige mögliche Alternative zur BRD und zum Imperialismus begriffen wurde. Die Kritik der Partei hätte man sich gewiß oft anders gewünscht, hilfreich und argumentierend, statt schnauzend und befehlend. Aber man sah auch, daß SED und DDR erst einmal so akzeptiert werden mußten, wie sie real nun einmal waren. Das bedeutete nicht Abfinden mit der gegebenen Lage, aber doch ein hohes Maß an Geduld, Flexibilität bis zum Opportunismus, persönlicher Zurückhaltung und auch Demut im Umgang mit der SED. Intern und mit ihrer eigenen Praxis widersprachen viele sozialistische Künstler der deutschnational und antimodernistisch geprägten Kulturpolitik der SED. Für öffentliche Diskussionen ließ die Partei- und Staatspresse kaum Raum - und wenn, dann keinesfalls in den zentralen Medien, sondern nur in Spezialzeitschriften. Von Eisler weiß man, daß er zu mehreren Themen präzise argumentierende Artikel an das "Neue Deutschland" geschickt hat, die nicht gedruckt wurden.

(Zu den Hintergründen der DDR-Kulturpolitik 1949-53 wird ein weiterer Artikel erscheinen.)

Knut Mellenthin

Anmerkungen

1) Das "Faust"-Problem und die deutsche Geschichte. ND vom 14.5.53. Der Artikel, der vom Redaktionskollektiv unterzeichnet war, ist nachgedruckt bei Hans Bunge, Die Debatte um Hanns Eislers "Johann Faustus", Berlin 1991, S. 91 ff. Die Bunge-Dokumentation enthält nahezu sämtliche Texte und Äußerungen zur damaligen Faust-Debatte.

2) Rede Ulbrichts auf einer Konferenz von Angehörigen der Intelligenz in Berlin am 27.5.53. Ulbricht bezog seinen Angriff ausdrücklich auf Eislers Faust-Text und fuhr dann fort: "Wir führen den Kampf gegen diese Verfälschung und Entstellung der deutschen Kultur, gegen diese Mißachtung des deutschen Kulturerbes, für die Verteidigung der großen Leistungen unserer Klassiker auf allen Gebieten." - Zitiert nach Deborah Vietor-Engländer, Faust in der DDR, Frankfurt 1987, S. 154.

3) Klaus F. Gille: "Faust" als nationaler Mythos. Weimarer Beiträge, Heft 4/1991. Es wird dort besonders die Faust- Rezeption in der DDR unter dem Aspekt des Nationalmythos analysiert. Das gleiche Thema hatte der Autor auch schon in der Zeitschrift Neophilologus, Heft 68/1984, bearbeitet.

4) Beginn am Faust spätestens 1775. 1790 Druck von Faust, ein Fragment ("Urfaust"). 1808 erscheint Faust, erster Teil. Einzelstücke zum zweiten Teil werden 1826 und 1827 gedruckt. Der ganze Faust, zweiter Teil, wird erst kurz nach Goethes Tod 1832 herausgegeben.

5) Hans Schwerte: Faust und das Faustische. Ein Kapitel deutscher Ideologie. Stuttgart 1962. Der Autor beschreibt sehr ausführlich die Entstehungsgeschichte und die unterschiedlichen Interpretationen des Begriffs des "Faustischen" seit Goethe, leider aber nur bis 1933.

6) Hanns Eisler erklärte zu Beginn einer Diskussion am 27. Mai 1953 im Hause der Akademie der Künste: "Es scheint mir nötig, Ihnen zu berichten, wie und warum ich die Oper schrieb. In der Akademie brachte uns vor zwei Jahren ein erzgebirgischer Puppenspieler das Puppenspiel ‚Faust`, und es gefiel mir wieder außerordentlich ... Ich bekam Lust, das Puppenspiel zu komponieren." (Bunge, S. 139)

7) Das Puppentheater arbeitete mit mündlich weitergegebenen Texten; Improvisationen und aktuelle Anspielungen während der Aufführung waren erwünscht. Erst im Laufe des vorigen Jahrhunderts wurde begonnen, eine schriftliche Version des Faust-Puppenspiels zu fixieren. Eisler hat sich vermutlich an das "Puppenspiel in vier Aufzügen" gehalten, das 1846 von Karl Simrock herausgegeben wurde.

8) Arbeitsjournal, S. 477.

9) Rede Ulbrichts am 25.3.62, abgedruckt im ND vom 28.3.62. Zitiert nach D. Vietor-Engländer, S. 59-61.

10) Friedrich Maximilian Klinger: Fausts Leben, Taten und Höllenfahrt. 1791.

11) Nach H. Schwerte, S. 95-98 und S. 165-167.

12) Erstmals Ende 1952 im Aufbau- Verlag erschienen; Neudruck in der DDR 1983 beim Henschelverlag, bearbeitet von Hans Bunge als "Ausgabe letzter Hand", d.h. mit Änderungen, die Eisler aufgrund der Diskussion nachträglich an dem 1952 gedruckten Text vorgenommen hatte. Vor allem hatte Eisler an zwei Stellen einen Bauernchor eingefügt, um das Volk deutlicher in Erscheinung treten zu lassen. Siehe auch Bunge, Dokumentation, S. 385 und 389.

13) Hanns Eisler, Schriften 1948-1962. Berlin/DDR, 1982. S. 132-133.

14) Zitiert bei Walter Pallus und Gunnar Müller-Waldeck (Hrg.): Neuanfänge. Studien zur frühen DDR-Literatur. Berlin/DDR 1986. S. 134-135. Wichtig zum Thema ist in diesem Band der Aufsatz von Müller-Waldeck: Zur Gestaltung des Bauernkriegsstoffes in der DDR-Dramatik um 1950.

15) Zitiert bei D. Vietor-Engländer, S. 182-183. Die Spuren dieser "Fühlungnahme" sind vielleicht im Parteiarchiv zu finden.

16) Girnus (1906-1985) gehörte dem ND-Redaktionskollektiv an und war maßgebliches Mitglied der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, der Vorläuferin des erst 1954 gegründeten Kulturministeriums. Die inquisitorische Diktion von Girnus ist in der ND-Stellungnahme unverkennbar. Alexander Abusch nennt in seinen Memoiren umstandslos Girnus als Verfasser des ND-Artikels. (Mit offenem Visier. Berlin/DDR. S. 289). Wegen der teilweise stark deutschnationalen Töne in Girnus' Polemik sei erwähnt, daß er seit 1929 KPD-Mitglied war und die NS-Zeit, abgesehen von kurzen Unterbrechungen, in Gefängnissen und KZs verbracht hat.

17) Alexander Abusch (1902-1985) war zur Zeit des Faust-Streits Vorstandsmitglied im DDR-Schriftstellerverband. Er war später stellvertr. Kulturminister 1954-56, dann Staatssekretär 1956-58, schließlich selbst Kulturminister 1958-61; seit 1957 gehörte er dem ZK der SED an. Abusch brachte einige Voraussetzungen mit, die ihn in den Jahren 1949-52 als "Säuberungs"opfer prädestinierten: er war Jude, hatte die Zeit des Exils im Westen verbracht und hatte damals mit vielen Parteimitgliedern zusammengearbeitet, die 1951-52 als "Verräter" verhaftet wurden. (Paul Merker, Lex Ende, Otto Katz u.a.) Er geriet 1951 in eine "Überprüfung" und verlor seine Parteifunktionen, kam aber schließlich glimpflich davon.

18) Die Protokolle wurden erstmals in der Bunge-Dokumentation von 1991 veröffentlicht. Alle anderen Texte dieses Buchs waren schon an anderer Stelle publiziert worden.

19) Nach D. Vietor-Engländer, S. 176, die aus Fischer, Überlegungen zur Situation der Kunst, Zürich 1971, zitiert.

20) Eisler, Schriften, S. 277.

21) Ein richtungweisender Artikel über Luther, verfaßt von Kurt Hager, erschien am 31. Januar 1953 im ND. Bereits am 2. September 1952 war ein positiver Aufsatz über "Luthers nationale Sendung" im ND zu lesen. Eisler schrieb eine Erwiderung, die vom ND aber nicht veröffentlicht wurde. Es heißt da: "Es geht doch nicht an, den deutschen Arbeitern und Bauern in ihren Wohnstuben neben die fragwürdigen Figuren Turnvater Jahn und Theodor Körner auch noch die des Luther hinzustellen." Im übrigen verwarf Eisler das Wort "Sendung", das durch seinen Gebrauch in den Jahren 1933-45 diskreditiert sei. (Schriften, S. 249)

22) Diskussion am 27. Mai. Bunge, S. 151.

23) Diskussion am 13. Mai. Bunge, S. 71.

24) Felsenstein (1901-1975) war Österreicher und leitete ab 1947 die Komische Oper in Ostberlin als Intendant. Er hatte sich, wie er in der Diskussion sagte, von Eisler das Uraufführungsrecht gesichert, falls die Oper komponiert würde. Außerdem sagte er, was nach dem Gang der Dinge kaum zu bestreiten ist, es sei von Eisler ein Fehler gewesen, das Textbuch im Voraus zu veröffentlichen.

25) Diskussion am 27. Mai. Bunge, S. 156-157.

26) Formalismus: Sammelbegriff für künstlerische Stile und Arbeitsformen, die im Gegensatz zum "sozialistischen Realismus" stehen, beispielsweise abstrakte oder expressionistische Malerei. Der

"Formalismus" wurde als Ausdruck spätbürgerlicher Dekadenz und als Instrument des Imperialismus zur Unterwanderung der sozialistischen Länder interpretiert.

Im nächsten ak erscheint ein weiterer Artikel zur Arbeit von Hanns Eisler unter den Aspekten:

- Revolutionäre Musik in der Weimarer Republik

- Zdanov's Säuberung der Musik von "Kakophonie" und "Formalismus".

Kantate 1950

Du großes Wir, Du unser aller Willen:

Dir, Dir verdanken wir, was wir geworden sind!

Den Traum des Friedens kannst nur Du erfüllen.

Dein Fahnenrot steigt im Jahrhundertwind.

Es wird Dich rühmend einst ganz Deutschland nennen,

Denn nur durch Dich wird Deutschland eins und frei!

Laß Dich voll Stolz, voll Stolz laß Dich bekennen:

Dir alle Macht, der Sieg ist Dein, Partei!

(Text Johannes R. Becher, Musik Hanns Eisler. Gewidmet dem 3.Parteitag der SED im Juli 1950)

29. Neue Filme. Ein erster Bericht von der Berlinale

Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:26

Einen einleitenden Gesamteindruck von den 42. Internationalen Filmfestspielen Berlin zu geben ist absurd. Schließlich sind die einzelnen Filme unabhängig voneinander produziert worden und haben lediglich gemein, auf diesem Festival vorgestellt worden zu sein. Ich werde mich also wie in jedem Jahr darauf beschränken, einige mir interessant scheinende Filme vorzustellen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentanz.

Love Crimes

Eine sehr kontrovers diskutierter Film war Lizzie Bordens "Love Crimes". Es geht um Vergewaltigung. Die erfolgreiche Staatsanwältin Dana versucht einen Betrüger zu stellen, der sich als berühmter Fotograf ausgibt, um Frauen vor die Kamera und ins Bett zu bekommen. Es ist jedoch schwer ihm juristisch etwas anzuhängen, weil die Frauen ja "freiwillig" mit ihm kommen, sie fühlen sich zwar im nachhinein betrogen, wollen aber auch keine Anzeige erstatten. Dana versucht ihn aufzufinden und gerichtsverwertbare Beweise gegen ihn zu bekommen. Angewidert, aber auch angezogen von ihm, spürt sie ihn auf, gerät dabei aber in seine Hände. Verdrängte Kindheitserlebnisse und sexuelle Fantasien kommen in ihr hoch und blockieren zeitweise ihre Handlungsfähigkeit. Schließlich kann sie entfliehen, er aber auch - bis zum Show-Down.

Vorgeworfen wird dem Film ein voyeuristischer Blick, zuwenig analytischer Tiefgang und die Darstellung der Frauen nicht nur als Opfer, sondern auch als schwankende, widersprüchlich handelnde Personen; insgesamt könne der Film möglicherweise sogar Männer zum Nachahmen bewegen.

Lizzie Borden selbst verteidigt ihren Film damit, daß dies komplexe Bild nun einmal der Realität entspräche. Es sei ein sehr persönlicher Film, so sei sie als junge College-Studentin auch einmal einem "Fotografen" aufgesessen.

Auch ich finde die Anwürfe falsch. Klar, daß ein Film, zumal wenn er für ein größeres Publikum gedacht ist, keine erschöpfende Analyse leisten kann, ebenso selbstverständlich sollte erlaubt, wenn nicht sogar erwünscht sein, Menschen in ihrer Widersprüchlichkeit darzustellen.

Entscheidend für meine Bewertung des Films ist die Art der Darstellung; insofern wiegt der Vorwurf eines voyeuristischen Blicks in der Tat schwer. Richtig ist, daß ausführlich dargestellt wird, wie die "Fotosessions" ablaufen. Tatsache ist ebenfalls, daß den Frauen dabei keine körperliche Gewalt angetan wird. Hier setzt die Kritik an, die darin eine Unterstützung der bekannten These, die Frauen hätten es ja so gewollt, sieht.

Was auf den ersten Blick berechtigt scheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung des Films als falsch. Auch ohne körperliche Gewalt ist immer deutlich, daß die Frauen die Kontrolle über die Situation und damit auch über ihre körperliche Integrität verlieren. Der Vergewaltiger bedient sich geschickt der gesellschaftlichen und persönlichen Prägung der Frauen und schafft es so, ihre Abwehr zu neutralisieren. In den Szenen schwingt immer das Beängstigende der Situation mit und ich konnte keine (wenn auch nur für den männlichen Betrachter) erotische Sequenz entdecken.

Deutlich wird vielmehr, daß nicht nur der Vergewaltiger ein Schwein ist, sondern auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sein Vorgehen erst ermöglichen, zu kritisieren sind. Daß dieser Inhalt nicht in eine vereinfachende propagandistische Form gegossen wird, ist dabei alles andere als ein Nachteil.

BeFreier und Befreite

Mit ihrem zweiteiligen Film "BeFreier und Befreite" thematisiert Helke Sander ein bislang kaum bearbeitetes Thema: Vergewaltigung während und nach dem Krieg, am Beispiel Berlin nach dem 2. Weltkrieg.

Anhand von alten Krankenhausunterlagen und Gesprächen mit vergewaltigten Frauen, mit Militärs und durch Vergewaltigung gezeugten Kindern entwickelt sie ein Bild der damaligen Geschehnisse. Mit ruhigem Erzählrhythmus bekommen wir einen Eindruck vom immensen Ausmaß der Vergewaltigungen und davon, wie wenig darüber gesprochen wurde, wieviel noch immer verschüttet ist. In einer typischen Krankenhausakte von damals heißt es: "Vom 27.Jan. - Ende Juni in der Gegend von Schneidemühl täglich mindestens von 30 Russen vergewaltigt". Frauen berichten davon, wie sie, nach dem sie vergewaltigt wurden, von FreundInnen

und Ehemännern auch noch dafür verachtet wurden, "wie konntest du mir nur so etwas antun" sagte z.B. ein Ehemann und sprach ein Jahr lang nicht mit ihr.

In Exkursen wird deutlich, daß sich Franzosen und Amis auch nicht anders benommen haben.

Das genaue Ausmaß ist schwer zu bestimmen, da Krankenhausakten normalerweise nach dreißig Jahren vernichtet werden, aber es zeichnet sich ab, daß die sowjetische Besatzungsmacht am heftigsten vergewaltigt hat, sie nahm Rache an den deutschen Verbrechen gegen die sowjetische Bevölkerung. Das beidemale, von Deutschen wie von sowjetischen Soldaten die Frauen die Opfer wurden, hat niemand reflektiert.

Zwar war Vergewaltigung offiziell verboten, aber so berichtet ein sowjetischer Soldat zum Beispiel, daß beim Erreichen der deutschen Grenze alle Militärrichter für drei Tage auf Urlaub geschickt wurden, ein Freibrief für Plünderung und Vergewaltigung.

Obwohl das immense Ausmaß der Vergewaltigungen bekannt war, wurde den Frauen in den meisten Fällen eine Abtreibung verweigert. Die so gezeugten Kinder reagierten sehr unterschiedlich, wenn sie von ihrer Herkunft erfuhren. Einige waren stolz, ein "Amerikaner" oder ein "Russe" zu sein, andere sehr verletzt, wenn ihnen z.B. von der Mutter voll Haß ihre Herkunft vorgeworfen wurde. Auch über diese Probleme wurde fast nie geredet, in vielen Fällen sind Helke Sanders Interviews daß erste Mal, daß die Betroffenen darüber sprechen. Sie wahrt dabei Distanz zu den Personen, ohne sie jedoch allein zu lassen, ist fast immer mit im Bild zu sehen. Selbst ein sowjetischer Militär, der alles leugnet, wird nicht vorgeführt, seine Position entlarvt sich selbst im Kontext des Films als dreiste Lüge.

Blockade

Thomas Kufus, der vor zwei Jahren mit seinem hervorragenden Film "Mein Krieg" den Hobbyfilmerblick deutscher Soldaten dokumentierte, beschäftigt sich in seinem neuen Film "Blockade" mit der Belagerung Leningrads durch die deutsche Wehrmacht. Nicht das Erleben der Soldaten steht diesmal im Vordergrund, sondern die Situation der Zivilbevölkerung in der eingeschlossenen Stadt, die die Wehrmacht dem Erdboden gleichmachen wollte. 900 Tage kesselte sie Leningrad ein, während derer mehr als eine Million Menschen an Hunger, Kälte und Artilleriebeschuß starben.

Thomas Kufus nähert sich Leningrad aus der Luft und mit langen Kamerafahrten durch die prachtvolle, verfallene Stadt. "Als ich 1989 zum ersten Mal in Leningrad war, hat mich das Erscheinungsbild der Stadt sehr beeindruckt, die großzügigen, ja fast gigantischen Ausmaße der Plätze und Straßenzüge. Gleichzeitig kannte ich die Vernichtungspläne Hitlers, der die Stadt nie gesehen hatte. Ich habe mich dann entschieden, anhand dieser aktuellen Bildebene auch zu zeigen, wie monströs diese Befehle Hitlers damals wie heute wirken mußten." (1)

Nach einer knappen Einleitung, die die wichtigsten Daten liefert, wird die Geschichte anhand von Interviews mit überlebenden LeningraderInnen und Dokumentaraufnahmen aus der Zeit rekonstruiert. Nicht als Chronologie der Ereignisse, sondern als Schilderung der Lebensbedingungen, der Gedanken, des konkreten Umgehens mit der Notsituation. Bilder von eingeschneiten Straßenbahnen, Frauen, die aus einem Loch im Eis der Newa Wasser schöpfen, erfrorene Leichen, die das Straßenbild prägen und von den Passanten als Selbstverständlichkeit kaum beachtet werden, erste Lebensmittellieferungen und Evakuierungen über die "Straße des Lebens" - den zugefrorenen Ladogasee.

Die dazu verwendeten Dokumentaraufnahmen haben Thomas Kufus und seine Mitarbeiterin Marina Nikiforowa erst nach aufwendiger Recherche aufgespürt. Anders als deutsche Archive, die abblockten, waren die russischen durchaus kooperativ, konnten aber als Material nur alte sowjetische Kriegspropagandafilme aufweisen, welche die militärischen Aspekte in den Vordergrund stellen, aber fast keine Bilder vom zivilen Leben zeigen. Zwei alte Kameraleute, die sich erinnern konnten, weit mehr gedreht zu haben, führten auf die Spur von den nun im Film verwendeten Aufnahmen, die im russischen Zentralarchiv meist unter falschen Stichworten versteckt lagerten.

In ausführlichen Interviews berichten sechs LeningraderInnen mit großer Offenheit vom (Über)Leben unter Blockadebedingungen. Der anfängliche naive Glaube an Deutschland als Verbündeten, die Beschaffung von Essen, der Zusammenbruch fast jeglicher Versorgung, das Tarnen der weithin als Ziele sichtbaren goldenen

Türme, der Umgang mit Toten, Kannibalismus, die gekochte Maus, alltägliche Solidarität und der gemeinsame Wille durchzuhalten, von all dem wird mit eindringlicher Ernsthaftigkeit, aber auch mit Humor erzählt.

Thomas Kufus kommt fast ohne Kommentar aus und vertraut ganz der Aussagekraft der Bilder und den Worten seiner InterviewpartnerInnen, nur an einigen Stellen ergänzt er wichtige Fakten.

Das große Konzert der Völker

Semjon Aranowitsch versucht mit seinem Film "Bolschoj Konzert Narodow - Das große Konzert der Völker" die Judenverfolgung in der Sowjetunion zu thematisieren. Im ersten Teil beschäftigt er sich mit einer antisemitischen Kampagne 1948/49 gegen angesehene KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen aus dem Antifaschistischen Jüdischen Komitees, die 1948 aufgelöst wurden. Der Schauspieler und Regisseur Solomon Michoels wurde bei einem ungeklärten Autounfall getötet, die Schriftsteller Fefer und Markisch als Spione erschossen, andere in die Verbannung geschickt. Das Staatliche Jüdische Theater Goset, der jüdische Verlag und zahlreiche Zeitungen wurden geschlossen, und das "Schwarz Buch" von Wassili Grossmann und Ilja Ehrenburg über den Genozid der Nazis an der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges wurde vernichtet.

Im zweiten Teil geht es um ein Beispiel aus dem Jahre 1953: Die Vorbereitung eines Prozesses gegen überwiegend jüdische Ärzte des Moskauer Krankenhauses für hohe Funktionäre. Ihnen wurde vorgeworfen, als Teil einer internationalen "jüdisch-bürgerlich- nationalen Verschwörung" Parteifunktionäre durch falsche Behandlung umgebracht zu haben. Der Prozeß wurde nur dadurch gestoppt, daß sein Hauptinitiator Stalin starb.

Mit Dokumentarmaterial und ausführlichen Interviews mit Kindern der getöteten Schauspieler, Schriftsteller und Ärzte, ergänzt durch Gespräche mit dem Sohn eines als Opfer der Ärzte Ausgegebenem, einem Leibwächter Stalins und einem Gefängniswärter, versucht Semjon Aranowitsch die Geschichte zu rekonstruieren.

Rahmen und Anlaß für den Filmtitel bieten Ausschnitte aus einem Gala-Konzert eines 1952 gedrehten Filmes, der das glückliche und friedliche Leben aller Nationalitäten im sowjetischen Vielvölkerstaat abfeiert. Diese Film-Konzerte sind typische Filmkunstprodukte der Stalinzeit, der Versuch, US-amerikanische Filmshows zu kopieren und mit stalinistischer Ideologie zu verbinden. Da offiziell alle nationalen Probleme gelöst waren, wurden die verschiedenen Kulturtraditionen zu einer Einheitsshow vermengt, alles singt und tanzt und lacht und es gibt keine Probleme.

"Der Titel ist ironisch zu verstehen, wie überhaupt der ganze Film, obwohl er von äußerst tragischen Schicksalen berichtet. Diese etwas ironische Sicht auf die Geschichte ist aber nicht zynisch, sie hilft mir heute - mehr oder weniger -, das Tragische in meinem Verhältnis zur Vergangenheit zu verarbeiten. Sonst kann man kaum verstehen, wie gesunde erwachsene Menschen das Ganze ernst nehmen konnten, wie sie daran glauben konnten. Wie sie ihr Leben auf diese Lüge aufbauen konnten." (Semjon Aranowitsch)/(2)

Die Brüder der Brüder

"Les frères des frères - Die Brüder der Brüder" handelt von Franzosen, die während des Algerienkriegs (1954-1962) die Nationale Befreiungsfront Algeriens (FLN) unterstützten. "Ich wollte die Männer und Frauen kennenlernen, die ich als Jugendlicher so sehr bewundert habe. Ich wollte sie mit meinen Augen, meinen Ohren, meiner Stimme und meiner Kamera wiederfinden", beschreibt Richard Copans sein Motiv diesen Film zu machen.

"Mit meinen ‚Helden` wollte ich den Anfängen und Entwicklungen eines Engagements nachspüren, das heute aus der Mode gekommen und von Mißverständnissen belastet scheinen mag. Ich wollte sie fragen nach dem Zorn über die Erniedrigungen des Kolonialismus, nach der Lust am Überschreiten von Gesetzen der Gemeinschaft, aus der man stammt (der Nation, der Familie, der Partei), nach dem Wunsch nach Solidarität, nach der im Alltag gelebten Brüderlichkeit, der Bereitschaft zum Kollektiv und dem Glück, das man darin findet."

Drei Männer und zwei Frauen berichten von ihren Erfahrungen dieser Zeit. Die Journalisten Colette und Francis Jeanson, der Leiter der Hilfsorganisation der FLN wurde, deren Mitbegründer Robert Davezies, der

seit 1961 Priester ist, Hélèn Cuenat die Hauptverantwortliche für die Geldsammlungen war und Jean-Louis Hurst, der - zum Algerienkrieg einberufen - desertierte und Algerier zwischen der Schweiz und Frankreich über die Grenze schmuggelt, sowie die Deserteursbewegung Jeune Résistance gründete.

Allen Gesprächen gemein ist die immense Energie und Lebensfreude, die die Interviewpartner ausstrahlen. Nicht die bitteren Erfahrungen mit der Mehrheit der Bevölkerung einschließlich der Kommunistischen Partei, die sie als Verräter ausstieß und mit Gefängnis und Exil bestrafte, sondern die Selbstverständlichkeit und Würde ihres Handelns stehen im Vordergrund. Als eine Generation, deren Eltern in der Résistance gekämpft haben und nun in Bezug auf Algerien ihre einstigen Ideale verrieten, sahen sie es als ihre Pflicht, nicht nur zu Protestieren, sondern auch etwas zu tun.

Richard Copans versucht nicht anhand historischer Daten den Verlauf des Krieges nachzuzeichnen, sondern in den kleinen alltäglichen Momenten die Energie aufzuspüren, die der Kampf gegen den Kolonialismus freisetzte. Gerade damit erhält der Film seine Aktualität und Brisanz.

"Der Algerienkrieg? Unsere Generation kennt nur das Schweigen, nicht die Auseinandersetzung über ihn. Aber es ist noch nicht zu spät, um über seine moralische Bedeutung nachzudenken.

Die Geschichte dieses Films und die Gründe, aus welchen er gedreht wurde, entstammen der aktuellen Gegenwart. Die Zeugen sprechen im Stimmengewirr eines Cafés oder eines Bahnhofs und nicht in den abgeschlossenen Räumen, in denen sie ihre Erinnerungen aufbewahren.

Mir ging es nicht um ‚historische Wahrheit' oder genaue Rekonstruktion, sondern um Gefühle, Blicke, Worte, die herausrutschen, um das Schweigen und darüberhinaus um jene rätselhaften Augenblicke, in denen das Kino weder Dokumentarfilm noch Spielfilm ist ...

Ich wollte Vergangenheit und Gegenwart vereinen, die Gegenwart filmen, als ob es in unserem Alltag Spuren von der Vergangenheit gäbe. Diese Spuren zu filmen, bedeutet nicht, Bilder aneinanderzureihen, sondern sie entstehenzulassen." (3) Es entstehen Bilder, die Mut machen, auch unter schwierigen Bedingungen weiterzukämpfen.

olaf, gruppe k

Anmerkungen:

(1) Thomas Kufus im Gespräch mit Anette Schäfer. Aus der Dokumentation des Internationalen Forum des jungen Films nr 8.

Der Film ist auszuleihen beim Basis-Film Verleih, Güntzelstraße 60, 1000 Berlin 31, Tel.: 030/8533035, Fax: 8533037

(2) Interview von Galina Antoschewskaja aus der Dokumentation des "Forum" nr. 37.

(3) Richard Copans über seinen Film, in der Dokumentation des "Forum".

30. Selbstauflösung einer RZ-Gruppe. Neues Papier und alte Stellungnahmen

Rubrik: Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:05

Kurz nach der Veröffentlichung des Papiers einer RZ-Gruppe vom Dezember 1991 zur Neubestimmung ihres Verhältnisses zum Internationalismus und zum Tod von Gerd Albartus, liegt ein weiteres Papier einer RZ-Gruppe vor. Es bezieht sich nicht auf das vorhergegangene, sondern ist eine Begründung der Selbstauflösung dieser Gruppe: "In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war - Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. (...) Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.1987, und bei der Wiederaufnahme unser Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989 wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger mit vereinzelten Zustimmungsritualen aus der Szene kaschieren."

Warum das gerade jetzt konstatiert und an den Aktionen zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung festgemacht wird, bleibt unklar. Zumindest die Beispiele strittiger oder nicht verankerter Anschläge aus jüngster Zeit könnten beliebig auf Anschläge und Aktionen in weiter zurückliegender Zeit übertragen werden.

Völlig überrascht wird mensch von der Einschätzung, dieser RZ-Gruppe zur Reaktion der Linken auf den Schlag des Bundeskriminalamtes vom 18.12.87 gegen Einzelpersonen und Gruppen, die zu anschlagsrelevanten Themen arbeiteten und arbeiten - die dann ein wesentlicher Punkt in ihrer jetzigen Auflösungsbegründung wird. "Die öffentliche Linke war nicht dazu bereit (und wir hatten zu diesem Zeitpunkt ebenfalls darauf verzichtet), die inkriminierten Themen offensiv weiterzuführen und damit unseren Anteil an den Kampagnen gegen Gentechnologie und Flüchtlingspolitik zu verteidigen." Mir ist die genau gegenteilige Situation noch gegenwärtig: mensch war erstaunt, wieviele sich plötzlich für eines der anschlagsrelevanten Themen interessierten. Erinnert sei nur an den völlig überfüllten Kongreß zur Gen- und Reproduktionstechnologie.

Aber das ist nicht der einzige Punkt, der Erstaunen hervorruft. Die Aufgabe des militanten Kampfes jetzigen Zeitpunkt scheint mir in folgendem Absatz des Papiers realistischer begründet: "Wir sind in den Strudel der Auflösung linker Utopien und kommunistischer Systeme geraten, obwohl wir aus unserer politischen Geschichte heraus meilenweit von dem entfernt waren, was jetzt als Realsozialismus zurecht Bankrott gegangen ist. (...) Im Moment sehen wir jedenfalls nicht, wie die Fortsetzung von bewaffneten Aktionen ein Ersatz für eine fehlende politische Perspektive der Verbreiterung und Vermassung revolutionärer Politik in der BRD sein kann."

Daß auch Gruppen, die militant Politik machen oder gemacht haben, nicht von Umwälzungs- und Auflösungsprozessen verschont bleiben, liegt auf der Hand. Wir alle müssen versuchen, einen Ansatzpunkt zu finden, an irgendeiner Stelle wieder Fuß zu fassen. Die Begründung für das Einstellen von Brandanschlägen ist allerdings völlig daneben: "Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst." Fangt ihr jetzt schon selber an, die brennenden Erfassungsakten von Roma und Sinti mit brennenden Flüchtlingen zu vergleichen?

Über die Notwendigkeit, die veränderte gesellschaftliche Situation nach Vereinigung und Zusammenbruch des Realsozialismus zu diskutieren, sollte nicht vergessen werden, daß es auch konkreten Handlungsbedarf gibt.

Das RZ-Papier vom Dezember 1991 ist - soweit mir bekannt - außer im ak auch in der taz, in der interim, im Südwind und in der konkret nachgedruckt worden. Die Reaktionen anderer politischer Gruppen - Zustimmungen oder Erwiderungen - sind gering. Es macht die Sprachlosigkeit der Restlinken deutlich. Und läßt in Einzelfällen auch ihre geballte Menschenverachtung zum Ausbruch kommen. Wolfgang Pohrt, der in konkret das Papier kommentiert, wirft der RZ- Gruppe Larmoyanz vor, weil sie "angesichts von Hoyerswerda und deutscher Großraumpolitik mit plausibleren Gründen" zur Militanz aufruft. Und kritisiert die Gruppe, "sich rückwirkend jede Legitimation der Praxis zu entziehen und, was dasselbe ist, ihre Heimkehr ins wiedervereinigte Deutschland vorzubereiten." Und zeigt sein Politikverständnis am Ende: "Sie (RZ, Anm. ak)

wenden sich dagegen, daß eine politische Entscheidung durch den Zwang der Verhältnisse gerechtfertigt werde, und sie verlangen, daß die Entscheidung moralischen Ansprüchen standschalten können müsse. Sie verlangen dies in genau dem Moment, wo die bittere historische Erfahrung lehrt, daß amoralische Entscheidungen wie die der chinesischen Führung, auf dem Platz des Himmlischen Friedens ein Massaker anzurichten, sich nachträglich als politisch gerechtfertigt erweisen können, weil der gewaltsame Tod Hunderter Tausenden den Hungertod ersparen half, den heute die Alten und Schwachen in der Sowjetunion zu erwarten haben." Mindestens in der deutschen Geschichte ist es Tradition, den Tod der einen mit dem Überleben der anderen zu begründen. Vermutlich um eine zweite Kündigungswelle zu verhindern, wurde dann ein anderer Autor mit der Kommentierung des neuen RZ-Papiers beauftragt.

Eine Stellungnahme in der Prowo trägt den Untertitel "die Abrechnung einer Revolutionären Zelle mit der Politik eines ehemaligen Genossen". Am Rande bekommt dabei auch die taz noch ihr Fett weg, die den Text einerseits damit einleitete, daß es ein bemerkenswerter Text sei, aber gleichzeitig einschränkend hinzufügte: falls er wirklich authentisch ist. Er/Sie schlußfolgert aus dem Text: "Die Gruppe, die sich hier mit dem Todesurteil einer `Gruppierung' auseinandersetzt, `die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet'- gefällt über jemanden, der für sie `gearbeitet' hat - hat sich in Wirklichkeit und obwohl sie mit `Revolutionäre Zellen' unterschreibt, längst aus der internationalistischen Praxis zurückgezogen und mißtraut der heilen Welt der Revolutionäre zutiefst. Ihre Kritik trifft zwangsläufig den, für den sie ihre Stimme erhebt, ungleich mehr als seine Mörder. Von den letzteren kann sie sich, wie sie nach Entebbe bewiesen hat, jederzeit zurückziehen, im ersteren aber steht sie sich selbst gegenüber. Von sich selbst kann man sich nicht zurückziehen, oder man wird ein anderer. Als dieser Andere aber, der sie unweigerlich geworden ist, muß sie in Gerd Albartus den Täter sehen, der an der Zusammenarbeit mit der `Gruppierung, die sich dem palästinensischem Widerstand zurechnet', auch nach dem Entebbe-Desaster festgehalten und der nun die Quittung dafür bekommen hat."

Aus anderen uns vorliegenden Stellungnahmen zum Papier einer RZ-Gruppe vom Dezember 1991 dokumentieren wir Auszüge, um wenigstens ein Schlaglicht auf die Diskussion im O- Ton zu werfen.

ga.

Der folgende Auszug ist aus einem Papier, überschrieben mit: "Ich geh weg, ich geh weg, ich geh weg und such was Neues..." (Ton, Steine, Scherben). Das ganze Papier umfaßt circa zweieinhalb ak-Seiten, befaßt sich außer dem Dokumentierten mit der Entebbe-Aktion und dem Leugnen des Existenzrechts Israels - entsprechend schreiben sie Israel durchgängig in Anführungszeichen. Die VerfasserInnen bleiben anonym.

1. Nationaler Befreiungskampf

1.1 Charakter von Befreiungsbewegungen und Machtübernahme

Die RZ denunzieren den Ansatz nationaler Befreiungsbewegungen, die die soziale Befreiung an die Erlangung staatlicher Souveränität koppeln. Anhand der Entwicklung der "jungen Nationalstaaten" leiten sie ab, daß die "Machtübernahme":

- in fast allen Fällen den sozialen Gehalt der Revolution zerstörte,

- dazu führte, daß die Führer der Befreiungsbewegungen sich als "Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten", daß das Massenelend anhält, und es dafür einer neuen Erklärung bedarf

- "kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung (sich) vor allem (für) die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach."

Daraus ziehen sie folgende Schlüsse: "Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfes selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment an Bedeutung verloren hatte. Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte ..." (...) "Wir mußten den Mythos des Volkskriegs auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als eine Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen, zu deren ersten

Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten, wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten."

Unser Blick auf die Geschichte ist ein anderer: Die Revolutionen "rechneten" sich für Millionen Menschen, die nicht verhungerten, die sich nicht als SklavInnen und TagelöhnerInnen verdingten, sondern sozial gesicherter leben konnten. Und sicher zeigten sich - gemessen an Utopien und Idealen - auch Grenzen.

Die RZ suchen Gründe für das Scheitern der "jungen Nationalstaaten" ausschließlich in diesen selbst. Dadurch wird aus einer Analyse ein Psychogramm, dadurch werden einzelne richtige Kritikpunkte falsch, weil sie als ausschließliche Erklärung für etwas herhalten sollen, was nicht aus schließlich durch sie bedingt und zu erklären ist. Sie schieben für ihre Verabschiedung von revolutionärer internationalistischer Politik und der von daher folgerichtigen Absage an Befreiungsbewegungen platte und ungenaue Argumente vor. Ginge es ihnen wirklich noch um internationale Befreiung, so würden sie eine Kritik an den Befreiungsbewegungen einbinden in eine Analyse der objektiven Bedingungen, unter denen diese Bewegungen kämpfen, und sie müßten der Tatsache Rechnung tragen, daß diese Bewegungen organisierter Ausdruck der Kämpfe der Völker im Trikont sind.

Im Zeitalter des Imperialismus, der Aufteilung der Welt in Interessensgebiete, der absoluten Ausplünderung des Trikonts durch die Metropolen, ist es unmöglich, die Entwicklung im Trikont, in einzelnen Trikontländern, in einzelnen Befreiungsbewegungen, losgelöst von der internationalen Situation zu analysieren. Hierzu kommt von den RZ nichts. Weder die ökonomische Situation, die durch die imperialistischen Staaten bedingt ist, noch die permanente - von ihnen aufgezwungene - Kriegssituation wird untersucht.

Warum bedarf das Massenelend in den "jungen Nationalstaaten" einer neuen Erklärung? Wo keine Mittel da sind, Krankenhäuser zu bauen, wo kein Geld für Schulen da ist und wo es nicht genug zu fressen gibt, findet die Utopie ihre Grenzen.

Es geht nicht darum, Fehler der jungen Nationalstaaten außen vor zu lassen, aber es ist nun mal so,

- daß die Machtübernahme die absolute Verelendung nicht beendet, daß Abhängigkeiten vom Weltmarkt bestehen, daß Schulden bezahlt werden müssen, weil die Kräfteverhältnisse es nicht anders zulassen. Die vom Kolonialismus ausgeplünderten Staaten, deren Grenzen willkürlich festgelegt waren und deren Ökonomie am Boden lag, hatten schlechteste Ausgangsbedingungen für ihre Entwicklung;

- daß viele der jungen Nationalstaaten durch von den Imperialisten hereingepuschte Kriege geschwächt wurden und werden;

- daß es im Trikont Tendenzen gibt, die eigene Situation auf die eigene Unfähigkeit zurückzuführen und die Verhältnisse in Europa und Amerika zum Ziel aller Ziele zu machen, und die zur Versuchung führen, alles Westliche nachmachen zu wollen;

- daß die BefreiungskämpferInnen Erziehung und Prägung unter den Werten erfahren haben, die die alten Gesellschaftssysteme getragen und gestützt haben, und der Prozeß der Entwicklung revolutionärer Werte unter härtesten materiellen Bedingungen und unter den Bedingungen des Krieges, der immer verhärtet, auch wenn es ein revolutionärer Krieg ist, stattfinden mußte;

- daß die Sowjetunion, China etc. Befreiungskämpfe nicht aufgrund ihrer sozialen und revolutionären Inhalte unter stützten, sondern um ihre Einflußsphären auszubauen, was z.B. in Eritrea zu einem Andauern der Unterdrückung führte;

- daß die Sowjetunion ihr falsches Großtechnologiedenken auf die jungen Nationalstaaten übertragen hat.

Das sind die Bedingungen, unter denen die Befreiungsbewegungen kämpfen und die bei jeder Kritik berücksichtigt werden müssen. Kritik ist wichtig und richtig, aber wer ausschließlich seine Werte und Utopien überträgt und zur Bedingung für Solidarität macht, gerät in eine Situation, in der seine Politik zum Kolonisationsfaktor gegen die Kämpfe im Trikont wird. Das Bewußtsein über die Ungleichheit der Bedingungen beinhaltet auch, daß die Völker der drei Kontinente ihre eigenen Organisationsformen entwickeln müssen, genau wie wir unseren Kampf unter unseren Bedingungen führen müssen. Und die Fehler, die sich nicht mit den oben genannten Punkten erklären lassen, sind Ausdruck von "Verrat und korrupter Moral" und eben nicht,

wie die RZ schreiben, im "Wesen der Staatsgründung" begründet. Diese Position ist nichts anderes als kleinbürgerlicher Anarchismus.

"... Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufriedengeben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte..." Eine solche Denunziation wie obige entlarvt eher die Verfasser als die Adressaten der Kritik. Der Begriff völkisch ist eindeutig faschistisch belegt durch den deutschen Nationalsozialismus, war Grundlage seines Vernichtungsprogramms gegen Millionen Juden, Jüdinnen, Roma, Sinti, PolInnen und RussInnen. Es kennzeichnet die Unaufrichtigkeit, daß zu anderen Themen, wo es opportun erscheint, so viel Wert auf dieses Kapitel der Geschichte gelegt wird, und hier gleichzeitig so leichtfertig mit den Begriffen, die durch diese Zeit geprägt wurden, umgegangen wird. Der Umgang, der in Befreiungsbewegungen miteinander geführt wird, ist natürlich nicht immer so, wie er lange in den idealistischen Vorstellungen der Metropolen linken - als scheinbare Verwirklichung der eigenen Utopien - existierte, diesen aber als "unartikuliertes Miteinander" zu bezeichnen, verrät eine tiefe rassistische Verachtung der RZ gegenüber den GenosslInnen im Trikont.

Zum Metropolenmythos des Volkskrieges: Es stimmt, daß es revolutionsromantische Vorstellungen vom Volkskrieg gibt, die ein realitätsfernes Bild vom sauberen Krieg vermitteln, die Elend und Leid unter den Tisch kehren und Kämpfe im Trikont idealisieren. Es stimmt aber genauso, daß es revolutionsromantische Vorstellungen gibt, die davon ausgehen, es gäbe andere Wege zur Befreiung, als die bewaffnete Gewalt gegen den Imperialismus - als Ausdruck des politischen Kampfes des Volkes. Aus dem Charakter der imperialistischen Staaten, aus ihrer Praxis von Vietnam über Korea bis zum Golfkrieg, kommt die Erfahrung, daß den Imperialisten jedes Mittel bis hin zum Völkermord recht ist, um politisch störende Faktoren zu bekämpfen.

Den Befreiungsbewegungen eine Mitverantwortung an "Frauen und Kindern in Flüchtlingslagern" etc. zu geben, ist in höchstem Maße zynisch, wenn die Alternativen berücksichtigt werden, ein Leben in Elend, ohne den Funken der Hoffnung auf Zukunft (jedes Jahr sterben mehr Menschen an Hunger und fehlender ärztlicher Versorgung, als im gesamten "2. Weltkrieg"). Wenn die RZ den Befreiungsbewegungen vorwerfen, den Sieg zu wollen und die Macht übernehmen zu wollen, ist es ein weiterer Ausdruck davon, alles aus dem Metropolenblickwinkel zu betrachten, in dem die Notwendigkeit des Sieges nicht in ihrer existenziellen Bedeutung begriffen wird, da die materielle Situation eine andere ist. Es sind eben nicht die Ausbeutungsverhältnisse in den Metropolen, die den mörderischsten Teil des Imperialismus darstellen, diese wer den ja schließlich auf Kosten der Trikontvölker abgemildert und damit befriedet.

1.2. Zusammenarbeit mit Befreiungsbewegungen / Solidarität

Die RZ schreiben: "Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem von Seiten antiimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbsterrichteten ideologischen Barrieren haben... ."

Ein aufschlußreiches Zitat mit vielen Unterstellungen. Daß die RZ mit ihren hier formulierten Positionen einen Antagonismus (unversöhnlicher Gegensatz) zu den Befreiungsbewegungen darstellen, sehen wir auch so.

Die Harmonievorstellungen, die Gleichsetzerei der Kämpfe sind Erscheinungen, die kritisiert werden müssen. Natürlich ist der Kampf der RAF nicht mit dem z.B. der PKK gleichzusetzen, genauso, wie die Straßenschlacht in Kreuzberg einen grundsätzlich anderen Charakter hat, als die "riots" in Brasilien. Nur: die Tendenz, die Kämpfe gleichzusetzen, verliert ständig an Bedeutung. Die meisten derjenigen, die so gearbeitet haben, machen heute nichts mehr. Die GenosslInnen, die heute mit Befreiungsbewegungen zusammenarbeiten, tun dies in ihrer überwiegenden Mehrheit im Bewußtsein der Unterschiedlichkeit der Kämpfe. So ungebrochen, wie die RZ tun, wird weder "genährt" noch "auf die Fahne geschrieben", das ist reine Polemik. Die Erkämpfung einer internationalistischen Position hier in den Metropolen ist ein Ergebnis aus der Geschichte der revolutionären Kämpfe seit ihrer Entstehung. Sicher gibt es auch immer GenossInnen, die unhinterfragt "Hoch die internationale Solidarität" rufen, dies ist aber sowohl ein Problem des Metropolenstatus, der Verflachung

der revolutionären Politik in den letzten Jahren, als auch ein Produkt der Schwäche der internationalistischen Kräfte, denen es oft nicht gelingt, ihr Bewußtsein so zu vermitteln, daß es andere überzeugt, begeistert, mitreißt und zu genauerer Auseinandersetzung anregt.

Auch geht es nicht darum, durch die Existenz des gemeinsamen Gegners Konflikte einzudämmen. Es geht darum, sie auszutragen, sich gegenseitig zu kritisieren und trotzdem zu wissen, daß es einen gemeinsamen Gegner und gemeinsame Interessen, sowie auch punktuell unterschiedliche Interessen gibt.

Hier zeigt sich, daß die RZ ihr altes kritikloses Unterstützungsverhältnis zu Befreiungsbewegungen nicht aufgearbeitet haben, sondern nach dem Motto "Wird's schwierig, such ich mir was Neues", verdrängt hat. Klar ist dann auch, daß es keine Debatte über ideologische Fragen gibt, sondern "selbsterrichtete ideologische Barrieren". Es geht auch nicht darum, ob die Existenz des gemeinsamen Gegners für irgendwas ausreicht, sondern darum, daß es eine weltweite Situation gibt, die geprägt ist von der Existenz der imperialistischen Staaten und deren Interessen. Diese Situation führt dazu, daß Kämpfe, die sich nicht auf andere Kämpfe beziehen, perspektivisch in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, wie Gerd Albartus richtig analysiert hat. Eine weitere Säule internationalistischen Denkens ist das Ablehnen unseres Metropolenstatus, weil er nur durch die absolute Verelendung des Trikonts möglich ist. Die revolutionäre Moral "Unter uns keine Sklaven, über uns keine Herrn" beinhaltet die Solidarität mit den "Sklaven".

(...)

4. Soziale Basis unserer Kämpfe

"1973 haben Genosslnnen der RZ in einem Interview gesagt: 'Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den (...) viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen aus ländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder.' Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht."

Solch ein Zitat alleine kann kein Freibrief sein, es ist die Frage, wie er verstanden wird. Es gibt in der BRD derzeit keine Analyse über den Charakter der Metropolenbevölkerung im internationalen Zusammenhang, und die daraus resultierenden Analysen über die Bedeutung der sozialen Kämpfe hier, über den Stellenwert, die Rolle und die Aufgaben revolutionären Kampfes hier fehlen. Das ist kein Problem einzelner Strömungen, sondern eine allgemeine Erscheinung. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben, die anstehen, wenn wir nicht ewig vor uns hinarbeiten wollen, ohne zu wissen, was dabei rauskommt. Die Orientierung Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre auf die Anti-AKW-Bewegung, auf die antimilitaristische Bewegung, über das Entdecken der Arbeiter von Rheinhausen und die Definition einiger Stadtteile zu "unseren Vierteln", haben eins gemeinsam: Es waren Versuche, eine soziale Basis zu gewinnen, ohne klar zu haben, was das hier sein kann. In Situationen, in denen eine richtige, die Befreiungsbewegungen miteinbeziehende Analyse fehlt, ist es durchaus legitim, in der Praxis danach zu suchen. Das Ergebnis davon ist aber mehr als mager. Es gibt keine Definition dessen, was hier "Sozialprozeß" ist, und es gibt insbesondere keine Einordnung des "Sozialprozesses" in das internationale Kräfteverhältnis, keine aktuelle Analyse über die Bedeutung von Kämpfen hier im internationalen Zusammenhang. Im Zeitalter des Imperialismus gibt es keinen "Sozialprozeß" in den Metropolen, der unabhängig von seinen weltweiten Auswirkungen bestimmt werden kann.

Ausgehend davon, daß der relative Wohlstand und die Befriedung in den Metropolen mit dem Blut und Elend der Menschen im Trikont erkauft ist, ist es nicht verwunderlich, sondern Ausdruck dieses Verhältnisses, daß internationalistische Aktionen und Positionen keine Massenbasis erreichen. Aber unabhängig davon ist eine solche Arbeit richtig und notwendig, wenn wir uns im internationalen Zusammenhang begreifen, was die Genosslnnen aus den RZ 1973 noch bestätigen konnten.

Die RZ sollten untersuchen, ob es nicht eher an ihrer Rangehensweise im Konkreten - z.B. der großen Bedeutung der militaristischen Komponente in der Zusammenarbeit und der geringen Bedeutung der politischen Debatte darin - lag, daß sie sich von Verantwortung für ihr Tun losgesagt haben, als an einem solchen, bei richtiger Methode richtigen Zitat. Es gab und gibt einen Mythos von Militanz und dadurch eine

Blindheit für politische Fragen. (Leider wird auch zu dieser Frage - wie zu vielen anderen - das Kind häufig mit dem Bade ausgeschüttet.)

Das Ziel, unseren internationalistischen Kampf auf eine breitere Basis zu stellen und hier, bei aller Schwäche, effektiver eingreifen zu können, beinhaltet die Notwendigkeit, internationalistische Politik zu vermitteln. Es ist ein Ausdruck des falschen Politikverständnisses der RZ, wenn sie sagen: "... was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu." Es zeigt, daß die RZ es nicht versucht haben, das, was sie "in der BRD" machten, international einzuordnen, bzw. ihre lokale Praxis internationalistisch zu hinterfragen und die internationale Praxis an ihren Zielen zu hinterfragen. Die weltweiten Zusammenhänge und die Unterschiedlichkeit der Bedingungen in den Metropolen und im Trikont sind der Grund dafür, daß die Kämpfe im Trikont nicht die direkte internationale Dimension der Massenkämpfe in den Metropolen (so sie denn stattfinden) sein können.

Weiter schreiben die RZ: "Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Politik in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist."

Auch wir teilen die Position Gerds und anderer GenossInnen: Der Preis, den ihr für die "Hervorkehrung eurer Autonomie bezahlt habt, ist, international betrachtet, das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit!

3. Februar 92

Es ist an der Zeit Fragen zu stellen!

aus Südwind Februar 1992 von einer Stuttgarter Gruppe

(...)

2. Ihr nehmt eure Erfahrung mit der Flugzeugentführung nach Entebbe und Gerds Tod als Beispiele dafür, zu belegen, daß eine bestimmte internationalistische Solidarität und Zusammenarbeit einer kritischen Aufarbeitung bedarf. Ihr arbeitet aber nicht nur auf, sondern beendet gleichzeitig. Habt ihr wirklich nur negative Erfahrungen in dieser Zusammenarbeit gemacht? Wo sind die guten Erfahrungen, die weitergebracht haben?

Euer Text vermittelt den Eindruck, daß ihr von den Widersprüchen und Problemen, die aus dieser Zusammenarbeit resultieren, kapituliert. Daß ihr von der "sauberen", "idealen" Revolution ausgegangen seid und daß die harten Erfahrungen, die ihr gemacht habt, einen kritischen/selbstkritischen Prozeß bei euch blockieren und blockierten. Wie sonst könnt ihr jetzt einen so rigorosen Trennungsstrich ziehen - zwischen euch und den nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont, bzw. den jungen Nationalstaaten.

3. Ihr sagt nach circa 15 Jahren selbstkritisch was zur Flugzeugentführung in Entebbe. Ihr wißt, daß es nach der Entführung der Lufthansa-Maschine nach Mogadishu 1977 in der Linken harte politische Auseinandersetzungen darüber gab. Politische Auseinandersetzung über das Mittel "Flugzeugentführung" und der zwangsläufig damit verbundenen Geiselnahme von unbeteiligten Menschen.

Diese Kritiken und vielleicht auch die politischen Grenzen der Aktionen selbst, haben dazu geführt, daß Selbstkritik geübt wurde. Und - soweit uns aus dem Stegreif bekannt ist - gab es danach von sozialrevolutionären Gruppen keine weitereb Flugzeugentführungen mehr. Also auch nicht von palästinensischen. Diese Tatsachen schlagen sich in eurem Text viel zu wenig nieder. Genauso wenig wie die Tatsache, daß sich der Kampf in Palästina in den letzten 10 - 15 Jahren auch weiterentwickelt hat. Ist nicht gerade die Intifada der konkrete politische Ausdruck für diese Weiterentwicklung. Der Ausdruck eines sozialrevolutionären Prozesses, der seinen Schwerpunkt im "eigenen Land" hat. Und die politische Praxis der palästinensischen Organisationen in den letzten Jahren belegt auch, daß sie auf diesen inneren Prozeß ihr Hauptaugenmerk gelegt haben. (...)

4. Zu den wie ihr sie nennt "Protragonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen". Wen meint ihr damit?

Wenn ihr eine differenzierte Auseinandersetzung wollt, müßt ihr Namen nennen. Tatsache ist nämlich, daß Kuba nicht gleich Angola ist. Nicaragua nicht gleich Vietnam und Nordkorea nicht gleich Simbabwe. Um nur einige der jungen Nationalstaaten zu nennen.

Und da wäre dann noch die ehemalige Sowjetunion und die restlichen Staaten des Ex-Warschauer-Pakts, nicht zu vergessen, Jugoslawien. (...)

Spätestens heute, nachdem die Phase des Zerfalls dieser Staaten so gut wie abgeschlossen ist, ist eine genaue Aufarbeitung unerläßlich.

Aber diese Untersuchung sollte weitaus gründlicher sein, als ihr das gemacht habt. Und sie sollte mit den Völkern und Befreiungsbewegungen im Trikont zusammen vorgenommen werden. (...)

5. Und letztens. Mit welchem Recht sprecht ihr den jungen Nationalstaaten und den Befreiungskämpfen jeden Willen zur politischen Weiterentwicklung ab?

Warum hat sich die FSLN in Nicaragua dem Wahlergebnis gestellt?

Warum führt die FMLN in El Salvador Verhandlungen und zielt schon einige Zeit nicht mehr auf die militärische Übernahme der Macht?

Warum hat die FMLN vor Jahren die Liquidierung von GenossInnen aufgrund unterschiedlicher politischer Ansichten selbstkritisch als gravierenden Fehler bezeichnet?

Warum ist der Prozeß in Südafrika so wie er ist?

Hat sich in Kuba wirklich nichts materiell fürs Volk verändert, nachdem Batista verjagt wurde?

Fragen wir die Völker selbst, sie werden uns die Vorund Nachteile ihrer Revolutionen sagen können.

(...)

31. Vom Elend des Anti-Rassismus des "Ökonomismus" oder: Die Linken im Büßerhemd

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:31

Der folgende Text will nicht einfach die fast schon unübersehbare Zahl der Beiträge zu der bei bundesdeutschen Linken zur Zeit geführten Diskussion um das Phänomen Rassismus um einen weiteren vermehren, sondern bestimmte, für diese Diskussion typische Argumentationsfiguren und vor allem auf ihre Bedingtheit durch den Zustand sowie die Befindlichkeit der hiesigen Linken hin untersuchen und sie unter diesem Blickwinkel einer Kritik unterziehen. Der von mir. in ak 337 veröffentlichte Artikel "Strukturen der Dominanzkultur" ist für dieses Vorhaben teils Anlaß, teils unmittelbarer Gegenstand der Kritik - ein Verfahren, welches sich aus der eigentümlichen Struktur dieses Artikels begründet.

Mir.'s Text beansprucht mehr zu sein als eine "querschnittartige Zusammenfassung des Stands der antirassistischen Debatte auf theoretischer Ebene", also eine bloße Aneinanderreihung von Darstellungen und Besprechungen, sondern, so die Autorin: "Dabei möchte ich einerseits auf Fragen verweisen, die zwar theoretisch gelöst wurden, die aber noch keinen Eingang in linke Praxis gefunden haben, andererseits auch auf verbleibende Unklarheiten und Probleme, an denen weiterzudenken sich lohnt." Anstatt jedoch, wie es dann auch konsequent wäre, die verschiedenen Überlegungen zur Sache aneinander sich reiben und mit der Sache selbst aufeinanderprallen zu lassen und damit deutlich werden zu lassen, welche Theorie das Phänomen "Rassismus" wohl am ehesten auf den Begriff zu bringen vermag, präsentiert mir. einerseits eben doch einen im schlechtesten Sinne des Wortes pluralistischen Bilderbogen der verschiedensten "Ansätze", deren jeder durchaus für interessant und nachdenkenswert befunden und jeweils mit etwas Kritik versehen wird, ohne zu einem abschließenden Urteil vorzudringen. Obwohl mir. also einerseits sich eines Urteils im emphatischen Sinne enthält, so verzichtet sie andererseits keineswegs auf Kommentierung und Wertung der von ihr vorgestellten Theorien überhaupt, im Gegenteil: es werden jeweils an die präsentierten Theorien recht weitgehende Überlegungen, Kritiken und Folgerungen geknüpft. Die Tatsache aber, daß dies unter der Voraussetzung geschieht, daß die einzelnen "Ansätze" nie konsequent zu Ende gedacht werden bzw., andersherum, daß die entscheidenden Fragen gerade nicht aufs Tapet gebracht werden, ist durchaus symptomatisch für einen bei Linksradikalen zur Zeit hoch im Kurs sich befindenden "Anti-Rassismus", wie zum anderen auch der Gehalt von mir.'s Überlegungen fast durchweg pars pro toto des derzeitigen "antirassistischen" mainstreams gelten kann. Hinsichtlich ihrer so begriffenen Aussagen ist mir.'s Artikel Gegenstand der Kritik, ansonsten ist er Anlaß allgemeinerer Überlegungen.

Zur Kritik des Anti-Rassismus I: Die oberflächliche Kritik des "Ökonomismus", oder: Die Linken im Büßerhemd

"Antirassismus ist zur Zeit der Renner unter Linken", konstatiert mir. am Anfang ihres Artikels ganz zu Recht. Der Grund dafür liegt einerseits sicherlich in der gestiegenen Quantität und hinsichtlich der Brutalität veränderten Qualität rassistischer Aktivitäten im sogenannten wiedervereinigten Deutschland. Andererseits und zu einem wohl nicht unwesentlichem Teil dürfte der Grund der Hochkonjunktur der Beschäftigung mit dem Phänomen Rassismus bei den Linken selbst zu suchen sein, und zwar, präziser, in dem Bemühen der nach dem Ende der Linken übriggebliebenen linksradikalen Gruppen und Zirkel, von einem "ökonomistisch deformierten" Marxismus bislang "vernachlässigte" Sachen, darunter eben auch den Rassismus, theoretisch zu bearbeiten. Allerorten wird also schwer "aufgearbeitet", wie das Stichwort heißt; doch je länger diese "Aufarbeiterei" währt, je beflissener, demutsvoller und mit der Miene des eilfertigen Büßers stereotyp verkündet wird, man habe "Fehler gemacht" und gar viele Dinge "vernachlässigt" und bemühe sich nun darum, das Versäumte nachzuholen - desto weniger kann man sich des Eindrucks erwehren, daß diese Aufarbeiterei den subjektiv zwar gutgemeinten und ehrenwerten, aber im Ergebnis oft unzulänglichen und nichtsnutzigen Versuch darstellt, aus einem merkwürdigen Gefühlsgemisch von Zerknirschtheit, Hilflosigkeit und Verzweiflung alle wirklichen und vermeintlichen "Fehler" auf einen Schlag wiedergutmachen zu wollen, wobei ein gesteigerter Moralismus in aller Regel die Analyse ersetzt. Charakteristisch für die linke Aufarbeiterei ist also der gute Wille, "es besser zu machen"; nicht selten bleibt es aber dabei, und in einer objektiven Adaption einer protestantischen Devise hat der gute Wille gleichzeitig unmittelbar das Werk zu verbürgen. Nicht auszuschließen ist also, mit anderen Worten, daß diese Aufarbeiterei wieder einen für deutsche Linke

charakteristischen unvermittelten Schwenk hinsichtlich der thematischen Geschmackspräferenzen markiert, der auf lange Sicht jedenfalls folgenlos sein könnte, wenn es beim guten Willen bleibt.

Wie im Medium solcher bloß gutgemeinten Aufarbeiterei eine an und für sich richtige Einsicht schon im Ansatz verquer daherkommen und erst recht durch die Konsequenzen, die aus ihr gezogen werden, zuschanden geritten werden kann, zeigt gerade die allerorten beliebte Kritik am traditionellen linken "Ökonomismus", die in aller Regel den Auftakt bildet, wenn über Dinge wie den Nationalsozialismus, den Antisemitismus und eben den Rassismus gesprochen wird. So schreibt mo. (Berlin, Gruppe K) vom "ökonomistischen Steinzeit-Anti-Rassismus", den die Linken mehrheitlich pflegen würden, und er versteht darunter die allerdings noch mancherorten anzutreffende Masche, Rassismus entweder unmittelbar aus sozialen "Mißständen" abzuleiten oder als Spaltungsmittel der Herrschenden zu begreifen, jedenfalls funktionalistisch auf den "Klassenkampf" zu beziehen. Bis hierher: gut gebrüllt, könnte man sagen, wenn nicht bereits diese im Kern richtige Kritik so wischi-waschi-mäßig daherkommen würde, daß völlig undeutlich bleibt, was mo. denn eigentlich unter "Ökonomie" oder "Ökonomismus" versteht. Was mo.'s "Ökonomismus"-Kritik intendiert und wo ihre Fehler liegen, erhellen zwei andere Sätze, in denen mo. zumindest implizit anklingen läßt, wie es richtiger zu machen sei. So heißt es, daß für Linke "im Zweifelsfall doch der ‚Hauptwiderspruch` entscheidet" und ein paar Zeilen weiter: "Rassismus wird nicht als ‚eigenständiger Widerspruch` gesehen" (Hervorh: cl.). mo. wendet sich also erklärtermaßen gegen "Ökonomismus" und gibt im selben Atemzug zu verstehen, daß er sich, was den entscheidenden Punkt der Denkformen anbelangt, auf genau der gleichen Grundlage bewegt wie seine Gegner. Das heißt: "Ökonomisten" und "Anti-Ökonomisten" vom Schlage eines mo. haben zutiefst gemeinsam, daß sie unter "Ökonomie" wie jeder Bürger, jeder bürgerliche Volkswirtschaftler und wie die meisten Linken "Wirtschaft" bzw. wirtschaftliche Abläufe im unmittelbaren Sinne verstehen. Die - marginale - Differenz besteht dann darin, daß die "Ökonomisten" Rassismus als unmittelbaren Reflex von wirtschaftlichen Abläufen behaupten, während die "Anti-Ökonomisten" die als "Wirtschaft" mißverstandene Ökonomie auf einen eigenständigen und mit eigenständigen Analysemethoden zu erfassenden gesellschaftlichen Teilbereich reduzieren und den Rassismus als ebenso selbständigen und für sich zu betrachtenden Teilbereich ansehen, der zur "Ökonomie" dann äußerlich hinzutritt. Insofern ist es überhaupt nicht verwunderlich, sondern nur konsequent, daß mo., anstatt mit dem im wesentlichen auf den "Großen Steuermann" Mao Zedong zurückgehenden pseudodialektischen, dummen Geschwafel von den "Haupt- und Nebenwidersprüchen" als solchem zu brechen, sich noch in seiner Kritik daran in dieser Denkform weiterhin bewegt, wenn ihm wie vielen anderen als "Ökonomismus"-Kritik nichts besseres einfällt, als den einen "Widerspruch" (= Klassenkampf) pfiffig um einen weiteren "Widerspruch" (= Rassismus) einfach zu ergänzen. In diesem Additionsverfahren, womit je nach Bedürfnis und Fachinteresse noch weitere "Widersprüche" (Faschismus, "Patriarchat" etc.) ad infinitum hinzugezählt werden können, erschöpft sich das "kritische" Geschäft einer verbreiteten Sorte von "Anti- Ökonomisten", welches in Wahrheit einer ganz besonders unsäglichen Form der marxistisch-leninistischen Orthodoxie, den sogenannten "Mao-Zedong-Ideen", nur noch die Krone aufsetzt, mit dem Effekt, daß die mittels abstrakt- methodischer Klassifikation willkürlich auseinandergerissenen Phänomene schließlich als lauter "eigenständige Widersprüche" wie erratische Blöcke beziehungslos nebeneinanderstehen und nun das interessante Geschäft beginnen kann, sie nachträglich wieder in Beziehung zueinander zu setzen.

Während mo. sich darüber ausschweigt, wie dies funktionieren soll, wagt mir. "in Anlehnung an Etienne Balibar" einen Versuch in dieser Richtung. Zwar erkennt mir., daß "verschiedene Formen von Unterdrückung ... sich weder hierarchisieren noch einfach addieren" lassen und denkt insofern vielleicht etwas weiter als mo., doch hält auch sie an der Eigenständigkeit der verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse fest und kommt hinsichtlich deren Beziehung zueinander zu folgendem Ergebnis: Rassismus, Klassenkampf und Sexismus seien "drei strukturelle Herrschaftsverhältnisse, die alle universell sind, d.h. sie umfassen alle gesellschaftlichen Bereiche. Alle werden sie nach dem Prinzip der Hegemonie produziert und reproduziert, von oben und von unten, institutionell und individuell, wobei sich die Grenze zwischen ‚Opfern` und ‚Tätern` immer verwischt. Rassismus, Klassenwiderspruch und Sexismus stehen in den verschiedensten Beziehungen zueinander: sie überlagern sich, verstärken sich gegenseitig, wirken parallel, schwächen sich ab, und jede einzelne Situation muß genau untersucht werden, um dieses Knäuel zu entwirren." Auf die Frage, wie die Beziehungen zwischen den verschiedenen "Widersprüchen" denn nun beschaffen seien, antwortet mir., daß sie so, aber auch ganz anders sein können, und man nichts genaues sagen könne. Daß mir. eine solch absolut nichtssagende Allerweltsaussage abgibt, kann jedoch ihr nicht zum Vorwurf gemacht werden, ist eine

solche Aussage doch logische Konsequenz der abstrakten Trennung von Methode und Sache, Konsequenz eines Verfahrens, das dem Erkenntnisgegenstand, den gesellschaftlichen Verhältnissen, eine ihm äußerliche Methode einfach autoritär überstülpt, diesen in verschiedene eigenständige Teilbereiche zergliedert, und diese dann a posteriori wieder verknüpft, anstatt deren apriorische gesellschaftliche Vermitteltheit selbst zum Gegenstand der Erkenntnis zu machen. Allerweltsaussagen vom Schlage der zitierten sind mithin die logische Konsequenz einer linken "Aufarbeiterei", die den "Ökonomismus" und den "Hauptwiderspruchs"-Schmarren nur oberflächlich und zum Schein überwindet, ihm aber noch in dessen Negation verhaftet bleibt.

Neben diesem Einwand, der eher auf die "anti-ökonomistische" Methode zielt, provoziert der anti-ökonomistisch ausgerichtete Anti-Rassismus noch den weiteren, nämlich, daß er in seiner Kritik an den althergebrachten Erklärungsmustern für Rassismus genau das verfehlt, was daran im Wesen zu kritisieren wäre. Das wesentlich Falsche am ökonomistischen Anti-Rassismus ist aber, daß in ihm Rassismus bloß äußerlich-funktional aufgefaßt wird, als Instrument einer herrschenden, bürgerlichen Klasse, ersonnen, um die Arbeiterklasse zu "verwirren", zu "spalten" etc.; völlig ausgeblendet bleibt darin die Frage nach der Genese und der gesellschaftlichen Formbestimmtheit rassistischer Bewußtseinsformen. Wenn nun dagegengehalten wird, daß Rassismus ein eigenständiger "Widerspruch" jenseits der "Ökonomie" sei, so wird am ökonomistischen Anti-Rassismus ausgerechnet das einzige Körnchen Wahrheit eliminiert, das er noch transportiert. Der ökonomistische Anti-Rassismus mag so grobschlächtig, dumm und in der Konsequenz verwerflich sein, wie er es ohne jeden Zweifel ist; immerhin aber postuliert er in völlig verkürzter und verzerrter Form einen Zusammenhang von Kapitalismus und Rassismus. In der Rede vom Rassismus als "eigenständigem Widerspruch" geht nicht nur dieser Zusammenhang tendenziell verloren, sondern nebulös bleiben auch Genese und spezifisch gesellschaftliche Formbestimmtheit des Rassismus, aus einem einfachen Grund: da, wie gezeigt werden sollte, der gängige Anti-Ökonomismus unfähig ist, dem Gegenstand seiner Kritik das Fundament, d.h. den falschen Ökonomie-Begriff streitig zu machen, ist er gezwungen, bei der Frage nach der Genese auf anthropologische, psychologische oder sozialisationstheoretische Annahmen zurückzugreifen. So definiert mir. Rassismus als "Oberbegriff für ein bestimmtes Herrschaftsverhältnis, das, als ein Charakteristikum, mit dem Umgang mit dem ‚Anderen` zu tun hat." Rassismus ist also dann gegeben, wenn jemand Probleme mit einer verwaschenen Abstraktion - dem "Anderen" - hat? Ein jeder ist aber in den Augen eines bestimmten Menschen erstmal ein "Anderer", und umgekehrt ist es genauso. Sind also doch, in Abwandlung einer beliebten Parole, alle Menschen - zwar nicht Ausländer -, sondern "Andere", überall und irgendwie? Das kann wohl nicht gemeint sein; versuchen wir's also mit der Sozialisation: "Anschließend beschreibt sie (gemeint ist Anja Meulenbelt, Anm. cl.) die Sozialisation von Kindern, die, auch wenn sie nicht den direkten Umgang mit Schwarzen erleben ... doch die Werturteile ‚über` Schwarze von Anfang an mitbekommen." Keine Frage: rassistisches Verhalten ist erlernt, und einen bestimmten Anteil daran hat auch die Sozialisation; wenn aber die Entstehung von Rassismus ausgerechnet in der Sozialisation verortet wird, dann dürfte mit der massenhaften Ausschreibung von ABM-Pädagogenstellen das Problem relativ gut in den Griff zu bekommen sein. Aber auch das dürfte scheitern, ist doch die so vielbemühte Sozialisation kein eigenständiger gesellschaftlicher Teilbereich, sondern funktional ausgerichtet auf das "eigentliche" gesellschaftliche Leben, in dessen Formen wohl viel eher Rassismus entsteht.

Aber genug der unsinnigen Lesarten, die solche Erklärungsweisen provozieren, welche wiederum, wie gezeigt werden sollte, in einer falschen Kritik des Ökonomismus ihren Grund haben. In Abgrenzung sowohl vom traditionellen ökonomistischen Anti-Rassismus als auch von dessen oberflächlicher Kritik lautet die hier vertretene These, daß die Frage nach Genese und Formbestimmtheit von Rassismus die entscheidende ist und daß sie nur beantwortet werden kann, wenn Rassismus im Anschluß an die Marxsche Ökonomiekritik als objektive, gesellschaftlich gesetzte und somit notwendig falsche Bewußtseinsform begriffen wird, die der Möglichkeit nach handlungsleitend ist. Es zeichnet die Marxsche Ökonomiekritik gerade aus, daß sie - ausgehend von der Tatsache, daß die bürgerliche Gesellschaft die erste wirkliche, dynamisch bewegte gesellschaftliche Totalität ist, und dieser ihr Totalitätscharakter der Totalisierung der Warenproduktion sich verdankt - keine alternativ-kritische Volkswirtschaftslehre darstellt; als Gesellschafts-Kritik faßt sie die spezifisch ökonomischen Formen der kapitalistischen Produktionsweise stets als spezifische "Formen gesellschaftlicher Verhältnisse" (Postone 1991, S. 7) auf und versucht, "auch Bewußtseinsphänomene und Alltagsleben innerhalb der ökonomischen Formen zu betrachten, welche die Gesellschaft beherrschen" (Reinicke/Postone 1976, S. 260). Im Anschluß daran wäre auch der Rassismus genetisch als spezifisch von den Formen kapitalistischer Ökonomie bestimmte Bewußtseinsform nachzuweisen. Erst, wenn der Rassismus

aus den gesellschaftlichen Formen selbst entwickelt ist, könnten auch Überlegungen sozialpsychologischer Art greifen: ihnen würde dann die Aufgabe zufallen, zu bestimmen, in welchen besonderen Situationen und wie Rassismus sich im Kopf der einzelnen Individuen durchsetzt und wirklich handlungsleitend wird.

Der nun folgende Exkurs stellt einen Versuch einer ökonomie- und staatskritischen Bestimmung von Rassismus dar - Überlegungen, die mir. zwar unter anderem auch erwähnt, ohne sie jedoch näher auszuführen. Warum man um eine solche Analyse nicht herumkommt, soll im Anschluß an den Exkurs in einer weiteren Kritik bestimmter Argumentationsfiguren von mir.'s Artikel gezeigt werden.

Exkurs: Ökonomie, Staat, Rassismus und der Fetischismus der Eigenschaftsform

Rassismus - so lautet ein Konsens, auf den fast alle sich einigen können - sei eine Form der Diskriminierung bestimmter Menschen. Diskriminierung heißt Ungleichbehandlung; diese aber, so heißt es dann weiter, sei ein Verstoß gegen den in demokratischen Verfassungsstaaten festgeschriebenen Grundsatz, daß alle Menschen gleich seien. Demzufolge gelte es, gegen solche Ungleichbehandlung das Gleichheitsideal erst noch durchzusetzen.

Sehen wir uns aber etwas näher an, was es mit dem bürgerlichen Ideal der Gleichheit und den sogenannten Menschenrechten überhaupt auf sich hat. Der bürgerlichen Staatsrechtslehre gelten die Menschenrechte als solche, die dem Menschen unabhängig von Raum und Zeit, vielmehr seinem Wesen oder seiner Natur zukommen; sie werden somit als vorstaatliche und unveräußerliche Rechte ausgesprochen. Der Staat als Rechts- bzw. Verfassungsstaat gewährt also der Theorie zufolge diese Rechte nicht, sondern ist lediglich befugt, sie zu schützen. Dieser Aufgabe soll er nachkommen als demokratischer Verfassungsstaat, als eine Anstalt, die auf nichts zurückzuführen ist als auf den Volkswillen, den allgemeinen Willen aller, der, objektiviert in Form des abstrakt-allgemeinen Gesetzes, sich zwar gegen die Individuen wendet, aber als selbstauferlegter Zwang niemals den Menschenrechten zuwiderlaufen könne. Hier tritt bereits der konstitutive Widerspruch des Naturrechts zutage, die Frage nämlich, warum das, was dem Menschen doch als natürliche Qualität zukommen soll, die Menschenrechte, einerseits erst noch gesellschaftlich, in einem Akt revolutionärer Gewalt, der sich gegen die spätfeudale Souveränität richtet, hergestellt werden muß, und warum in der Folge diese angeblich unveräußerlichen und natürlichen Rechte erst durch eine zutiefst unnatürliche Instanz, den Gewaltmonopolisten Staat, zur Geltung gebracht werden müssen (vgl. Bruhn 1989, S. 23). Dieser Widerspruch löst sich dahingehend auf, daß die sogenannten Menschenrechte de facto keine angeborenen oder natürlichen, sondern gesellschaftlich bestimmt sind, aber als natürliche erscheinen und vom Staat als seine natürliche Existenzbasis behandelt werden. Die Menschenrechte sind die Form, worin die Individuen als verlebendigte Waren, als Eigentümer von Waren sich gegenübertreten, sie sind die Subjektform des Warentauschs. Wie im Austauschverhältnis der Waren deren stoffliche Verschiedenheit ausgelöscht ist, sie nur noch als einander gleichgeltende, äquivalente Tauschwerte in Erscheinung treten, so sind die Individuen vermittels dieser Äquivalenz als Tauschende und einander Gleiche bestimmt. Die Form des Warentauschs stiftet also die Beziehung der Subjekte als Gleiche; vermittels der Verschiedenheit der auszutauschenden Waren und ihrer verschiedenen Bedürfnisse sind sie als Freie gesetzt, als Subjekte, die sich ihrer Waren freiwillig und gewaltlos entäußern (vgl. Marx 1953, S. 152ff.; Schmitt-Egner 1976, S. 356ff.). Nun tritt, wie im Wertverhältnis der Waren, so auch in der von ihr gesetzten Subjektform, eine eigentümliche Verkehrung ein: wie im Verhältnis der Waren zueinander ihr Konstituiert-Sein durch abstrakte gesellschaftliche Arbeit als Eigenschaft erscheint, die den Dingen als Dingen zuzukommen scheint wie andere natürliche Eigenschaften (Länge, Dicke, Schwere etc.) auch (vgl. Marx 1977, S. 85ff.; Klein 1989, S. 99f.), so erscheint den Individuen auch ihr gesellschaftliches Gesetzt-Sein als Freie und Gleiche als eine "natürliche", ihnen "angeborene" menschliche Eigenschaft. Die Tatsache, daß die Individuen "nur noch als Tauschwert Produzierende Existenz (haben), also schon die ganze Negation (ihrer) natürlichen Existenz eingeschlossen ist" (Marx 1953, S. 159), wird ihnen an sich selbst aufgrund des Fetischismus' der Eigenschaftsform, des unmittelbaren Verwachsenseins von Gesellschaftlichem und Natürlichem, nicht zum Problem. Der Bürger als Waren Tauschender reflektiert sich unmittelbar als "wahren", "eigentlichen" Menschen, eben als jemanden, dem die Menschenrechte unmittelbar zukommen; den Selbstwiderspruch zwischen sich als einem Individuum und einer Charaktermaske der Ware vermag er erst zu gewahren in seinem Verhältnis zu Menschen, denen zwar alle phänomenalen Qualitäten von Menschen zukommen, die aber nicht als Tauschende und Tauschwertproduzierende auftreten. Diese gelten ihm als Untermenschen, denen er, wie sich selbst, bestimmte, angeblich natürliche Eigenschaften zuschreibt, die unschwer als Reversbild seiner

Selbstzuschreibungen auszumachen sind: faul, unzuverlässig, arbeitsscheu und, in der moralischen Wendung eines ökonomischen Begriffs: minder-wertig, zur Verwertung nicht tauglich. Was der Bürger fetischistischerweise sich selbst als natürliche Qualität zuschreibt, sein Dasein als Freier und Gleicher, als Mensch an und für sich, enthält also unmittelbar die Form der Ab- und Ausgrenzung, die wiederum fetischistischerweise als Eigenschaftszuschreibung gegenüber anderen Menschen daherkommt. Es ist der in ein subjektives "Bedürfnis" transformierte ökonomische Zwang zur Identität, der Zwang, sich selbst gleich, mit sich selbst im reinen zu sein als einem produktiven ökonomischen Subjekt oder, negativ: die Angst vor der Niederlage in der allgemeinen Konkurrenz mit der Konsequenz des Verlustes bürgerlicher Subjektivität und des Rückfalls in bloße Natur, was in der Vorstellung der Untermenschen und Minderwertigen aufscheint und was den Bürger dazu treibt, sich in bestimmten gesellschaftlichen Situationen rassistischerweise gegen dieselben auszuagieren.

Dieser der bürgerlichen Gesellschaft nach der Seite der Ökonomie notwendig innewohnende strukturelle Rassismus findet sich in anderer Potenz wieder, betrachtet man die Sache von Seiten der Politik. Wie gezeigt wurde, sind die Individuen als Tauschende, ihre Bedürfnisbefriedigung über Verträge vermittelnde zwar als Freie, Gleiche und damit Gleichberechtigte gesetzt; allerdings vermögen die einzelnen, ihre jeweils nur besonderen Interessen verfolgenden Subjekte nicht aus sich selbst heraus die Allgemeinheit ihrer Interessen zu setzen: sie bedürfen also des Staates, der, unabhängig von der je zu vereinbarenden Sache und selbständig gegenüber dem wandelbaren Willen der Einzelnen, die Verkehrsform des Vertrags als solche und ihr Gesetztsein als Freie und Gleiche kraft Gewaltmonopol garantiert (vgl. Bruhn 1989, S. 23f). Andersherum: gerade indem der Staat den bürgerlichen Subjekten, die sich im Medium der allgemeinen Konkurrenz gegenseitig die Mittel ihrer Selbsterhaltung bestreiten, die Formen und damit Grenzen ihrer subjektiven Interessenverfolgung qua Gesetz vorschreibt, das für alle gleichermaßen und ohne Ansehung ihrer Besonderheiten gilt, garantiert er ihnen ansonsten das Menschenrecht der Freiheit ihrer Interessenverfolgung. Der Staat garantiert die Menschenrechte also einerseits unter der Bedingung, daß deren Inanspruchnahme in den gesetzlich vorgeschriebenen Bahnen verläuft und zum anderen im Vertrauen darauf, daß die produktive Arbeit der derart freigesetzten Subjekte auch zur Hebung des Allgemeinwohls anschlägt. Derart sind also die Grundrechte des Einzelnen zugleich stillschweigend als Grundpflichten dem gesellschaftlichen Ganzen gegenüber definiert, ist die Freiheit des Einzelnen eben nicht "nur formal" bestimmt, sondern inhaltlich gebunden an die Kriterien produktiven Wirtschaftens (vgl. Adorno 1966, S. 259). Diese stillschweigend vorausgesetzte Bestimmung wird manifest in der Unterscheidung, die der Staat in seiner Existenzform als Nationalstaat ganz praktisch macht zwischen der empirischen Bevölkerung, also allen auf dem von ihm als exclusiv beanspruchten Territorium Lebenden und dem Staats-Volk. So verläuft die Grenze also nicht nur zwischen den einzelnen Nationalstaaten, sondern mitten durch die Bevölkerungen, in denen der Staat einen beständigen Prozeß der Aussortierung vornimmt, wobei die einen zum Volk im Sinne eines für die Zwecke von Staat und Kapital einsatzbereiten Kollektivs homogenisiert und die für untauglich Befundenen abgeschoben, verfolgt etc. werden. Nun erscheint aber dieses staatliche Agieren nicht als die bürokratische Prozedur, als die Ausgrenzungs-Form, die sie realiter ist, sondern derart, daß der Staat auftritt, als würde er gegebene und unveränderliche kollektive, "nationale" Eigenschaften der Menschen einfach nur vollstrecken und ihnen in seinen Handlungen entsprechen. Ob diese Eigenschaften nun tatsächlich existieren oder so gut wie immer frei erfunden sind, ist dabei völlig belanglos. Wie diese Eigenschaftszuschreibung inhaltlich daherkommt, ob z.B. eher von der deutschen "Rasse", von der deutschen "Kultur", der deutschen "Sprache" oder der deutschen "Identität" die Rede ist, die zu erhalten und zu verteidigen sei, ist dabei historisch wandelbar und macht vom Wesen her keinen Unterschied. Zu überlegen wäre deshalb, im Anschluß an J.P. Reemtsma (Reemtsma 1990), ob zur Kennzeichnung dieser Ausgrenzungsform der Begriff "Rassismus" überhaupt tauglich ist, wenn "Rasse" zum einen nur legitimatorischer Vorwand solcher Praktiken und zum anderen nur einer unter vielen ist.

Zur Kritik des Anti-Rassismus II

Es ist deshalb so wichtig, auf diesen sowohl auf der unmittelbar ökonomischen als auch auf der staatlichen Ebene prozessierenden Fetischismus der Eigenschaftsform hinzuweisen, weil, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch und gerade im anti-rassistischen Diskurs, der irgendwelchen "Multi-Kulti"-Unsinns garantiert unverdächtig ist, so getan wird, als würden zum einen nationale Eigenschaften tatsächlich existieren und als wären sie der Existenzgrund von Rassismus. Der Anti-Rassismus ist ",der Schatten, das Spiegelbild und auch das Produkt` des Rassismus selbst", schreibt z.B. mir., Taguieff zitierend, ganz zu Recht, ohne daß diese

Einsicht Konsequenzen für zentrale Argumentationen ihres Textes hätte. Ganz im Gegenteil: so heißt es an einer Stelle, "daß Weiße die Definitionsmacht über andere Menschen haben, daß sie die Kriterien setzen, welcher Unterschied zur Konstitution einer ‚Rasse` taugt und welcher nur ein ‚sekundärer` Unterschied ist." Die Selbsteinstufung von Menschen als "weiß", im Sinne eines wertemäßig positiven und unverlierbaren Merkmals wird hier für bare Münze genommen und, kritisch gemeint, gegen dessen Verfechter gewendet. Man mag es nun für eine theoretische Spitzfindigkeit halten, aber es ist de facto ein Unterschied ums Ganze, wenn jemand eine weiße Haut hat, was in der Tat ein natürliches Merkmal ist, wofür man nichts kann, oder wenn die weiße Haut entweder als Vorwand staatlicher Aussortierungspraktiken oder als "Qualitätsmerkmal" daherkommt, woraus der Staatsbürger sein Überlegenheitsgefühl bezieht: dann ist es keine natürliche Kategorie mehr, sondern eine gesellschaftliche. Beides verschwimmt, wie weiter oben gezeigt, im Fetischismus der Eigenschaftsform, den mir. mit ihrer eben zitierten Aussage insofern reproduziert, als es darin so scheint, als wären Weißhäutige aufgrund ihrer Weißhäutigkeit zwangsläufig Rassisten. Daß diese Interpretation nicht aus der Luft gegriffen ist, erhellt eine andere Passage: "Auch kann es ... einen realen ‚umgekehrten Rassismus` ebensowenig geben wie einen ‚umgekehrten Sexismus`, solange ... das Zentrum gesellschaftlicher Macht bei weißen westlichen Männern liegt." In der Tat: ein umgekehrter Rassismus ist dann a priori ausgeschlossen, wenn Rassismus nicht als Ab- und Ausgrenzungs-Form bürgerlicher Gesellschaften entschlüsselt ist, die mit schwarzer Hautfarbe und unterschiedlicher Fußgröße ebenso legitimiert werden kann wie mit weißer Hautfarbe oder Kultur, sondern wenn dessen vermeintlicher "Grund" darin gesehen wird, daß jemand weißhäutig ist, aus dem Westen kommt und ein Mann ist.

Um noch eine weitere Passage zu bemühen: im Abschnitt "Das Problem des Anderen" referiert mir. Argumentationen aus Tzvetan Todorovs Buch "Die Eroberung Amerikas - Das Problem des Anderen". Todorov stellt, so mir., dar, daß es im Verhältnis Kolonisator/ Kolonisierter zwei Verhaltensweisen gebe: entweder werde das "Anderssein" der Kolonisierten negiert mit der Konsequenz ihrer Assimilation - "ein Interesse für ihre Welt, ihr Leben, ihre Kultur gibt es nicht" - oder das "Anderssein" werde wahrgenommen und als "minderwertig" eingestuft, was die Versklavung und Vernichtung der Kolonisierten zur Folge habe. Beide Verhaltensweisen kämen darin überein, daß, wie mir. Todorov zustimmend zitiert, daß die "eigenen Werte(!) mit den Werten allgemein" gleichgesetzt würden. Fest steht also für Todorov wie für mir., daß eine Ansammlung von Menschen nicht etwa zu "Anderen" gemacht, praktisch als "Andere" definiert werden, sondern daß sie tatsächlich anders sind - anders wiederum nicht im Sinne unterschiedlicher Individualität, sondern im Sinne unterschiedlicher Kollektiv-Eigenschaften. mir. gerät damit, vielleicht unfreiwillig, in eine bedenkliche Nähe zu jener Sorte völkischen Antiimperialismus, der es ausgerechnet als das schlimmste Verbrechen erachtet, daß die Kolonisatoren und "Imperialisten" fremden Völkern die eigene "Kultur", "Lebensweise" und die eigenen "Werte" "aufgedrückt" und damit deren "gewachsene Kultur" und "Identität" zerstört hätten - als wäre der sogenannte Imperialismus im wesentlichen eine Frage von angeblich unterschiedlichen "Werten" und Eßsitten und nicht von handfester Eroberung und Ausplünderung bestimmter Länder, bei der die "Werte" und die "Kultur" nicht den Grund, sondern die Legitimation abgeben; als würden die Menschen in der "Dritten Welt" an zuviel Transistorradios und Micky-Maus-Heftchen krepieren, und nicht vielmehr daran, daß es in diesen Ländern an so "westlichen" Dingen wie z.B. Bewässerungsanlagen und fortgeschrittenster Technologie im allgemeinen mangelt; als wäre es nicht ein unabweisbar fortschrittlicher Zug des Kapitals, daß es im Zuge seines weltweiten Vormarsches jene "gewachsenen" Stammes- "Identitäten" zerstört, mit der Einschränkung allerdings, daß es das nicht konsequent genug tut, sondern neue und andere Kollektive nationalstaatlicher Art mit all ihren Scheußlichkeiten notwendig produziert, was dann in der Tat den Universalismus des Kapitals seines partikularen Wesens überführt.

Gehen wir zum Schluß noch auf mir.'s Ausführungen zum Begriff "Identität" ein. Ihr geht es dabei um zweierlei Dinge: zum einen um eine Klärung bzw. Definition dieses Begriffs und um eine Kritik einer spezifischen Sorte Antinationalismus'. Beginnen wir mit letzterem: mir. geht von der erstaunlichen und unbelegten Behauptung aus, daß die Negation "nationaler Identität" angeblich "zum linksradikalen Selbstverständnis" gehöre. Zurecht merkt sie an, daß die bloße Behauptung recht billig sei, daß man als Linker per Definition sich über Antisemitismus, Rassismus, nationale Identität, als Bestandteile zumal der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland nicht einfach hinwegsetzen könne, sondern daß man sich von dieser Gesellschaft nur dann fortentwickeln könne, wenn man sich als Teil derselben begriffen habe. Wenn das alles wäre, dann wäre die Konsequenz, eine Analyse und Kritik der gesellschaftlichen Formen des Kapitalismus anzustellen, die notwendig Antisemitismus, Rassismus und nationale Identitätssuche produzieren und die, da das

gesellschaftliche System nicht jenseits der Individuen existiert, durch das tätige Mitmachen der Individuen, einschließlich großer Teile der Linken reproduziert werden. Die Konsequenz wäre also, sich zumindest kraft theoretischer Anstrengung, denkend von der als falsch erkannten Gesellschaft zu distanzieren - mehr geht nicht, da eine revolutionäre Praxis, die den Kapitalismus auch praktisch zu destruieren imstande wäre, leider nicht in Sicht ist. Das scheint mir. aber zuwenig zu sein, weshalb sie das "Bewußtsein über sich selbst und den eigenen Standort in der Welt", den die Linken sich zulegen sollten, eben nicht einfach so nennt und es dabei bewenden läßt, sondern dafür den Begriff "Identität" benutzt. Anstatt den Begriff in seinem objektiven Bedeutungsgehalt ernstzunehmen, worin er einen Prozeß von "Selbstfindung" und Ausgrenzung kennzeichnet (s.o.), verwandelt ihn mir. in einen Namen für eine ganz andere Sache. Anstatt zu erkennen, daß gerade die Faschisten als barbarische Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft dieses ausgrenzende Moment, das dem Begriff "Identität" notwendig anhaftet, wittern und es politisch nutzbar machen wollen, begibt sich mir. der Möglichkeit einer Kritik dieses Begriffs, sondern will ihn widerlegen, indem sie ihn anders belegt. Aus einem Prozeß wird bei mir. "Identität" zu einer Eigenschaft von Menschen, die es schlicht und einfach "gibt".

Wenn mir, vor dem Hintergrund dieses von ihr so geprägten Identitäts-"Begriffs" einfordert, man solle sich seiner "Identität" stellen, dann heißt das nichts anderes, als daß man sich - konkret - zunächst mal als Deutscher begreifen solle, um sein Deutsch-Sein dann, man weiß nicht so recht wie, zu überwinden. Es mag diese Aufforderung so kritisch gemeint sein, wie sie es bestimmt ist, - auf Grund der Tatsache, daß sie in einer Form formuliert ist, worin der Fetischcharakter der (nationalen) Eigenschaftsform eben nicht aufgeknackt, sondern sogar noch "kritisch" bekräftigt wird, läuft diese Forderung in der Tat auf einen "schleichenden Nationalismus" hinaus, ein Vorwurf, von dem mir. schon ahnte, daß er gegen sie erhoben werden würde.

Die sogenannte "Identität" der linken Anti-Rassisten scheint also vor allem darin zu bestehen, ein starkes moralisches Profil abwerfen zu wollen und als glaubwürdige, weil anti-ökonomistische Linke dazustehen.

cl., Westberlin

Verwendete Literatur:

Adorno, Theodor W. 1966: Negative Dialektik, Frankfurt

Bruhn, Joachim 1989: Das Menschenrecht des Bürgers, in: Stadtzeitung für Freiburg 5/89

Klein, Peter 1989: Demokratie und Sozialismus. Zur Kritik einer linken Allerweltsphrase, in: Marxistische Kritik 7

Marx, Karl 1953: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR

Marx, Karl 1977: Das Kapital, Band 1, Berlin/DDR

Postone, Moishe 1991: Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: Kritik und Krise 4/5, Freiburg

Reinicke, Helmut/ Postone, Moishe 1976: Dialektik und Proletariat, in: Jahrbuch Arbeiterbewegung 4, Frankfurt

Reemtsma, Jan-Philip 1990: Die Falle des Antirassismus, in: konkret 11/90

Schmitt-Egner, Peter 1976: Wertgesetz und Rassismus, in: Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, Frankfurt

32. Grüne Metastasis

Autor: Jürgen Reents · Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:28

Es gibt da diese Keuner-Geschichte von Brecht über den hilflosen Knaben. Der saß an der Straßenecke und heulte erbärmlich. "Ich hatte zwei Groschen für das Kino beisammen", erzählte er einem Vorübergehenden, "da kam ein Junge und riß mir einen aus der Hand." Auf die Frage, ob er denn nicht um Hilfe geschrien hätte, antwortete der Junge mit "Ja" - und auf die, ob ihn denn niemand gehört hätte und ob er nicht lauter schreien könnte, mit "Nein". Was passierte laut Brecht? Der Vorübergehende lächelte, nahm ihm auch den zweiten Groschen weg und ging unbekümmert weiter.

Brechts Keuner-Geschichten haben es an sich, daß sie zu vielerlei herhalten können, wenn einem nichts Schlechteres mehr einfällt. Im vorliegenden Fall: Die Grünen haben auch nicht mehr alle Groschen beisammen, und selbst die wenigen, die einige bei ihnen noch vermuten, lassen sie sich auf offener Straße klauen.

Es geht um die Stasi-Hysterie. Nachdem irgendjemand unter Bonner Journalisten das Gerücht streute, es habe ein Dutzend oder noch mehr Stasi-Informanten in grünen Bundesvorständen gegeben und REPORT Baden-Baden dieses Gerücht ohne den geringsten Anhaltspunkt, aber nichtsdestoweniger ins derzeitige Klima passend, aufbereitete, benimmt sich der Bundesvorstand, als wolle er einer alten Gewohnheit zu neuem Glanz verhelfen: Er rotiert. Nicht im Amte und auch nicht im Grabe, aber durchaus wild. Alle ehemaligen BuVo-Mitglieder, alle ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten und obendrein alle ehemaligen MitarbeiterInnen der grünen Bundestagsfraktion im Bereich Deutschland- und Osteuropapolitik (soweit sie "an prominenter Stelle grüne Politik ... repräsentiert haben", - das Schreiben mag mancher als nachträgliche Auszeichnung begreifen) - summa summarum rund 150 Leute - erhielten die dringliche "Bitte", eine Einverständniserklärung zwecks Überprüfung bei der Gauck-Behörde abzuliefern. Damit will der Bundesvorstand klären, "inwieweit grüne Politik von außen manipuliert war und ob es außer den bekanntgewordenen Personen noch weitere gibt, die Informations- und Spitzelarbeit für die Stasi betrieben haben." Mehr noch: "Auf dieser Grundlage wollen wir eine verantwortliche historische Reflexion unserer Deutschland- und Osteuropapolitik möglich machen." Und, wahrlich auch das noch: "Nur so scheint uns eine politische und menschliche Verarbeitung geleistet werden zu können, nur so kann die Integrität, die unsere Partei stets auszeichnete, gewahrt werden." Mögen Gott und Björn Engholm oder wer immer heutzutage eine« Autorität für die Grünen darstellt, dies verhüten!

Daß die Grünen in ihrer bisherigen Geschichte wesentlich "von außen manipuliert" worden seien, und folglich nur unwesentlich von innen, ist ihnen bei aller Höflichkeit nicht abzunehmen. Daß sie "menschliche Verarbeitung" leisten wollen, um die "Integrität der Partei" zu wahren, dagegen schon. Sprachliche Entgleisungen kommen gerade im deutschen Sprachraum weitaus weniger zufällig daher als anderswo. Vorsicht ist darum geboten, wenn jemand schreibt: "Wir wollen die Stasi-Frage nicht als Problem individueller Schuld oder Unschuld angehen, sondern als politischen Komplex. Sollten dabei allerdings IM-Beziehungen zur Stasi aufgedeckt werden, werden wir selbstverständlich die Konsequenzen ziehen." Bei solchen Sätzen weiß man: Hier wird nach bestem Wissen und Gewissen dermaßen geheuchelt, die meinen das ernst mit ihrer gruftigen "menschlichen Verarbeitung".

Die gesamte Stasi-Debatte in der "Westlinken" (ein kaum noch entschuldbarer Begriff), bei den Grünen nicht anders als in der taz, ist eine monströse Inszenierung politischer und persönlicher Abrechnungen. Kann es irgendwo sonst einen Vorstand einer Partei geben, der zu einer "verantwortlichen, historischen Reflexion unserer Deutschland- und Osteuropapolitik" der Akteneinsicht bei der Gauck-Behörde bedarf? Er muß entweder völlig von Sinnen oder krampfhaft auf der Suche nach denunzierenden Dossiers sein, um sich der eigenen politischen Geschichte durch publizistische Hinrichtung einzelner Personen endgültig entledigen zu können. Nehmen wir mal an, daß das Gerücht über ein Dutzend Stasi-Informanten auf Tatsachen beruhen würde: Was wäre damit hinsichtlich der Frage entschieden, ob die langjährige grüne Gegenposition gegen deutsche Wiedervereinigung und Annexion politisch und moralisch berechtigt war? Der nationale Kotau ist von den Grünen längst und vorzeitig genug vollzogen - müssen sie zusätzlich noch die Geschichte vor ihrem Kotau fleddern?

Ach was haben wir gelacht, als vor noch nicht allzu langer Zeit bekannt wurde, daß der Verfassungsschutz rund drei Dutzend Informanten allein in der Westberliner AL hat(te). Quelle bagatelle! Rechtsstaatlich ist die AL schließlich auch ohne sie geworden.

Aber um auf die Groschen zurückzukommen, die die Grünen nicht mehr beisammen haben: Die netten Herren gehen unbekümmert weiter.

Jürgen Reents, 5.3.92

33. Der närrische Präsident

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak340/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:14

Porträts bürgerlicher Politiker sind im ak nicht üblich. Die leitenden Angestellten der herrschenden Klasse kommen und gehen - Aufgabe einer kommunistischen Zeitung ist es, Auftraggeber und Profiteure der herrschenden Politik zu benennen. Um dem Vorurteil entgegenzutreten, die Marxisten würden die Rolle des Individuums in der Geschichte leugnen, soll hier - ausnahmsweise - ein besonders extravaganter Vertreter seiner Zunft vorgestellt werden: Francesco Cossiga, noch bis Juli dieses Jahres amtierender italienischer Staatspräsident.

"Der Präsident der Republik ist der Staatschef. Er vertritt die Einheit der Nation. Er ist der erste Bürger der Republik und verkörpert die Einheit und Kontinuität des Staates". (1) In den ersten fünf Jahren seiner 1985 begonnenen Amtszeit hielt sich Cossiga brav an die Spielregeln. Mit breiter Mehrheit (inclusive PCI) gewählt, beschränkte er sich weitgehend aufs Repräsentieren. Seine Mitgliedschaft in der Democrazia cristiana (DC) "ruht" seit seiner Amtseinführung.

Wer oder was Cossiga bewogen hat, sich seit 1990 immer wieder in die Tagespolitik einzumischen, konnte auch von den in Italien sehr zahlreichen "Dietrologen" (Komplott-Theoretikern) nicht schlüssig beantwortet werden. Selbst erfahrene italienische Linke zucken auf Nachfrage ratlos die Schultern: "Il è matto" - der hat sie nicht alle. In der Tat scheinen Cossigas Interventionen auf den ersten Blick ohne klare Linie. Staatstragend, stramm rechts, antikommunistisch - das ist die eine Seite. Kein italienischer Spitzenpolitiker hat sich so entschlossen hinter die antikommunistische Bürgerkriegstruppe Gladio gestellt. Als ehemaliger Staatssekretär für Verteidigung, Innenminister und Ministerpräsident vor den parlamentarischen Untersuchungsausschuß geladen, nutzte er seine Befragung für eine Pro-Gladio-Demonstration. Während seines Vortrags vor dem Ausschuß ließ er sich "ein dringendes und wichtiges Dokument" zur Unterzeichnung vorlegen: den Vorschlag an die Regierung, den ehrenwerten und pflichtbewußten Gladio-Patrioten eine Auszeichnung zu verleihen. Seine im November 1991 erstattete Selbstanzeige wegen Beteiligung am Aufbau der Gladio-Organisation sollte demselben Zweck dienen. Vor den Augen der Öffentlichkeit wollte er ein weiteres Mal Flagge zeigen und seine ungebrochene Bereitschaft zur Vorbereitung bewaffneter Konterrevolution demonstrieren.

Die pazifistischen "Vaterlandsverräter", die Italien aus dem Golfkrieg heraushalten wollten, brachten Cossiga besonders in Rage. Öffentliche Rügen erteilte er Untersuchungsrichter Felice Casson wegen seiner Gladio-Ermittlungen und dem antimafiosen ehemaligen Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, früher DC, heute Kopf der unabhängigen Wählervereinigung La Rete. PDS-Sekretär Achille Occhetto ist für Cossiga nichts weiter als ein getarnter Stalinist. Bei den Neofaschisten vom MSI dagegen entschuldigte er sich öffentlich, daß er den Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna (2.8.1980: 85 Tote) seinerzeit als faschistisch bezeichnet hatte. Eine Sitzung des Obersten Richterrates, in der u.a. über die Geheimloge P2 und über Waffengeschäfte mit Libyen verhandelt werden sollte, verhinderte Cossiga unter Androhung polizeilicher Gewalt. Dem Reformgesetz zur Kriegsdienstverweigerung verweigerte er seine Unterschrift, weil es die grundsätzliche Pflicht zur Vaterlandsverteidigung nicht ausdrücklich hervorhebe.

Aber längst nicht alle seine Extratouren sind so eindeutig. Im Sommer vergangenen Jahres überraschte er mit der Ankündigung, den zu lebenslanger Haft verurteilten Rotbrigadisten Renato Curcio begnadigen zu wollen. Cossiga scheiterte an einer bis in den PDS hineinreichenden Einheitsfront, die Gnade als eine Kapitulation des Staates denunzierte. Auch seine jüngste humanitäre Geste kam völlig unerwartet. Einen von Skinheads mitten in Rom schwer zusammengeschlagenen Nordafrikaner bat Cossiga an dessen Krankenbett um Verzeihung - "im Namen des italienischen Volkes". Erfrischend ehrlich klang Cossigas Kommentar zu der als Riesenskandal verkauften Enthüllung, der PCI habe Geld aus Moskau erhalten: "Sicher haben die Kommunisten Geld von den Russen gekriegt, das ist doch ganz normal, es war doch Kalter Krieg. Aber damals haben alle Parteien Geld gekriegt - wir zum Beispiel von den Amerikanern".

Wegen solcher Querschüsse sind Cossigas Fernsehansprachen seit längerem auch in seiner eigenen Partei gefürchtet. Tiraden gegen die reformunfähige partitocrazia, die unanfechtbare Dauerherrschaft vor allem der Christdemokraten, wechselten mit Drohungen, die vorzeitige Parlamentsauflösung zu verfügen. Ende Januar brach Cossiga endgültig mit der DC. Nachdem die Regierung Andreotti für Anfang April Neuwahlen durchgesetzt hatte, griff Cossiga mit einem langen Brief "an das Volk" direkt in den Wahlkampf ein. "Cossiga

capo-partito" titelte La Repubblica (24.1.) - "Cossiga Parteichef" einer Ein-Mann-Partei, die selbst nicht kandidiert, aber eine Wahlempfehlung ausspricht: Keine Stimme für DC und PDS!

Die Spitzhacke am Werk

Nicht erst seit dieser vorerst letzten - von der Verfassung nicht gedeckten - Intervention trägt Cossiga den Spitznamen "il piccone" - die Spitzhacke. Ein gelungenes Bild für die groben und verletzenden Schläge des Staatspräsidenten - und eine beabsichtigte Erinnerung an den Faschismus. Mussolini mit der Spitzhacke beim Abriß eines alten römischen Wohnhauses, das der gigantomanischen faschistischen Stadtplanung, dem imperialen Rom, im Wege stand - dieses von den italienischen Zeitungen ausgegrabene Gemälde von Achille Beltrame diskreditiert nicht nur den amtierenden Nachfolger des Duce. Es erinnert auch daran, daß nicht zuletzt die politischen Clowns und Operettenhelden zu verheerenden Taten fähig sein können.

Cossiga ist nicht Mussolini, aber auch nicht der bloß unbequeme Wahrheiten aussprechende, harmlose Hofnarr, für den er sich selbst zuweilen ausgibt: Unter den Theaterfiguren imponiere ihm am meisten Pirandellos Heinrich IV., "der sich für verrückt ausgab, um seine Wahrheiten sagen zu können. Als Schauspieler könnte ich ihn sehr gut darstellen" (Cossiga laut La Repubblica, 6.8.91). Der gewollt oder ungewollt närrische Königsdarsteller Cossiga macht handfeste Politik, eine gefährliche, rechte Politik. Die populistische Kritik an der partitocrazia und an der Democrazia cristiana ist im Kern eine Kritik von rechts. Der unfähigen, korrupten Politikerkaste in Rom stellt Cossiga das Idealbild des guten Monarchen entgegen, der natürlich nicht mehr König heißt, sondern Präsident der Republik. Ein mächtiger, direkt gewählter Präsident, wie ihn die französischen Verfassung vorsieht und wie ihn auch der starke Mann der italienischen Politik, PSI-Sekretär Bettino Craxi, fordert und am liebsten selbst verkörpern möchte. Die Allianz Cossiga-Craxi beruht vor allem auf der ihnen gemeinsamen Vorstellung von einem starken Staat ohne allzuviel hemmendes Koalitionsgezänk.

Den Bruch mit der DC vollzog Cossiga nicht zuletzt, weil er sich von der Partei im Stich gelassen fühlte. Sein schneidiges Bekennertum pro Gladio fanden die Parteifreunde ebensowenig opportun wie die öffentlich vollzogene Rehabilitierung der Geheimloge P2 - auch wenn es in der Sache selbst kaum Differenzen geben wird. Die in der italienischen Verfassung verankerte Verantwortungsfreiheit gilt eben nur für die Person des Staatspräsidenten: "Der Präsident der Republik ist für die in Ausübung seiner Amtsaufgaben vollzogenen Handlungen nicht verantwortlich; ausgenommen sind Hochverrat oder Attentat gegen die Verfassung". Eine Regierungspartei hat Rücksichten zu nehmen.

Insbesondere kurz vor Wahlen, deren Ausgang so ungewiß ist wie selten zuvor. Die Kommunalwahlen von Ende November letzten Jahres, an denen sich in verschiedenen Teilen des Landes zwar nur eine Viertelmillion WählerInnen beteiligten, machen größere Umschichtungen auch auf nationaler Ebene wahrscheinlich. In der lombardischen Industriestadt Brescia gab es für DC und PDS Verluste katastrophalen Ausmaßes. Mit 24,4% stärkste Partei wurde die regionalrassistische, antirömische Lega Lombarda. Auch die Neofaschisten vom MSI gewannen Stimmen hinzu. "Wenn wir in Brescia gewonnen haben, so haben wir das nicht zuletzt Präsident Cossiga zu verdanken", erklärte Lega-Anführer Umberto Bossi. Das mag Berechnung sein: Bei x-beliebigen Rathauswahlen wird die "große Politik", der prominente Verbündete, ins Spiel gebracht, um den eigenen Sieg zu einem landesweiten Erfolgstrend aufzubauschen. Dennoch ist etwas Wahres daran. Die antirömische Rhetorik Cossigas gleicht sich der von Bossi immer mehr an. Und Cossiga ist nicht nur der "erste Bürger" seines Landes, sondern auch Kronzeuge für die Verkommenheit der Democrazia cristiana. Welchen "Anteil" Cossiga an dem Wahlergebnis von Brescia hat, läßt sich nicht errechnen. Eine willkürliche Zahl: Bei einer Repräsentativumfrage führten 7,5% der Befragten die Niederlage der DC auf Cossigas Kritik an der Partei zurück.

Die wachsende soziale Unsicherheit, die sich im Schatten "Europas" vertiefende Nord-Süd-Spaltung des Landes, die tiefe Demoralisierung der Linken - all das hat zu einer ziemlich unübersichtlichen Lage geführt, die in eine echte Krise münden könnte; nicht zu vergleichen mit den zahlreichen "Regierungskrisen", die zwar auf Verfechter des bundesdeutschen Dreieinhalb-Parteien-Systems beängstigend wirken, die Stabilität des politischen Systems aber nie in Frage stellen. In einer solchen Situation könnte für die Entscheidung nicht weniger politisch desorientierter WählerInnen das Wort eines Mannes ausschlaggebend werden, den politisch aufgeklärte Menschen mit vollem Recht für einen Narren halten dürfen.

Js.

Anmerkung:

1) Der italienische Staat und seine Verfassungsordnung. Herausgegeben vom Ministerpräsidium der Republik Italien. Rom 1976.

34. Quelldatei 25.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:25

r.a.f.-widerstand/ein kreis von elitären?

Zur Zusammenlegungsforderung der politischen gefangenen

am 08.05.1973 traten 80 politische gefangene in einen unbefristeten hungerstreik (hs) um so die gleichstellung der politischen gefangenen mit allen anderen gefangenen zu fordern. die justiz reagierte mit repressionen, damals gegen andreas baader, indem sie diesem das wasser entzog. als die justizorgane dann bei zwei gefangenen die isolationsfolter aufhoben, wurde dieser hs am 29.06.1973 beendet. noch niemals ist allerdings die forderung ernsthaft erweitert worden. die zl- forderungen setzten sich dann ab 73 sukzessiv fort, bis in die heutige zeit. begleitet wurden sie durch verschiedene anschläge durch hs's oder anderen protestformen, wie z.b. durch demos vor den knästen. die spruchbänder lasen sich immer gleich: "solidarität mit den politischen gefangenen oder aber: "zusammenlegung der politischen gefangenen in kleingruppen" oder: "entlassung der haftunfähigen genossenInnen". die forderungen, sowie auch die ansprüche wurden allerdings auf eine "minderheit" negiert, auf eine gruppe von spezifisch ausgewählten gefangenen, auf gefangene mit einer mehr oder minder großen "lobby" aus dem linken spektrum, was immer das auch heißen mag. eins ist allerdings klar seit 1973 hat sich in der zl - bis auf minimale änderungen nichts getan. die zeit ist seitdem nicht stehen geblieben, wohl aber der geist einiger revolutionäre/innen. mit diesem beitrag soll nun versucht werden, eine lösung zu finden um die zl "schmackhafter" zu machen.

zl-forderungen derzeit vollkommen ineffektiv:

die forderungen nach kleingruppen von bis zu l0 personen ist vollkommen ineffektiv und unannehmbar. die kleingruppen die derzeit existieren sind auf lange sieht nicht zu halten, da ein gruppendynamischer prozeß nie stattfinden kann. die derzeitigen gruppen (z.b. celle oder bielefeld) bestehen aus einer kleinen anzahl von personen, die schon sehr lange unter isolationsbedingungen in haft sind bzw. es noch bleiben müssen. gerade die relativ lange verweildauer ermöglicht keinen gruppenprozess. auf der einen seite steht die soziale und auch psychische entfremdung, ergo die deprivation auf der anderen die noch mitunter unbestimmte haftfortführung. die forderungen müßten demnach lauten: integration in den "normalen" strafvollzug und kommunikation auch, und gerade, mit allen gefangenen!

die derzeitigen forderungen sind elitär und daher in dieser form nicht annehmbar. eine effektive kommunikation, also auch ein effektiver gruppenprozeß kann nur mit einer vielfältigkeit gelöst werden. (wenn dies im knast überhaupt möglich ist) in gesprächen mit "sozial"gefangenen stoße ich immer wieder auf die einhellige kritik: "ich verstehe die typen nicht" "ich will auch mit meinen tatgenossen zusammen sein" oder aber "die sollen uns doch mal ihre ziele erklären" dies sind einige äußerungen, die in den brd-knästen täglich fallen, aber m.e. auch eine grundlage haben. gemeinsame veränderungen kann nicht nur mit qualitativen forderungen erreicht werden, es muß auch ein quantitatives potential vorhanden sein, um den forderungen nachdruck zu verleihen.

wo ist die politische identität ?

schlagzeilen wie: "isohaft in der brd" "hs in celle" oder aber "kronzeuge packt aus" sind fast täglich zu lesen. wo aber sind die ziele? die ziele die in einer revolutionären bewegung formuliert werden müssen. geht doch einmal auf die straßen und unterhaltet euch mit dem "Volk", fragt diese leute über raf oder widerstand, es kommt immer eine einhellige antwort: "bomben oder aber terroristen" die leute sind gar nicht fähig diese ziele näher zu definieren, es fehlt einfach das einfachste: die mitintegration des volkes!

intellektuelle sprüche an unis oder in scene-cafes reichen da nicht mehr aus. was fehlt ist eine basistreue arbeit, ergo die arbeit am und beim volk! die menschen draußen können mit den terminologischen begriffen wie: zl, hs oder vs nichts anfangen.

den rest übernimmt dann das springerblatt. wenn wir uns also weiterhin als politische gefangene bezeichnen und dann noch die vokabulare revolution und venceremos nehmen und auch benutzen (!), dann, ja dann bitteschön so, daß es dem begriff auch gerecht wird. nur begriffe aufgreifen hilft hier nicht und wird nichts, ja absolut nichts verändern. die politische identität muß neu gefunden und neu definiert werden, wir müssen uns

selbstkritisch eingestehen, daß wir derzeit am boden liegen und kriechen. nur eine vollkommene neuorientierung kann hier weiterhelfen. weder zur derzeitigen stasi, noch zu den "abwicklungen" in der ddr wird gesprochen. ein kommunist wie mielke wird gerade einmal durch eine handvoll am gericht unterstützt - das gegenteil bei der schwammberger demo.

die ansprüche und die ziele sind also vollkonmen verwaschen. die scene-zeitungen schreiben in der regel einhellig das gleiche, kritik, wie z.b. "auf ins offene" werden sofort mundtod geredet, anstatt darüber nachzudenken, wo die pannen und fehler liegen könnten. was also fehlt ist hier eine selbstkritik und eine grundlegende analyse über uns.

alle integrieren:

gefangene, die aufgrund von politischen entscheidungen auf die dächer (willich, rheinbach oder berlin) steigen und so eine politische forderung nach amnesty stellen, müssen sich doch verarscht vorkommen, wenn die leute aus raf und widerstand dies nicht aufnehmen, ja nicht einmal diskutieren. ausser ein paar spektakulären fällen (sek in rheinbach) hat die linke presse nichts gebracht. keine demos vor den knästen, keine stellungnahmen in den zeitungen wie fr oder taz, oder im angehörigen info, nur ein paar sprüche ...

die 60.000 menschen, die derzeit im knast weggeschlossen sind, müssen mit integriert werden, um so ein breite solidarität zu erreichen. nur auf dieser grundlage kann der knast mit allen mobilisiert werden und so zugänglicher gemacht werden. daß die deutschen "obrigkeitstreu" sind ist bekannt, ebenso ist bekannt, daß die menschen einen "führer" brauchen. die 60.000 müssen mobilisiert werden! wir müssen sie mit im "konzept" aufnehmen damit effektive zl-forderungen gestellt werden können. die ziele sind dann erreicht, wenn jeder gefangene/jede gefangene weiß, was für ziele raf und widerstand eigentlich haben.

was soll erreicht werden:

das, was ich mit diesem kurzen artikel erreichen will, ist eine diskussion um die zl. eine neuorientierung in der linken, eine zielsetzung in dieser gruppe. eine beschreibung von dem was verändert werden muß. brainstorming in der linken wäre eine idee, laßt unsere gedanken einfach strömen, um so auf diese art und weise zielvorstellungen neu zu bestimmen.

- zl für alle, die es wünschen

- offene kommunikation in den knästen ohne zensur

- entlassung aller haftunfähigen geiseln

- entlassung aller hiv-infizierten

- gemeinsam kämpfen für eine bessere welt

thomas kraemer, derzeit jva willich, 25.2.1992

35. Quelldatei 33.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:33

AUFGEBLÄTTERT

Orient

Die Drohung mit der Irrationalität des Orients, der "arabischen Massen", sei, schreibt Dan Diner in Babylon, "ein ausgemachter Orientalismus", der freilich auch "in Gestalt gutgemeinter Solidarität" daherkomme. Indem die vermeintlichen Freunde des Orients das okzidental verzerrte Bild des Orientalen akzeptieren, würden die Menschen des Orients und die dort vorherrschenden Verhältnisse "einer jeglichen Kritik entzogen (...) Folge davon ist eine neuerliche Infantilisierung und Desavouierung des Orients." In positiver Verklärung werde das orientalistische Bild nur fortgezeugt. Diner hat mit seinem Aufsatz einen sehr diskussionswerten Beitrag zur Frage des Verhältnisses von Orient und Westen geleistet, auch und gerade was Verzerrungen linker Solidaritätsbemühungen im nahöstlichen Raum betrifft. Zwei arabische Autoren, Fouad Ajami und Edward Said (der letztere einer der Pioniere der Kritik des Orientalismus), erörtern in Aufsätzen, die während bzw. nach dem Golfkrieg verfaßt wurden, die künftigen Entwicklungen in der arabischen Welt. Im Rezensionsteil stellt Armin Braun unter dem Titel "Vom ‚Mythos' zur Geschichte" die neue israelische Historiographie vor.

Babylon - Beiträge zur jüdischen Gegenwart, Heft 9/1991. 155 S., 20 DM.

Lateinamerikanischer Film

In Abstimmung mit der Fundación del nuevo cine latinoamericano (Stiftung des Neuen Lateinamerikanischen Films) hat CON Film, Bremen, ein Programm lateinamerikanischer Spiel-, Dokumentar- und Kurzfilme zusammengestellt, die im Zusammenhang kritischer Aktivitäten zu "1992" eingesetzt werden sollen. Die gut zwanzig Filme werden vorgestellt in der Broschüre

500 Jahre. Entdeckung. Eroberung. Widerstand. Ein Lateinamerika-Filmprogramm fürs Kino. Bezug der Broschüre und Informationen über den Filmverleih: CON Film, Benquestr. 29, 2800 Bremen 1.

Fundamentalismen

Verstärkt im und seit dem Golfkrieg wird in den Medien der sog. Fundamentalismus vor allem mit als antiwestlich und antimodern georteten Strömungen im Islam in Verbindung gebracht. Tatsächlich beschränkt sich die "Rückkehr zu den Fundamenten" bei weitem nicht auf Strömungen im Islam, religiöse Radikalisierung ist auch in der christlichen und anderen Religionen festzustellen. Unter der Fragestellung "Fluchtpunkt Religion?" bringt die Zeitschrift Dritte Welt Beiträge zu u.a. "fundamentalistischen" Bestrebungen im Katholizismus, im Hinduismus und zum Missionstreiben der Evangelikalen in Lateinamerika und Afrika. Diese Beiträge sind - glücklicherweise - durchweg durchdachter als die simplifizierende Ankündigung des Komplexes mit dem scheinbar unvermeidlichen Passus "'Opium für das Volk' in Krisenzeiten".

Dritte Welt. Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur, Heft 3/1992. 40 S., 6.50 DM.

Tourismus

Es war einmal eine Zeit, in der Linke in ihre Urlaubsplanung auch politische Kriterien einbezogen. Ende der 60er, Anfang der 70er Ferien in den Diktaturen Spanien oder Griechenland? Aber nichts da! In den 80ern wurden derlei Skrupel darauf reduziert, daß sich Leute, die das ohnehin nicht vorhaben, gegenseitig auffordern, nicht an "israelischen Stränden" zu urlauben. Die Blätter des iz3w befassen sich in ihrer jüngsten Ausgabe mit "Tourismus und Menschenrechten". Hierbei geht es sowohl um Reisen in Länder, in denen Menschenrechte im engeren Sinne verletzt werden - und in diesem Zusammenhang auch um die Frage von Reiseboykottaufrufen -, um die sozialen und ökologischen Folgen des (Massen-)Tourismus in Südostasien, der Dominikanischen Republik und auf auf Gomera sowie die Legende vom "sanften Tourismus" am Beispiel der Türkei. Weiterführende Literaturhinweise beschließen den Themenblock.

blätter des iz3w, Nr. 179, Februar 1992. 68 S., 6 DM.

Nationalismus

Das Dezember-Heft der antimilitarismus-information (ami) behandelt ausschließlich das Thema Nationalismus. "Der Nationalismus ist vital, er bestimmt die Hoffnungen und Befürchtungen von Millionen", schreibt die Redaktion in ihrem Vorwort. Über die "tagespolitisch motivierte Empörung" hinaus wird in dem Heft versucht, die Ursachen für das "Spannungsverhältnis von nationaler Idee und Frieden" zu ergründen - bei thematischer Konzentration auf Europa. Mehrere Beiträge thematisieren die Nationalismen in Osteuropa und in der zerfallenen Sowjetunion.

Hanna-Ruth Metzger und Anja Seiffert deuten den Nationalismus als Bewegung, welche "die Reproduktion des männlichen Sozialcharakters stützt". Andreas Huschen und Detlef Richter, die sich mit den Begriffen "Ethnie" und "Nation" auseinandersetzen, vertreten, daß "die Identifikation mit einer Gruppe zu den anthropologisch fundierten Bedürfnissen aller Menschen gehören". Der wohl am meisten zum Widerspruch herausfordernde Beitrag stammt von Hajo Funke, der sich die Untersuchung des "politischen Hazardspiels mit einem neuen Nationalismus in Deutschland" zur Aufgabe macht. Die aggressive Ausländerfeindlichkeit in der ehemaligen DDR erklärt Funke sowohl ökonomisch als auch sozialpsychologisch. Durch die als Kolonisierung betriebene "nationale Einigungspolitik" seien die Ostdeutschen einem "Wechselbad konträrer... Botschaften von Zu- und Abwendung" ausgesetzt gewesen. "Menschen, die solchen konträren Botschaften ausgesetzt sind, reagieren mit Lähmung, Angst und letztlich hilfloser Aggression", meint Funke und fordert als Gegenmittel einen "glaubwürdigen Gesellschaftspakt zwischen Ost und West". Antirassistische Initiativen zur Verteidigung des Wohnrechts von ausländischen Menschen seien nicht ausreichend. Gefordert sei eine "Politik entschiedener nachholender Demokratisierung, ein ökonomisch/sozialer Gesellschaftsvertrag, die schnelle Korrektur des problemverschärfenden Wirtschaftsliberalismus".

Antimilitarismus-information, 21. Jahrgang, Heft 12, Dezember 1991, 56 Seiten, DM 2,50. Bezugsadresse: ami-Verlag G.b.R., Elßholzstr. 11, 1000 Berlin 30.

Antirassismus

"Sechs Monate nach Hoyerswerda herrscht wieder Ruhe im Land. (...) Wenn rassistische Schläger mal wieder jemanden zusammenschlagen, ist das höchstens eine Kurzmeldung wert. Ist ja auch langweilig auf Dauer." Dem Schweigen über Ausländerhatz, rassistischen Terror und Totschlag auch publizistisch kontinuierlich entgegenzutreten, beabsichtigen die Antirassistische Initiative und das Antifa-Telefon, beide in Berlin, mit ihrem Zeitungsprojekt Antirassistischer und Antifaschistischer Gruppen - ZAG. In der Februarausgabe, der zweiten insgesamt, erinnert ZAG an den im November 91 erschlagenen Amadeu Antonio, die zuständige Staatsanwaltschaft hat immer noch keine Anklage erhoben. Weitere Beiträge befassen sich mit der Situation von PolInnen in Berlin, Rechtsextremismus in der DDR und Rassismus in der britischen Gesellschaft. Die Bochumer Literaturwissenschaftlerin Ute Gerhard analysiert den "Mediendiskurs" zum Thema Einwanderer und Flüchtlinge. Im dokumentarischen Teil ist u.a. eine Auflistung rechtsextremistischer Übergriffe von November 91 bis Ende Januar 92 enthalten.

ZAG - Zeitungsprojekt Antirassistischer und Antifaschistischer Gruppen, Heft 2, Februar 1992. 40 S., bis zwei Ex. pro Heft 2 DM plus 1 DM für Versand, bis 5 Ex. plus 2 DM für Versand. Bezugsadresse: Antifaschistische Initiative e.V., c/o Fabrik Osloer Straße, Osloer Str. 12, 1000 Berlin 65.

Abwicklung

Der Zeitschrift der Edition Nautilus, Die Aktion, ist die "neue - unautorisierte - Ausgabe der Betriebszeitung ‚Lichtquelle'" beigelegt. Geschildert wird in dieser Ausgabe der "Lichtquelle" ein exemplarischer Fall von "Abwicklung": die versuchte Umwandlung der NARVA - ein Ostberliner Glühlampenwerk mit 5.000 Beschäftigten - in eine Immobilie und, dies leider nicht exemplarisch, der schließliche Rückzieher der Treuhand aufgrund des von Teilen der Öffentlichkeit unterstützten Widerstands der Belegschaft.

Die Aktion - mit der Beilage "Der Narva-Bericht", Heft 86/88. 50 + 12 Zeitungsseiten, 8 DM. - Im Buchhandel oder über: Edition Nautilus, Am Brink 10, 2050 Hamburg 80.

Rewolotion

Kola, das ist nicht nur ein klebriges Chemie-Erzeugnis aus Amiland, sondern auch das Markenzeichen einer norddeutschen Karikaturistin. "Ich weiß ja nicht, ob Ihnen sowas grad gefällt" - dieses Brecht-Zitat, das den Teil 3 der Cartoon-Sammlung "Rewolotion & Wirklichkeit" einleitet, läßt sich wohl auf alle politischen Karikaturen

anwenden. Über Geschmack soll zumindest hier nicht gestritten werden. Was Kolas Zeichnungen für Linke interessant macht, ist vor allem ihre Nähe zu den politischen Kämpfen der vergangenen zwei Jahrzehnte. Neben ihrer nicht nur zeichnerischen Mitarbeit in der Anti-AKW-Bewegung begann Kola mit Illustrationen für Betriebszeitungen und Plakate der KPD/ML und ihrer "Massenorganisationen". Später veröffentlichte sie in einer Reihe von Zeitungen, u.a. Kieler Rundschau, Hamburger Rundschau, taz, Titanic und Kowalski. Die jetzt vom Verlag "Roter Morgen" publizierte Sammlung enthält Zeichnungen zu einer Vielzahl von Themen: Umweltzerstörung, Militarismus, Kohl, alte und neue Nazis, Bullen, Hafenstraße, § 218; außerdem den Polit-Comic "Akin - kein AKW im Dschungel". Das Vorwort stammt von Horst Tomayer und beginnt mit den Worten: "Kapital Kapital Du bist nicht unser Fall". Genau.

Rewolotion & Wirklichkeit. Zeichnungen von Kola. Verlag Roter Morgen 1991, 95 Seiten, DM ? .
Bezugsadresse: Lit-Vertrieb, Postfach 1942, 6380 Bad Homburg v.d.H.

36. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:34

Kalender

Lyrik und Texte von Gefangenen

Als "Experiment" wird ein künstlerisches Vorhaben in der Hamburger Friedenskirche angekündigt: Elf Choralvorspielen, die Johannes Brahms 1896 kurz vor seinem Tod schrieb und in denen er Themen wie Leiden und Sterben eine musikalische Ausdrucksform gab, werden Lyrik und Texte von sozialen und politischen Gefangenen aus der BRD gegenübergestellt. Hinzu kommen Dias von Bildern, die Gefangene gemalt haben, sowie Fotos des Stammheimer Gefängnisses. Nach einer ersten Veranstaltung in Stuttgart soll auch mit diesem Konzert die Arbeit der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD bekannter gemacht und unterstützt werden. Ausführende sind an der Orgel Thomas Wegst und Christiane Pohle als Sprecherin.

14.3.92, 20 Uhr, Friedenskirche, Am Brunnenhof, Hamburg.

Weltwirtschaftsgipfel

Der Kritik einzelner Gruppierungen an der Mobilisierung nach München zum Weltwirtschaftsgipfel (WWG), dort sei nichts andere zu holen als Prügel und Vorbeugehaft, halten die InitiatorInnen der Anti-WWG-Aktivitäten entgegen: "Wir wollen diese besonderen Bedingungen nicht weglügen, uns aber von ihnen auch nicht abhalten lassen. (...) Wir, einzelne linksradikale Gruppen haben uns zu einem bundesweiten Vorbereitungstreffen zusammengeschlossen, um uns an den Gegenaktivitäten zu beteiligen: eine große Demonstration am Samstag (4.7.) soll schon vor dem offiziellen Beginn auf den Straßen Münchens unsere Kritik und Wut manifestieren; ein mehrtägiger Gegenkongreß die Diskussion um die Perspektive, uns von den Verhältnissen zu befreien, ermöglichen; Aktionstage in vielfältigen Formen die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen." - Das nächste Treffen zur Vorbereitung der Anti-WWG-Aktivitäten findet statt vom

20.-22.3.92 in Kassel. Anreise 20.3., Volksküche im Autonomen Zentrum, Wikingenstr. 10. Die Treffen werden durchgeführt in der Gesamthochschule Kassel, Henschelstr. 2, am 21.3. ab 12 Uhr und am 22.3. ab 10 Uhr. Kontaktadresse: AWI 1992, c/o 3. Welt-Haus, Westerbachstr. 40, 6000 Frankfurt/M. - Über dieselbe Anschrift ist das "Anti-WWG-Info" zu beziehen, in dem über den Stand der Vorbereitungen berichtet wird und Vorbereitungspapiere veröffentlicht werden. Einzelbestellungen nur als Förderabo ab 10 DM.

Westsahara

Medico international, die Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes, terre des hommes, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen und weitere Initiativen veranstalten eine Tagung zur "neuen WeltUNordnung am Beispiel des Westsaharakrieges". Nach Augenzeugenberichten und Referaten zur Rolle in der UNO in der sog. Neuen Weltordnung, zum UN- Management in der Westsahara und militärstrategischen und wirtschaftspolitischen Interessen im Maghreb stehen ein Vortrag zur Rolle der BRD im Westsaharakrieg und die Diskussion der vermittelten Informationen auf dem Programm.

Samstag, 28.3.92, 11-18 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstraße, Köln.

37. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:35

Richtigstellungen

Betr.: Leserbrief "Vorwürfe" (AK 339)

1.) In einem von mir verfaßten Leserbrief über den "umstrittenen" Autor kt. im letzten ak wurde folgendes abgedruckt: "Nachdem man ein halbes Jahr lang im Zuge des Golfkrieges mit unerträglichem Anti-Antisemitismus, vermeintlichem Anti-Antisemitismus (...) vollgedröhnt worden war" - in meinem Original war von unerträglichem Anti-Antiimperialismus und vermeintlichem Anti-Antisemitismus die Rede. Würde ich Anti-Antisemitismus für unerträglich halten, würde ich in der Tat zum Antisemitismus neigen; als unerträglich sehe ich den vermeintlichen Anti-Antisemitismus und den Anti-Antiimperialismus an.

In einer Zeit, in der gewisse Personen aus der radikalen Linken (und leider auch der Gruppe K) nur auf die nächstbeste Gelegenheit warten, andere als Antisemiten denunzieren zu können, liegt die Brisanz solcher Druckfehler auf der Hand!

2.) Ich habe in meinem Leserbrief den von cl. für kt. gebrauchten Begriff "Nationalrevolutionär" unreflektiert übernommen. Daß eine "nationalrevolutionäre" einer faschistischen Option gleichkommt, ist mir erst nach Lektüre des Leserbriefs von Mö., th. und hG. (den ich übrigens gut fand) wieder in den Sinn gekommen. Darum nehme ich diese Begriffsbenutzung hiermit zurück.

Ulrich (Gruppe K)

Wahrheitssuche

Betr.: "Antisemitismus und Rassismus

im größeren Deutschland"

Es gab einmal eine Zeit, da konnte man sich auf die Fakten und Zahlen, die im AK genannt wurden, verlassen. In letzter Zeit nervt es mich zunehmend, daß ungenaue Angaben gemacht werden oder falsch zitiert wird. Das ist keine Frage der politischen Meinung, sondern der journalistischen Sorgfalt! Jüngstes Beispiel ist oben genannter Artikel:

- Nicht 40% der Befragten sind der Meinung, "wir sollten darauf achten, daß wir das deutsche Volk rein erhalten und Völkermischung verhindern", sondern 44% von den 13% vom Spiegel errechneten Antisemiten. Das macht nach Adam Riese 5,72% der Befragten (s. Spiegel, Nr. 4/92, S. 47). Mit der falschen Zahl von 40% wirft hr. dem Spiegel vor, dieses offene Bekenntnis zum Rassismus nicht zu werten. Weit davon entfernt überhaupt, den Spiegel verteidigen zu wollen, lege ich doch entschieden Wert darauf, daß man sich eine Statistik genau und v.a. richtig ankuckt, bevor man solche Schlüsse - fast die Hälfte der Bevölkerung seien offene Rassisten - daraus zieht! Im Übrigen bin ich der Meinung, daß Rassismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik erschreckend "genug" sind, auch anhand der Fakten und richtigen Zahlen.

- Weiter wird der Umfrage vorgeworfen, daß sie nach folgenden bedeutsamen antisemitischen Stereotypen nicht fragt: "aufs Geld bedacht", "geschäftstüchtig" und "trickreich". Nach den beiden ersten wird aber, sogar wörtlich, gefragt (s. Spiegel, Nr. 3/92, S. 56). Vielleicht sollte man den Artikel, über den man schreibt, erstmal lesen! Diese beiden Eigenschaften, oder besser Vorurteile, haben übrigens - erschreckenderweise - in der Einschätzung der Juden durch die (nichtjüdischen) Deutschen die höchste Wertung.

Entweder ist das schlicht Pfusch und schludriger Journalismus oder hier sollen die Fakten so hingedreht werden, wie man sie haben will. In beiden Fällen gilt: Schade um den "guten alten" AK!

Gruß!

Calle

Anmerkung von hr.:

Calle hat recht. Fakten sollten gut recherchiert sein. In diesem Fall kann ich mich nur mit dem Textteil des "Spiegel" 4/92, S. 47 entlasten, in dem es wörtlich heißt: "40 Prozent wollen ‚darauf achten, daß wir das deutsche Volk rein erhalten`". Die veröffentlichte Tabelle weist dies allerdings so nicht aus, dies nicht nachgerechnet zu haben, ist mir vorzuwerfen. Allerdings macht Calle dann ihrerseits den Fehler, den sie mir vorwirft. Sie erwähnt nur die 44% Bundesbürger "mit antisemitischer Einstellung" (5,72% der Gesamtbevölkerung) als Befürworter der "Volksreinheit" und vergißt die 17% derjenigen als "ohne antisemitische Einstellung" Qualifizierten, was 48% der Bevölkerung sein sollen. Hochgerechnet macht das zusätzlich 8,16% Zustimmung für "Volksreinheit". Dazu müssen die in der Tabelle nicht erwähnten 39% Bundesbürger gerechnet werden, die als "gemäßigt" oder fast gar nicht antisemitisch gelten. Über sie sagt die Tabelle nichts aus. Bei einem gedachten Mittelwert zwischen den beiden anderen Gruppen, z.B. 30% von ihnen stimmten für "Volksreinheit", wären das noch einmal knapp 12% hochgerechnet. Ergäbe alles zusammen knapp 26% der Bundesbürger, die "Völkervermischung verhindern" wollten. Vermutlich haben die "Spiegel"-TexterInnen hier geschlampt und ich habe dies übernommen. Nachprüfen konnte ich dies nicht, weil ich trotz Nachfragen die Originaldaten der Befragung vom "Spiegel" noch nicht erhalten habe.

Unrecht hat Calle mit dem zweiten Nachweis meiner Schlamperei. Unter den 16 Kriterien der "judenkritischen Ansichten", die für die Ermittlung der Antisemitismuskategorien der Umfrage zugrundegelegt wurden, war keine, die nach "geschäftstüchtig", "trickreich" etc. fragte (siehe "Spiegel"4/92, S. 44). Die von Calle erwähnte Skala nach den Sympathiewerten für "typische Eigenschaften" der israelischen Bevölkerung an anderer Stelle der Befragung ist in die Bewertung dessen, was Antisemitismus ist, nicht eingegangen. Dennoch bestätigt der hohe Wert der Zustimmung die gängigen Vorurteile.

Zionismus, die elfte Klappe

Betr.: "Verbrecherische Ideologie ..."

(AK 339)

"selbstverständlich bejahen wir als internationalistInnen, das existenzrecht von menschen jeglicher nationalität auf jeglichen flecken erde. nur militant-rassistische besiedlungen sowie das existenzrecht von kolonialstaaten wie israel und südafrika, können wir nur aus denselben gründen entschieden verneinen." (Zitat aus unserem Flugblatt: zionismus = rassismus - während des Golfkrieges)

Und gerade diese entscheidende Differenzierung, die den Antagonismus: Internationalismus versus Nationalismus ausmacht, haben jw. und be. in ihrem Artikel ausgeblendet. Sicherlich haben Nationenbildungen historisch immer auch Gewaltakte der Vertreibungen, Besiedlungen bis hin zu Vernichtungen impliziert (was ja z.B. seit 500 Jahren weiße Geschichte und Gegenwart gegen die native americans, sog. "Indianer", ist) und sicherlich war und ist Nationalismus immer auch damit einhergehend, nur die historische Kontinuität und Aktualität der kolonialistischen Vertreibungs- und Besiedlungspolitik des Zionismus verbunden mit dem klerikalen Anspruch auf noch mehr (Erez Israel soll auch das gesamte Jordanien mit umfassen) sucht in der Tat in dieser Massivität derzeit ihresgleichen. Dies alles relativiert natürlich nicht im geringsten den historischen und aktuellen Antisemitismus in Europa (insbesondere in Mittel- und Osteuropa), der nicht nur mit seinem bisher einzigartig-blutigen Exzeß hierzulande grausame Wirklichkeit wurde. Schutz und Migration vor Antisemitismus muß von daher auch heute noch selbstverständliches Recht aller Betroffenen sein, nicht aber aggressive Besiedlungen und Vertreibungen. Zudem kann niemand behaupten, daß dieses minimalste Kleinstterritorium (im Weltmaßstab): Israel, den einzigen Ort der gesamten Erde darstellt, welcher Schutz bietet vor Antisemitismus, es sei denn, man(n)/frau ist der Prä-Kolumbus-Sichtweise, rings um Europa (hier: einschließlich Israel) höre die Welt auf. So leben ja auch ca. 90% aller JüdInnen bis heute nicht in Israel. Eine weitere eurozentristische und metropolenchauvinistische Sicht der "Dinge" wäre: PalästinenserInnen seien zu einem anderen Regime, als dem der meisten arabischen Staaten nicht "in der Lage", wobei bürgerlich-parlamentarische Systeme europäischen Musters (hier also: Israel) das "geringere Übel" wären. Dann könnten wir nur sagen: Willkommen im Zivilisations-Konsens der "Neuen Weltordnung", welcher seit dem UN-Krieg gegen die irakische Bevölkerung besteht. Auch das Kippen, kürzlich, des UN-VV-Beschlusses von 1975, wonach Zionismus "Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung" ist, ist Bestandteil und nur konsequent derselben "Neuen Weltordnung" entsprechend. Genauso wie Kuwait als Stabilitätsfaktor für den Imperialismus in der Region notwendig ist, so ist auch Israel als solcher unverzichtbar. In beiden Fällen haben Grenzen da zu bleiben, wo sie sind. Diese Interessenslage gibt dem rassistisch (nicht nur nationalistisch)

begründeten Kolonialismus Israels Freiraum und steht als dieser (Kolonialismus) jeglichem behaupteten Befreiungsnationalismus aktuell wie historisch diametral entgegen. Nationalismus, sprich die Ideologie der Volksgemeinschaft, funktional gleichzeitig Symptom jeglicher bürgerlichen Klassengesellschaft zur Verkleisterung (Klassenkitt) ihrer Widersprüche (‚Wir` sitzen ja alle in einem ‚Boot`") impliziert eben nicht zwangsläufig Rassismus als inhaltlich grundsätzliche Herrschafts-/Unterdrückungsform. Gerade aber um das zweite (Rassismus) handelt es sich am entscheidendsten beim Zionismus, historisch wie aktuell gerichtet gegen die "arabischen Untermenschen" für die "Entarabisierung" Palästinas, auch dies würde Befreiungsnationalismus ausschließen. Die behauptete Weltantisemitismus-Verschwörung, dessen einzige Insel des Schutzes Israel sei, reflektiert, zusätzlich zur falschen Darstellung, ebenso Denken in "völkischen" Grenzen wie die antisemitische Verschwörungstheorie eines Weltzionismus, der ebenso weltweit sei und ebenso alle JüdInnen einschließt. Wer den PalästinenserInnen lediglich das Recht auf israelische StaatsbürgerInnenschaft zubilligen würde, anstatt auf einen eigenen Staat, würde damit der Assimilation, welche immer rassistisch ist, das Wort reden, damit denselben Fehler machen, den seinerzeit (Hafenstraße: Palästina-Parole) die autonome Nahostgruppe Hamburg machte, als sie Israelis lediglich die Assimilation im Staate Palästina "gewähren wollte". (Anführungsstriche der "Gefälligkeit" wegen, nicht Zitat!)

Umgekehrt kann aber auch jemandem, wer/welche Rassismus/Kolonialismus analysiert und daraus die Konsequenz für notwendigen Schutz (Eigenstaatlichkeit) sieht, nicht gegenteilig unterstellt werden, dasselbe völkische Denken zu usurpieren, welches er/sie ja gerade untersucht, um es anschließend zu bekämpfen.

Daß das Fernziel die Auflösung jeglicher Nationalität und Staatlichkeit ist, setzen wir hier in einer Auseinandersetzung unter KommunistInnen als gegeben voraus. Beide Apartheidstaaten: Israel und Südafrika (Azania) als "Norden im Süden" stehen nun Modell für die "Neue Weltordnung" seit Wegfall des Ost-West-Konflikts, was schlicht meint: das Nord-Süd-Verhältnis als Weltapartheid.

Nach wie vor bestreiten wir sowohl die Annahme, daß Anti-Antisemitismus Antizionismus ausschließe oder auch nur das jeweils eine das jeweils andere relativiere, als auch daß das Verhältnis zwischen antideutschen und antizionistischen Inhalten dasselbe sei. Unser Verständnis von Antirassismus und Internationalismus impliziert sowohl: Nie-wieder-Deutschland, als auch Antizionismus wie auch Anti-Antisemitismus, ohne auch nur die geringste Relativierung des einen durch das andere. In Sympathie und Solidarität zur Gruppe K, fordern wir euch dazu auf, ein für alle Mal das Existenzrecht eines unabhängigen PalästinenserInnenstaates (neben Israel) als notwendig anzuerkennen und zu unterstützen.

Internationalismus-Referat des Asta der Carl-von-Ossietzky-Universität, Oldenburg

P.S. Die KB-Mehrheit darf sich auch angesprochen fühlen.

38. "Für eine Handvoll Dollars.."

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:37

Was für eine Reise! Welch Stationen! Da engagiert ein Medienriese einen Ex- Staatspräsidenten; nicht aus einem "exotischen" Ländchen, nein, aus der ehemaligen UdSSR; schickt ihn übers Land, läßt ihn in der "Bunte" für schlappe 3.500 DM im Monat Kolumnen schreiben. Wäre es nicht das Leben - die Realität - mensch könnte glauben, mensch säße in einem schlechten Film. Und vor allem: Ausgerechnet Gütersloh, die Stadt des letzten Cowboys, die Stadt mit der Attraktivität eines computergesteuerten Hochregallagers, wird zur Endlagerstätte für verbrauchte staatspräsidenten. Dazwischen noch ein Fischessen in München (Der Fisch stinkt vom Kopf - nur, der der CSU wird selig beweihräuchert) und in Bonn die Präsidentensuite.

Makabrer ginge es nur noch in Rußland selber: Gorbatschow als Touristenführer im Kreml und Jelzin reißt die Eintrittskarten ab! Bleibt noch die Frage der Museumsleitung: Die macht Rutzkoy und Gromov ist sein Stellvertreter. Und die schreiben dann für "Neue Revue" und "Quick". Doch halt: Der größte Devisenbringer des Landes bleibt doch der kleine Mann in seinem Glassarg! Gott, hätten sie Stalin auch dort gelassen - zu zigtausenden könnten sie dann da Amis durchschleusen, die das Monster sehen wollten...

Bronstein

39. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:38

SPENDEN-ERGEBNIS

In ak 337 hatten wir aufgerufen, 30.000 DM für den Erhalt des ak zu spenden. Bis zum ak 339 waren insgesamt 25.068,- DM eingegangen. Seither erhielten wir folgende Spenden:

H.R., St. Augustin 200,-

G.P., Marburg 500,-

B.B., Bremen 100,-

R.P., Wernigerode 20,-

W.P., Rickling 1.700,-

D.K., Bremen 300,-

H.D., Heidelberg 25,-

G.E., Bonn 50,-

R.G., Hamburg 4.000,-

J.R., Hamburg 300,-

Mehrheits-VV Berlin 320,-

H.J.Sch., Appelshofen 200,-

S.B., Berlin 90,-

W.L., Nienburg 30,-

T.H., Marbach 20,-

M.B., Berlin 40,-

Summe seit AK 339 7.895,-

Gesamtsumme 32.963,-

Wir danken allen SpenderInnen für ihre große Hilfe!

40. Quelldatei antifa.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/antifa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:antifa

Späte Rache?

Am 4. Juli 1947 wurde im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda in Litauen der dort internierte deutsche Oberstabsrichter Erich Kallmerten erschlagen. Seit November 1991 wird am Hamburger Landgericht gegen Gerhard Bögelein (68) und Karl Kielhorn (73) wegen Mordes an Kallmerten verhandelt. Der von BRD-Seite bereits Anfang der 50er Jahre angestrengte Prozeß ist erst jetzt möglich geworden, weil die beiden Angeklagten Bürger der DDR waren.

Bögelein wurde wegen Befehlsverweigerung zu Zwangsarbeit verurteilt, und gelangte nach seiner Flucht in die Sowjetunion als NKWD Mitarbeiter in das Kriegsgefangenenlager Klaipeda, um unter den Gefangenen nach Kriegsverbrechern zu suchen. Kielhorn wurde zum Fronteinsatz in einem Strafgefangenenbataillon verurteilt, weil er über geheime Kriegspläne geredet hatte und kam als Kriegsgefangener nach Klaipeda, wo er sich dem Antifaschistischen Komitees anschloß, dessen Vorsitzender er zur Zeit der Ermordung Kallmertens war.

Zeugen des Mordes gibt es nicht. Bereits 1952 konnte der damals ermittelnde Richter Steckel trotz insgesamt 275 Zeugen nicht mehr als Vermutungen und Gerüchte präsentieren. Doch es geht in diesem Verfahren weniger um den Mord, als darum, die politische Arbeit des Antifaschistischen Komitee abzuurteilen.

Seite 23

41. Quelldatei frauen.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/frauen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:frauen

Frauen auf der Flucht

Wenn ein 14jähriges Mädchen zur Heirat gezwungen wird, mit 18 aus der Ehe ausbricht und das Land verlassen muß, da ihr Ehemann das "Recht" hat, diese "Todsünde" mit dem Tode zu bestrafen, und sie dann mit viel Glück in die BRD kommt und hier Asyl beantragt, hat sie Pech gehabt: Die besondere politische und soziale Benachteiligung der Frauen selbst in gesetzlicher Hinsicht gilt nicht als anerkennenswerter Fluchtgrund.

Drei Viertel der weltweit 15 Mio. Flüchtlinge sind Frauen mit ihren Kindern. Sie sind in der Regel die ersten, die vor Krieg, Bürgerkrieg, Hungers-, Natur- und Umweltkatastrophen fliehen. Über das normale Maß der Benachteiligung hinaus werden sie auf diesem Weg auch noch des minimalen Schutzes ihrer sozialen Zusammenhänge beraubt. Alle geschlechtsbedingten Erniedrigungen und Mißhandlungen werden in diesen Situationen vervielfacht. Auch das wäre nach bundesdeutschem Recht kein Asylgrund.

Schon 1984 hatte das Europäische Parlament eine Entschließung verabschiedet, wonach den Mitgliedsstaaten empfohlen wurde, Frauen, die aufgrund der Übertretung von ethnischen und moralischen Regeln ihrer Heimatländer verfolgt werden, als Flüchtlinge anzuerkennen. Keines der "hochzivilisierten" europäischen Länder ist dem bisher gefolgt. Gleichzeitig wurde gerade im Irak ein Gesetz erlassen, das die Ermordung einer der "Untreue" bezichtigten Frau straffrei stellt, wenn diese Tat im Hause ihres Ehemannes von einem männlichen Angehörigen desselben begangen wird. Sollte ein solche Frau fliehen und Schutz in der BRD suchen, wird sie, wenn sie Glück hat, nicht gleich wieder ausgewiesen, aber ein Recht auf Asyl hat sie nicht. Denn, so beispielsweise das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, ein islamischer Staat könne "nicht an dem weltanschaulichen Neutralitäts- und Toleranzgebot des Grundgesetzes gemessen werden".

"Frauen auf der Flucht" S. 6

Weiter zum Thema Flüchtlinge und Einwanderung: Die Geschichte des bundesdeutschen Asylgesetzes (S.10); Das Ende der Kirchenbesetzung in Norderstedt (S.8); Stand und Entwicklung des Antirassistischen Zentrums in der TU Berlin (S.9)

42. Quelldatei ira.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/ira.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:ira

Nordirland

20 Jahre nach dem "Bloody Sunday", als 14 katholische Bürgerrechtler von britischen Fallschirmjägern erschossen wurden, ist der Krieg in Nordirland erneut in die Schlagzeilen geraten. Wo die meisten Kommentatoren sich über den anachronistischen "Religionskrieg" entrüsten, fragt Dietrich Schulze-Marmeling in diesem ak: Wie kam es zur aktuellen Eskalation der Gewalt?

Nach wie vor gilt, daß die Aktionen der protestantisch-loyalistischen Paramilitärs vorrangig katholische Zivilisten treffen. Die IRA hat dagegen eine solche Auswahl der Opfer nach der Zugehörigkeit zur anderen "community" stets als sektiererisch abgelehnt. In einzelnen Fällen sind dennoch protestantische Zivilisten Zielscheibe von bewaffneten Aktionen geworden. Hierfür müssen aber teilweise auch "obskure pseudo-republikanische Splittergruppen mit stark sektiererischer Schlagseite" verantwortlich gemacht werden, schreibt unser Autor.

Einiges spricht dafür, daß die IRA gegenwärtig nicht mehr auf einen langfristig angelegten Abnutzungskrieg orientiert, sondern den Zeitpunkt für gekommen hält, zum entscheidenden Schlag auszuholen. Die Opfer des IRA-Anschlages von Teebane Cross am 17. Januar waren acht protestantische Arbeiter: "Kollaborateure", die auf einer britischen Militärbasis arbeiteten. Im Gegenschlag erschoß ein Mitglied einer "Anti-Terror-Einheit" drei Katholiken im Belfaster Sinn-Féin-Hauptquartier. Die britische Regierung hat weitere Truppen geschickt. Allein in Belfast sind 4000 Soldaten im Einsatz. Fällt Nordirland zurück in die 70er Jahre?

Seite 12

43. Quelldatei kurt.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/kurt.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:kurt

Jugoslawien

Der Beitrag zur Debatte der jugoslawischen Entwicklung analysiert die Binnenverhältnisse und Abhängigkeiten der Staaten-Föderation, die zum Zerfall der Union geführt haben. Der Autor geht von der These aus, daß das Aufkommen nationaler und nationalistischer Entwicklungen und der Niedergang des jugoslawischen Internationalismus seine Ursache im Verlust der materiellen Basis für das Modell eines Vielvölkerstaates hat. Wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen und die Kopie seines Industrialisierungsmodells haben das Land in die Verschuldung und Krise getrieben. Sie ließ immer weniger Raum für die jugoslawischen Besonderheiten - den Selbstverwaltunssozialismus, die eigenständige, blockfreie Außenpolitik. Der Artikel beschreibt den Bruch mit der Sowjetunion, die jugoslawische Selbstverwaltung und ihr Scheitern, die widersprüchliche Produktionsweise und die gesellschaftlichen Spaltungen im weiteren Verlauf. Seit 1980 geriet das Land infolge der Weltmarktentwicklung in eine strukturelle Krise, die unter der Ägide des IWF zu "Stabilisierungsprogrammen" führte. Sie beförderten eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Republiken und leiteten den Zerfall der jugoslawischen Zentralmacht ein. Über das Ende des jugoslawischen Internationalismus

siehe Seite 15

44. Quelldatei mussawi.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/mussawi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:mussawi

Naher Osten

Als im Juli 1989 ein israelisches Kommando den Hizbollah-Führer Scheich Obeid aus dem Libanon entführte, wurde das in der westlichen Presse durchweg scharf kritisiert. Mit diesem "Rambo-Unternehmen", so die "Zeit", sei das Leben der im Libanon gefangengehaltenen Geiseln "kaltblütig aufs Spiel gesetzt" worden. Mit Schweigen hingegen überging die internationale Öffentlichkeit ein erheblich brutaleres israelisches Kommando-Unternehmen im Südlibanon Mitte Februar: die Ermordung des Hizbollah-Generalsekretärs Scheich Mussawi nebst Frau, sechsjährigem Sohn und sieben Leibwächtern mit Hilfe einer ferngesteuerten Rakete. Die israelische Regierung rechtfertigte das Massaker als Vergeltungsschlag: In der Nacht zuvor waren drei israelische Soldaten in einem Ausbildungslager bei Haifa von unbekannten Tätern ermordet worden.

Der Liquidierung Mussawis folgten voraussehbar Raketenangriffe gegen Nordisrael und gegen die von Israel beanspruchte "Sicherheitszone" im Südlibanon. Der israelische Gegenschlag war ebenfalls kalkulierbar.

Scheich Mussawi, der als Vertreter einer eher gemäßigten politischen Linie galt, ist nicht zufällig als Opfer ausgesucht worden. Unser Autor verweist auf den "israelischen Brauch", gerade auch moderate und gesprächsbereite palästinensische Prominente in ihren Wirkungsmöglichkeiten zu beschneiden -- für extremistische Gruppierungen der Beweis, daß es einen politischen Weg zum Frieden nicht geben kann.

Seite 22

45. Quelldatei vorsp.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak340/vorsp.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:340:vorsp

Eisler: Heimatloser Kosmopolit

Stramm deutschnationale Töne kennzeichneten in den Jahren 1949-53 die Kulturpolitik der DDR. Das "nationale Kulturerbe" -- von Goethe bis Wagner -- galt als sakrosanktes Vorbild. Modernen Kunstrichtungen wie dem Expressionismus, der Zwölftonmusik oder der abstrakten Malerei wurde vorgeworfen, sie würden zur "Entwurzelung der nationalen Kultur" und zur "Zerstörung des Nationalbewußtseins" führen. Kunst müsse "mit dem Volksempfinden verbunden" sein, lautete die Forderung der SED, und neben dem allgegenwärtigen Vorwurf der "spätbürgerlichen Dekadenz" stahl sich gelegentlich auch einmal der Begriff der "entarteten Kunst" in eine Polemik ein.

Hanns Eisler, der neben anspruchsvollerer Musik auch die DDR-Nationalhymne vertont hatte, stieß 1953 mit dieser Kulturpolitik zusammen. Der Text, den er für eine noch zu komponierende "Faust"-Oper geschrieben hatte, wurde im Neuen Deutschland als "pessimistisch, volksfremd, auswegslos, antinational" verrissen. Der Komponist wurde unter Anspielung auf seine jüdische Herkunft als "heimatloser Kosmopolit" angegriffen. In der sich anschließenden, ebenfalls recht ruppig geführten Debatte resignierte Eisler schließlich. Die Oper wurde nicht komponiert. Eislers Text konnte erst 1982, zwanzig Jahre nach seinem Tod, erstmals auf einer DDR-Bühne inszeniert werden.

Wir stellen in diesem AK den Streit um Eislers Faust- Text dar. Für den nächsten AK sind ein Artikel zu Eislers musikalischem Schaffen und ein weiterer zu den Hintergründen der damaligen DDR-Kulturpolitik vorgesehen.

S. 31